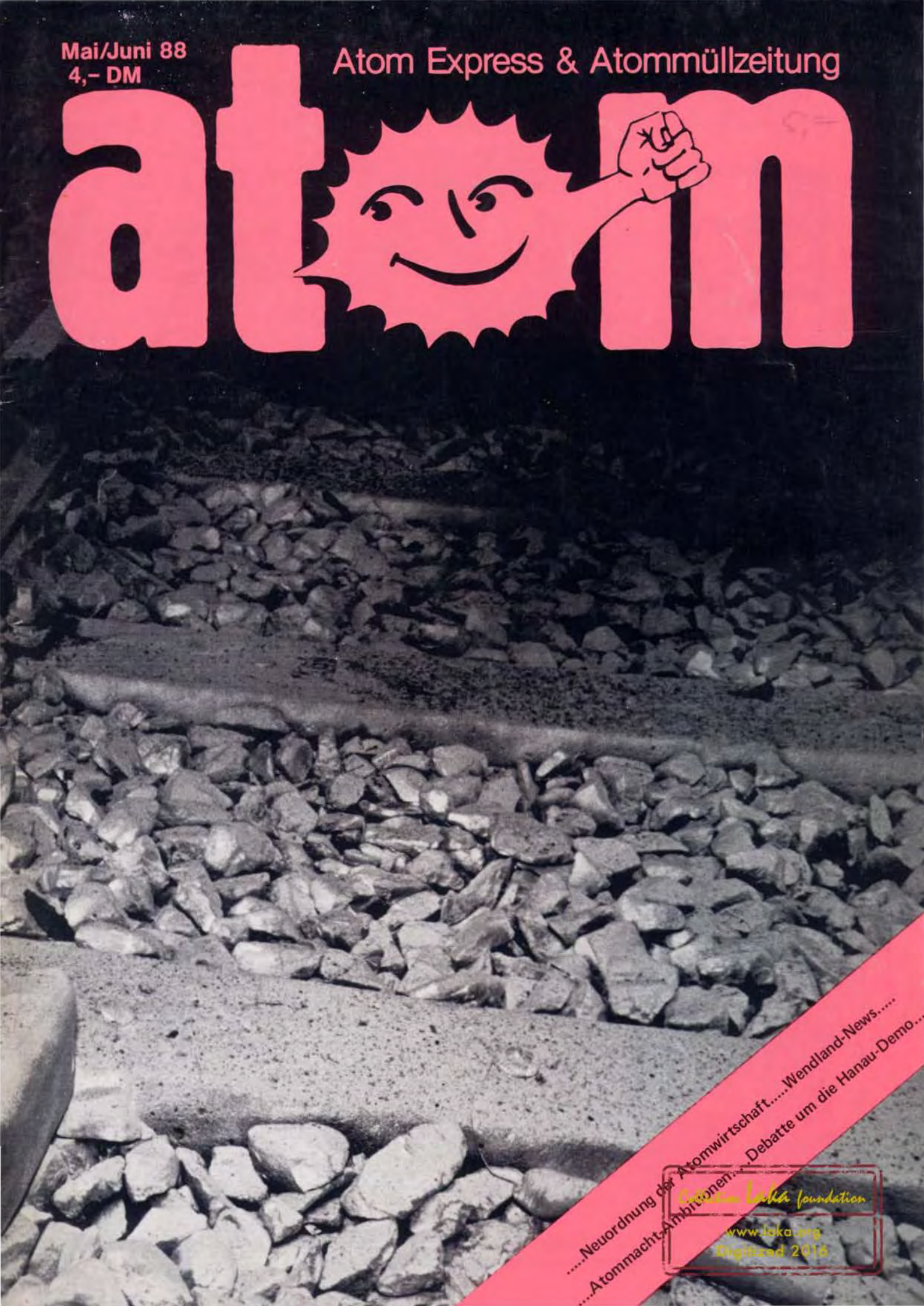
Mai/Juni 88
4,- DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom



.....Neuordnung der Atomwirtschaft.....Wendland-News.....
.....Atommacht-Ambitionen.....Debatte um die Hanau-Demo...

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

perspektiven
ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE THEORIE

Antonio Gramsci –
Politische Theorie des Marxismus
- Sonderheft -

Die Themen:
Hegemonie, Ideologie, Kultur, Intellektuelle, Partei, Amerikanismus und Fordismus

mit Beiträgen von Wieland Elfferding, Frank Deppe, Albert Scharenberg, Ralf Tertilt, Frank Rentschler, Volker Finthammer, Ralf Fischer, Karl-Heinz Kneffel

Die perspektiven erscheinen als organisationsungebundenes Theorieorgan zur Weiterentwicklung linker Politik in der BRD. Umfang jeweils ca. 60 S., Einzelheft 5,- DM, im Abo 4,- DM. Das Sonderheft ist im Abo enthalten. Bestellungen an: A. Scharenberg, Wehrdaer Weg 35a, 3550 Marburg.

ORGAN DER FREIEN ARBEITER UNION

direkte aktion
Anarchosyndikalisten

Lafontaine und andere
Polen: Die ZZZ
Die Frauen von Puerto Real
Der Fall Agustin Rueda
Arbeiterbewegung und Gegenkultur
Nr. 68 April 1988 DM 2,-

Du hast keine Chance - aber nutze sie!
Verstaatlichung, Vergesellschaftung der Stahlindustrie?

PROBEHEFT GEGEN DM 2.- IN BRIEFMARKEN. ANSCHRIFT:
DIREKTE AKTION
LAGERSTRASSE 27, 2000 HAMBURG 6

LIES MAL WIDER

DAS VERDUMMUNGSGEBOT!

die tageszeitung

WO ANDERE SCHWEIGEN

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.

An taz-Abo, Wattstr. 12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ **für 4 Wochen - DM 25,-**
☐ **für 8 Wochen - DM 50,-**
ohne automatische Verlängerung

Besteller: (Name, Vorname, Straße, Nr., PLZ, Ort):

.....

.....

.....

Datum, Unterschrift: .....

Empfänger: (falls nicht identisch)
(Name, Vorname, Straße, Nr, PLZ, Ort):

.....

.....

.....

☐ V-Scheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65. Davon habe ich Kenntnis genommen. 768

Unterschrift: .....

SCHWARZER FADEN
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

(Auszugsweiser) Inhalt von Nr.27

★ **Ingrid Strobl/Ursula Penselin – sind linksradikale Themen »anschlagsrelevant«?**

★ **Startbahn – ein paar Wochen danach** von Lupus
★ **Amnestie-Debatte** von Klaus Bittermann u.a.
★ **Kulturkritik II** von Herby Sachs
★ **Geschichte des IWF** von Detlef Hartmann
★ **Verfall der Arbeit** von Wolfgang Haug
★ **Int. m. Murray Bookchin II** von Peter Einarssen
★ **Geschichte der Wobblies II** von Jörg Auberg
★ **Psychoanalyse und Anarchismus** von Heinz Hug
★ **2. Antifa-Schriftstellerkongreß** von K. Fløgstad

Einzelnummer: 5.-DM
SF-Abonnement: 15.-DM
Sondernummer ARBEIT: 5.-DM
Sondernummer FEMINISMUS: 6.-DM (Mai 1988)
Sonderdruck: SF 0–12: 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden **Postfach 1159** **7043 Grafenau-1**

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktions- und Bestelladressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen
atom, c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, Tel.: 04131/63315 od. 37835.

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann.

Die Redaktion sendet abermalig Grüße an Mexiko-Maxen.

Bestellbedingungen:
Diese atom-Nummer kostet 4 Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer/innen 3 Mark (plus Porto).
Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25 Mark, incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35 Mark.
Konto: „atom", G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr.: 378 14 - 206

Für Abonnennten:
Mit dieser Nummer werden für 5 Ausgaben, bis Nr. 25 neue Rechnungen verschickt. Wer kein fortlaufendes Abo haben möchte sollte sich melden!

Spendenkonto:
Bernd Weidmann, Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr.: 4098 - 304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis die dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 21, für Mai/Juni 1988.
Nach der guten alten Zählweise:
Atom Express Nr. 61.
atommüllzeitung Nr. 47.

Redaktionsschluß für die nächste atom: 15. Juni 1988.

Titelbild:
Foto von D. Wildt
Blockade in Lübeck.

Inhalt

Unfallgefahren von Atommülltransporten 4

5.März, Demo - Rückblick 7

SCHWERPUNKT 1 :

Debatte um die Hanau - Demonstration 12

Die Demonstration in Hanau am 19.3. hat bei weiten nicht das Ergebnis gebracht, das sich die BI-Hanau versprochen hatte. Nach den Auseinandersetzungen um den Charakter der Demo und dem Alleingang der Hanauer halten wir es für sinnvoll, die Diskussionslinien um diese vermeintliche „Großdemonstration" nachzuzeichnen (Papier der BIGAM, Hanauer BI u.A.) und eine eigene Einschätzung abzugeben.

SCHWERPUNKT 2 : Neuordnung der Atomindustrie 22

In der Folge des sogenannten „Transnuklear - Skandals" schien nach dem 14.1.88 Bewegung in den Atom-Komplex zu kommen. Dabei profilierte sich vor allem Atomminister Töpfer als Saubermann der Nation. Bei näherem Hinsehen allerdings entpuppen sich seine Maßnahmen als eine gut inszeniertes „Neuordnung" im Sinne der Atomindustrie.

SCHWERPUNKT 3 : Atomwaffen 28

**Gedanken um eine Offensive gegen die Atomwaffenambitionen der BRD eröffnen den Blick auf gefährliche Tendenzen der deutschen Atompolitik.
Artikel über das Hahn-Meitner-Institut in Berlin & die Atompolitik ergänzen den Komplex.**

Militärjets über Atomkraftwerken 38

Tschernobyl – Nachwehen 41

SCHWERPUNKT 4 : Wendland 44

Die Situation um Gorleben herum spitzt sich mit der drohenden Einlagerung des ersten Castors und der geplanten Konditionierungsanlage zu. Aber auch der Widerstand scheint wieder an Struktur zu gewinnen.

Standorte 52

Wackersdorf 56

Kriminalisierung 60

Autonomie – aber wie ? 67

Schwarzes Brett 68

Foto: argus (Mike Schröder)

STRAHLENBELASTUNG BEI UNFÄLLEN UND UNFALLFREIEM TRANSPORT

(In gekürzter Form entnommen aus der Broschüre "Restrisiko" Nr.1, Hrsg. Greenpeace Hamburg)

Folgen von Transportunfällen

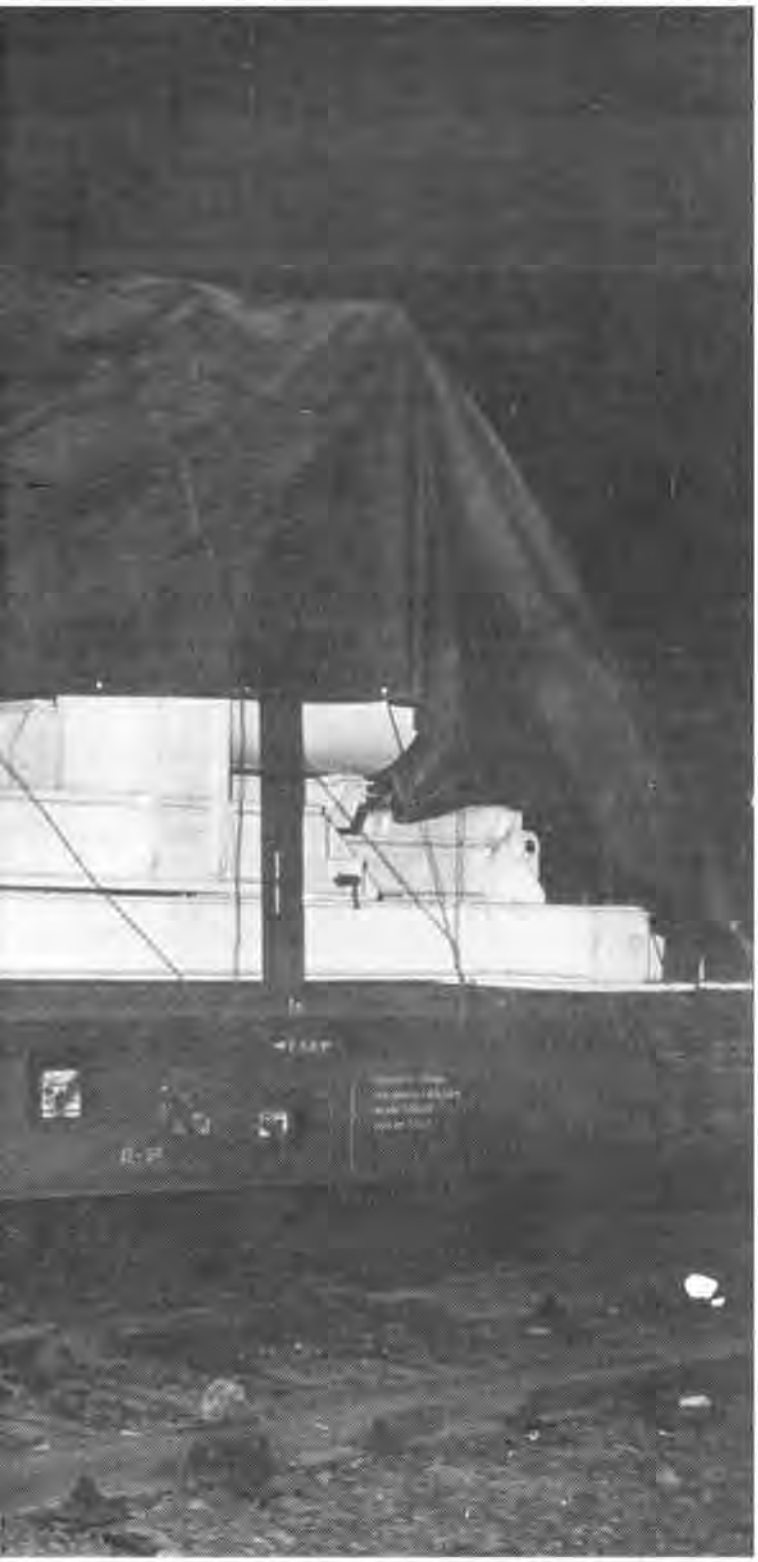
Unfälle, die zu einer Freisetzung radioaktiver Stoffe führen, können verheerende Folgen haben - unabhängig davon, ob es sich um ortsfeste Atomanlagen handelt oder um Transporte. Transporte haben jedoch ihre eigene Problematik: Sie sind schwieriger zu schützen, die Behälter können nicht beliebig aufwendig ausgestattet sein, gefährliche Stellen lassen sich nicht ohne weiteres umfahren, und schließlich werden alle Vorbeuge- oder Schutzmaßnahmen dadurch erschwert, daß Unfälle an nicht vorhersehbaren Orten geschehen.

Die Auswirkungen eines Unfalls, das heißt, die Strahlenbelastung einzelner und ganzer Bevölkerungsgruppen und die daraus folgenden Gesundheitsschäden, hängen im konkreten Fall unter anderem von Art, Menge und Form der freigesetzten Stoffe ab, von Emissionshöhe, Wetterbedingungen, Geländestruktur, Verhalten der Radionuklide in der Biosphäre und im Menschen sowie von Maßnahmen, die zur Verringerung der Strahlendosis ergriffen werden.

Bevor wir jedoch näher auf die Auswirkungen möglicher Unfälle eingehen, hier einige Richtwerte und Empfehlungen, die bei Transportunfällen berücksichtigt werden können.

Richtwerte für die Strahlenbelastung nach Atomtransportunfällen

Bislang existieren in der Bundesrepublik keine verbindlichen Grenzwerte für die Strahlenbelastung durch Atomtransportunfälle. Die rechtsverbindlichen Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung gelten eigentlich nur für orts-



feste Anlagen und sollen die Strahlendosis durch den Normalbetrieb und durch Störfälle begrenzen. Bei den Werten für Transporte handelt es sich dagegen um Planungsrichtwerte: beim normalen unfallfreien Transport soll niemand mehr als ein Millisievert (100 Millirem) erhalten und bei einem Transportunfall nicht mehr als 30 Millisievert (3 rem).

Die Bundesrepublik wird jedoch - der Zeitpunkt ist noch unklar - im Zusammenhang mit dem „Strahlenschutzvorsorgegesetz" Grenzwerte festlegen, die nach Unfällen in Atomanlagen und „anderen Ereignissen mit nicht unerheblichen radiologischen Auswirkungen", also auch nach Transportunfällen, zum Tragen kommen sollen. Eine Sonderkommission der Strahlenschutzkommission (SSK) hat dazu einen Vorschlag erarbeitet, der sich an Empfehlungen der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) orientiert. Die ICRP schlägt in ihrer Veröffentlichung Nr. 40 vor, bei Entscheidungen über das Einleiten von Maßnahmen zur Dosisreduzierung nach Unfällen folgendes Prinzip anzuwenden: Oberhalb eines „oberen Referenzwerts" müssen Maßnahmen ergriffen werden, unterhalb eines „unteren Referenzwerts" sind sie nicht erforderlich. Für den dazwischenliegenden Bereich sollen dann im jeweiligen Fall Maßnahmen angeordnet werden /15/.

(.....)

Andere Empfehlungen und Veröffentlichungen befassen sich mit Richtwerten für Gebiete, die durch gammastrahlende Radionuklide verseucht sind, so etwa die „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz" von 1977 oder die Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke (DRS). /17/.

(.....)

Auswirkungen von Unfällen

Bei den Berechnungen zur Ausbreitung der radioaktiven Stoffe, ihrer Ablagerung auf Boden und Vegetation und der daraus resultierenden Strahlenbelastung eines erwachsenen Menschen orientieren wir uns weitgehend an den Modellen und Rechengrößen der „Störfallberechnungsgrundlagen" /19/. In manchen Fällen waren Modifikationen notwendig. Das betrifft insbesondere die Frage des Ablagerungsverhaltens größerer Teilchen.

Grundsätzlich muß man im Sinn behalten, daß die durch Modellrechnung ermittelten Strahlenbelastungen nur Näherungswerte darstellen, die im konkreten Fall erheblich nach oben oder unten abweichen können. Denn kein Parameter, sei er meteorologisch, ökologisch oder physiologisch, ist allein durch einen einzigen Wert gekennzeichnet, sondern immer durch Schwankungsbreiten. Außerdem ist auch die Abschätzung von Inventaren und Freisetzungsbruchteilen teilweise unsicher.

Unfall eines Behälters mit abgebranntem Kernbrennstoff

Nehmen wir einen Unfall an, bei dem ein Güterzug mit dem Transportbehälter TN 1300 zusammenprallt (mechanische Belastung) und anschließend in einem mehrstündigen Feuer mehr als 50 Prozent der Brennstäbe beschädigt werden. Der Behälter wird undicht. Der Unfall führt zu einer Freisetzung großer Mengen radioaktiver Stoffe, darunter etwa 6,6 x 10^{12} Bq Cäsium-134 und 6 x 10^{12} Bq Cäsium-137 /6/. Die während des Brandes freiwerdenden Wärmemengen bewirken, daß die sich bildenden Aerosole (in der Luft schwebende Teilchenschleier) durch die aufsteigende heiße Luft mitgerissen werden und sich erst in größerer Höhe ausbreiten. Bekanntlich führt dies dazu, daß das Maximum der Radionuklidkonzentration erheblich niedriger liegt als bei einer geringeren Emissionshöhe. Für dieses Szenario gehen wir von einer Freisetzungshöhe von 150 Metern aus.

Die radiologischen Auswirkungen des Unfalls werden praktisch vollständig durch die beiden Cäsium-Isotope bestimmt: Einerseits durch die Ablagerung auf pflanzlichen Nahrungs- und Futtermitteln, andererseits durch Ablagerung auf dem Boden. Durch externe gamma-Strahlung und cäsiumbelastete Nahrungsmittel belasten diese Stoffe jahrzehntelang den ganzen Körper von Mensch oder Tier.

Das Ausmaß der Bodenkontamination hängt wesentlich von den zum Zeitpunkt des Unfalls herrschenden Wetterbedingungen ab. Wenn es nicht regnet, wird der überwiegende Teil der Radioaktivität vom Wind über weite Strecken transportiert. Ein größeres Gebiet wird also betroffen, dafür jedoch geringer belastet. Bei starkem Regen werden etwa drei Viertel der freigesetzten Stoffe innerhalb eines Zehn-Kilometer-Radius um die Unfallstelle durch Auswaschen (Washout) abgelagert, bei weniger heftigen Regenfällen - wie bei den hier angenommenen zwei Millimeter pro Stunde - immerhin etwa die Hälfte.

(.....)

Es müssen jedoch umfangreiche administrative und technische Schutz- und Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um die Menschen zu schützen. Das bedeutet tiefe Eingriffe in das Leben der Bevölkerung - Räumung von Gebieten, zeitweise Umsiedlung, Abtragen der obersten Bodenschicht einschließlich des Bewuchses (und sichere Endlagerung!), Dekontamination von Straßen und Gebäuden, Nutzungseinschränkungen, um nur einiges zu nennen. Das Gebiet, das dekontaminiert werden muß, damit dort wieder Menschen leben können, erstreckt sich unter ungünstigen Bedingungen bis zu einer Entfernung von knapp drei Kilometern vom Unfallort. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man die Kriterien der „Deutschen Risikostudie - Kernkraftwerke" zugrunde legt.

Die Strahlenbelastung durch Verzehr kontaminierter Nahrungsmittel (Gemüse, Milch, Fleisch usw.) wird bei der Betrachtung von Unfallfolgen meist vernachlässigt, weil sich die Gutachter an den „Störfallberechnungsgrundlagen" orientieren. Diese nehmen an, daß die Bevölkerung spätestens nach 24 Stunden über den Störfall unterrichtet ist und anschließend im Umkreis von zwei Kilometern keine oberirdisch verseuchten Pflanzen mehr gegessen oder verfüttert werden (Verzehrverbot). Die landwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung des betroffenen Gebietes soll dann erst zu Beginn der nächsten Vegetationsperiode wieder aufgenommen werden.

Als Folge diese Unfalls ist jedoch zu befürchten, daß die Bewohner eines sehr viel größeren Gebietes von großen Nutzungseinschränkungen betroffen sind: Noch in fünf Kilometer Entfernung sind Belastungen von 8 Zentisievert (rem) möglich, und zwar allein durch den Verzehr von Nahrungsmitteln, die durch oberirdische Ablagerung von Cäsium verseucht werden.

Obwohl die Aufnahme von Cäsium über Pflanzenwurzeln vergleichsweise gering ist, kommt es aufgrund der hohen Bodenkontamination selbst in größeren Entfernungen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu einer ständigen Belastung der in diesem Gebiet erzeugten Nahrungsmittel.

Unfall eines Containers mit „kaltem" plutoniumhaltigen Atommüll

Durch den Betrieb der WAA werden nicht-wärmeentwickelnde Abfälle erzeugt, die jedes Jahr mehrere 1000 Container oder sonstige Behälter füllen und nach den Plänen der Bundesregierung im Schacht Konrad endgelagert werden sollen. Ein Teil der Behälter wird plutoniumhaltige Abfälle in zementierter Form enthalten. Transportiert wird dieser „kalte" Müll wahrscheinlich per Bahn. Nehmen wir einmal an, daß ein solcher Container nach mechanischer Belastung, etwa beim Zusammenstoß mit einem anderen Waggon, beschädigt wird und Bruchteile des radioktiven Inhalts freigesetzt werden /4/. Unfälle dieser Art haben unter allen Unfallszenarien, bei denen Radioaktivität frei wird, die größte Wahrscheinlichkeit. Sie führen jedoch zu den vergleichsweise geringsten Freisetzungen.

Bislang existieren keine verbindlichen Angaben über zu erwartende sogenannte „Aktivitätsinventare" der einzelnen Abfallgebinde. Unter Berücksichtigung von Grenzwerten und bestimmten Summenkriterien, die in den Planungsunterlagen für Schacht Konrad angegeben sind, wird als „Grenzfall" angenommen, daß nur die Plutonium-Isotope Pu-238 bis 241 im Abfall enthalten sind und daß kleine Bruchteile davon in die Umgebung gelangen (je nach Teilchengröße etwa 1/100.000 bis einige 10.000stel der gesamten Aktivität).

Durch den Unfall werden neben feinen Aerosolen auch erhebliche Mengen größerer Partikel in Bodennähe (in ungefähr drei Meter Höhe) freigesetzt. Dies bewirkt, daß die Belastung in unmittelbarer Umgebung der Unfallstelle sehr hoch ist, dann aber sehr rasch mit der Entfernung abnimmt. Diese Umstände ermöglichen nur eine äußerst grobe Abschätzung der Konzentration von Plutonium in der Luft oder am Boden. Aus diesem Grund haben wir Wettersituationen, die zu den höchsten Belastungen im Nahbereich führen können - wie etwa Regenfälle - in unserer Betrachtung nicht berücksichtigt.

Weiterhin wird die Folgenabschätzung dadurch erschwert, daß es sich bei Plutonium um einen Giftstoff handelt, über den man nur sehr wenig weiß; Forschungsergebnisse über das Verhalten und die Wirkung von Plutonium im menschlichen Körper unterlagen und unterliegen weitgehend der militärischen Geheimhaltung.

Unfallfreier Transport

Trotz der abschirmenden Wirkung von Behältern und Verpackungsmaterialien gelangt ein Teil der durchdringenden gamma-Strahlung (zum Teil auch Neutronen-Strahlung) nach außen und führt auch beim unfallfreien Transport zu einer Strahlenbelastung von Personen. Betroffen davon sind unter anderem das Transportpersonal, die Bevölkerung entlang der Transportstrecken sowie Fahrzeuginsassen oder Bahnpassagiere.

Die am stärksten belastete Gruppe sind die Rangierarbeiter. Laut Projekt „Sicherheitsstudien Entsorgung" ist bei diesen eine mittlere Individualdosis von 4 bis 7 Millisievert pro Jahr (400 bis 700 Millirem) zu erwarten /5/. Dagegen rechnet die für Transporte radioaktiver Stoffe zuständige Aufsichtsbehörde der Deutschen Bundesbahn mit lediglich 210 Millirem /13/. Abschätzungen über die voraussichtliche Strahlenbelastung von Beschäftigten sind von großer Bedeutung, weil oberhalb einer jährlichen Strahlenbelastung von 5 Millisievert (500 Millirem) die betreffenden Personen als „beruflich Strahlenexponierte" zu betrachten sind und damit besonderen Überwachungsmaßnahmen unterliegen.

Aufschluß über das tatsächliche Ausmaß der Strahlenbelastung können jedoch letztlich nur Messungen geben. Daher ist eigentlich dringend notwendig, daß alle Arbeiter sorgfältig dosimetrisch überwacht werden: Jeder, der mit dem Transport radioaktiver Stoffe per Schiene oder Straße befaßt ist - unabhängig davon, ob er offiziell als strahlenexponierter Beschäftigter eingestuft ist.

Zur Strahlenbelastung der Anwohner hat die Physikalisch-Technische Bundesanstalt 1987 Abschätzungen für die Transporte nach Schacht Konrad vorgelegt. Danach läge die Strahlenbelastung einer Person, die sich bei der Vorbeifahrt sämtlicher Züge mit kalten Abfällen aus Wackersdorf in zehn Meter Abstand von der Bahnstrecke aufhält, pro Jahr bei etwa 0,01 bis 0,02 Millisievert (ein bis zwei Millirem). Völlig andere Dimensionen kann die Belastung annehmen, wenn es beim Transport zu längeren ungeplanten Stillständen kommt. Bei einem etwa eintägigen Aufenthalt in zehn Meter Abstand von einem „Radioaktiv-Zug" können Strahlenbelastungen in der Größenordnung von einem Millisievert (100 Millirem) auftreten - das entspricht bereits dem offiziellen Richtwert für die maximale Strahlenbelastung der Bevölkerung bei unfallfreiem Transport /4/.

Alle diese Abschätzungen gehen davon aus, daß die laut verkehrsrechtlichen Vorschriften zulässigen Höchstwerte für die Dosisleistung der Abfälle (2 Millisievert pro Stunde an der Oberfläche der Behälter, 0,1 Millisievert pro Stunde in zwei Metern Abstand von einer Container- oder Wagenaußenseite) eingehalten werden. Fehlklassifizierungen (oder absichtliche Abweichungen, wie zum Beispiel durch den Transnuklear-Skandal bekannt geworden) sind aber nicht mit Sicherheit auszuschließen. Kaum zahlenmäßig erfaßbar ist darüber hinaus die Strahlenbelastung des Personals durch sogenannten „Abrieb" von radioaktiven Stoffen, mit denen die Abfallgebinde außen möglicherweise verschmutzt sind.

Die Anti-AKW-Bewegung nach dem 14.1.

Verkehrte Welt! Nicht die Anti-AKW-Bewegung sondern die für das Atomprogramm Verantwortlichen hatten am 14.1.88 den NUKEM/Transnuklear-Skandal eskaliert und damit eine neue Runde der Atomenergie-Auseinandersetzung losgetreten.

Während sonst die Atommafia auf die Kritik der AKW-GegnerInnen zu reagieren gewohnt ist, mußte nun die Anti-AKW-Bewegung die "Empörung" von Wallmann & Co. und die in Bonn angeordnete Stillegung von Nukem und Transnuklear zum Anlaß für weitergehende Aktionen nehmen.

Am 18.1. versammelten sich auf Initiative der Grünen Vertreter/innen der Friedensbewegung, des BUND, der SPD und der DKP zu einer ersten internen Aktionsberatung. Eindeutig favorisiert wurde eine Großdemo in Bonn. Abgewartet werden sollten jedoch die Ergebnisse der Aktions- und Koordinationskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Marburg.

Dort trafen sich am 24.1. ca. 200 Teilnehmer/innen aus 40 Orten. Der eindeutige Favorit dieses Treffens war eine Großdemo in Hanau. Diese wiederum scheiterte am Veto der BI Hanau, der das "Scherbenfest" in der Hanauer Innenstadt im Anschluß an die Hanau-Großdemo vom 8.11.86 sowie die Hetze infolge der Startbahn-Schüsse noch schwer in den Knochen steckte.

Das Ergebnis wochenlanger Kontroversen war ein Aktionstag am 5.3. mit 4 regionalen Demos in Gorleben (8.000 Teilnehmer/innen), Regensburg (3.000), Frankfurt (3.000) und am RWE-Standort Essen (1.500) sowie einer ca. 5.000-köpfigen "bundesweiten Großdemonstration" in Hanau am 19.3.88.

Im Folgenden findet ihr

- Berichte von den Demos in Gorleben, Regensburg und Frankfurt (trotz wiederholter Anfragen kam leider aus Essen kein Bericht)
- eine Dokumentation der Auseinandersetzung um die Hanauer-Demo am 19.3., die zum Rückzug der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung aus der Demovorbereitung und zu einem ernsten Zerwürfnis zwischen der Hanauer BI und dem Rest der "alten" Anti-AKW-Bewegung geführt hat.

Abschließend stellen wir dar, warum aus unserer Sicht die Anti-AKW-Bewegung nach dem 14.1. nur relativ wenig hat Einfluß nehmen können.

Aktionstag 5.3.88

Frankfurt

Der bundesweite Aktionstag am 5.3.88, inclusive einer Demonstration zum Degussa-Hauptsitz in Frankfurt, war von uns, dem AK gegen Atomanlagen, in Marburg und Neuwied (Atommüllkonferenz) befürwortet worden. Er bot die Möglichkeit für Gruppen aus den jeweiligen Regionen, dem oberflächlichen Skandalrummel differenziertere Inhalte entgegenzusetzen, Diskussionen auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung anzuregen und an regionale Arbeitsansätze anzuknüpfen. Für uns bedeutete das, mit einer Demonstration in Frankfurt nicht alleine die Vorgänge an den Produktionsstätten der Atommafia (z.B. Hanau) zu thematisieren, sondern die Konzerne (z.B. Degussa), als Entscheidungszentralen in den Mittelpunkt zu stellen. Außerdem war und ist es uns wichtig, uns kämpferisch gegen die staatliche Repression zu verhalten, die im Rhein-Main-Gebiet gegenüber der Startbahn-Bewegung und Autonomen Gruppen einsetzte, um diese, die sich nicht an vom Staat gesetzte Handlungsspielräume halten oder reformistische Politik betreiben, zu zerschlagen.

Wir sahen in der Demo die Chance, daß möglichst viele Gruppen aus verschiedenen Teilbereichen mit ihren verschiedenen Kampfansätzen zusammenarbeiten könnten, da die Degussa mit ihrer Tätigkeit in Chemie, Atom- und Gentechnologie weltweit ihren Teil zu Ausbeutung und Vernichtung von Menschen und Natur beiträgt. Diese zugegebenermaßen hoch gesetzten Erwartungen ließen sich in der Kürze der Vorbereitungszeit nicht alle realisieren, zumal die Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen im Rhein-Main-Gebiet recht dürftig ist, und die nach den Startbahnschüssen einsetzende Repression noch in den Knochen steckt und lähmt. Nichtsdestotrotz, über fünfzig Gruppen aus Hessen und Nordbayern unterstützten den Demo-Aufruf, zahlreiche Grünen-Verbände fehlten: Ihnen war wohl die Darstellung der Haftbedingungen der Startbahn-Gefangenen, die Forderung nach Freilassung und Solidarität mit ihnen und allen kämpfenden Gefangenen im Aufruf ein zu heißes Eisen.

Die Demo selbst, an der über 3.000 Menschen teilnahmen, werten wir als Erfolg. Die Redebeiträge entlarvten die alltäglichen "Mords"-Geschäfte der "ehrenwerten Gesellschaft" DEGUSSA, die in historischer Kontinuität zu ihrer Mitwirkung an der Massenvernichtung von Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen, SozialistInnen und KommunistInnen im Nationalsozialismus stehen. (Ihre damaliges Tochterunternehmen DEGESCH lieferte das Cyclon B für die Gaskammern). Weiterhin gab es einen Redebeitrag aus Lüchow-Dannenberg, der über die aktuelle Lage in Gorleben und die anstehenden Transporte ins Zwischenlager informierte und zum Widerstand aufrief. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Redebeiträge von der Startbahn-BI und dem Libertären Zentrum, in denen einer etwas breiteren Öffentlichkeit die Situation im Rhein-Main-Gebiet nach dem staatlichen Repressionsangriff und die Machenschaften der Bundesanwaltschaft dargelegt und zur Solidarität mit den Inhaftierten, Kriminalisierten und Angegriffenen zusammenhängen aufgerufen wurde.

Auf erfreulich vielen Transparenten wurde die Freilassung der Gefangenen aus Startbahn-, AKW-, und Gentechnologiewiderstand gefor-

Foto Jürgen Siegmann

Wir haben eine 80seitige vorläufige Materialiensammlung über die DEGUSSA erstellt, die bei uns gegen 10 DM im Briefe als Spende bestellt werden kann:
AK gegen Atomanlagen Ffm, Dritte Welt Haus, Friesengasse 13, 6000 Frankfurt 90.

dert, wurden die Ziele sozialrevolutionärer und radikaler Bewegungen offensiv vertreten.
Die Demo durch die Innenstadt glich dann allerdings einem Gefangenentransport bzw. einem wandernden Polizeikessel. Nachdem wenige Tage vor der Demo die Polizei Gerüchte von zu erwartenden Krawallen in die Welt gesetzt hatte und damit Auflagen betreffs der angemeldeten Demoroute begründete, konnte das riesige Bullenaufgebot nicht verwundern. Insgesamt 1.500 Polizisten inclusive Bundesgrenzschutz waren im Einsatz. Schon lange vor Kundgebungsbeginn wurde der Platz abgeriegelt, potentielle DemonstrantInnen kamen nur nach Taschenkontrolle und Durchsuchung auf den Römer. Zuvor waren Leute bei Kontrollen an der Autobahnausfahrt festgenommen worden. Der Ablauf der Demo war durch dauernde Provokationen und ein geschlossenes, zum Teil doppeltes Bullenspalier geprägt. Von alledem ließen sich die DemonstrantInnen nicht einschüchtern, sondern wehrten die Provokationen durch Kettenbilden, Seitentransparente und ein insgesamt geschlossenes Auftreten ab.

Es blieb so bei einigen leichten Verletzungen (bei der Abwehr eines Knüppeleinsatzes vor Beginn der Abschlußkundgebung vor dem Degussa Hauptsitz) und insgesamt einigen vorläufigen Festnahmen, unter anderem wegen "Raub eines Polizeiknüppels". Die Schärfe der Konfrontation steht in der Kontinuität der Auseinandersetzungen um Demonstrationen seit den Startbahnschüssen (in Hamburg, Düsseldorf, Köln), die militärische Versuche der Isolierung und Zerschlagung der Demonstrationen radikalen Widerstands über entsprechende rechtliche Begründungen (Vermummungsverbot), massives Auftreten, Abriegelungen und Vorkontrolle sind.
In Frankfurt war es wichtig, daß überhaupt wieder eine Demo mit radikalen Inhalten durchgesetzt wurde, daß Aufklärung über Kriminalisierung und Terror gegen außerparlamentarischen Widerstand und unsere Solidarität mit den unmittelbar betroffenen wenigstens ein Stück weit öffentlich wurde und auch die Bedeutung der Degussa ein wenig deutlicher wurde. Mehrheitlich wurde sich nicht zugetraut, außerhalb der Innenstadt zum Knast in Preungesheim zu demonstrieren, auch aus Erfahrung der Zerschlagung solcher Demonstrationen in Frankfurt.

Obwohl der gesamte Aktionstag, berücksichtigt mensch die kurze Vorbereitungszeit, zumindest von der zahlenmäßigen Beteiligung ein Erfolg war, gibt es einiges zu kritisieren: nach der AMK in Neuwied wurschtelten die einzelnen Demovorbereitungskreise vor sich hin, in Neuwied getroffene Absprachen über gemeinsame inhaltliche Schwerpunkte wurden so gut wie nicht umgesetzt, der verabredete RednerInnenaustausch folglich auch kaum — insgesamt wurde sich viel zu wenig auf die jeweils anderen Demos bezogen. Dieses isolierte Nebeneinander gilt es aufzulösen, und wenn dazu nötige Diskussionen viel Zeit brauchen, dann müssen wir uns diese Zeit nehmen, auch wenn dies zu Lasten schnell verabredeter und durchgezogener bundesweiter Demokonzepte geschieht.

AK gegen Atomanlagen FFM

Degussa: An diesem Konzern klebt Blut

Liebe Freundinnen und Freunde!

"Die DEGUSSA... hat bis auf weiteres die NUKEM... in ihre unternehmerische Obhut genommen. Vorstandsmitglieder und hochqualifizierte Führungskräfte der DEGUSSA setzen sich ab sofort in der NUKEM dafür ein, daß dieses Unternehmen... ordnungsgemäß weiterarbeiten kann." So verkündete die DEGUSSA am 18. Januar 88 in großflächigen Zeitungsanzeigen. Der hessische Minister für den Schutz der Atomwirtschaft zeigte sich zufrieden über das Engagement dieser, ich zitiere wieder:*"...honorigen und bodenständigen hessischen Firma...."*

Ein täglich Brot der DEGUSSA ist die Herstellung von, und der Handel mit, hochgiftigen Zyaniden. 60 mg sind tödlich, bis zu 6 Tonnen täglich rollen von der Kölner Rückstands-Sammelstelle der DEGUSSA in die weltweit berüchtigte hessische Giftmülldeponie Herfa-Neurode. Und erst vor sechs Wochen mußte eine Autobahn wegen eines verunglückten Zyanid-Lasters eineinhalb Tage gesperrt werden.
Nicht nur der Atommülltourismus, auch der Giftmülltourismus muß ein Ende haben!
Am liebsten aber glänzt die DEGUSSA mit ihren Goldgeschäften. Doch an diesem Gold klebt Blut, Schweiß und Tränen des schwarzen Südafrika, dank derer das weiße Terrorregime dort allerdings glänzende Geschäfte mit DEGUSSA macht. Mit diesen Geschäften und auch eigenen Minenbeteiligungen gehört auch die DEGUSSA zu denjenigen, die die Apartheid aufrechterhalten helfen — aber die Apartheid gehört abgeschafft, das weiße Rassistenregime verjagt!
Die Uranexporte Südafrikas sind ein Nebenprodukt der Goldminen. Weit mehr Uran verkauft Südafrika aus dem völkerrechtswidrig von ihm besetzten Namibia. Dort ist die DEGUSSA-Partnerin Metallgesellschaft durch ihre Urangesellschaft direkt Teilhaberin der Ausbeutung der Rössing-Minen. Und die DEGUSSA-Tochter NUKEM lieferte dafür Anlagen und handelt mit dem Uran aus Namibia. Allein 1981 konnte Südafrika über die Hälfte des Urans für deutsche Atomkraftwerke liefern!
Damit muß Schluß sein!

Foto Jürgen Siegmann

5.3.: RWE-Sitz in Essen

Diese ehrenwehrte Gesellschaft namens DEGUSSA erweist sich, je mehr von ihren ausbeuterischen, menschenfeindlichen und umweltgefährdenden Praktiken ans Licht kommt, auch als ein vollwertiges Mitglied der internationalen Atommafia. Diesem strahlenden multinationalen Konzern wollen wir das Handwerk legen!
Der Multi DEGUSSA ist einer der 150 größten europäischen Konzerne, 30.000 Beschäftigte schuften international in über 130 Firmen einen Umsatz von 11 Milliarden DM herbei. Die Gewinne stecken hauptsächlich Versicherungskonzerne, die Dresdner Bank und der Waschmittelkonzern Henkel ein. Den größten Teil dieser Gewinne macht dieser Multi DEGUSSA mit nicht-atomaren Geschäften. Glaubt man der DEGUSSA-Propaganda, so produziert sie eh nur für den Umweltschutz: Katalysatoren für Autos, neue Rauchgasentschwefelungstechniken, und nicht zuletzt auch Chemikalien zur Desodierung von Abwässern — davon ist da sehr oft die Rede...
Vom Normalbetrieb der DEGUSSA wird nicht so gern geredet. Da ist die DEGUSSA nämlich zum Beispiel der größte Hersteller der BRD für das krebserregende Formaldehyd.
Und im Frühjahr 1982 erst explodierte nach jahrelanger Umweltverpestung und Unfällen gleich das ganze Wasserstoffperoxidwerk in Rheinfelden.

Mit der Verarbeitung von Uran hat die DEGUSSA Tradition: Schon 1940 veredelte die Konzerntochter Auergesellschaft in Berlin Uran für die Nazi-Atomforschung.
Und seit 1940 fanden diese Arbeiten auch bei der DEGUSSA selbst, auf eben jenem Gelände, vor dem wir jetzt stehen, und in der Guleutstrasse hier in Frankfurt statt! Die Rohstoffe

Fortsetzung Rede

stammten auch damals aus besetzten Ländern — den von den Nazis überfallenen Belgien und Tschechoslowakei.

Erst im Januar 1945 wurden die Arbeiten wegen der vorrückenden Allierten aus Frankfurt ausgelagert. Bei Kriegsende fiel der Kernbrennstoff, über 14 Tonnen, größtenteils den Amerikanern in die Hände.

Nach 1945 war zwar die deutsche Atomforschung und -produktion verboten. Die DEGUSSA forschte und produzierte aber einfach heimlich im Ausland weiter und legte dabei die Grundsteine für die indische und die argentinische Atombombe. Auch der spanische Diktator Franco wurde von ihr mit einer Uranmetall-Anlage versorgt.

In der BRD selbst bereitete sie seit 1954, unter Federführung ihres Vorstandsmitglieds Prentzel, eines ehemaligen Managers des Kriegsverbrecherkonzerns IG Farben, mit die deutsche Atomentwicklung vor. Nach dem Wegfall der alliierten Verbote 1955 baute sie wieder eine offizielle Atomabteilung, diesmal in Hanau, auf. 1957 dann konnte das erste Reaktorbrennelement aus DEGUSSA-Fertigung dem Bundesverteidigungsminister Strauß übergeben werden.

Maßgeblich am Aufbau beteiligt und erster Geschäftsführer der NUKEM war Günter Wirths, der schon in der Nazizeit in der DEGUSSA-Tochter Auergesellschaft für das Atom-Knowhow des Heereswaffenamtes arbeitete.

Die NUKEM gründete die DEGUSSA 1960, um besser an Bundesförderungsmittel und das Knowhow aus dem amerikanischen Atombombenbau zu kommen. Später mußte sie ihre Interessen mit Siemens und dem RWE zusammelegen, mit denen zusammen sie heute die Hanauer Atommafia lenkt.

Die Skandale der Hanauer Betriebe haben wir seit Jahren angeprangert. Ob sie aber, nun seit einem Vierteljahrhundert, legal oder illegal betrieben werden, — wir meinen, sie gehören stillgelegt!

Dabei ist auch die vermutete Proliferation bombenfähigen Materials nach Pakistan oder sonstwohin nichts wirklich Neues. Zu lange hat zum Beispiel die DEGUSSA-Tochter LEYBOLD bombiges Knowhow, und Geräte dazu, dorthin wie in alle Welt geliefert. Schon bei den Argentiniengeschäften nach 1945 war sie auch dabei. Ob Anreicherungs-Knowhow für Pakistan oder Teile zur südafrikanischen Bombenvorbereitung geliefert wurden, — die DEGUSSA-Manager Becker und Liebmann führten auch dort die Aufsicht!

Gerade Liebmann übernahm schon 1959 die DEGUSSA-Brennelemententwicklung. Und diese Figuren sollen nun NUKEM zu einer "ordnungsgemäßen" Weiterarbeit bringen? Eine solche Ordnung anzugreifen, ist geradezu unsere Pflicht!

Aber wie wurde Robert Jungk kriminalisiert, als er vor zwei Jahren vor den Toren der Hanauer Atommafia ausrief: *"Macht kaputt, was euch kaputt macht!"*

Uns ist egal, welche Köpfe die Regierung jetzt in welcher Vorstandsetage rollt. Wir haben oft genug gesehen, daß sie die Karrieretreppe aufwärts rollen.

WIR WOLLEN DAS GANZE ATOMPROGRAMM, DIE GANZE ATOMMAFIA SOFORT KIPPEN !!

Regensburg

1. Wie es doch dazu kam

Zuerst wurde der Aktionsvorschlag bei einem örtlichen BI-Treffen (Strategietreffen) verworfen, da das Anti-WAA-Büro in Schwandorf voll und ganz mit den Einwendungen beschäftigt war und zudem noch einen Büroumzug vor sich hatte. Außerdem war zu diesem Zeitpunkt der Vorschlag einer bundesweiten Hanau-Demo noch nicht ganz vom Tisch; die anwesenden BI-VertreterInnen erachteten es als sinnvoll, unter dem Aspekt 'Nukem-Skandal' für eine Demo in Hanau zu mobilisieren. Bei einem nachfolgenden bundesweiten Treffen(Nachbereitung der Herbstaktionen 87) wurde ebenfalls für Hanau plädiert.

Foto Jürgen Siegmann

5.3. in Essen

Gut, kurz danach fand parallel zur AMK in Neuwied in der Oberpfalz die LAKO statt. Per Telefon kam die Meldung aus Neuwied, daß die bundesweite Hanau-Demo am 5.3. wohl nicht stattfinden wird. Unter diesem Gesichtspunkt wurde die Sache nochmal diskutiert. Es wurde festgestellt, daß wegen dem VGH-Urteil eine große Bereitschaft 'etwas zu machen' da war. Außerdem wurde im Laufe der Diskussion klar, daß eine 'bayerische' Beteiligung an dem gesamten Aktionskonzept auch den Ausdruck des bundesweiten Zusammemhangs verdeutlicht.

Dem Argument 'wenn wenig Leute kommen, wird es eine Blamage für uns' konnte entgegengehalten werden daß, 1. die Qualität dessen was wir zu sagen haben nicht abhängig ist von der Beteiligung Hunderttausender; 2. daß die Demo ja an verschiedenen Orten stattfindet und deshalb schon nicht alle auf einem Fleck (Hier der Oberpfalz) sein können; 3. es logisch ist, daß bei einer so kurzen Mobilisierungszeit mit weniger Menschen zu rechnen ist, was ja aber nichts ausmacht.

Zu einer schnellen Einigung kams bei der Auswahl des Demo-Ortes. Der Bauzaun der WAA wurde klar abgelehnt, weil es wegen der kurzen Zeit unmöglich war dort einen Schutz der DemoteilnehmerInnen vor Bullenübergriffen zu diskutieren bzw. zu organisieren und letztlich zu gewährleisten (siehe Erfahrungen von der 10.10.-Demo). Regensburg erschien als geeigneter Demo-Ort, da alle Punkte, die innhaltlich angesprochen werden sollten(OBAG, Justiz, Regierung der Opf.) auch praktisch (in Form von Gebäuden) vorhanden sind.

2. Vorbereitungen

Ein Aufrufvorschlag wurde erarbeitet und nochmal bei einem bayernweiten Treffen 'genehmigt'. Da gabs keine größeren Schwierigkeiten, der Aufruf enthielt alle wichtigen Punkte, die auch von allen Anwesenden getragen werden konnten. Schwierigkeiten traten erst auf als das Gerücht, dies sei eine 'DKP-Regensburg und eine Autonomen-Demo'die Runde machte und so bei evtl.Unterstützern Unklarheiten auftauchten. Mit einem weiteren Rundschreiben und dem doch mittlerweile großen Unterstützerkreis konnte dieses Gerücht entkräftet werden. Etwas behindert wurde die Mobilisierung noch deshalb weil mehrere Päckchen mit Flugis und Plakaten erst sehr spät zugestellt wurden, bzw. teilweise gar nicht angekommen sind. In Regensburg klebten ca. 400 Plakate nur eine Nacht, die Vermutung liegt nahe, daß die organisiert abgerissen worden sind.

3. Endlich die Demo

Die 'Service-Meldung' von BR 3 verkündete schon ab 9 Uhr, daß die Innenstadt von Regensburg zu meiden sei. Die Bullen hielten sich anfangs noch eher verdeckt, doch wie erwartet, waren sie

massiv angerückt.
Zum Ablauf: Es waren doch mehr Leute da, als wir wegen der ganzen Schwierigkeiten erwartet haben. Besonders gefreut hat uns, daß es wirklich Leute aus den verschiedenen Spektren waren. (Dies zu erreichen war eine der Hauptgründe für uns, die Demo zu machen)' Beim Aufstellen des Zuges hat es halt ein bischen Chaos gegeben. Das Konzept Zwischenkundgebungen zu den relevanten Punkten (OBAG, Justiz,...) konnten wir störungsfrei durchziehen. Ein paar Bullentrupps zogen am Rande mit.
Erst als der Zug in die Haupteinkaufsstraße einbog, tauchten die USK-Bullen auf und zwangen uns im Spalier weiterzugehen. Außerdem drangen sie in den Zug und holten sich einen Menschen raus(wg. Vermummung). Hier bleibt die Frage, ob sich die Bullen wegen ihrer Zuschauer (Langer-Samstag-EinkäuferInnen) profilieren wollten, oder ob ihnen die schon vorher geflogenen Schneebälle nicht gefielen. Auf alle Fälle funktionierte nach dem Übergriff das Ketten-Machen und Geschlossen-Gehen ausnahmsweise gut und schnell. Dies ist vielleicht ein Grund, daß es bei dem einen Übergriff blieb. Wurden im Gegensatz zum 'Vorher' kaum bzw . keine Parolen mitgerufen (Ärger!), gabs zu den Bullen lautstarke Reaktionen. Die Demo kam dann gut zur Abschlußkundgebung auf dem Haidplatz an. Beim Nachhauseweg wurde noch eine Person wegen Waffenbesitz (=Nietenarmband) vorrübergehend festgenommen.

Hinterher wurde vom Vorbereitungskreis festgestellt, daß die Gelegenheit, organisiert Einwendungen zu sammeln, nicht genutzt wurde, und daß es total wichtig ist, an den Themen die bei dieser Demo angeschnitten wurden, weiter zu arbeiten. Eine Demo allein bewirkt noch gar nichts.

INFO–BÜRO ALTENSCHWAND

Gorleben

Völlig unerwartet, doch sicherlich keine unangenehme Überraschung auslösend, kommen ca. 8.000 Atomkraftgegner/innen am 5. März mal wieder im Wendland zusammen. Sehr viele Einheimische und die bekannten Anti-AKW-Gruppen aus dem norddeutschen Umland erweckten Hoffnungen, daß in Gorleben zukünftig wieder mit einem verstärkten Widerstand zu rechnen ist, der in Anbetracht der vorhandenen und geplanten Anlagen sicherlich notwendig sein wird. So wiesen dann auch Sprecher der "Bäuerlichen Notgemeinschaft", der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft" und der BI Lüchow-Dannenberg darauf hin, daß in Gorleben sowohl Atomindustrie als auch Bundes- und Landesregierung trotz anderslautenden Beteuerungen an ihrem ursprünglichen Konzept eines nuklearen Entsorgungszentrums arbeiten.
Der kilometerlange Demozug von Gedelitz zum Trafohäuschen am Zwischenlager wurde zur Freude aller, endlich mal wieder von einem starken Aufgebot von Traktoren (130 - 150) angeführt. Auffällig war dabei, sowie im weiteren Verlauf, die Zurückhaltung der Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz, die sich überwiegend mit der Verkehrsregelung beschäftigten.
Nachdem sich schließlich der gesamte Demozug ums Trafohäuschen versammelt hatte, konnte das übliche Ritual der Abschlußkundgebung beginnen. Als erster Redner versuchte dann Robert Jungk seinen auf der Hanau-Demo gemachten Ausspruch *"Macht kaputt, was Euch kaputt macht"* zu relativieren, wobei er davor warnte daß *"der Staat gewaltig ist"* und wir uns nicht in die Falle locken lassen sollen.
Werner Kiebitzu (IG-Metall Salzgitter) sprach anschließend von "dem Geschäft mit der Angst um Arbeitsplätze" in der Frage des Ausstiegs und hielt fest, es gelte klarzumachen, daß Ausstieg und Neuorientierung im Gegenteil neue Arbeitsplätze schaffen.
Während desweiteren Ulrike Lappe, eine Sprecherin der BI Lingen, Horst Seide für die Landwirte und Marianne Fritzen die üblichen Statemens abgaben, sorgte der Beitrag einer Osnabrücker Autonomen über Kriminalisierung, Isolationshaft und Militanz im Widerstand für kontroverse Aufmerksamkeit.
Abschließend sei an dieser Stelle kritisch vermerkt, daß die Demo ein gutes Forum gewesen wäre, um auf die weiteren, konkreten Widerstandperspektiven hinzuweisen, was jedoch nur ansatzweise geschah.

Fotos: Oliver Kirsten

Stellungnahmen zur Hanau-Demo am 19.3.88

BIgA Marburg:

Wir versuchen im folgenden erstens einen kurzen Überblick über all die Diskussionsprozesse auf den Treffen seit Januar dieses Jahres, zweitens die Gründe für den Auszug aller regionalen und bundesweiten Anti-AKW-Inis deutlich und damit die Kritik nachvollziehbar zu machen und drittens eine vorläufige Gesamteinschätzung und mögliche Konsequenzen zu formulieren.

Konferenz in Marburg am 24.1.88

Der "Hanau Skandal" war in aller Munde und so luden das Umweltzentrum Münster und die BIgAM (Bürger Initiative gegen Atomanlagen Marburg) recht kurzfristig zu einer bundesweiten Aktions- und Koordinationskonferrenz am 24.1.88 nach Marburg ein. Hier diskutierten 200 Leute aus 40 Städten verschiedene schriftlich vorgelegte Konzepte, die sich folgendermaßen umschreiben lassen:

1. **Vorschlag**: Bundesweite Demo in Bonn: Dieser Vorschlag wurde u.a. von der IUH eingebracht und kurzgefaßt politisch folgendermaßen begründet: In Bonn sitzen die politisch Verantwortlichen, die Brisanz der Proliferation lasse sich in Bonn am besten darstellen, in Bonn tagt der Untersuchungsausschuß.

2. **Vorschlag:** Bundesweite Demo in Hanau: Die IUH zeigte in der Argumentation für Bonn auch gleich die Gründe auf, warum sie eine bundesweite Demo in Hanau nicht mittragen kann: Organisatorisch ist die IUH zu schwach,eine Großdemo mit vielleicht 50.000 Teilnehmern würde das Fassungsvermögen der Stadt Hanau sprengen und schließlich wäre eine ähnliche Demo wie 1986 angesichts der Startbahnmorde eine Niederlage für die Anti-Atom-Bewegung.

3. **Vorschlag:** Dezentrale Demonstrationen an einem Tag, an zwei, drei oder vier Standorten, wobei Hanau einer von mehreren Standorten sein kann. Dagegen wurde eingewandt, daß eine Abstimmung mit den Füßen zu erwarten sei und so doch durch die Hintertür Hanau bundesweit prioritäre Bedeutung zu kommen würde.

Nach langer Diskussion einigte sich die Konferenz dann auf das Konzept in Gorleben, Essen (RWE) und Frankfurt (Degussa) am 5.3.88 zu demonstrieren und damit die politischen Zusammenhänge und wirtschaftlichen Strukturen des Atomprogrammms aufzuzeigen. Weiterhin wurde festgelegt, am zweiten Samstag nach Wiederinbetriebnahme der NUKEM in Hanau bundesweit zu demonstrieren.

Atommüllkonferenz in Neuwied vom 5. — 7.2.88

Dieses Konzept sollte dann in Neuwied auf der Atommüllkonferenz ausgestaltet werden. Aber auf dieser Atommüllkonferenz wurden alle Anwesenden von einem Hanauer Beschluß überrascht, nun doch eine bundesweite Demo in Hanau am 19.März durchzuführen und damit die Demo am zweiten Samstag nach Wiederinbetriebnahme der NUKEM nicht stattfinden zu lassen. In der daraufhin eingerichteten AG wurde von vielen Seiten große Unzufriedenheit über den Termin 19. März und z.T. massive Kritik an der Entscheidung der IUH vorgebracht, da es als organisatorisch schwierig und als Überforderung eingeschätzt wurde, den Abschalttag am 29.2., den Aktionstag am 5.3. und die Hanau-Demo am 19.3. auf die Beine zu stellen. Die Terminvorgabe 19.3. der Hanauer war aber für die IUH unumstößlich. Nach der AG reisten die VertreterInnen der IUH sofort ab, ohne die Plenumsdiskussion abzuwarten. Ein Vorbereitungstermin für den 19.3. wurde von ihnen nicht genannt. Die 200 Leute im Plenum der Atommüllkonferenz beschlossen dann ohne Gegenrede, daß die Demo bundesweit mitgetragen werden soll und es das Ziel sein muß, inhaltlich an die 86-er Demo anzuknüpfen und nicht hinter ihr zurückzubleiben. Insbesondere wurde beschlossen, zu den Anlagen in Hanau-Wolfgang zu gehen, sich für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen und gegen die Kriminalisierung von Widerstandsbewegungen einzusetzen, den gesamten Brennstoff"kreislauf" zu thematisieren, auf internationale Zusammenhänge einzugehen und die militärische Bedeutung der Hanauer Atomfirmen in Bezug auf die westdeutsche Atombombenoption zu betonen. Die RednerInnen sollen nach inhaltlichen Gesichtspunkten ausgewählt sein und nicht aus Parteien kommen.

Das Treffen in Hanau

Geboren wurde die Idee einer Demo in Hanau am 19.3. auf einem Treffen am 4.2. dortselbst, zu der die IUH etwa 45 Leute aus örtlichen christlichen Initiativen, aus Friedensinitativen, der Nica-Initiative, dem Kultur-Verein, dem BUND, Jusos, Grüne, DKP, SDAJ und Nach-Tschernobyl-Inis aus dem lokalen Raum begrüßen konnte. Dieses Treffen am 4.2. beschloß ebenfalls schon, wegen der drohenden Gefahren des dort gelagerten Atommaterials nicht vor die Betriebe zu gehen. Diese lokalen Trägerkreisinis trafen sich in den folgenden Wochen außerhalb der Treffen des regional und bundesweit besuchten Vorbereitungskreises weiterhin gesondert für weiterreichende Absprachen bzw. Vorentscheidungen.

Am **12.2.**(Freitag) fand dann das erste Vorbereitungstreffen in Hanau statt, an dem auch TeilnehmerInnen aus anderen Städten und Zusammenhängen anwesend waren. Dort wurden die Beschlüsse der Atommüllkonferenz (AMK) Neuwied (s.o.) erläutert und von Hanau die bis-

herigen Bemühungen der Vorbereitung vorgestellt. So hatte eine AG je ein Schreiben an den DGB und die SPD (!) gesandt mit der Aufforderung, sich an der Vorbereitung der Demo zu beteiligen. Eine andere AG hatte sich um die Auskundschaftung von Kundgebungsplätzen bemüht. Bei der Vorstellung möglicher Kundgebungsplätze kam der Platz vor den Nuklearbetrieben gemäß dem Beschluß der Hanauer Inis auch gar nicht mehr vor. Stattdessen spielten nur noch Kriterien wie Fassungsvermögen und Verkehrsanbindung etc. eine Rolle. Daran entzündete sich die erste Kontroverse. Von den übrigen Gruppen wurde vehement für eine Einbeziehung der Betriebe als direktem Gegenstand des Protestes gestritten. Die Rolle der Betriebe für die bundesweite Mobilisierung wurde betont, ebenso die Tatsache, daß ein Abwenden von ihnen der Demo ihre politische Brisanz und Stoßrichung nehmen werde. Demgegenüber wurde von den Hanauern die Einbeziehung der Firmen abgewehrt mit dem Argument, daß direkt am Geländezaun Behälter mit Uranhexafluorid (UF 6) unter freiem Himmel lagerten und bei einem Angriff ein Unglück geschehen könne. Aber schon hier wurde von einigen Hanauern deutlich gemacht, daß mit der Abkehr von den Betrieben auch die Abkehr von der als Fehlschlag eingeschätzten 86-er Demo beabsichtigt sei.

Verschiedene Kompromißvorschläge wurden gestartet, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Ohne große Ergebnisse ging das erste Treffen zuende. Es wurde lediglich vereinbart, daß die Hanauer bis zum nächsten Treffen klären sollten, ob eine Einbeziehung der Betriebe nicht doch mitgetragen werden könne. Ferner sollte bis zum nächsten Mal ein Aufrufentwurf vorgelegt werden.

Beim nächsten Treffen am **19.2.** wurde von den Hanauern ein Demokonzept vorgelegt, das drei Auftaktkundgebungen und einen anschließenden Sternmarsch zu einem Platz am Kinzigufer vorsah. Weder bei den Auftaktkundgebungen noch bei den Demorouten wurden die Nuklearbetriebe mit einbezogen. Von 17 Hanauer Inis hätten sich 12 dagegen ausgesprochen und wollten eine Route am Gelände weder mitorganisieren noch mittragen. Es waren sechs Redebeiträge vorgesehen, die von VVN, BUND, Kirche, DGB, IUH und ein Vertreter aus dem Anti-AKW-Widerstand abgedeckt werden sollten. Kriminalisierung tauchte dabei thematisch nicht auf. Ein weiterer Schritt zurück hinter die 86-er Demo. Hauptkriterium der Rednerauswahl war dabei die Popularität und Werbewirksamkeit: So wurde Hoimar v. Ditfurth, der alternative Nobelpreisträger Dürr und für die Kirche Altner, Gollwitzer und Albertz vorgeschlagen. Der Aufruf war dann das beherrschende Thema des Abends, das Demo-Konzept wurde zunächst zurückgestellt. Es wurde eine Fülle von Einzelkritik geübt und - da die Zeit drängte - so verfahren, daß die notierten Kritikpunkte von einer AG unter gleicher Beteiligung von lokalen und überreginalen Zusammenhängen in den Entwurf eingearbeitet werden sollten. Eine heftige Auseinandersetzung entbrannte hier bereits an der Aufrufformel, zu einer (friedlich und) gewaltfreien Demo aufzurufen. Der Begriff "gewaltfrei" wurde von den überregionalen Vertretern als dogmatisch und wesentliche Teile des Widerstandes verleugnend abgelehnt.

Elmar Dietz behauptete, die Hanauer Inis hätten beschlossen, das Wort "gewaltfrei" müsse im Aufruf enthalten sein. Ein anderer bestritt dies und meinte, es sei bei dem Beschluß nicht um das Wort, sondern um die Absicht bezüglich der Demo gegangen. In diesem Punkt wurde keine Einigung erzielt und der Aufruf-AG daher keine Leitlinie wie bei den anderen Punkten vorgegeben. Die AG sollte sich am Sonntag (21.2.) treffen und das Ergebnis am kommenden Freitag zur Beschlußfassung vorlegen. Auch am 19.2. wurde angesichts der scheinbar vollendeten Tatsachen bezüglich Demoroute verschiedentlich die Frage an die Hanauer Inis gerichtet, ob sie bereit seien, Beschlüsse des Freitagtreffens zu akzeptieren, oder ob sie darauf bestünden, die wesentlichen Festlegungen allein zu treffen und anderen nur noch die Gelegenheit zu geben sich dem so festgelegten Demokonzept anzuschließen - ohne weitere Einflußmöglichkeit. Eine definitive Antwort war darauf nicht zu erhalten.

Der Aufruf wurde dann am Sonntag; dem **21.2.**, von der AG überarbeitet und dabei in eine Fassung gebracht, die im wesentlichen von allen akzeptiert wurde - abgesehen vom Kriminalisierungsteil, der dem Vertreter der Autonomen Hanau nicht konkret genug war. (Keine Erwähnung der aktuellen Kriminalisierung im Rhein/Main-Gebiet). Nur bei der Aufrufformel blieben die Gegensätze unüberbrückt: Die zwei Vertreter überregionaler Zusammenhänge bestanden auf der Umschreibung des Begriffs "gewaltfrei", ein Vertreter der Hanauer Inis (Nica-Komitee) wäre mit Umschreibung einverstanden gewesen (aber auch mit dem Begriff "gewaltfrei"), während Elmar Dietz auf der Verwendung bestand. Eine Kampfabstimmung wurde vermieden. Stattdessen wurde vereinbart, über diese Frage auf dem nächsten Freitagsplenum zu entscheiden. Dies geschah aber dann auch nicht mehr. Vielmehr wurde am Montag (22.2.) durch telefonischen Rundruf bei den Hanauer Inis entschieden, den Begriff im Aufruf zu verwenden und ihn so direkt - also ohne das nächste Freitagsplenum abzuwarten -zu verschicken. Der zweite Hanauer Vertreter in der Aufruf AG wurde an dieser "Abstimmung" nicht mehr beteiligt. Er distanzierte sich am 26.2. ausdrücklich von dieser Vorgegehensweise und nannte sie einen Bruch der Abmachung. Ab Dienstag wurde der Aufruf dann zusammen mit einem Begleitschreiben verschickt, das das Sternmarschkonzept unter Ausschluß der Nuklearbetriebe als vom Trägerkreis beschlossen hinstellte, obwohl das letzte Trägerkreistreffen keine definitve Entscheidung darüber getroffen hatte.

Am **26.2.** wurde diese Vorgehensweise von Hanauer Inis nicht in Frage gestellt, dagegen alle Versuche abgeblockt, doch noch eine Änderung bezüglich der Route und der Aufrufformel zu erreichen. Daraufhin zogen sich die Vertreter von: Autonome Hanau, AK gegen Atomanlagen Frankfurt, Unabhängiges Friedensplenum Frankfurt, Zentrumsplenum Offenbach, AKU Wiesbaden, Anti-AKW-Plenum Gießen, BIgAM Marburg, Anti-AKW-Plenum Köln, VertreterInnen aus Bonn, Liga München geschlossen aus der Vorbereitung zurück und verbreiteten dazu eine Erklärung, in der die Gründe dafür dargestellt wurden. Es handelt sich also nicht, wie von der IUH verbreitet, um "die Autonomen", sondern um alle dort anwesenden, seit vielen Jahren den Widerstand tragenden Anti-AKW-Gruppen. Diese Erklärung wurde auch bundesweit an Anti-AKW-Inis versandt.

Bei einer kritischen Bewertung dieses Ablaufs sind u.E. zwei verschiedene Ebenen — auch wenn sie miteinander zusammenhängen — voneinander zu trennen: Die Umgehensweise politisch unterschiedlicher Gruppierungen untereinander einerseits und die politischen Differenzen andererseits. Zum ersten Punkt muß für diesen Ablauf der Demo-Vorbereitung ganz klar gesagt werden: Von Anfang an haben die lokalen "Trägerkreisinitiativen" unter Führung der IUH darauf hingearbeitet, alle Gruppen und Strömungen, die radikalere Teile der Anti-AKW-Bewegung repräsentieren, aus einer Mitgestaltung der Demo auszuschließen. So hat bereits die Wahl des Demo-Termins nur HanauerInteressen berücksichtigt, dagegen den Umstand ignoriert, daß durch den Marburger Konferenzbeschluß für die dezentralen Aktionen am 5.3. ein großer Teil der Kräfte überregionaler Anti-AKW-Inis gebunden waren. Bei den Vorbereitungstreffen hat eine völlig unklare Entscheidungsstruktur dazu beigetragen, lange Zeit den Eindruck aufrecht zu erhalten, als sei doch noch ein echtes Interesse an einer bundesweiten Großdemo seitens der örtlichen Gruppen auf der Grundlage gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Anti-AKW-Gruppen von außerhalb vorhanden und ein Kompromiß bei den diversen inhaltlichen Punkten möglich. Von sei-

ten der Hanauer wurde auch immer wieder betont, daß eine bundesweite Mobilisierung erfolgen solle. Man rechnete mit einer in die 10tausende gehenden Teilnehmerzahl, wie auch die Auswahl der möglichen Kundgebungsplätze zeigte. Der Verwirklichung dieses Zieles standen dann aber die Vereinbarungen entgegen, die von den örtlichen Gruppen "einsam" nur noch mitgeteilt wurden. Damit wurde alles unterbunden, was für eine breite Mobilisierung der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung erforderlich gewesen wäre. Darin lag ein eklatante Unehrlichkeit der örtlichen Gruppen ihr gegenüber.
Es wurde versucht, für eine Demo mit lokaler Zielsetzung überregionale Anti-AKW-Inis einzuspannen. Das ist politisch aber absurd. Eine Stärkung/Unterstützung örtlichen Widerstandes durch Gruppen von außerhalb kann nur darin bestehen, die über eine breitere Verankerung des örtlichen Widerstandes hinausgehende politische Bedeutung eines Standortes bei einer Aktion inhaltlich zu integrieren. Es fährt doch niemand hunderte von km zu einer Demo, wenn er keinen eigenen Grund dazu hat.
Um nicht mißverstanden zu werden: Politische Unterschiede in Zielsetzung und Einschätzung hat es in der Anti-AKW-Bewegung immer gegeben. Es ist schon ein Allgemeinplatz, daß gerade die Zusammenarbeit unterschiedlicher Gruppen bei Großaktionen der Bewegung einen wesentlichen Teil ihrer Stärke gegeben haben. Dies setzt allerdings voraus, daß die beteiligten Gruppen es einander ermöglichen, die eigenen Inhalte in einer gemeinsamen Aktion auch unterzubringen. In Bezug auf diese Demovorbereitung hätte dies bedeutet, daß die wesentlichen Entscheidungen in dem Kreis getroffen werden, in dem alle Inis vertreten waren, deren **aktive** Unterstützung von den Hanauern angeblich so sehr gewünscht wurde.

Die politischen Differnz: Einschätzung der 86er Demo in Hanau

"Die Demo am 19.3. soll inhaltlich an die 86er Demo anknüpfen und nicht hinter ihr zurückstehen." — Aussage der AMK in Neuwied.
"Die Demo am 19.3. soll jede Parallele und Ähnlichkeit mit der 86er Demo ausschließen." — Aussage der IUH.
Dies waren die gegensätzlichen Herangehensweisen an die Demonstrationsvorbereitung die letztlich unüberbrückbar blieben.
Der Ausgangspunkt ist, daß die 86er Demo absolut gegensätzlich eingeschätzt wird:

Bundesweit werden noch heute die Inhalte hochgelobt, wird betont, welche fruchtbaren Diskussionen und Infoveranstaltungen im Vorfeld liefen; und es ist klar, daß die Scherben in der Innenstadt von niemanden politisch gerechtfertigt werden.

Auf der anderen Seite spricht die IUH davon, daß durch die Scherben von den Inhalten sehr wenig rübergekommen ist und die Initiative vor Ort danach mit dem Rücken zur Wand stand und diese Demonstration damit für sie einen Rückschritt bedeutet.
Beide Einschätzungen sind unter den jeweiligen Bedingungen verständlich.

Einerseits haben wir z.B. in Marburg in den letzten sechs Jahren zu keiner Anti-AKW-Demo so viele und so gut besuchte Infoveranstaltungen gemacht und so viele Leute auf eine auswärtige Demo gebracht.

Andererseits werden in Hanau die Leute der IUH regelrecht persönlich verantwortlich gemacht für die Scherben und jetzt nach zwei Jahren auch mit den Schüssen an der Startbahn in Verbindung gebracht, weil die Pistole auf der 86er Demo einem Zivi-Bullen agbenommen wurde. Ein weiteres mal kann die IUH solche Anfeindungen nicht mehr politisch verkraften.
Bei der Einschätzung durch die IUH werden allerdings einige Dinge übersehen. Die Scherben und die geklaute Knarre sind lediglich ein Vorwand für die Anfeindungen aus der Bevölkerung. Der Grund liegt in der Radikalität der Inhalte selbst. Wo von Widerstand gegen einen Staat die Rede ist, der das Atomprogramm betreibt, wird von einer Bevölkerung, die auf diesen Arbeitsplätzen arbeitet natürlich nicht viel Beifall geklatscht. Auch ohne Scherben wäre es schwierig gewesen, diese Inhalte an "normale Bürger" zu vermitteln. Darin liegt auch nicht einmal das vorrangige Ziel. Wichtiger war es, den Betreibern zu zeigen, daß ihre Politik von einer **großen** Anzahl von Menschen **radikal** bekämpft wird. Dies ist gelungen.
Dazu hat entscheidend beigetragen, daß in der Vorbereitung mit diesen Inhalten weit über den "harten Kern" hinaus Menschen mobilisiert wurden, was eine Vermittlung voraussetzt. Auch hier wurde ein Bündnis eingegangen mit Gewerkschaftskreisen, Teilen der Friedens-und der Solidaritätsbewegungen und den Autonomen, das aber nicht durch Abspaltung wesentlicher Widerstandskreise und -formen erreicht wurde, sondern sich gerade durch Geschlossenheit auszeichnetete.
Diese weitergehenden Differenzen und unterschiedlichen Ausgangssituationen für eine erneute bundesweite Demo in Hanau prallten in der Vorbereitung für den 19.3. aufeinander und konnten in der Kürze der Zeit in keiner Weise ausreichend diskutiert oder gar aufgehoben werden. Dies ist seit dem 8.11.1986 versäumt worden und muß schnellstens gründlich aufgearbeitet werden Vorher ist wohl keine fruchtbare Zusammenarbeit mehr möglich.

Das Konzept der IUH — und die Wirklichkeit

Die IUH hatte also vor Ort einen Rückschlag erlitten und sah erstmals durch den sogenannten Skandal wieder die Möglichkeit gegeben in der Öffentlichkeit verstärkt aufzutreten.
Gleichzeitig wird ihr auf der Konferenz in Marburg der Wunsch nahegebracht in Hanau wieder eine bundesweite Demonstration durchzuführen, eine Aktion also, die für IUH negativ vorbelastet ist, der sie organisatorisch nicht gewachsen erscheint, um die sie aber letztlich nicht herumkommt. Dazu war die Stimmung zu eindeutig, die Frage war nur noch der Zeitpunkt.

In dieser Sitution entwickelt sie eine Vorwärtsstrategie, deren Konzept es war, mit einer gestärkten Basis vor Ort in die Offensive zu gegen: Mit einer breiteren lokalen Unterstützung lokal die Demo zu organisieren, lokal zu strukturieren; lokal inhaltlich zu füllen und das alles an einem lokal beherrschten Termin (am 19.3.1945 wurde Hanau bombardiert und zu 80 % zerstört).
Dieses Demokonzept versehen mit dem Etiket "bundesweit" schlägt dann zwei Fliegen mit einer Klappe: Geht das Konzept auf, hat die IUH wieder eine breite Verankerung in der Stadt erreicht und hat außerdem formal nach außen hin dem bundesweiten Wunsch Rechnung getragen wieder eine Großdemo in Hanau gemacht zu haben ohne jedoch im Gesamtkonzept Parallelen zur 86er Demo aufkommen zu lassen.
Geht man davon aus, daß die Demo inhaltlich von der Zielsetzung bestimmt war, die IUH aus der Defensive zu bringen und die schwankende Unterstützung der Nuklearbetriebe in der Hanauer Bevölkerung auszunutzen und weiter zu kippen, so bleibt aber zu fragen, ob nicht die widersprüchliche Vorbereitung durch den lokalen Trägerkreis dieses Konzept zum Scheitern verurteilt hat. Denn eins dürfte nach der Demo klar sein: sie hat unter faktischen Ausnahmezustand stattgefunden. Unter solchen Bedingungen kann die Reserviertheit der Bevölkerung gegenüber den Hanauer Nuklearbetrieben nicht in unserem Sinne beeinflußt werden.

Selbst die Tatsache, daß das Polizeiaufgebot als übertrieben empfunden wurde, kann höchstens vermutet werden. Eher dürfte der friedliche Verlauf eben diesem Aufgebot zugeschrieben werden, da in der Öffentlichkeit ja der Eindruck vorherrschen mußte, hier demonstriere — wie '86 — die bundesweite Anti-AKW-Bewegung. Wäre von Anfang an die Demo als eine des lokalen Bündnisses vorbereitet worden, hätte sich dieser Ablauf vermeiden lassen. So hat sich aber das Mäntelchen des Anspruch einer bundesweiten Demo zu einem Strick um den eigenen Hals gewandelbt. Diese Demowerbung mußte in der Hanauer Bevölkerung zwangsläufig Assoziationen zu '86 wecken.

Peinlicherweise hat die IUH es damit der Polizei erst ermöglicht, ihr selbst eins auszuwischen und so "Rache" für '86 zu nehmen. Die Polizeistrategen wußten nur zu genau, daß sie sich mit einem massiven Aufgebot den Hanauern bei einer **bundesweiten** Anti-AKW-Demo gut als Garanten für Sicherheit und Ordnung verkaufen und gleichzeitig das politische Ziel der Initiativen gründlich durchkreuzen konnten.
Ingesgesamt muß für die bundesweite Anti-AKW-Bewegung gesagt werden:
Unsere Demo war es nicht! Das war nicht unsere Antwort auf den "Skandal". Damit ist das Konzept der IUH doppelt gescheitert. Durch den 19.3. ist es insgesamt nur noch schwerer geworden, adäquat zu reagieren.
Die gesamte Auseinandersetzung um eine Demonstration in Hanau hat uns aufgezeigt, daß hinter der Politik der IUH nicht so sehr die derzeitigen politischen "Sachzwänge", oder neu eröffnete "Ansatzpunkte" als Ursache stehen, sondern eine gründsätzliche grünreale Protestpolitik, die sie schon lange verinnerlicht haben und darin zum Ausdruck kommt. Nach unserer Einschätzung hat sich die IUH, oder einzelne Köpfe in ihr, was faktisch das gleiche bedeutet, schon lange von radikalem, militantem Widerstand losgesagt und finden es durchaus in Ordnung, wenn Leute für verschiedene Aktionsformen, die in der Anti-AKW-Bewegung Bestandteil des radikalen Widerstandes sind, in den Knast wandern. Solche Äußerungen fielen auf den Vorbereitungstreffen!!
Dieser Schritt der Ausgrenzung, im Kopf schon lange vollzogen, fand nun in doppelter Form seine Ausformung: Zum einen wurde die Hanauer Situation als Vorwand vorgeschoben, um radikale Inhalte zu kippen, zum anderen wurden als willkommener Preis für ein breites Bündnis in der Stadt eben diese Inhalte "geopfert".
Dieser scheinbare Gewinn an Breite der Bewegung auf Kosten eines wesentlichen Teils des Widerstands anzustreben ist mit uns nicht zu machen und bedeutet gerade in der derzeitigen Situation eine Preisgabe des Prinzips, sich nicht an den Widerstandsformen Spalten zu lassen. Diese Bündnispolitik stellt die IUH aber nicht nur in Ausgrenzung vom radikalen Teil des Widerstands, sondern auch von weiten Teilen der Bewegung, die unabhänngig von ihren eigenen Widerstandsformen eine solche Politik nicht mitmachen wollen. Die IUH muß sich der oft bewiesenen Stärke der Anti-AkW-Bewegung bewußt werden, daß es noch an keinem Standort zu einer Distanzierung und Ausgrenzung von radikalen, außerhalb bestehender Gesetze entwickelten und entfalteten Aktionsformen gekommen ist und ein solcher Schritt in Hanau die Frage aufwirft: Wie ist weitergehender Widerstand gegen die Nuklearbetriebe möglich, ohne von der IUH kontrolliert zu werden.

Initiativgruppe Umweltschutz Hanau:

Der Vertreter unserer BI fuhr mit dem ausdrücklichen Auftrag zur Atommüllkonferenz nach Marburg (24.1.88), sich dort für eine Großdemonstration in Bonn einzusetzen. Nach der Demo vom 8.11.86 hatten im Grunde alle von uns unter erheblichen Anfeindungen, nicht nur in der Presse sondern insbesondere unter lokalen Gruppen zu leiden. Im übrigen schien uns der Skandal nach Bonn übergeschwappt, so daß wir der Auffassung waren, daß dort national wie international das größte Echo für unseren Protest zu erzielen sei. Insbesondere nach den Startbahnmorden wollten wir keine Demo wie 1986 in Hanau, die uns in unserer Arbeit zurückgeworfen hatte.

Die Atommüllkonferenz in Marburg und wie mit der Auffassung der lokalen BI umgegangen wurde

Die Atommüllkonferenz in Marburg gestand zwar großherzig zu, daß über den Kopf einer lokalen BI nichts hinwegentschieden werden sollte; setzte sich aber letzlich über die lokale BI hinweg. Zunächst wurde bereits in den Eingangsstatemants klar, daß keiner "Bock hatte", nach Bonn zu fahren. Die politischen Argumente gegen Bonn waren dabei allerdings sehr rar gesetzt, die Unlust gegen Bonn dominierte. Als auf die Hintergründe unserer Auffassung, in Hanau keine Großdemo durchführen zu wollen, eingegangen wurde, gab es kaum Verständnis für unsere Einschätzung, daß die 86-Demo kein Erfolg gewesen sei. Lediglich eine Vertreterin aus Bielfeld konzedierte: *"Die 86-Demo war überall ein Erfolg, nur nicht in Hanau"*. Unklar ob dieser eindeutigen Mißeinschätzungen ist uns, ob man in der Anti-AKW-Bewegung die Presse damals nicht gelesen hatte oder grundsätzlich der Auffassung ist, daß die bundesdeutsche Presse vom Bodensee bis zum Nordsestrand nur Mist schreibt. (taz inklusiv)
Als unser Vertreter am Nachmittag die Konferenz verlassen hatte, war klar, daß im Grunde alle nach Hanau fahren wollten. Als Ausweichmöglichkeit sollten nunmehr 4 dezentrale Demonstrationen stattfinden (Essen, Gorleben, Wackersdorf und Frankfurt). Als von einigen gesagt wurde, letztere solle in Frankfurt oder Hanau stattfinden, äußerte der Gorleben-Vertreter, daß sie dann ebenfalls nach Hanau kommen würden. Damit war für uns klar, daß Hanau nicht als Standort für eine jener vier dezentralen Standorte in Frage kommen sollte.
Doch dann kam der Trick durch die Hintertür. Obgleich klar war, daß wir in Hanau keine Großdemo wollten, kam der Vorschlag, dann doch wenigstens am 2. Samstag nach Wiederinbetriebnahme der Nukem eine bundesweite Demo in Hanau stattfinden zu lassen. Unser Vertreter sagte, daß er dazu keine Zustimmung der BI habe. Groß war deshalb unser Erstaunen, als am nächsten Tag in der Presse zu lesen war, daß die bundesweite Demo an jenem zweiten Samstag nach Inbetriebnahme der Nukem beschlossene Sache sei. Noch mehr staunten wir, als wir dann der Presseerklärung von Marburg entnahmen, daß der Kompromiß nunmehr in einer dezentralen Demo in Frankfurt oder Hanau bestehen solle. Also wir, die wir keine Demo ausrichten wollten, sollten womöglich nun sogar zwei ausrichten! Wo also war die Meinung der BI geblieben!

Wie die Hanauer BI mit dem Marburger Beschluß umging

Es war uns klar, daß der Wunsch in Hanau eine bundesweite Demo durchzuführen, in Marburg sehr groß war. Der fertige Beschluß (2. Samstag) schien uns organisatorisch überhaupt nicht durchführbar. Nach langer Debatte wollten wir eine Demo in Hanau überhaupt nur durch führen, wenn sich auf lokaler Ebene Gruppen finden, die ein solches Unternehmen unterstützten. bei der 86-Demo waren uns nämlich (wohl aufgrund der radikalen Inhalte?!) die lokalen Initiativen davongelaufen. Um überhaupt eine solche Grundlage anpeilen zu können, die für uns unabdingbar war, luden wir für den 4.2.88 zu einem lokalen bis regionalen Treffen ein, um die Bereitschaft zu testen. Zu diesem Treffen erschienen ca. 45 Leute, die auch im wesentlichen das Sprektrum der relevanten politischen Gruppen repräsentieren (Friedeninitiativen, Nicaragua-Initiative, kirchliche Gruppen, Jusos, BUND, Grüne, Fraueninitiativen, DKP, SDAJ, Nach-Tschernobyl-Gruppen, Kulturverein etc.). Die Autonomen Hanau waren ebenfalls eingeladen, schickten jedoch keinen Vertreter.

Auf diesem Treffen entstand dann die Idee, am 19.3. — dem Tag der Zerstörung Hanaus — eine bundesweite Demo in Hanau durchzuführen. Die IUH sah also ab diesem Zeitpunkt erst eine Grundlage für eine Demo in Hanau gegeben. Obgleich wir zunächst keine Demo gewollt hatten, wurde uns natürlich dieser Beschluß dann in Neuwied verübelt.

Neuwied — und ein nächster Beschluß über die BI hinweg

Als unser Vertreter (Elmar Diez, wie in Marburg) im Eröffnungsplenum in Neuwied am 6.2.88 den Beschluß lokaler Gruppen, nunmehr doch eine Demo in Hanau durchzuführen (19.3.88) vorstellte, waren die Reaktionen von Überraschung über Zustimmung bis Ablehnung. Die Arbeitsgruppe Termine, die sich mit allen Demos beschäftige beschloß dann mit deutlicher Mehrheit, den Demo-Termin 19.3. zu akzeptieren. Inhaltliche Vorgaben wurden in dieser AG sowohl für die regionalen als auch für Hanau nicht gemacht. Umso überraschter waren wir demnach, als uns beim Vorbereitungstreffen in Hanau (12.2.) die Beschlüsse von Neuwied präsentiert wurden. Wenn das Plenum am nächsten Tag festlegte, daß die Demo in Hanau an die 86-er Demo anknüpfen sollte, so bleibt die Frage offen, ob unsere Einschätzung überhaupt jemanden 14 Tage vorher in Marburg interessiert hat; denn wie anders ist es möglich, einen solchen Beschluß zu fassen. Es ist richtig, daß unser Vertreter nach der AG wegfuhr, im Glauben die Entscheidung sei gefallen; seine Abreise hatte jedoch persönliche familiäre Gründe.

Die Vorbereitung der Demo vor Ort und der große Knatsch

Offensichtlich mißverständlich hatten Gruppen, die in Neuwied sich nach dem nächsten Treffen vor Ort erkundigten, gemeint, die Vorbereitung müsse in Hanau erst beginnen. Für uns war der lokale Zusammenschluß die Ausgangslage für eine breitgetragene Demo vor Ort, die bundesweit auch mobilisieren sollte. Die Demo 1984 in Hanau, die ebenfalls bundesweit war, wurde von einem weit kleineren Kreis ähnlich vorbereitet (damaliges Motto "Bombenstimmung in Hanau"). Jedoch sollte uns und den lokalen Gruppen anscheinend unmißverständlich klar gemacht werden, daß die politischen Inhalte, die Demoroute und auch die Redner nichts mehr mit unseren lokalen Vorstellung zu tun haben sollten. Entsprechend anmaßend und arrogant versuchten die Vertreter der angereisten Gruppen uns auf Linie zu bringen. Daß dies in übelsten Tönen und in einer agressiven Weise geschah, die Teile des lokalen Bündnisses regelrecht sprachlos machte, nahmen die meisten leider nicht zur Kenntnis.

Wir wurden regelrecht vor die Alternative gestellt, ob wir uns "den bundesweit gefaßten Beschlüssen" beugen wollen oder nicht, ansonsten hätten wir keinen Anspruch auch bundesweit einzuladen. Keinerlei Verständnis wurde entgegengebracht, daß diese Demo vor allem die Aufgabe habe, verlorenes Terrain wiederzugewinnen, das durch die 86-er Demo verloren gegangen war. Angesichts dieser Divergenzen waren die Positionen zum Teil nicht mehr mit einander vereinbar. Für uns war es dieses Mal, angesichts der 86-er Demo und der für uns deutlich gewordenen Gefahren des UF 6-Lagers auf dem Nukleargelände nicht zu verantworten, vor die Betriebe zu ziehen. Andererseits wurde uns praktisch als Dogma vorgehalten, daß die Anti-AKW-Bewegung immer vor die Atomanlagen gezogen sei. Der Vorwurf "Ihr seid korrupt", der kurz vor dem Knall kam, führte dann leider fast zu Handgreiflichkeiten.

Die inhaltliche Kontroverse entzündete sich in den drei Vorbereitungstreffen, an denen Gruppen aus anderen Städten anwesend waren, vor allem an der von uns aufgestellten Forderung, daß angesichts der Ereignisse während und vor allem nach der Demo 86 klar sein mußte, daß diese Demo 88 friedlich und gewaltfrei ablaufen sollte. Warum dann dies nicht in den Aufruf reinschreiben? Die ständige Gebetsmühle, wir würden damit Teilnehmer ausgrenzen, erscheint absurd, als jedermann bekundete, es solle keine Scherben geben oder man wolle keine Auseinandersetzungen. Es ist uns bis heute nicht begreiflich, daß unser ausdrücklicher Hinweis, daß "friedlich und gewaltfrei" sich auf diese Demo am 19.3. beziehen solle, stets damit abgebügelt wurde, die Hanauer wollten keine Mitarbeit der bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung. Insbesondere die heftigen Angriffe aus München machten viele Vertreter aus Hanau sprachlos. Als dann die Polemik kam, wir würden es genauso machen, wie die Friedensbewegung und würden schon sehen, wo wir landen, war eine Konsensmöglichkeit vertan.

Für uns in Hanau sollte diese Demo wieder ein Klima schaffen, das in Hanau den Widerstand vergrößern sollte. Dafür war nach 86 die Festlegung "friedlich und gewaltfrei" unumgänglich. Uns damit ein Hereinfallen auf die Ideologie der Gewaltfreiheit unterstellen zu wollen, erscheint absurd, als keiner sich zur Gewaltbereitschaft bekannte, ganz im Gegensatz zu einem Flugblatt, das dann am 19.3. verteilt wurden, auf dem ausdrücklich stand: "Wir verteidigen uns, sind gewaltbereit (gerade in einer so Gesundheit, Leben und Freiheit bedrohenden Frage wie die Atomkraft)." Die Kompromißbereitschaft zu den inhaltlichen Aussagen des Aufrufs war in der Unterarbeitsgruppe, die den Aufruf redaktionell überarbeiten sollte, unsererseits sehr groß. Nicht zu tragen ist jedoch, daß von uns gefordert wurde, angesichts der auf der Demo 86 entwendeten Polizeiwaffe mit der die Polizistenmorde an der Startbahn ausgeführt wurden, einen Solidaritätsaufruf loszulassen.

Als in diesen beiden Punkten kein Konsens erzielt war, entschloß sich - nach telefonischen Rücksprachen - der Trägerkreis aus hanauer Gruppen nach einer inhaltlichen Erweiterung zum Bereich Atomenergie und 3. Welt den Aufruf herauszugeben, ohne das nächste allgemeine Trägerkreistreffen abzuwarten. Maßgeblich hierfür war, daß noch knappe vier Wochen zur Demo waren (also höchste Zeit) und wir als örtliche Gruppen auch ihnhaltlich nicht bereit waren, von diesen Positionen abzuweichen. Im Übrigen wurde von uns darüber der Vertreter

der hanauer Autonomen, der in der Unterarbeitsgruppe mitgearbeitet hatte, sogleich informiert. Es trifft also nicht zu, daß wir das nächste Trägerkreistreffen fünf Tag später damit überrascht hätten, wie von einigen behauptet wird. Wenn ein Vertreter der hanauer Gruppen von dem hanauer Konsens in dieser Unterarbeitsgruppe abgewichen war, so tat er dies ohne Mandat. Zu den Vorwürfen bezüglich der Redner, wir hätten keine Inhalte herüberbringen wollen, muß noch gesagt werden, daß die Rednerinnen und Redner, die dann sprachen, doch wohl nicht noch der allgemeinen Absegnung der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung bedürfen, bevor sie auch reden dürfen. Wenn Robert Jungk, Landrat Schuierer (Schwandorf), Ingeborg Kleinhans (schwedische Anti-Atombewegung), Prof. Altner (Heidelberg), ein Vertreter der Swapo, Undine v. Blottnitz (BI Lüchow-Dannenberg), ein Vertreter von Ärzten gegen Atomkraft und ein BI Vertreter vor Ort nur polemisch als "Prominenz vor Inhalten" abgetan werden, dann bleibt die Frage, ob wir uns bei Redebeiträgen eines verengten oder erweiterten Inhalts bemühen wollen, bzw. welche Spektren wir auch mit Redebeiträgen ansprechen wollen. Das pure Verdikt, keine Parteiredner zu Wort kommen zu lassen, halten wir für absolut kurzsichtig, insbesondere, wenn wir an eine Erweiterung unserer Bewegung denken. Deshalb war es für uns von ganz besonderer Bedeutung, daß sich Teile der evang. Kirche unserem Protest und dem Aufruf anschlossen und der evang. Dekan von Hanau bei der Auftaktkundgebung sprach. Hätten wir etwa den SPD-Landrat Schuierer aus Schwandorf ausladen sollen?

Die Auseinandersetzung im Vorbereitungstreffen gestaltete sich im Grunde zur Machtfrage, ob wir uns als lokale Initiativen dem Durck von oben beugen würden. Die Härte mit der jeder Diskussionsleiter aus den lokalen Gruppen attakiert wurde, zeigte dies. Für uns als lokale BI stellte sich schnell die Frage, ob wir es zulassen können, daß wieder einmal wie 86 die lokalen Gruppen sich aus der Vorbereitung verabschiedeten, da sie sich nicht dem Druck radikaler Parolen beugen wollten. Im Übrigen gibt es bei uns auch die Einschätzung, daß das Absägen von Strommasten gefährlich ist und zwar nicht nur für die Beteiligten sondern auch für die Bevölkerung. Wer Aktionen dieser Art durchführt, muß sich überlegen, welche Folgen dies haben kann. Wird dies nicht gemacht, so ist dies fahrlässig. Daraus ergeben sich auch politische Folgen für die Anti-AKW-Bewegung, die sie in die Isolation drängen können. Es kann daher auch nicht verlangt werden, daß wir uns mit jeder auch so unüberlegten Aktion solidarisieren. Wir haben angesichts der schroffen Auseinandersetzungen darauf gebaut, daß diese Demo den Widerstand vor Ort, der der Entscheidende auf lange Sicht gesehen ist, vorantreiben soll und haben deshalb das breite lokale Bündnis nicht einer übergeordneten Idee opfern wollen. Deshalb kam es auch zum Bruch, der uns jetzt als Spaltung ausgelegt wird. Es ist einfach, uns diesen Vorwurf zu machen und dabei zu unterschlagen, daß mit dem Vorgehen der Vertreter der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung (wer immer sie zu diesem Kadervorgehen berechtigt haben möge) die lokalen Initiativen, die zur Mitarbeit gewonnen waren, ausgegrenzt werden sollten. Dies mußte auch den auswärtigen Gruppen klar sein.

Wer uns den Vorwurf der Spaltung machen will, muß sich von uns den Vorwurf gefallen lassen, er verlange, daß sich angesprochene Gruppen aus den sozialen Bewegungen erst eines radikalen Verständnisses befleißigen müßten, bevor sie sich unserem Protest gegen Atomenergie anschliessen dürften. Es wurde von uns immer wieder betont: Wir wollen mit dem Aufruf, den Inhalten und der Demoroute die Leute dort abholen wo sie in ihrer skeptischen Haltung zur Atomenergie auch in Hanau nach den Skandalen stehen und nicht verlangen, sie müßten so werden, wie der radikalste Flügel der Anti-AKW-Bewegung.

Das Demoverbot

Die so heftig attackierte Demoroute, die nicht an den Nuklearbetrieben vorbeiführen sollte, wurde dann ins juristische Karussel gezogen bis hin zum Verbot durch den Oberbürgermeister der Stadt Hanau (SPD). Es zeigte sich, daß es anscheinend für die Herrschenden weit gefährlicher ist, wenn eine Demo durch die Stadt also bei den Bürgern vorbeiführt als wenn sie vor den Toren der Stadt zu den Nuklearbetrieben geht. Womöglich wäre eine Route vorbei an den amerikanischen Kasernen zu den Nuklearbetrieben sogar genehmigt worden; denn dann hätte man uns aus der Stadt draußen gehabt. Daß man uns auf die Ringstraße am Rande der Innenstadt zum Freiheitsplatz verbannte, bekämpften wir bis zum Verwaltungsgericht in Kassel, hatten jedoch damit keinen Erfolg. Der Vorwurf, der uns von den ausgestiegenen Gruppen gemacht wurde, wir wären mit der Routenplanung auf die "Bedürfnisse der staatlichen Repression " eingegangen (AKU Wiesbaden nach der Demo) ist angesicht der juristischen Auseinandersetzung mit der Stadt Hanau wohl an Absurdität nicht mehr zu überbieten.

Die Demo vom 19.3. und ihre Einschätzung

Natürlich haben wir mit mehr Leuten gerechnet, als dann effektiv kamen. Einschätzung der Polizei 4 - 5.000, unsere Zählung 7 bis 8.000. Es stimmt allerdings merkwürdig, daß sich unsere Kritiker in den diversen Papieren dann auf die Pressezahlen einlassen. Es war uns auch klar, daß die bundesweit verbreiteten Demobilisierungspapiere der eigenen Anti-AKW-Bewegung nicht ohne Folgen bleiben.

Wieviele Leute mehr gekommen wären, hätte es die Distanzierungspapiere nicht gegeben, ist dennoch eine spekulative Frage. Wir denken, daß die massiven Hetzkampagnen der CDU am Ort mit Unterschriftensammlung und Straßenplaktierungen "Hanauer wehrt Euch gegen Gewalt und Terror - keine gewaltätige Demonstration in unserer Stadt" sowie die angekündigte und auch durchgeführte Massenpräsenz von ca. 6.000 Polizisten während der Demo abschreckend gewirkt hat auf den Kreis von skeptischen Bürgern, den wir ansprechen wollten. Wie konnte eigentlich die CDU auf die Idee verfallen, solche Plakate aufzustellen, wenn wir in den Augen der Anti-AKW-Bewegung der staatlichen Repression in die Hände gearbeitet haben, mag man da fragen.

Der Rückzug eines Teils der Anti-AKW-Bewegung vor der Demo macht uns betroffen, weil wir uns als hanauer BI seit den Anfängen der Anti-AKW-Bewegung im Kampf befinden und zu den Standort-BIs gehören, deren Rückzug uns - ausgenommen eines Teiles der Wackersdorfer BIs - bislang nicht signalisiert wurde. Es klingt auch fatal und anmaßend, wenn man uns die bundesweite Anti-AKW-Bewegung als Antipode entgegenhält, zu der wir schon immer gehört haben und der wir in jahrelangem Arbeiten auch erst die Bedeutung der hanauer Nuklearbetriebe klarmachen mußten.

Der Erfolg dieser Demo besteht darin, daß Inhalte in der Presse unserer Auffassung nach besser rübergekommen sind als 1986. Eine

Diskussion in Hanau und überall kann nicht mehr die Scherben von 86 als Alibi anführen. Das lokale Bündnis hat gut zusammengearbeitet und bietet Ausgangspunkt für neue Aktivitäten. Dies zeigte sich bereits beim Prozeß gegen Robert Jungk und beim Besuch einer Indianerdelegation aus dem vom Uranabbau bedrohten Gebieten. Diese Demo hat trotz nicht ganz erfüllten Erwartungen den Weg freigeschaufelt, in Hanau weitere Aktivitäten mit größerer Basis vor Ort durchzuführen. Dies war mit eine Absicht für uns, eine Demo durchzuführen. Daß uns Teile der bundesweiten Anti-AKW-Bewegung dabei im Stich gelassen haben und meinten, sie müßten rechthaberisch und dogmatisch uns einen Weg aufzwingen, der unsere örtliche Situation völlig unberücksichtigt läßt, zeigt nicht den Weitblick, den wir von jahrelangen Kämpfern im Anti-AKW-Bereich erwarten könnten.

Wenn die BIGAM (Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Marburg) in ihrem Schlußsatz fragt:"Wie ist weitergehender Widerstand gegen die Nuklearbetriebe möglich, ohne von der IUH kontrolliert zu werden", so sehen wir darin eine Drohung, daß eventuell mit der Gründung "der wahren und reinradikalen BI vor Ort" gespielt wird. Wer also betreibt hier die Spaltung?

Daß man uns gar zu Vertretern einer lange verinnerlichten "grundsätzlich grünrealen Politik" herunterdegradiert, sollten die BIGAM-Leute doch mal dem Joschka Fischer erzählen. Der würde sich vor Lachen biegen angesichts der Auseinandersetzungen, die wir mit ihm hatten. Leider belegt diese Fehleinschätzung, daß die Anti-AKW-Bewegung doch noch einiges über die Grünen - allerdings nicht von den Grünen - zu lernen hat, außer sich um ihre Gelder zu bemühen. Im Übrigen halten wir da BIGAM-Papier an einigen Stellen in der Analyse durchaus für richtig, wenn wir auch nicht mit den Ergebnissen übereinstimmen.

Plenum der West-Berliner Anti-AKW-Gruppen:

Nicht erst seit den skandalösen Enthüllungen um die Hanauer Nuklearbetriebe, sind diese im öffentlichen Blickfeld.
Seit Jahren schon kämpfen Gruppen aus der näheren und weiteren Umgebung für die sofortige Stillegung. Die Kampagne gipfelte fürs erste in der Großdemo 1986 mit 30.000 Menschen. Hier wurden nicht nur die ökologischen Gefahren der Atomtechnologie thematisiert, sondern gleichzeitig auch auf die Bestrebungen der BRD aufmerksam gemacht, sich zur selbstständigen Atommacht aufzurüsten. Die Ausbeutung der namibischen Uranminen durch das südafrikanische Rassistenregim kam genauso zur Sprache, wie die Möglichkeiten des Ausstiegs aus dem Atomenergiewirtschaft.
Unsere Forderungen wurden durch ein breites Bündnis von Friedens-, Dritte-Welt- und Anti-AKW-Gruppen unterstützt. Damit wurde dieser Thematik der ihr gebührende politische Druck zuteil. Auf Grund unserer Erfahrungen mit der Hanau-Demo 86 und der Stärke, die sie vermittelt hat, setzten wir große Erwartungen in die Demo am 19.3.
Wir sahen die Chance durch die Aktualität des Themas Hanau und einer großen, starken Demo, daß unseren Schließungsforderungen der nötige Druck von der Straße verliehen werden kann.
Auf Grund der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Demo sehen wir dieses Ziel nicht mehr gewährleistet. Schon die ausdrückliche Formulierung von "Gewaltfreiheit" im Aufruf war ein Verstoß der Initiative-Umweltschutz-Hanau (IUH) gegen die besherigen Grundsätze der Anti-AKW-Bewegung in ihrem ganzen Spektrum.
Durch die Wahl der Demonstrationsroute und der Entscheidung nicht zu den Betrieben zu gehen, wurde der Hanau-Demo der letzte Sinn genommen. Warum wurde von der IUH nicht gleich eine Demo in Bonn oder anderswo favorisiert, anstatt in Hanau nur ab vom Schuß zu demonstrieren???
Für uns kann diese Art der Demovorbereitung nicht mehr ein gemeinsames Erarbeiten von Konzepten darstellen. Wir sehen nicht mehr die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme aller Gruppen an Vorbereitung und Ausgestaltung der Demo.
Für uns gibt es nur die Forderungen nach:
— Änderung der Demoroute (in die Innenstadt und zu den Betrieben)

— Beteiligung von RednerInnen aus allen Bereichen der Anti-AKW-Bewegung und nicht vorwiegend aus den Reihen der Sozialdemokratie
— gleichberechtigte Beteiligung in den Vorbereitungsgruppen
Wenn die Forderungen nicht erfüllt werden sprechen wir uns für einen Boykott der Demo am 19.3.88 aus.
Wir können es nicht dulden, daß die Gruppen der Anti-AKW-Bewegung gespalten werden in salonfähig also gewaltfrei und solche die z.B. als Autonome mit ihren Inhalten auf der Demo nichts zu suchen haben.
Es ist zu bedauern, daß diese wichtige Demo nur einen Teil der Anti-AKW-Bewegung wiederspiegeln soll, in einer Phase in der WIR von unserer Vielschichtigkeit profitieren könnten.

AKU Wiesbaden:

Zur Einschätzung

Die Demo war ein Flop in mehrfacher Hinsicht:
- Die Teilnehmerzahl mit 4 - 5.000 Leuten schichtweg katastrophal;
- Der politische Sinn - ein mächtiges Nachschlagen der Anti–AKW Bewegung auf die Atomskandale - wurde völlig verfehlt;
– Die Demo wurde für die TeilnehmerInnen zum Frusterlebnis (Polizeiaufgebot, triste Stimmung, menschenferne Demonstrationsroute, unerträgliche Kundgebungslänge);

–Das regionale Ziel, die Pro-Nukem- und Pro-Atom–Stimmung der hanauer Bevölkerung mit Unterstützung druch Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Friedensgruppen zum Kippen zu bringen, wurde nicht erreicht. Die vermeintlichen Bündnispartner blieben im Gegenteil der Demo fern.

Zu den Ursachen

Dem 19.3. lagen eine ganze Latte von Fehleinschätzungen der Hanauer (insbesondere der IUH) zu grunde. Auf diesen aufbauend wurden immer neue Fehler gemacht:
- Bereits die Vorgeschichte des Termins war fragwürdig: Nach der ursprünglichen Ablehnung einer bundesweiten Großdemo in Hanau, stand der 19.3. zeitlich konkurrierend zu den regionalen Aktivitäten am 5.3. (Der häufig angeführte Zusammenhang mit dem Jahrestag der Bombardierung Hanaus war nicht nachvollzieh- bzw. vermittelbar und auch keineswegs mobilisierend.)
- Die Annahme der IUH, ein offensives Bekenntnis zur Gewaltfreiheit und damit eine klare Distanzierung vom angeblich gewaltbereiten linken Flügel der Bewegung, hätte einen besonders mobilisierenden Effekt in realo-grünen und sozialdemokratischen Kreisen, hat sich als Illusion erwiesen. Dieser ideologische Purismus (mit seinem Hang zum Ausgrenzen) scheint eher Leute abgeschreckt zu haben.
– Die Hoffnung, daß das gezielte Herausdrängen der radikalen Anti–AKW–Bewegung aus der Demovorbereitung ohne Konsequenzen für die Mobilisierung bleiben würde, wurde in der Praxis erwartungsgemäß enttäuscht: Wenn über Jahre hinweg gewachsene Strukturen der AKW-Gegner sich zu einer gemeinsamen Nicht-Teilnahme entschließen müssen, so hat das seine Folgen. Daß in allen großen hessischen Städten für den 19.3. nahezu nichts geschah, ist kein Zufall.
– Der Umgang mit Polizei, Behörden und Justiz im Vorfeld der Demo wurde zum Offenbarungseid in Sachen Selbstbeschneidung und Eingehen auf die Bedürfnisse der staatlichen Prepression (Routenplanung, inhaltliche Beschränkungen, vorauschauende Abwehr vermeintlicher „Gefahren"). Entsprechend ist es der IUH auch zu keinem Zeitpunkt gelungen, gegen die permanente Vorfeldkriminalisierung (CDU-Kampagne) in die Offensive zu kommen (offene Kontroverse um Demonstrationsfreiheit, Durchsetzung des Demonstrationsrechts).
- Das Vertrauen auf einen breiten Unterstützerkreis von 130 Inis, Gruppen und Organisationen war falsch, da diese keineswegs automatisch für gute Mobilisierungszahlen und eine hohe Teilnehmerzahl stehen. (Zur Demo in Frankfurt am 5.3. hatten nur knapp 30 hessische Gruppen aufgerufen ; dennoch kamen immerhin - auch noch enttäuschende - 3.000 Demonstranten.)
- Die Konzentration der Vorbereitungen auf einen kleinen Kreis hanauer Gruppen und Initiativen bei einem bundesweit angesetztem Spektakel kann nur demobilisierend wirken, da sich zahllose andere Gruppen nicht hnreichend vertreten sehen. Noch dazu, wenn die vorgeblichen regionalen Bündnispartner aus demselben sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Klüngel kommen sollen, wie auch Oberbürgermeister und Landrat, die die Demo auf Teufel komm raus verbieten wollen.

Zum Polizeistaatsaufgebot

Das Demonstranten-Polizei-Verhältnis von 1 : 1 sollte klarmachen, daß auch noch so weit gehende inhaltliche (Gewaltfreiheit) und praktische (Route) Zugeständnisse an den Prepressionsapparat keineswegs ein Garant für polizeiliche Deeskalation sind. Im Gegenteil mußten die DemonstrantInnen für ihre Friedensbereitschaft neben diversen Einschüchterungsmaßnahmen (Kontrollen, Spallier etc.) auch noch zynischen Spott in Form von verteilten Polizeiflugblättern und demonstrativ aufgebauten „besorgten" Polizitenfrauen hinnehmen. Sicher hat die Polizei – wie auch die IUH – mehr Teilnehmer erwartet. Unabhängig davon sollte aber auch die ausreichende militärische Präsenz des Polizeistaates vorgeführt werden, um der Demo wie auch der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, wer hier unter welchen Bedingungen demonstriert und zu demonstrieren hat. Die Einschüchterung auch der weniger radikalen AKW-GegnerInnen hat nichts mit Autonomen, mit Schüssen und mit Gewalt zu tun; sie unterliegt einem ausschließlich politischem Kalkül.

Alles friedlich – auch ein Erfolg

Die These von der IUH und vor allem der Presse, die Demo sei allein ob ihrer Friedlichkeit ein Erfolg gewesen, erscheint als ein ganz besonderer Quatsch und Hohn; eine unfriedliche Perspektive stand schließlich zu keinem Zeitpunkt bei irgendjemandem zur Debatte. Mit diesem fragwürdigen Trostpflaster werden die wenigen Demonstranten des 19.3. im Nachhinein noch verspottet.

Redaktion atom:

Der Versuch der BI Hanau, mit einem vorrangig aus der Region aufgebauten Bündnis im grünen Spektrum und rechts davon die Bürger bundesweit nach Hanau zu mobilisieren, ist fehlgeschlagen. Der Kurs der Hanauer, den linken und autonomen Flügel der Anti- AKW- Bewegung aus der Demovorbereitung- und Mobilisierung herauszuhalten, wurde nicht belohnt – es kamen nicht mehr Menschen als '86, sondern deutlich weniger, um gegen die Atombetriebe zu demonstrieren.
Doch die in verschiedenen, uns zugegangenen Diskussionsbeiträgen vorgenommene Schuldzuweisung für die magere Demo an die BI Hanau verstellt den Blick auf die objektive Situation und den Zustand der Anti- AKW- Bewegung nach dem Hanau-Skandal.
Die Frage nach den Ursachen der geringen Demo-Beteiligung und der politischen Landschaft nach dem Hanau- Skandal als zweiter größerer Krise der Atomenergie war u.a. Thema der letzten Redaktionssitzung der "Atom" – die dabei angestellten Überlegungen wollen wir im Folgenden kurz skizzieren.

Die Stichworte dafür, was als Hanau-Skandal thematisiert werden durfte, wurden von den Regierenden und den Medien geliefert.
Auf diese Weise gelang es, von TAZ bis Bildzeitung ein allgemeines Fässerzählen zu arrangieren, Bordellbesuche, Bestechungsgelder und dubiose Entsorgungspraktiken im (fernen und zudem ausländischen) Mol zu "der Affäre" zu machen.
Die Message des Medienrummels war eindeutig:Hier die schwarzen Schafe der Atommafia, dort eine makellose Regierung, die – nachdem hier und da die Zügel entglitten waren – hart aber gerecht die Dinge wieder in Ordnung bringt. Für die Anti-AKW- Bewegung war die Situation somit viel komplizierter als nach Tschernobyl – 1986 wußte jeder, daß die Regierung mauerte und log.
Darüber sich auszutauschen und Schlüsse zu ziehen, wurde im Februar auf dem bundesweiten Anti- AKW- Treffen in Marburg versäumt. An erster Stelle stand wie üblich der Tatendrang, nicht die Reflexion.
So richtig und erfolgreich beispw. in Gorleben und Lübeck das Aufgreifen der öffentlichen Erregung um aufgeblähte Fässer, Plutoniumbeimischungen im Faßmüll oder MOX- Transporte von Seiten der Anti-AKW- Bewegung war und ist, so birgt ein unkritisches Aufgreifen des von oben gesetzten Skandalverlaufes gleichzeitig die Gefahr, daß für die Atommafia und die Herrschenden wirklich brisante Bereiche weiter im Verborgenen gehalten werden können. Die offensive Thematisierung des Skandals von oben ermöglichte erst seine Beschränkung auf einen "Entsorgungsskandal" und die rechtzeitige Beerdigung der Angelegenheit. Das, was man von oben auf keinen Fall thematisiert haben wollte – das Plutonium im Bunker der Alkem, die Unfähigkeit der internationalen Kontrollen, hier Abzweigungen von Bombenrohstoffen zu entdecken, die Verstrickung des Staates in die Affäre – erhält jetzt Nahrung durch die Erörterungen im Bonner Untersuchungsausschuß, findet in der Öffentlichkeit und der Bewegung aber kein Interesse mehr.
Selbstkritisch muß hier angemerkt werden, daß auch die Atom mit ihrem letzten Titelbild der allgemeinen Fässerhysterie von Stern bis Spiegel lediglich hinterherkleckerte.

"Tiefe Schnitte" oder der Tod des Patienten ?

Ausgezahlt hat sich die außerordentlich flexible neue CDU- Politik mit ihren maßgeblichen Trägern Töpfer und Weimar.
Gelang es der CDU bereits in den Monaten nach Tschernobyl eine erstaunliche Palette von Integrationsmechanismen – angefangen bei der Installierung eines "Umweltministers" – zu entfalten, so wurde mit Hanau noch eins drauf gelegt. Nachdem die Bestechungen nicht mehr unter der Decke zu halten waren, überboten Weimar und Töpfer sich mit ständig neuen Skandalvarianten und Verdächtigungen der Atommafia, um unmittelbar darauf nach "gründlicher Kontrolle" den Atomfirmen zu bescheinigen "alles falscher Alarm".
Die Töpfer- Strategie, Vergehen in den Atomfirmen nicht abzustreiten, sondern aufzunehmen und mit großer Geste "tiefe Schnitte" und ernsthafte Konsequenzen anzudrohen, stiftete bis in die Reihen der AtomgegnerInnen Verwirrung. Erreicht wurde damit einerseits, daß die Rolle von Landes- und Bundesregierung in Hanau und bei der Atommüllentsorgung nicht ins Schußfeld der Kritik geriet und die Inscenierung "einige korrupte Atommanager und ein Saubermann namens Töpfer" voll zur Wirkung kommen konnte.
Von Bedeutung war nicht mehr die Gefährlichkeit der in Hanau angehäuften Nuklearmaterialien, sondern nur noch, ob Töpfer sie denn nun unter ausreichender Kontrolle habe oder nicht.
Die TAZ beklagte allen voran, daß Töpfers *"tiefer Schnitt"* in die *"Eiterbeule Atomindustrie"* daneben gegangen sei – als ob es für diesen Schnitt eine richtige Stelle oder ausreichende Tiefe gäbe. Der von uns gewünschte Tod des Patienten stand nicht mehr zur Debatte. Auch der Bürgerdialog sozialdemokratischer Manier kommt wieder zu Ehren. Die ersten, die Töpfer im Sinne seiner Vereinnahmungsstrategie empfangen konnte, waren die "Eltern für unbelastete Nahrung".
Gleichzeitig dürfen, wie schon nach Tschernobyl, CDU- Vereine und christdemokratische Promis – wie diesmal Lothar Späth – ohne Schelte die Atomenergie in Frage stellen oder sogar den Ausstieg fordern. Das vor allem in bürgerlichen Kreisen erzeugte Gefühl, die Bewältigung der Hanau- Affäre sei bei Töpfer in besten Händen und auch der Atomausstieg komme, egal mit welcher Partei, eines Tages sozusagen von selbst, dürfte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß die zweite Krise der Atomenergie deutlich weniger Menschen zum auf die Straße gehen bewegte als Tschernobyl.
Der Integrationskurs von CDU und SPD stellt die Anti- AKW- bewegung vor neue, bislang noch wenig diskutierte Probleme und es stellt sich die Frage, wie wir diese Integrationsstrategien unwirksam machen können.

Anknüpfen an den Hoffnungen der Menschen

Ein Beispiel dafür hat das Vorgehen von AKAW und LIGA in Lübeck geliefert.;
Zu allererst wurden mittels selbstständiger Recherchen und Aktionen der unabhängigen Anti- AKW- Gruppen die MOX-Transporte überhaupt zu einem Thema gemacht. Politisch gab es in der Frage der

Einschätzung der SPD- Ausstiegsdemagogie nicht die geringsten Illusionen. Gleichzeitig aber wurde für die Entwicklung des Widerstandes gegendie Atomtransporte angeknüpft an die Hoffnungen, *"die nach wie vor viele Menschen ...darauf richten, die SPD werde in Lübeck und falls sie in Schleswig- Holstein die Regierung übernimmt, erst recht mit voller Kraft einen Stop der Atomtransporte und den Ausstieg aus der Atomenergie betreiben."*(1)

Diese Politik war getragen von der Einschätzung, daß eine "Aussicht auf Erfolg" nur besteht, *"wenn es gelingt, breite Kreise der Bevölkerung an Protestaktionen zu beteiligen, die sich schließlich zu einem echten Widerstand gegen die Transporte verdichten."* Die Taktik, daß Anti- Atom-Geklingel der SPD scheinbar ernst zu nehmen *("die Zusammenarbeit auf der Grundlage einsichtiger Forderungen suchen bei gleichzeitiger Freiheit der Kritik")* (1) zwang die SPD zur Offenlegung ihrer Widersprüche. Zusammenarbeitsangebote und populäre Forderungen erzeugten einen öffentlichen Druck, unter dem die SPD- Spitze sich genötigt sah, ebenfalls zu den Aktionen zu mobilisieren und sich in der einen oder anderen Weise daran zu beteiligen.
Dazu mag auch die Wahlkampfsituation in Schleswig- Holstein beigetragen haben. Dieses Vorgehen hatte einerseits eine enorm mobilisierende Wirkung auf die SPD-Basis und die Lübecker Bevölkerung. Ermöglicht wurde damit die in erfolgreicher Arbeitsteilung durchgeführte Blockade der MOX- Transporte, wobei LIGA, AKAW, die Verladerampen blockierten und die Anwesenheit von SPD und BEvölkerung einen vorzeitigen Polizeieinsatz verhinderte. Diese Taktik der autonomen Anti-AKW- Gruppen führte andererseits immer wieder aller Welt den Widerspruch zwischen Worten und Taten der SPD- Spitze vor Augen und demonstrierte somit die Unabdingbarkeit einer starken, unabhängigen Anti- AKW- Bewegung.
Die Hanauer hatten mit der Deno am 19. 3. ebenfalls eine die Bevölkerung ansprechende Massenaktion im Kopf gehabt. Doch statt die herrschenden Integrationsmechanismen von links aufzugreifen und den entlarvenden Streit mit wichtigen, verbal den Atomausstieg vertretenden Meinungsträgern zu suchen, wurde Selbstverharmlosung geübt. Das Konzept der "Gewaltfreiheit in ausdrücklicher Abgrenzung zur Hanau- Demo vom 8.11. 86 verhinderte weder ein Verbot durch den (SPD!)- Oberbürgermeister noch hatte es breiter mobilisierende Wirkung. Denn die Integrationsbemühungen von Töpfer, Weimar fielen gerade bei denen, die die Hanauer ansprechen wollten, auf fruchtbaren Boden. Das Raushalten der Linken erwies sich also auch unter diesem Gesichtspunkt als fatal — denn nur diejenigen, die keine Illusionen in diesen Staat haben und ihm Atomwaffenoptionen zutrauen sind ohne größere Anstrengungen zu mobilisieren, bzw. zu eigenen tatkräftigen Mobilisierungsanstrengungen bereit.
Unabhängig davon, ob überhaupt eine Chance bestand zum 19. 3. tatsächlich bundesweit nach Hanau zu mobilisieren, hat die BI Hanau dem linken bzw. autonomen Teil der Bewegung keine andere Wahl gelassen, als sich aus der Aktionsvorbereitung- und Mobilisierung herauszuziehen. Doch als Antwort auf Töpfer und die flexibel gewordene Politik der Herrschenden wird die Beschränkung auf die lokale Zuspitzung spontaner Ereignisse in Zukunft nicht ausreichen. Aufgenommen werden muß die Analyse eben einer politischen Schachzüge der Atomenergieverwalter und die Debatte um Themen, die wir unsererseits in den Mittelpunkt rücken müssen.

Die Atompolitik des hierfür zuständigen Bundesminister ist in der Sache durch dreierlei gekennzeichnet:

1. Ausbau der Plutoniumindustrie, komme was wolle. Die ALKEM-Erweiterung wurde von Töpfer genehmigt, der Wackersdorf-Ausbau ohne juristische Grundlage gebilligt, die Kalkar-Inbetriebnahme per Bundesanweisung beschleunigt.

2. Die krisengeschüttelte Atomindustrie wird mithilfe des Einflusses der Deutschen Bank von überflüssigem Ballast befreit, durchrationalisiert, monopolisiert.

3. Zentralisierung der nuklearen Kompetenzen. Die hessische Politik nach Tschernobyl hat gezeigt, daß die Eigenständigkeit der Bundesländer potentiell wirksame Widerstände gegen eine erbarmungslose Pro-AKW-Politik hervorbringen kann. Die Töpfer-Maßnahmen zielen deshalb auf schrittweise Beseitigung des Föderalismus im Atombereich. Mit jeder AKW-Krise beschleunigt Bonn die nukleare Zentralisierung: Nach Tschernobyl wurde mit der Störfall-Verordnung für den nächsten Super-GAU jegliche Länderkompetenz ausgeschaltet. Im Zuge der Hanau- Auseinandersetzungen werden die Atomtransporte verstaatlicht und über die Errichtung der neuen Bundesbehörde Länderkompetenzen weiter eingeschränkt. Es wäre eine Verharmlosung zu behaupten, trotz atomkritischer Bevölkerungsmehrheit wolle Töpfer alles beim Alten belassen. In Wirklichkeit werden Entfaltungsmöglichkeiten der krisengeschüttelten Atomindustrie verbessert und für die auf sie zukommenden neuen Aufgaben im Bereich der westeuropäischen militärischen Ambitionen die Weichen gestellt. So viel, so schlecht.

Die eigentliche politische Leistung Töpfers besteht aber darin, diesen Kurs ohne Abstriche durchzuhalten und dennoch bei einer angeblich atomkritischen Bevölkerungsmehrheit keine Rebellion, sondern überwiegend sogar Sympathie zu ernten.

Diese Töpfer- Imagepflege, oder was dasselbe ist: die Verankerung der Atompolitik Kohls in der Bevölkerung stützt sich auf zwei Faktoren.

Da ist zum einen die Selbstbeherrschung der CDU/CSU. Diese Leute wissen, daß offener Beifall für den Atomminister dessen Image nur schädigen kann. Stattdessen klopft man ihm diskret auf die Schulter.

Da ist zum anderen die sozialdemokratische Medienpolitik vom SPIEGEL bis zur taz, die nach dem traurigen Abgang des Joschka F. eine neues Idol gesucht und in dem jung-dynamischen Töpfer gefunden zu haben scheint. Was diese Blätter seit geraumer Zeit an kabinettsinternen Widersprüchen zwischen dem atomkritischen Töpfer hier und dem atomfanatischen Rest dort zusammenkonstruieren, stellt jede Kreml-Astrologie in den Schatten. Der SPIEGEL schoß mit der Charakterisierung Töpfers als „Totengräber der Atomenergie" Anfang April 88 zweifelsohne den Vogel ab. Immer verantwortungsloser diesem Zeitgeist angepaßt sind allerdings ebenfalls die Stellungnahmen der taz. Drei Beispiele aus jüngster Zeit:

1. Ende April griff erstmals Töpfer in Absprache mit seinen Kabinettskollegen zu dem Mittel der Bundesanweisung, um die Inbetriebnahme von Kalkar zu beschleunigen. Dieser Schritt bedeutet zweifellos eine neue qualitative Stufe in der Auseinandersetzung um den Schnellen Brüter. Die „Zeit" bezeichnete noch im Januar dieses Jahres eine derartige Anweisung als **„Kriegserklärung gegen den Förderalismus"**. Die taz freilich läßt sich auch durch diese Kleinigkeit in ihrer Töpfer-Verehrung nicht beirren:

TAZ liebt

Töpfer

„ In der vergangenen Woche war mehrfach spekuliert worden, ob Töpfer dem Druck seiner Kollegen nachgibt und eine Weisung nach Düsseldorf schickt" wußte am 28.4. Gerd Rosenkranz zu berichten. Nachdem nun Töpfer -angeblich widerwillig- dem Druck des Kabinetts nachgegeben hat wird ein Tag darauf in der taz die Töpferanweisung flugs als *„Wattebäuschchen-Angriff"* runtergespielt und das „Nachgeben" Töpfers in den Rang einer besonders klugen taktischen Finesse erhoben. Nicht der Brüter-Förderung diente dieser Schachzug Töpfers, sondern - klug, klug!- *„in erster Linie der Ruhigstellung seiner Bonner Kabinettskollegen"*.

Diese Klugheit überbietet nur noch der Kanzler höchstpersönlich, wenn er mit seinem Engagement für Wackersdorf erfolgreich die Ruhigstellung des CSU-Vorsitzenden betreibt...

2. Nicht nur das Botha-Regime, auch die Praxis der Umdeklarierung von Uran zur Förderung der südafrikanischen Uranverkäufe werden von der Bundesregierung seit Jahren unterstützt. Nicht die Bundesregierung bestreitet das, sondern... die taz! So berichtet unter der Überschrift „Let' s SWAP" taz-Kommentator Thomas Scheuer am 21.4. von dem *„Entflechtungskünstler"* Töpfer, der bisher *„bei seinen Operationen einen wichtigen Knoten übersehen"* habe. Wie gut, daß nunmehr die taz unseren unbedarften „Künstler" mit dem SWAP-Uranhandel vertraut gemacht hat! Nicht nur Töpfer, das gesamte Kohl-Kabinett wird entlastet, wenn es im taz-Kommentar weiter heißt:*„Die Hanauer Atomiker agieren voll-autonom: Mit Firmen und Regierungen, selbst von Weltmächten, spielen sie den Affen...Nationaler Kontrolle wird der Stoff entzogen"* usw.usf. Nur am Rande sei vermerkt, daß die Bundesregierung über das Forschungsministerium und ihre bundesdeutschen Euratom-Vertreter die Praxis der Uran-SWAPs nicht nur gedeckt sondern mitinitiiert hat.

3. Mit *„Juso Töpfer"* überschrieb am 16.4. die taz ihren Leitartikel zur Verstaatlichung der Atomtransporte. Einhelliger Beifall des taz-Kommentator Manfried Kriener für eine Maßnahme, mit der Töpfer - so Kriener wörtlich- *„eine alte Juso-Forderung aus den 70er Jahren erfüllt"* hat. Und das Dollste ist: Niemand hat' s gemerkt!

Gleich zweimal ist in diesem Kommentar die Rede von **„Vater Staat"**, auf den man sich in großer Not *„fast selbstverständlich"* und im Intersesse des *„Allgemeinwohls" besinnt. Offenkundig* habe man in der Frage es *„ordnungsgemäßen Umgangs mit potentiell hochgefährlichen Stoffen"* bei einem staatlichen Betrieb *„mehr Vertrauen"*.

Zu behaupten, daß hier **„Vater Atomstaat"** die Regie übernimmt, wäre bei dem netten Wesen des Herrn Töpfer aber auch geradezu Ketzerei! Der dankbare und abgrundtief deutsche taz-Verweis auf „Vater Staat" ist geeignet, so manche Erscheinungen im Bereich der Atomenergie in ein neues Licht zu rücken. So war bei der Atomkatastrophe von 1957 in Windscale die staatliche Kontrolle geradezu perfekt: Noch 30 Jahre später sitzt in Großbritannien „Vater Staat" auf den Akten, aus denen hervorgeht, was damals wirklich geschah. „Juso" Töpfer ist immerhin auf dem Weg dorthin und die taz klatscht Beifall.

Die Neuordnung

Atomstaat und Atomwirtschaft nach dem 14.1.

Ist vom "Atomskandal" die Rede, setzt mittlerweile bereits ein Wühlen in Erinnerungen ein. Eines dokumentiert das deutlich: Atomwirtschaft und Atomstaat haben in den Ailtag zurückgefunden, ist auch gerade der noch so skandalös.

Am 8. Januar 88, — damals hieß es noch "Transnuklear-Skandal", — widmete die ZEIT dem Bundesumweltminister eine halbe Seite unter der Überschrift *"Klaus Töpfer, gerade acht Monate im Bonner Amt, muß seine Feuertaufe bestehen."* (ZEIT 8.1.88). Feuertaufe meint gemeinhin erste Bewährungsprobe im Fronteinstz bei Feindberührung. Die Feindberührung haben wir ihm erspart! Konkret meinte die Zeit denn auch nur: *"An der Bewältigung der Affäre muß er (Töpfer; r.k.) sich messen lassen."* Als Merksatz gab sie ihm für diese Aufgabe mit auf den Weg: *"Der Bundesumweltminister soll den Schaden begrenzen."* (ZEIT 8.1.88) Als Fingerzeig an die Adresse Töpfers ist dieser Hinweis überflüssig. Töpfer, weiß am besten auf wessen Seite er steht, worin seine Aufgabe liegt. Das zeigen die Ergebnisse, die er mit seiner Neuordnung der Atomindustrie abliefert. Bemerkenswert ist allerdings der Stil, in dem Töpfer seine Aufgabe bewältigt.

Töpfer: Skandal-Manager der Atommafia

Vergleichen läßt sich dieser Stil mit dem Auftritt Blüms in Chile. Was Blüms Rolle für die CDU auf dem Felde der Menschenrechte im Chile-Einsatz war, ist die Rolle Töpfers auf dem Felde der Umwelt. Die Public-Relation stimmt bis ins Detail. Suggeriert wird das Bild des Saubermann in Bonn, der durchgreift und der aufräumt unter der Mafia. Dieses Bild kam an. Die Taz verstieg sich anläßlich des Entzugs der Transportgenehmigung für die Transnuklear durch Töpfer bis zu der Schlagzeile: *"Minister Töpfer: Allein gegen die Mafia."* (Taz 18.12.87).

Die Frankfurter Rundschau wußte kurz vor dem Jahreswechsel zu berichten: *"Sogar die Atomkraftgegner vom Bund für Umwelt und Naturschutz haben Reaktorminister Töpfer schon für seine 'klare Haltung' beim Management der immer brenzliger werdenden Transnuklear-Affäre gelobt."* (FR 29.12.87).

Selbst die 'atom' nahm zum 'Atomskandal' im Titelbild nun die 'Atommüllmafia' aufs Korn. Der Atomstaat blieb auch hier zumindest ausgeblendet.

Gewiß, von einem Zimmermann wären Schritte wie zu Transnuklear und zu Nukem nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Nur: ein Zimmermann hätte in dem "Atomskandal" gewiß auch nicht so gut ausgesehen. Management, vor allem Krisen-Management oder Skandal-Management bedürfen eines besonderen Typs Politiker. Die hat mittlerweile auch die CDU.

Ein Schlüsselwort in Töpfers "Skandal-Mangement" wurde "lückenlos", als Variante

auch "rückhaltlos". Das erste Mal tauchte es beim besagten Entzug der Transportgenehmigung für die TN auf. Es würden *"keine Transportgenehmigungen erteilt, bevor der Fall nicht 'lückenlos' aufgeklärt und die Zuverlässigkeit des Unternehmens überprüft worden sei."* (FR 18.12.87), ließ Töpfer verlauten.
Aufgegriffen wurde das Wort von seinem hessischen Kollegen Weimar, der in diesem "unglaublichen Skandal" gleichfalls *"lückenlose Aufklärung"* forderte (Taz 18.12.87).
Wo es im Dezemter noch um "lückenlose Aufklärung" ging, versprach man — so Weimar im hessischen Landtag — im Januar bereits *"Eine vollständige und löckenlose Darlegung des bisherigen Sachverhalts betreffend die Hanauer Nuklearbetriebe."* (FR 21.1.88). Es fällt auf, man hatte es eilig. Das merkte auch die SZ: *"In einem atomberaubenden Tempo hat Klaus Töpfer die erste Etappe des Transnuklear-Skandals hinter sich gebracht."* (SZ 28.12.87).
Ebenfalls noch im Januar geht es bereits um lückenlose Konzepte. Solche für *"die lückenlose Beaufsichtigung schwach-aktiver Abfälle bis zur Endlagerung"* (Welt 27.1.88), oder um *"eine lückenlose Kontrolle der staatlichen Aufsicht."* (Faz 27.1.88).
Im Februar hatte man es dann im Kernforschungszentrum Karlsruhe gefunden, das *"EDV-gestützte Buchhaltungssystem mit dem jederzeit Verursacher und Verbleib der radioaktiven Reststoffe lückenlos nachgewiesen werden können."* (Handelsblatt 8.2.).
Im März war es bereits unter Dach und Fach, das *"lückenlose Kontrollsystem"* (Faz 15.3.) oder besser das *"lückenlose Abfallverfolgungs- und Produktionskontrollsystem"* (SZ 15.3.), oder noch besser das *"lückenlose, computergestützte Abfallverfolgungs- und Produktionskontrollsystem für alle schwach- und mittelaktiven Abfälle."* (Handelsblatt 15.3.).

Töpfer und seine Freunde: Schnitt für Schnitt "etwas mehr" Atomstaat

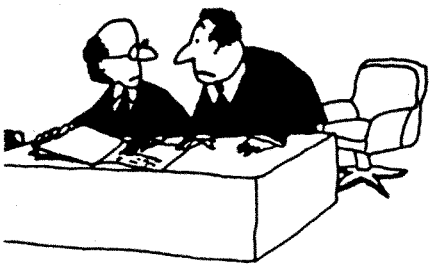
Der Mythos vom Saubermann und entschlossen durchgreifenden Macher, den Töpfer sich bereits mit seinem Skandal-Management in den Hochzeiten des Atomskandals erworben hatte, setzte sich in der Neuordnung von Atomwirtschaft und Staat fort.
Einen bedeuteten Anteil daran hatte das Wort von den "tiefen Schnitten", die in Hanau nötig seien. Ein schönes Bild! Man/Frau sah in förmlich vor sich, wie er der Atommafia mit dem Messer zu Leibe rückt. Nur Eines hatte er dazu gesagt: Ziel dieser "tiefen Schnitte" sei nicht der Tod des Patienten Atomwirtschaft, sondern *"die Gesundung des Patienten"* (Faz 23.3.88). Damit hätte spätestens hier zur Kenntnis genommen werden müssen, daß Töpfer nicht das Werkzeug der Anti-AKW-Bewegung ist, sondern sich im Dienst an der Atomindustrie tätig zeigt. Doch dem war nicht so. Die Taz, die den Umweltminister bereits im Dezember mit der Schlagzeile *"Töpfer: Allein gegen die Mafia"* (Taz 18.12.87) feierte, dokumentierte noch im April ihre bittere Enttäuschung über die Neuordnungspläne ihres Umwelthelden Töpfer und

schimpfte ihn jetzt einen "Papiertiger". Beinahe hat es den Anschein sie wollte ihn für einen erneuten Versuch anfeuern, heißt es dort: *"Töpfers tiefer Schnitt — daneben."* (Taz 14.4.88).
Zeigte die Taz sich in diesem Sinne zutiefst verwirrt, stricken Andere kräftig weiter am Mythos Töpfer.
Die Zeit präsentierte einen Töpfer, der *"der Atomwirtschaft in aller Öffentlichkeit neue Organisationsstrukturen oktroyiert"* (Zeit 25.3.88). Der Spiegel zeichnete einen Töpfer, der *"Deutschlands Atomwirtschaft zu einem neuen Anfang zwingt."* (Spiegel 11.4.88).
Während die Zeit dabei zumindest noch soweit auf dem Boden blieb, darauf hinzuweisen *"daß Töpfer und die Industrie am gleichen Strang ziehen: beide wollen zum 'geordneten Betrieb' der Kernkraftwerksindustrie zurückfinden"* (Zeit 25.3.88), hob der Spiegel ganz ab. Was da geschah, geriet ihm zur *"kleinen Revolution"* und Töpfer zum *"Totengräber der deutschen Kernenergie"* (Spiegel 11.4.88).

Alles das ist reinste Legendenbildung. In dieser Neuordnung wird nicht oktroyiert und keiner gezwungen. Alles geschieht nicht nur in wohliger Eintracht sondern auch in engster Kooperation. Töpfer und die Atomindustrie ergänzen sich in nahezu perfektem Zusammenspiel. Hinter dem blendenden Schein Töpferscher Verlautbarungen, regelmäßig sekundiert durch sein hessisches Sprachrohr Weimar, breitgetreten durch eine Presse von FAZ bis Taz, betreibt die Atomindustrie ihre Neuordnung selbst.
Die Rahmenbedingungen dazu wurden zuvor auf höchster Ebene abgesteckt. Das Töpfersche Konzept zur Neuordnung kursierte in der Atomindustrie als *"Herrhausen-Papier"* (Spiegel 11.4.88). Alfred Herrhausen ist seines Amtes Vorstandssprecher der Deutschen Bank und in dieser Position persönlicher Berater des Bundeskanzlers. Er nimmt damit eine Aufgabe wahr, die von der Deutschen Bank traditionell ausgeführt wird. Was Abs für Adenauer, Klasen für Brandt und Guth für Schmidt gewesen sind, das ist heute Herrhausen für Kohl. Sein Engagement für die Atomindurstrie im Speziellen drückt sich in seiner persönlichen Mitgliedschaft im Deutschen Atomforum aus. (AG Atomindustrie, Wer mit wem?, Fft./M. 1987).

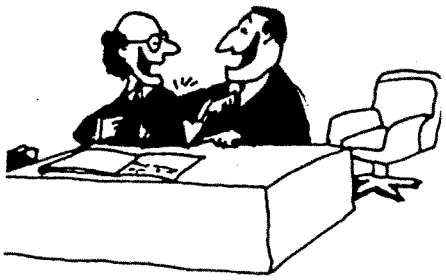
Töpfers Schnitt in der "Entsorgung": Die Betreiber führen die Hand

Im Bereich der "Entsorgung" wurde ein von Töpfer bei den Kraftwerksbetreibergesellschaften in Auftrag gegebenes Konzept Grundlage für die jetzige Neuordnung (SZ 15.3.88). Wie Töpfer am 21. April vor dem Hanauer Untersuchungsausschuß erklärte, sei ihm ein derartiges Konzept bereits *"in einem Gespräch am 11. Januar in Aussicht gestellt"* worden (Taz 22.4.88).



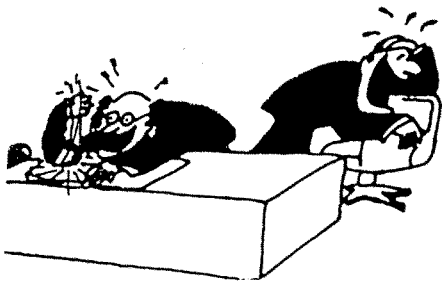
Damit lägen diese Planungen für eine Neuordnung bereits vor der Zuspitzung des Atomskandals mit dem von Wallmann geäußerten Verdacht und der Stillegung der Nukem.
Auf der Wintertagung des Deutschen Atomforums am 26. Januar kündigte Hermann Krämer von der Preag dann auch öffentlich an, dem Umweltminister 'schon in wenigen Wochen' ein Konzept zur Neuordnung in diesem Bereich vorlegen zu wollen (Welt 27.1.88). Als es am 14. März schließlich präsentiert wurde bezeichnete Töpfer es — seinem Ruf als Saubermann und Macher wahrend, aber 'in der Sache' das Angebotene ergreifend — *"als 'einen Schritt in die richtige Richtung'. Er müsse aber noch prüfen, inwieweit sich der Entsorgungsplan in die Gesamtbeurteilung der unternehmerischen Neuordnung der Hanauer Nuklearbetriebe einfüge"* (SZ 15.3.88).
Nach diesem Abgleich mit der "Gesamtbeurteilung" der Neuordnung, man mag auch sagen mit dem "Herrhausen-Papier", wurde das Konzept in den Grundzügen übernommen. Eine Abänderung erfuhr es in dem Punkt, an dem der GNS von Seiten der Energiekonzerne auch die Verantwortung für die Atomtransporte übertragen werden sollte. Hier wurde als Lösung gefunden, daß die GNS zwar *"die notwendigen Transporte veranlaßt"* (Spiegel 11.4.88), die Verantwortung für den Mülltourismus aber einer *"Transportgesellschaft unter der unternehmerischen Führung der Bundesbahn"* übertragen wird.

Trotzdem ist das "Coming-Out" der GNS beachtlich, wird sie doch zumindest als Monopolunternehmen für den Bereich "Entsorgung" inthronisiert. Vorbereitet wurde ein solches "Coming-Out" von der GNS bereits auf ihrer Gesellschafter-Versammlung am 1. Dezember 1987 mit einer Verdoppelung des Stammkapitals auf 6 Mio. DM (Grüne Zeiten Nr. 15/88). Das war eine Woche, bevor der Atomskandal mit den Mol-Verschiebungen in die zweite Runde ging. Angesichts dessen fragt sich natürlich, inwieweit Planungen für die jetzt verkündete Neuordnung im Bereich Entsorgung zeitlich sogar noch weiter zurückgreifen, so daß diese Neuordnung letztlich eine Zielplanung der Atomindustrie aus der Zeit vor dem Atomskandal verwirklicht.
Damit fragt sich dann auch, ob der Atomskandal zumindest in dieser zweiten Runde bewußt zur Durchsetzung eigener Ziele angestoßen wurde. Gesellschafter der GNS sind unter anderem die RWE und die DWK. Die AKW-Betreiberfirmen waren es auch, die den Atomskandal mit den Enthüllungen um die Mol-Verschiebungen so richtig ins Rollen brachten, als sie sich am 8. Dezember mit der Erklärung ans nieders. Umweltministerium wandten, in an die AKW's Unterweser und Stade zurückgelieferten Fässern seien möglicherweise Stoffe enthalten, die dort nicht rein gehörten (ZS 22.12.87).



Töpfers Schnitt in Hanau: Die Degussa geht zur Hand

Bei der Neuordnung im Bereich der Brennelemteproduktion, dem sogenannnten Hanauer Atomsumpf, zeigt sich das gleiche Muster. Die Atomindustrie betreibt ihre Neuordnung selbst, unter Maßgabe der Respektierung des staatlich-gesamtkapitalistischen Rahmenplanes.
Gerade vier Tage nach der Stillegung der Nukem, am 18. Januar, bezog die Degussa ihre Position in den Chefetagen der Nukem. Der Öffentlichkeit wurde sie als *"unternehmerische Obhut"* (Taz 19.1.88) vorgestellt, den Zeitungslesern in großflächigen Annoncen als Mitwirkung an der Aufklärung der Vorfälle nach besten Kräften verkauft.
Im Handelsblatt nannte man die Tätigkeit der Degussa *"Management-Hilfe"* und wußte etwas besser informiert zu berichten, daß dieser Schritt *"Auf Wunsch auch der übrigen Gesellschafter"* erfolgt sei. (Handelsblatt 20.1.88). Das Engagement der Degussa wurde dabei von vorneherein zeitlich auf *"höchstens ein Jahr"* begrenzt. *"Länger dürfe nach dem Gesetz Liebmann als Nukem-Aufsichtsrat die Geschäfte nicht führen."* ! (Handelsblatt 20.1.88).
Die Aufgabe zu der man angetreten war, schien also überschaubar. Um die angekündigte Aufklärung, so sollte gefolgert werden, wird es der Degussa allein deshalb schon nicht gegangen sein. Damit hätte sie sich einer wahrlich unüberschaubaren Aufgabe gestellt. Eher ging es wohl um Vertuschung. Liebmann, mit der "unternehmerischen Obhut" betraut, dürfte für eine solche Aufgabenstellung alle Qualifikationen mitbringen. Er gehört nicht "nur" zum Spitzenmanagement der Atomindustrie. Mit den Positionen die er einnimmt, ist er eine Schlüsselfigur im Hanauer Atomskandal. Als Vorstandsvorsitzender der Degussa, Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Nukem, Mitglied des Aufsichtsrates des Kernforschungszentrums Karlruhe und der Leybold Hanau (ehemals Leybold-Heraeus), verknüpft er in seiner Person Firmen und Institute, die im Zusammenhang des Hanauer Atomskandals allesamt ins Zwielicht geraten sind. Zu Leybold Hanau, soviel sei angemerkt, gibt es umfangreiches und detailliertes Beweismaterial, das deren sich mittlerweile über 10 Jahre erstreckende Verwicklung im Bombengeschäfte mit Pakistan belegt (vgl. E.r. Koch, Grenzenlose Geschäfte, München, 1988, S. 228-255).
Einen solchen Mann die *"unternehmerische Obhut"* anzuvertrauen und wie von Weimar als hessischer Umweltminister geschehen, die *"Atomrechtliche Zuverlässigkeit"* zu bescheinigen, (Handelsblatt 20.1.) zeugt von Komplizenschaft.
Ob Vertuschung oder nicht, zentrale Aufgabe der Degussa war vom Beginn ihrer Unternehmerischen Obhut am 18. Januar an die Vorbereitung und Einleitung der Neuordnung im Bereich der Brennelemt-Herstellung.
Auf der Gesellschafterversammlung der Nukem am 25./26. Februar, auf der die *"Entflechung der Hanauer Nuklearbetriebe erörtert"* wurde, bestätigte ein Degussa-Sprecher *"daß über diese Frage seit Januar Gespräche geführt werden, und zwar nicht nur unter den Gesellschaftern der Nuklearfabriken, sondern auch mit den anderen Firmen"* (SZ 27.2.88).



Deutlich wird allerdings, daß sich die Neuordnung in diesem Bereich weit schwieriger gestaltete als in dem der Entsorgung. Erst auf dieser Gesellschafterversammlung Ende Februar wurde eine Aufstockung des Nukem-Eigenkapitals um zusätzliche 50 Mio. DM beschlossen, *"um damit die anstehende Neuordnung ihrer Arbeitsgebiete auf finanziell sicherer Basis bewerkstelligen zu können"* (SZ 27.2.88). Damit wurde die Eigenkapitaldecke der Nukem auf 77 Mio. DM erhöht (Taz 16.3.88). Eine Dimension, an der sich die verhandelte Neuordnung bereits ermessen ließ.
Der einen Monat später am 24. März bekannt gegebene Rückzug der RWE aus der Nukem (Faz, 25.3.88), und damit der Abzug von 45 Prozent der Anteile an der Nukem, wird schon auf dieser Versammlung beschlossen worden sein. Das gleiche gilt für den Erwerb des restlichen Drittels der Anteile der Transnuklear durch die Nukem von der französischen Transnucleaire S.A. am 29.3. (Faz, 2.4.88), zwecks Weiterverkaufs an die Deutsche Bundesbahn (Faz. 18.4.88).
Das Zusammenspiel von Atomindustrie und Atomstaat wird deutlich, sieht man/frau sich die zeitgleich zu dieser Gesellschafter-Versammlung in die Presse gebrachten Erklärungen eines Politikers wie des Töpfers-Sprachrohrs Weimar in Hessen an. Am 25.2. ließ er verlauten, *"sein Ziel sei eine 'dramatische Entflechtung' aller Betriebe"* und geheimnisvoll fügte er hinzu, zur Zeit fänden *"Verhandlungen über große und wichtige Transaktionen"* statt. Näheres wolle er nicht verraten (SZ. 26.2.88). Am 26. Februar verkündete er auftrumpfend in einem Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung, *"er erwarte von den Hanauer Nuklearfirmen grundlegende Veränderungen"* (SZ. 26.2.88).
Seine Forderung nach einer "dramatischen Entflechung" erläuterte er mit dem Hinweis es *"müsse eine klare unternehmerische Verantwortung auch durch Mehrheitsbeteiligung gegeben sein. Dies betrifft vor allem die Firma Nukem, wo weder die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) mit 45 % noch die Degussa mit 35 % Anteilseigentum eine Mehrheit haben"* (...) *"Das muß jetzt ein für alle Male durch klare Verantwortlichkeiten und klare Strukturen abgestellt werden"*(SZ. 26.2.88) (!)
So wird politische Planung auf der Ebene von Atomstaat und -Industrie im Ton publikumsgerecht instrumentiert und für die politische Bühne umgesetzt. Hollywood in Hessen.

Erst "ein bißchen mehr Atomstaat" und dann ab in den Atomwaffenstaat?

Als Töpfer am 18. März sein Konzept zur *"Neustrukturierung der Kernenergiewirtschaft"* vorstellte, (Taz 19.3.88), war die Neuordnung somit in den Grundzügen bereits äußerst kooperativ unter Dach und Fach gebracht.
Der Stellenwert dieser Neuordnung läßt sich an dem Tatbestand ermessen, daß das entscheidende Papier in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bank erstellt wurde. Die Umstellungen sind insofern mit Sicherheit nicht als *"insgesamt eher peripher"* zu bewerten, wie es Klaus Traube in der Taz versucht (Taz 14.4.88). Eher schon wird daran verdeutlicht, daß die Atomindustrie in der BRD auch für die Zukunft als eine strategische Industrie zu betrachten ist. Ein Neuordnungspapier für die Atomindustrie, mittels der Deutschen Bank erstellt, sollte als strategischer Entwurf verstanden werden.

In diesem Rahmen ist es dann auch nicht auf die Industrie begrenzt. Die Neuordnung in der Industrie ist gekoppelt an eine parallele Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen im Atomstaat. Im Zentrum steht dabei die Schaffung eines Bundesamtes für Strahlenschutz als koordinierende Behörde. Die FAZ schrieb diesbezüglich *"mit der Errichtung eines Bundesamtes solle ein Eckpfeiler gesetzt werden"* und *"ergänzend dazu müsse die deutsche Kernenergiewirtschaft eine neue Struktur bekommen"* (FAZ 23.3.88)

Als Töpfer bereits im Januar die Konsequenzen ankündigte, die er aus den Enthüllungen zu ziehen gedachte, faßte er sie unter dem Stichwort *"administrativen Phase der Umweltpolitik"* zusammen (Zeit 8.1.88). Die Zeit erläuterte: *"Zur administrativen Phase gehört, daß die Kontrolle künftig koordiniert werden muß"* und fügte hinzu *"soweit ist ein bißchen mehr Atomstaat erlaubt"* (Zeit 8.1.88).

Es wird Zeit sich einer solchen Propaganda des freundlichen Atomstaates entgegenzustellen, den Blick wieder umzulenken, von der Atommüllmafia auch auf die Mafia des Atomstaates und deren strategischen Interessen an der Atomindustrie.

Das "bißchen mehr Atomstaat" das die Zeit mit Töpfers Neuordnung anzupreisen versucht, ist der alte Moloch Atomstaat, den Robert Jungk beschrieben hat. alles unter Kontrolle ist seine Devise, mit der er die Menschen unter Kontrolle hält. "Lückenlose Kontrolle" verspricht auch Töpfer in seiner Neuordnung. Der Atomstaat biedert sich an. Hinter dem blendenen Schein einer Public Relation der "lückenlosen Kontrolle" wird ein realer Prozeß verborgen, in dem Atomindustrie und Atomstaat sich für den Aufbruch zu neuen Ufern rüsten.

Was als *"dramatische Entflechtung"* (Weimar in: SZ 25.2.88) verkauft wird, ist im gleichen Schritt ein Vorgang dramatischer Zentralisierung. In Zukunft werden nur noch vier Unternehmen mit jeweiliger Monopolstellung in den Bereichen Atomtransporte, Brennelementeproduktion und "Entsorgung" (Konditionierung/Zwischenlagerung) arbeiten (Faz 5.4.88). Ergebnisse dieser Neuordnung siehe im Einzelnen die nebenstehenden Erläuterungen.

Mit der in dieser Neuordnung vollzogenen Zentralisierung wird die Atomindustrie eher von Hemmnissen befreit, als daß ihr Fesseln angelegt werden. Im Entsorgungsbereich spart man zukünftig Bestechungsgelder, klarere Entscheidungsstrukturen reduzieren die Wahrscheinlichkeit, daß Unregelmäßigkeiten nach außen dringen. Die Neuordnung setzt einen erheblichen Rationalisierungseffekt im Sinne eines reibungsloseren Funktionierens in der Atomindustrie frei.

Was ändert sich?

SCHWACH– UND MITTELAKTIVER MÜLL

In der sogenannten „Entsorgung" werden in Zukunft die Kraftwerksbetreiber die Beseitigung ihres Mülls in eigener Regie besorgen. Dazu werden die AKWs mit sogenannten mobilen Konditionierungsanlagen nachgerüstet, in denen der anfallende Müll im Volumen reduziert und gleichzeitig in sogenannte endlagerfertige Fässer verpackt wird.

Die Verantwortung für diesen Bereich wird von den Betreiberfirmen ihrer gemeinsamen Tochtergesellschaft, der „Gesellschaft für Nuklear-Service" (GNS) übertragen. Diese mußte für diese Aufgabe allerdings zuvor noch in sich neu geordnet werden. Herausgeschnitten wurden alle bereichsfremden Teilhaber wie die Steag, Ruhrkohla oder Veba AG. Dementsprechend aufgestockt wurden die Anteile der Kraftwerksbetreibergesellschaften.

Damit ist man nunmehr ganz unter sich.

ATOMTRANSPORTE

Der sensible Bereich der Atomtransporte wird gänzlich unter der unternehmerischen Führung der Bundesbahn zentralisiert. Diese überträgt die Verantwortung an ihre 100%ige Tochtergesellschaft, die Spedition Schenker & Co. Frankfurt. Alle bisherigen Transportunternehmen der Nuklearbranche, die Transnuklear, NTL (Nukleare Transportleistungen), Gesellschaft für Nuklear-Service, Nuclear-Carge + Service, sollen in eine Transportgesellschaft unter der unternehmerischen Führung der Bundesbahn zusammengefasst werden.

HANAUER ATOMBETRIEBE

Im Bereich der Brennelemente-Herstellung sollen künftig nur noch zwei Unternehmen tätig sein. Die eine Gruppe wird aus Alkem, RBU, Advanced Fuels (ANF) und Uranit bestehen. Die Führung für diese Gruppe erhält die Siemens AG. In diesem Komplex soll die Brennelemente-Produktion für die Siede- und Druckwasserreaktoren und die Plutoniumwirtschaft einschließlich des Schnellen Brüters konzentriert werden.

Die zweite Gruppe, Nukem und Hobeg zusammenfassend, unter der Führung der BBC/Babcock als Erbauer des Hochtemperatur-Reaktor in Hamm, wird als Brennelement-Produzent für die HTR--Linie fungieren (Spiegel, 11. 4.88).

Für den großtechnischen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft wird damit das Flaggschiff, der BRD-Atomindustrie, die Siemens-AG an die Front geschickt.

Der Siemens-Konzern hatte im Unterschied zum mittlerweile im Atombereich ausgeschalteten AEG-Konzern immer den Ruf eines „am nationalen Interesse ausgerichteten" Konzerns. Nicht ohne Grund! Angefangen von der Entwicklung des Schwerwasser-Reaktors ;- vom Leiter der Siemens-Reaktorabteilung empfohlen! - weil auf diesem Wege „sobald wie möglich" deutsches Plutonium gewonnen würde (so Radkau in'Spiegel Nr.6/88) - forcierte Siemens traditionell Reaktorlinien, die eine Gewinnung des militärisch interessanten Plutoniums ermöglichten. Das setzte sich fort in der Entwicklung des Mehrzweck-Forschungsreaktors in Karlsruhe und reicht bis zum Einstieg in den Schnellen Brüter über die Interatom.

BUNDESAMT FÜR STRAHLEN–SCHUTZ

Das Bundesamt für Strahlenschutz soll Anfang 1989 seine Tätigkeit aufnehmen. Bis dahin müßten die Kompetenzverlagerungen im Einzelnen entschieden sein. Im Kern wird diese neue Behörde aus bereits bestehenden Verwaltungsstellen gebildet werden. Zusammengefasst werden darin:

1. die Abteilung Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle der PTB Braunschweig,
2. die Abteilung 3 (Radioaktive Stoffe und Umwelt) und die Abteilung 4 (Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umwelt-Radioaktivität) des Instituts für Strahlenhygiene des Bundesgesundheitsamtes in München,
3. das Institut für Athmosphärische Radioaktivität des Bundesamtes für Zivilschutz in Freiburg und
4. Teile der Gesellschaft für Reaktorsicherheit MbH in Köln und München. (nach: HAZ, 23.3.88)

In die Zuständigkeit der neuen Behörde fallen damit die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen, die Genehmigung zur Aufbewahrung und Beförderung von Kernbrennstoffen, ferner die Zuständigkeit für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle, sowie für die Erfassung und Kontrolle radioaktiver Abfälle, die an Anlagen des Bundes abzuliefern sind, und schließlich die Zuständigkeit für die bundesweite Erfassung und Bewertung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgesetz.

Gleichzeitig wurde die bisherige unternehmerische Verflechtung durch eine weit effektivere Verflechtung ersetzt. In der neuen klar zentralistisch strukturierten Atomindustrie hält der Staat alle Fäden in der Hand. Das Instrument über das die Koordination laufen soll heißt "Bundesamt für Strahlenschutz". Die Einrichtung dieser Behörde wird von Töpfer der Öffentlichkeit unter dem Ettikett einer Verbesserung von Kontrolle und Aufsicht verkauft, die sich durch die Enthüllungen um den Hanauer Atomskandal als dringend geboten zeige.
In Wahrheit gehen die Überlegungen zur Einrichtung einer derartigen zentralen staatlichen Behörde bereits auf die Zeit vor dem Hanauer Atomskandal zurück. (Taz 29.1.88).

Töpfers Bundesamt: Eine Zentrale für den Atomstaat

Die Schaffung des Bundesamtes für Strahlenschutz ist denn auch eher eine konsequente Fortsetzung der Politik die bereits in den staatlichen Maßnahmen nach Tschernobyl zum Ausdruck kam.
Damals hatte man nach dem 'Wallmann-Ventil' auch noch ein 'Wallmann-Gesetz' mit dem wohlklingenden Namen "Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung" geschaffen. Faktisch bestand es darin einer neu eingerichteten Bundeszentralstelle zur Überwachung der Umweltradioaktivität, die alleinige Informations- und Entscheidungskompetenz für den Katastrophenfall zuzuschanzen. Ziel war die Ausschaltung roderalistischer Querschläger — damals der hessischen Strahlenmeßstelle mit ihren unverschämt niedrigen Grenzwerten. In seinem Kern ermöglicht das Gesetz eine Beliebigkeit bei der Festlegung von Grenzwerten, die diese je nach politischer Lage und radioaktiver Belastung flexibel handhabbar machen.
Ging es nach Tschernobyl nur um die Zentralisierung der Kompetenzen in Bezug auf die Auswertung und Bewertung von Radioaktivitätsmeßergebnissen zwecks besseren Katastrophen-Managements, wird im Windschatten des Atomskandals mit der Einrichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz eine zentrale Bundesbehörde mit weit umfassenderen Kompetenzen geschaffen.
Überlegungen für eine solche Zentralstelle tauchten bereits im Dezember letzten Jahres im Zusammenhang von Strategieüberlegungen zur schnelleren Durchsetzung der Inbetriebnahme des Brüters in Kalkar auf.
Als der Töpfer-Gesandte und Atombürokrat Walter Hohlefelder (vgl. AG Atomindustrie: Wer mit wem?) schließlich im Januar unter dem Eindruck des Atomskandals das Konzept für die Einrichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz auf der Wintertagung des Deutschen Atomforums vorstellte, griff er genau auf diesen Zusammenhang zurück. *"Durch die Schaffung eines Bundesamtes für Strahlenschutz"* so Hohlefelder, solle *"der organisatorische Unterbau der Bundesaufsicht erst einmal verbessert werden"* (Handelsblatt 28.1.88). Dabei werde *"im Hinblick auf die notwendige Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern"* die *"Bundesaufsicht eine ständige Verpflichtung sein (...) und nicht ein Recht, dessen Gebrauchmachung nach Opportunität zur Disposition stehen könnte."* Dann wurde er grob: *"Um es klar zu sagen: Man kann nicht bei Transnuklear die Maßnahmen der Bundesaufsicht beschwören und sie beim Schnellen Brüter als Instrument zur Entmündigung der Länder diffamieren"* (Handelsblatt 28.1.88).
Noch im Januar schrieb die Zeit: *"Eine Weisung des Bundes wäre nach Lage der Dinge eine Kriegserklärung an den Föderalismus, Endstation Verfassungsgericht."* (Zeit 8.1.88).

Sch...Scheibenkleister, doch nicht alle überzeugt...

Das Bundesamt für Strahlenschutz soll Töpfer für derartige Schritte in Zukunft den Rücken stärken. Bereits im März begründete er die Schaffung eine Bundesamtes damit, für die atomrechtliche Bundesaufsicht sei ein Instrument erforderlich, daß *"in gebündelter, sich wechselseitig stärkender Form von der Information über die Genehmigungsfragen bis hin zur begleitenden Kontrolle, dessen was die Länder tun, wirklich handhabbar und griffig ist."* (Handelsblatt 3.3.88).
Im Klartext: Mit der Einrichtung des Bundesamtes wird ein Instrument geschaffen mit dem das Institut der Bundesauftragsverwaltung in Zukunft handhabbar wird, so daß der Zugriff auf alle atomrechtlichen Belange auch der Länderkompetenz darüber gesichert ist! In der Tat eine Kriegserklärung. Damit hätten sich letztlich doch die *"weitergehenden Überlegungen"* des Bundeskanzlers *"mehr von der zentralen Stelle aus tun zu können"* (SZ 26.1.88) durchgesetzt. Lediglich der Weg war etwas eleganter als der grob-holprige einer direkten Aufhebung der Länderkompetenz für Genehmigungsfragen.
Neben dieser Disziplinierung der Länder in Genehmigungsfragen, mit der aktuell die Inbetriebnahme des Bombenbrüters in Kalkar durchgedrückt werden soll, wird die neue Behörde die bereits bestehenden *"Vollzugsaufgaben des Bundes gemäß dem Atomgesetz und dem Gesetz für die Strahlenschutzvorsorge zusammmenfassen"* (HAZ 23.3.88).
Zu den Einzelheiten der hier vorgenommenen Zentralisierung siehe ebenfalls nebenstehenden Artikel.
Vom Ergebnis zeigt sich Töpfer von der Konstruktion des neuen Bundesamtes zufrieden. Wenn auch nicht alle Vorstellungen einer idealen Lösung erfüllt werden, sei aber *"wesentlich mehr erreicht worden, als kampflos zu erreichen war."* (HAZ 23.3.88). Wohl wahr!
Für die beschleunigte Inbetriebnahme des Bombenprojekts Brüter hat Töpfer den Fuß in der Tür. Nach seinem erfolgreichen Skandal-Mangement setzt er damit alles daran, den Ausbau der großindustriellen Infrastruktur für einen Atomwaffenstaat BRD zu forcieren. Was Strauß als 1. Atomminister in den 50er Jahren auf den Weg brachte, der Saubermann Töpfer macht sich dran es zu vollstrecken. Töpfer brütet das Ei aus, das Strauß gelegt hat. Das ist die strategische Aufgabe die Töpfer zu lösen hat. An ihrer Bewältigung wird er von den Herren in diesem Staate gemessen werden.
Der brisanteste Kompetenzbereich, der im Bundesamt übernommen wird ist dann auch die Zuständigkeit für die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen und die Genehmigung zur Aufbewahrung und Beförderung von Kernbrennstoffen. Handelt es sich bei Kernbrennstoffen u.a. um atomwaffenfähiges Material wird hier ein für die Atomwaffenoptionen der BRD sensibler Bereich in diese neue zentrale Behörde einverleibt.
Dem Alkem-Bunker, der damit dem Bundesamt angegliedert werden soll, galt in dieser Hinsicht schon von je her die verschärfte Aufmerksamkeit der Anti-AKW-Bewegung. Als auch der Hanauer Untersuchungsausschuß des Bundestages auf diesen Bunker aufmerksam wurde und eine Besichtigung begehrte, ging Töpfer in die Offensive. Er verfaßte einen Brief an den Ausschuß, in dem er über die staatliche Bunkerung von Kernbrennstoff bei Alkem Auskunft gab.
Was der Bundesumweltminister in diesem Brief dann allerdings erklärte, verschärft nur noch die Befürchtungen, in der Bundesrepublik werde mit dieser Verwahrung auf die Teilnahme an einem militärischen Atomprogramm spekuliert.
Zum Einen führte Töpfer in diesem Brief aus, daß Kernbrennstoffe nach dem Atomgesetz *"nur in Ausnahmesituationen und bei Engpässen verwahrt werden (sollten)"* (HAZ 9/10.4.88).
Dazu heißt es dann in dem Brief, *"dieser Engpaß könnte mit Abschluß des für die Fa. ALKEM laufenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren aufgrund einer erhöhten Umgangsmenge beseitigt werden."* Diese Erklärung der Umgangsmenge ist natürlich entschieden abzulehnen, und die Anti-AKW-Bewegung kämpft dagegen seit Jahren, aber dann ist zumindest mit dem Bunkern Schluß, könnte man/frau aus dieser Erklärung folgern. Weit gefehlt!
Zwar gibt es keine Engpässe mehr, aber auf die staatliche Verwahrung will Töpfer denn doch nicht verzichten. *"Abschließend möchte ich noch darauf hinweisen"* heißt es in dem Brief *"daß die staatliche Verwahrung in ihrem gegenwärtigen Umfang und an ihrem gegenwärtigen Standort nur eine Übergangslösung darstellen kann. Eine dauerhafte Lösung für die Einrichtung eines staatlichen Verwahrungslagers. das in Ausnahmesituationen zur Verfügung stehen kann, wird im Zusammenhang mit der Errichtung eines neuen Bundesmtes zu schaffen sein."*
Eine "dauerhafte Lösung" also doch, aber nur für "Ausnahmesituationen". Die sind für die "zivile" ökonomische Plutoniumwirtschaft, wie Töpfer selbst erkannt hat, zwar nicht in Sicht, aber das was man hat, will man sich dann doch nicht nehmen lassen. Für welche Art Ausnahmesituation fragt sich, wird denn hier gebunkert?
Im zivilen Brennstoffkreislauf sind die Engpässe für die Zukunft überwunden. Sollen hier etwa auch gleich noch potentiell auftretende Engpässe für den Fall, daß der BRD der Weg für Atomwaffenoptionen in die Zukunft freigerämt wird, überwunden werden?

Reinhard Karstens

Atomwaffenverzicht ins GG

1. Die apokalyptischeVorstellung von dem menschheitsbedrohenden Super-Gau fördert ein Weltbild, das die zerstörerische Technik auf der einen Seite von der unterschiedslos betroffenen Menschheit auf der anderen Seite unterscheidet. Dementsprechend war nach der Tschernobyl-Katastrophe die platte Aufklärung nach dem Motto: „Es geht auch anders!" der Renner der Saison: Es wurde an die menschliche Vernunft appeliert und der gemeinsame Wille beschworen.
Diese Art der Aufklärung ist und bleibt aber verdummend, solange die Interessen, sagen wir ruhig: die Klasseninteressen der beteiligten Akteure ausgeklammert bleiben. Denn nicht jeder kann die enormen Mittel, die etwa für eine WAA benötigt werden,bereitstellen, und diejenigen, die sich dazu entschliessen, tun dies nicht aus purem Fortschrittswahn, sondern mit präzisen Zielen, die sie aus ihrer Interessenlage ableiten. Ein ähnlich verdummendes Grundmuster kennen wir aus der Friedensbewegung, wo vielfach die tote Rakete und nicht das dahinterstehende soziale Interesse zum Gegenstand der Kritik geworden ist – *„weshalb der Protest auch überwiegend dem Pulver und kaum demjenigen gilt, bei dem die Lunte endet."*(1)

So werden wir beispielsweise mit der Behauptung für blöde verkauft, derzufolge im Kohlebergbau die Kumpel draufgehen, während bei den AKWs nix passiert. Bei dieser Wahrnehmung ist das Uran vorhanden – man streitet lediglich darüber , ob man es nutzt oder nicht. In Wirklichkeit ist dies eine kolonialistische Argumentation. Der Gewinn, der mit dem Uran erzielt wird, entsteht durch besonders gesundheitsgefährdende Ausbeutung von Urananbietern in Kanada, Australien oder Südafrika – nur daß wir das nicht vor Augen haben. Was die Rössing-Mine im südafrikanisch besetzten Namibia betrifft, wo westdeutsches Kapital Anteile hält, handelt es sich sogar um eine moderne Form der Sklavenarbeit. Anstatt zu fragen, ob Atomenergie teuer oder billig ist, sollten wir also besser fragen, ob mit ihr Gewinne erzielt werden und wenn ja, auf wessen Kosten. In diesem Sinn muß das Programm der Anti-AKW-Bewegung von seinen Grundlagen her überprüft und ihr Parolenschatz erweitert werden.

Am weitesten fortgeschritten ist dieser Ansatz bisher dort, wo das Atomwaffeninteresse der BRD nachgewiesen und zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung gemacht werden konnte. Aber auch hier überwiegt vielfach noch eine Argumentation, die sich mit der physikalischen Feststellung der Untrennbarkeit von militärischer und ziviler Atomtechnik zufriedengibt und die sehr konkreten Atommachtambitionen der BRD höflich umschifft.

Im Folgenden geht es nicht nur um den Vorschlag, in der Frage der deutschen Atomwaffen-Ambitionen eine aggressive politische Kampagne vom Zaun zu brechen. Es geht gleichzeitig um den Versuch, auf breiter Ebene einen Ansatz von Anti-AKW-Auseinandersetzung zu entwicklen, der nicht länger die Technik sondern die dahinterstehenden sozialen und politischen Interessen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rückt.

2. Aktuell befinden sich die NATO und damit auch der nichtnukleare Status der BRD in einer Umbruchphase. Um einen „gleichberechtigten" westeuropäischen NATO-Pfeiler aufzubauen und die Abhängigkeiten von den USA zu reduzieren, haben Frankreich und Großbritannien beschlossen, eine gigantische nukleare Aufrüstung und Modernisierung durchzuführen. Das aber ist teuer und setzt die Einbindung der ökonomischen Potentiale der BRD bei der Schaffung einer Art westeuropäischer Atomstreitmacht (in Wirklichkeit eher ein Konsortium bestehend aus Frankreich, England und der BRD) voraus. Während in der Vergangenheit die nuklearen Bestrebungen der BRD immer wieder an den Widerständen der NATO-Verbündeten scheiterten, hat sich die Situation heute erheblich gewandelt: In Frankreich drängen mittlerweile alle großen Parteien darauf, der BRD eine gemeinsame nukleare Verantwortung (jedoch ohne eigene Verfügungsgewalt) anzubieten. In Großbritannien wird eine Zusammenfassung der westeuropäischen „nuklearen Ressourcen" und die Europäisierung der britischen und französischen Nuklearpotentiale gefordert. In den USA wurde im Sommer 1987 in der angesehenen US-Zeitschrift „Foreign Policy" als „Anomalie" bezeichnet, daß die BRD eigene Atomwaffen immer noch nicht hat usw. usf.(2)

Daß man mit derartigen Aussagen bei den Herrschenden in diesem Land offene Türen einrennt, darf als sicher gelten. Hierzulande existiert über Parteigrenzen hinweg ein stillschweigender Konsens, wonach die Nähe zur Bombe gleichbedeutend ist mit dem Grad an eigener Souveränität.(3) Folgerichtig werden die neuen außenpolitischen Rahmenbedingungen aufgegriffen und gleichzeitig verstärkt:
- Kohl gestand 1987 eine Abrüstung der Pershing IA-Raketen nur unter der Bedingung zu, daß sie als „Drittstaaten-Systeme" anerkannt werden, obwohl ihre Sprengköpfe offiziell amerikanisches Eigentum sind.
- Im außenpolitischen Programmentwurf der CDU vom 18.2.88 werden Großbritannien und Frankreich aufgefordert, *„ihr nukleares Potential in eine gemeinsame Europäische Sicherheitsunion einzubringen"* und für die gemeinsame Verfügungsgewalt einen *„Europäischen Verteidigungsrat"* zu etablieren.

sche Offensive

chtambitionen

- Europa müsse nunmehr über *"eigene Optionen im Nuklearbereich nachdenken"* erklärte zuletzt auch der CDU- Verteidigungspolitiker Wimmer nach einer USA-Reise. (Welt 14. 4. 88)
- Im vertraulichen Journalistengespräch wird von hohen Beamten des Auswärtigen Amtes durchaus bestätigt, daß Wackersdorf und Kalkar Faustpfände sind, um bei den neuen westeuropäischen Waffenoptionen mitzumischen. In diesem Zusammenhang muß letztlich auch die Neustrukturierung der Atomenergie rund um den "Hanau- Skandal" eingeordnet werden. Sie markiert nicht das Ende der Atomwirtschaft sondern einen Umbruchprozeß: "Auf dem Weg zum Atomwaffenstatus soll zukünftig weniger geschlichen und schon garnicht durcheinandergestolpert, sondern mehr marschiert werden."(4)

3. Während somit außenpolitisch Dämme einbrechen, dominieren in der BRD- Innenpolitik Zurückhaltung und Unwissenheit. Das hängt einerseits damit zusammen, daß die SPD, die bei den Grünen und innerhalb der Friedensbewegung über Einfluß verfügt, die "Nuklearisierung" Westeuropas keineswegs ablehnt. Warum aber regte sich nicht der geringste Protest, als im Februar 1988 Egon Bahr in einem TAZ- Interview eine westeuropäische nukleare Planungsgruppe unter BRD- Einschluß gefordert hatte? Es besteht offenkundig die akute Gefahr, von einem neuen eurochauvinistischen Konsens überrollt zu werden, der in dem BRD- Zugang zu "westeuropäischen" Atomwaffen nichts Anstößiges mehr zu sehen vermag, sondern im Gegenteil ein Stück mehr Unabhängigkeit von den USA sogar begrüßt. Dies zuzulassen bedeutet eine Katastrophe für die Anti- AKW Bewegung (sowie die BRD-Linke) in Kauf zu nehmen. Frankreich zeigt, daß massenhafter Anti- AKW- Widerstand und eine fortschrittliche Politik nicht möglich sind, wo der Konsens über die Legitimität eigener Atomwaffen dominiert. Die Zustimmung zu einer "Westeuropäischen Atomstreitmacht" wäre aber nur eine Übergangsform zur Akzeptanz deutscher Atomwaffen.

4. In den Anti- AKW- Kämpfen seit 1976 wurden die Hinweise auf die militärische Dimension des BRD Atomprogramms weitgehend ignoriert. Es dominierte ein ökologischer Ansatz, der den Bau der AKW 's in erster Linie mit der zerstörerischen Eigendynamik der Produktivkraftentwicklung in den Industriegesellschafte glaubte erklären zu können.
Im Mai 1983 veranstalteten der BBU und die Arbeitsgemeinschaft der ökologischen Forschungsinstitute (AGÖF) erstmals und mit internationaler Beteiligung ein Brüter-Hearing unter dem Motto:"Zivile Atombombenproduktion", Ende '83 wurde mit dem "Offenen Brief" der Atommüllkonferenz an die Friedensbewegung ("Nein zu Atomraketen – ja zur Plutoniumwirtschaft?") erstmals die "zivilitärische" Dimension der Atomenergie zu einem Schwerpunkt von Anti-AKW-Aktivitäten. 1984 wurde daraufhin die Ablehnung der "zivilen" Plutoniumindustrie in den Minimalkonsens der Friedensbewegung aufgenommen. 1985 ging in Bonn ohne allzu große öffentliche Resonanz die von einem Bündnis der Anti- AKW- und Friedensbewegung veranstaltete Konferenz "Atombomben – made in Germany" über die Bühne. Seitdem wurde die militärische Option zunehmend auch auf den Kundgebungen gegen die WAA WAckersdorf oder die Hanauer Atombetriebe berücksichtigt.
Anders als in der Frage der Raketenstationierung oder in der Frage der AKW- Kritik ist es jedoch trotz vielfältigster Anstrengungen nicht gelungen, dieses Thema aus der Defensive zu holen und zu einem Gegenstand breiter öffentlicher Erörterungen zu machen. Nach wie vor stößt die Standartlüge der Bundesregierung, wonach es ein Interesse an eigenen Atomwaffen weder gab noch gibt, auf massenhafte Zustimmung. Dies zeigte sich besonders drastisch im Zuge der jüngsten Auseinandersetzungen um die Hanauer Atombetriebe. Als buchstäblich einziger kam im Januar 1988 Robert Jungk auf die Idee zu fragen, ob nicht die bundesdeutschen nuklearen Begehrlichkeiten sehr viel bedeutsamer sein könnten, als eine mögliche Verschiffung von zwei Fässern nach Pakistan.

5. Im Zusammenhang mit dem Pershing IA- Gezappel der Bundesregierung brachte Thomas Ebermann für die Grünen im September 1987 folgenden Antrag in den Bundestag ein:
"Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag den Entwurf einer Grundgesetzänderung vorzulegen mit dem Ziel, den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf Herstellung und Besitz von Atomwaffen sowie Verfügungsgewalt über Atomwaffen in den Verfassungsrang zu heben."
Das besondere an dieser Initiative ist ihre Schlichtheit:Sie will "nur" die unzähligen verbalen Beteuerungen aller Parteien festschreiben. Die erbitterten Reaktionen der Atomparteien zeigen, welch empfindlicher Nerv damit getroffen wurde. Denn ein vernünftiges Argument gegen diesen Antrag gibt es eigentlich nicht – es sei denn, man will die deutsche Bombe. Der dienstälteste Außenminister der Welt beantwortete im Bundestag die knappen Erläuterungen Ebermanns mit einer Schimpfwortkanonade erster Güte. Er beschuldigte ihn der böswilligen Unterstellung, des Säens von Mißtrauen und der politischen Umweltverschmutzung, um gleichzeitig zu beteuern:"...wir sind keine Atommacht, wir wollen es auch nicht sein."
Aussagen dieser Art verlieren jedoch desto mehr an Glaubwürdigkeit, je eindeutiger der grundgesetzliche Atomwaffenver-

zicht abgelehnt wird. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Ablehnung damit begründet wird, daß dieser Atomwaffenverzicht "für die deutsch- französische Zusammenarbeit ein völlig falsches Signal" darstelle, wie der CDU- Bundestagsabgeordnete Lamers in einem TAZ- Interview am 10.11. 87 freimütig einräumte. Mit anderen Worten: Je deutlicher und unüberhörbarer die Atomverzichtsforderung im Raum steht, um so drastischer kann die Ablehnung diese Anliegens all diejenigen von einer Illusion befreien, die die Seriosität des BRD- Atomwaffenverzichts bisher nicht in Frage gestellt haben.
Damit bietet die Kampagne "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" die Chance für eine unübersehbare politische Offensive gegen die BRD Atommachtambitionen und die militärische Seite des BRD - Atomprogramms.
Unangenehme interne Debatten über den grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht hat insbesondere die SPD zu befürchten: Konnte aus der Pershing II- Kontroverse noch jede Menge nationalistischer bzw. eurochauvinistischer Saft gepreßt werden, so geht die Forderung, freiwillig, vollständig und dauerhaft auf das Attribut einer Großmacht zu verzichten, auf die Substanz sozialdemokratischen Politikverständnisses. Dieses kleine Stück Anti- Imperialismus widerspricht fundamental der nuklearen Staatsräson und dem "weitgehenden nationalen Konsens über bestimmte, nuklearindustrielle Ziele, zu denen sich Regierungsparteien und Opposition, Gewerkschafter, Gelehrte , Techniker, Industrielle und Bankenvorstände in seltener Eintracht bekennen." (FAZ v. 28.6.77) Andererseits dürfte diese Atomverzichtskampagne für die SPD- Linke die letzte Chance bieten, dem wachsenden innerparteilichen und innenpolitischen Konsens über die nukleare Stärkung der westeuropäischen NATO- Säule überhaupt noch etwas entgegenzusetzen.

6. In der Anti- AKW- Bewegung hat man den Vorschlag einer Kampagne unter dem Motto "Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" bisher eher reserviert bis ablehnend zur Kenntnis genommen. Diese Reserviertheit ist gut zu verstehen, wenn die Kampagne in erster Linie als juristisches Ding, also unter dem Blickwinkel einer Grundgesetzverbesserung interpretiert wird.
Abstrakt betrachtet wäre das verfassungsmäßige Verbot einer Beteiligung an Atomwaffen und Atomwaffenprogrammen zwar gewiß kein Nachteil: Ein derartiger Bundestagsbeschluß würde die Drohung mit der nuklearen Option unglaubwürdig und die Kooperation mit Frankreich extrem angreifbar machen. Ferner würde damit die Vorbereitung der Bundeswehr auf den Atomkrieg (nach Freigabe der Atomwaffen durch den US-Präsidenten) für verfassungswidrig erklärt. **Konkret** wird es aber gerade wegen dieser materiellen Auswirkungen eine derartige Grundgesetzänderung nicht geben, solange es einen BRD-Imperialismus gibt.

Dennoch leuchtet ein, daß der Kampf um eine derartige Grundgesetzänderung in erster Linie im Bereich der Friedensbewegung angesiedelt sein wird: Das Atomenergieprogramm wird durch keine wie immer geartete Änderung der Rahmenbedingungen akzeptabler.
Anders sieht es aus, wenn die Grundgesetzforderung in erster Linie als ein politischer Hebel genutzt wird, um die real vorhandenen Atommacht-Ambitionen der herrschenden Kreise bloßzustellen. **Unter diesem Vorzeichen** wäre eine Zurückhaltung oder Abstinenz der Anti-AKW-Bewegung völlig unangebracht. Denn die Ablehnung der Grundgesetz-Ergänzung kann nur als Bestätigung dessen interpretiert werden, was speziell die Anti-AKW-Bewegung seit Jahr und Tag behauptet: Daß hinter dem Atomprogramm der BRD (wie auch den Atomprogrammen der USA, Frankreichs, Englands und der Sowjetunion) militärische Interessen stehen. Daß kein AKW-Ausstieg denkbar ist, solange die NATO existiert. Daß die Anti-AKW-Bewegung als Massenbewegung sich politisieren und tatsächlich auf die Weichteile des Imperialismus zielen muß, wenn sie erfolgreich sein will. Kein formaler Vorwand darf uns daran hindern, in diesem Sinne ein Maximum an politischem Bewußtsein zu verankern. Ein derartiger Vorwand könnte der Hinweis auf die Initiatoren-Rolle der GRÜNEN (in Wirklichkeit waren es gar nicht „DIE GRÜNEN") bei der Kampagne„Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" sein. Solange die Grünen mit dieser Initiative die BRD-Atommachtambitionen, die Achse Bonn-Paris und die Lüge von der friedlichen Nutzung der Atomenergie aufs Korn nehmen, wird mensch kaum dagegen sein können. Die Gefahr bei den GRÜNEN liegt vielmehr darin, daß sie sich über kurz oder lang der ablehnenden Haltung der SPD beugen, anstatt ihr Anliegen offensiv zu vertreten. Daß Mißtrauen, daß die GRÜNEN zweifelsohne verdienen, wäre also komplett fehlgeleitet, wenn es sich nicht auf derartige Rückzieher sondern auf die Initiative selbst beziehen würde.
Ernster zu nehmen ist die Warnung, die Kampagne sei zu parlamentsfixiert und insofern fehlorientierend. Hierbei sind zwei Dinge zu unterscheiden. **Zum einen ist es gerade das Element der parlamentarischen Abstimmung, diese auf jeden Abgeordneten unvermeindlich zukommende Nagelprobe, die eine politische Offensive gegen die A-Waffenambitionen überhaupt erst möglich macht.** An verbalen Friedensbeteuerungen läßt sich bekanntlich ein deutscher Abgeordneter von niemanden übertreffen. Spannend wird es erst, wenn auf Podiumsdiskussionen etwa ein Sozialdemokrat zu erklären hat, wie er sich in dieser Frage **praktisch** zu verhalten gedenkt.
Anders als etwa bei den Atomtransporten

war es uns im Bereich der „zivilitärischen" Atomenergie bisher nicht gelungen, einen Kampagnenansatz zu entwickeln, der über die reine Infoarbeit hinausgeht. Die Tatsache hingegen, daß absehbar im Herbst 1989 eine entsprechende Abstimmung im Bundestag anstehen wird, macht es möglich, in dieser Frage längerfristig eine politische Offensive aufzubauen.
Auf der anderen Seite muß innerhalb dieser Kampagne jede Beschränkung des außerparlamentarischen Handlungsrahmens (etwa im Sinne einer Rücksichtnahme auf das Stimmverhalten des Abgeordneten x und y) abgelehnt werden. Ähnlich wie bei den Atomtransporten müssen auch in dieser Frage in erster Linie die außerparlamentarischen Aktivitäten dazu beitragen, ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das den Parlamentariern eine Ablehnung nur für den Preis erheblicher Legitimationsverluste möglich erscheinen läßt. Keiner wird bestreiten wollen, daß hierzu auch innerhalb der Kampagen Auseinandersetzungen möglich und nötig sind. Aber kann dies ein Grund sein, die Sache rechts liegen zu lassen?

Wir befinden uns in einem Wettlauf mit der Zeit. *„Nie zuvor in der fast vierzigjährigen Geschichte der NATO haben sich so entscheidende Fragen gestellt wie derzeit"* befand mit Anspielung auf die mögliche Notwendigkeit einer westeuropäischen Atomstreitmacht ein FAZ-Kommentator am 28.4.88. Je mehr in dieser Frage **heimliche** Fakten geschaffen werden, desto hilfloser und weniger vorbereitet werden wir in einigen Jahren dastehen, falls plötzlich etwa Frankreich die BRD auffordern sollte, sich nicht länger der atomaren Verantwortung zu entziehen. Es kann nicht darum gehen, in der Frage, w i e die Anti-AKW-Bewegung hier eingreifen könnte, vereinheitlichte Entscheidungen herbeiführen zu wollen. Eine Reihe von Gruppen wird etwa eine Politik der Aktionseinheit in diesem Punkt nicht fürchten sondern als Stärkung des eigenen Anliegens begrüßen und vielleicht sogar selbst Aktionsbündnisse initiieren. Für diese Gruppen könnte,etwa im Rahmen der Atommüllkonferenz, auch ein Austausch ihrer spezifischen Erfahrungen von Nutzen sein. Andere werden nur unter ganz bestimmten Bedingungen Aktionseinheiten eingehen wollen oder eine derartige Bündnispolitik ganz ablehnen.
Entscheidender ist, zu erkennen, daß die andere Seite in der Frage der militärischen Einbindung der Atomenergie heute qualitative Sprünge vollzieht. Frankreich zeigt, was auch bei uns passieren kann. Es liegt nicht zuletzt in der Verantwortung der Anti-AKW-Bewegung, ob mit einer politischen Offensive gegen die BRD-Atommachtambitionen zumindest der Versuch gemacht wird, auf die neuen Entwicklungen adäquat zu reagieren.

M./atom-Red.

Atomwaffenverzicht — Kampagne

Am 23. 4.1988 wurde in Bonn auf Einladung diverser Organisationen und Einzelpersonen (vor allem aus dem Bereich der Friedensbewegung) ein erstes Beratungstreffen für eine Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz"durchgeführt. Erarbeitet und verabschiedet wurde insbesondere der „Aufruf gegen die Selbstberuhigung", der aus den BRD-Atommachtambitionen und den Schwächen des Atomwaffensperrvertrags die Notwendigkeit einer Kampagen für den grundgesetzlichen Atomwaffenverzicht ableitet. Dieser Aufruf soll dezentral von Gruppen und Einzelpersonen unterzeichnet und zum Gegenstand von Auseinandersetzungen gemacht werden. Zum Anti-Kriegstag (1.9.88) ist eine Veröffentlichung als Zeitungsanzeige vorgesehen. Desweiteren wird für November 88 eine internationale Arbeitskonferenz der Atomwaffenverzicht-Kampagne vorbereitet. Über den Charakter dieser Konferenz, die diesbezügliche Aktionsschwerpunkte für 1989 festlegen soll, wird ein zweites, selbstverständlich öffentliches Beratungstreffen am 26.6.88 in Bonn entscheiden. Die lesenswerte Broschüre „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz" ist ebenso wie weiteres Material über die Kampagne erhältlich über H.Peters, c/o Die Grünen, Colmantstr. 36, 5300 Bonn1. Die Broschüre hat 48 Seiten, kostet 3 DM und enthält die aktuellsten Informationen über den Stand der deutsch-französischen Atomachse, die BRD-Atomambitionen sowie eine Zusammenstellung aller bisheriger Stellungnahmen zur Forderung und Kampagne „Atomwaffenverzicht ins GG".

(1) vgl. Tolmein/zum Winkel, Nix gerafft, Konkret Verlag 1987, S. 125
(2) ein guter Überblick findet sich in der Broschüre „Atomwaffenverzicht ins GG" der Partei Die Grünen
(3) vgl. „Auf leisen Sohlen zur Bombe", in: U. Schelb,Hrsg., Reaktoren und Raketen, Köln 87, S. 176 ff
(4)vgl. D.z.Winkel, Phönix in der Asche, in: „Blätter...", 3/88

Dieser Artikel soll Auftakt einer losen Folge von Beiträgen sein, mit denen wir in den nächsten Nummern versuchen wollen, die Politik ausgewiesener bzw. potentieller Atommächte zu umreißen.

Israels offenes Geheimnis

Die Bombe im Keller

"Es sollte nicht länger daran gezweifelt werden, daß Israel eine gut ausgerüstete Atommacht ist, und dies zumindest auch im letzten Jahrzehnt war. Das israelische Atomprogramm ist wahrscheinlich fortgeschrittener als alle diesbezüglichen Berichte vermuten, die ich kenn", mit diesen Worten kommentierte der britische Atomwaffenspezialist Theodor Taylor Fotos, die der israelische Atomtechniker Vanunu im Dimona-Atomzentrum geschossen hatte. (1)
Die 'Sunday Times' vermutet, daß Israels Atomwaffenarsenal größer ist, als diejenigen Südafrikas oder Indiens, die der Produktion von Atombomen ebenfalls verdächtigt werden, womit Israel an sechster Stelle hinter den offiziellen Atommächten stünde. (2)
Es bleibt das Wissen um die Existenz eines israelischen Atompools. Da das israelische Atomprogramm hierzulande weitgehend unbekannt ist, versucht dieser Artikel etwas ausführlicher Licht auf das Dunkel der israelischen Nuklearpolitik zu werfen.

Die Anfänge der israelischen Atompolitik

Die Geschichte der nuklearen Absichten Israels ist so alt wie die des Staates: schon 1948, zu einem Zeitpunkt, wo von der "friedlichen" Nutzung der Atomenergie gewiß noch keine Rede sein konnte, wurde der Abteilung 'für Forschung und Planung' des Verteidigungsministeriums eine wissenschaftliche Gruppe angegliedert, deren Zweck im Ausloten der (künftigen) Nuklearpolitik bestand. (3) Diese Gruppe arbeitete bis zum Frühsommer 1952, bis zur Gründung der Atomkommission. Zunächst schien es, als würde die Realisierung der atomaren Pläne nun der Atomkommission obliegen, tatsächlich wurde aber an der Kommission vorbeigeplant, unter Ausschuß der Öffentlichkeit, auch der des Parlaments und der Atomkommission (s.u.).
Insbesondere das Dimona-Projekt entstand abseits der Öffentlichkeit, aber mit erheblicher französischer Unterstützung.
Israels erste Kooperationsabkommen datieren aus dem Jahre 1953. Die USA, die soeben die erste Fassung ihres 'Atoms for Peace' — Programm aufgelegt hatten, sicherten Israel finanzielle Unterstützung zu und halfen bei der Errichtung der Kleinstreaktoren bei Rishon Lezion und Nahal Suriq. Der LWR Nahal Suriq wird mit bis zu 90 % angereichertem Uran betrieben. Im Forschungsreaktor Rishon Lezion werden seit 1957 israelische Techniker und Wissenschaftler ausgebildet. (4)
Aufgrund des Kooperationsabkommens mit den USA wurden schon in den 50er Jahren israelische Atomtechniker und -wissenschaftler im Forschungskomplex Oak Ridge (USA) geschult; interessanterweise eine Anlage, die schon während des Zweiten Weltkrieges gebaut wurde und die Realisierung des 'Manhatten-Projekts', der militärischen Atomforschung der USA und Großbritanniens, vorantrieb. (5)
Ebenfalls aus dem Jahr 1953 stammt ein erstes Zusammenarbeitsabkommen mit Frankreich, das der Uran- und Schwerwasserproduktion dienen sollte, später (1957) aber wesentlich ausgebaut wurde.
Der Suez-Konflikt 1956, unter anderem durch einen Waffengang Israels gegen Ägypten entstanden, sollte das Eingreifen Großbritanniens und Frankreichs zur "Sicherung" des soeben verstaatlichenten Kanals provozieren. (6) Der gemeinsame israelisch-britisch-französische Deal gegen Ägypten war offenbar mit einem Nukleargeschäft gekoppelt: in den Folgejahren wurde der Dimona-Reaktor, die dortige WAA und eine Reihe anderer Anlagen mit außerordentlicher Hilfe Frankreichs aufgebaut.
Neben der Lieferung des Natururan-Schwerwasser-Reaktors und Blaupausen für die WAA soll die französich-israelische Kooperation Hilfe bei der Entwicklung einer nuklearwaffenfähigen Boden-Boden-Rakete sowie eine Vereinbarung über die Anwesenheit israelischer Fachleute bei der Zündung der ersten frz. Atombombe umfaßt haben. Beides ist aber "ungesichert". (7)

Die 60er Jahre

Das "Schlüsseljahr" 1960 begann turbulent: Im Jahr der ersten französichen Atomexplosion entdeckte ein us-amerikanischer Spionageflugzeug den in Bau befindlichen Dimona-Reaktor, der bis dato der Öffentlichkeit vorenthalten wurde.
"Massiver US-Druck gegen die beiden Geschäftsfreunde (Israel und Frankreich) bewirkte immerhin, daß David Ben-Gurion am 21.12.1960 vor dem israelischen Parlament eine Weihnachtsüberraschung ausbreiten mußte: Dimona existiere, das Nuklearprogramm sei allerdings nur für friedliche Zwecke gedacht, ließ er wissen. Zuvor machte auch Staatspräsident de Gaulle weitere Uranlieferungen von der Veröffentlichung der israelischen Nuklearpläne abhängig. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis in de Gaulles Memoiren, wo er

das Jahr 1960 als Schlußpunkt einer französisch-israelischen Kooperation im Bereich der Wiederaufarbeitung bezeichnete". (8)

Aber die Dimona-WAA war Anfang der 60er Jahre noch weit von ihrer Inbetriebnahme entfernt. Um dennoch getreu dem Motto Ben-Gurions (*"Unsere Aufgabe ist es, so schnell wie möglich eine solche Waffe zu entwickeln, die bei niemandem auch nur den geringsten Zweifel daran aufkommen läßt, daß wir einen vernichtenden Präventivschlag führen können"*) (9) verfahren zu können, organisierte der Geheimdienst Mossad in den Jahren 1962 bis 1965 große Mengen hochangereicherten Urans. Über den Direktor des NUMEC (Nuclear Materials and Equepment Corp.; Hersteller von Brennelementen für U-Boot-Reaktoren der USA) verschaffte der Mossad bis zu 352 kg des Spaltstoffs nach Israel; eine ausreichende Menge um zig Atombomben zu bauen. Das FBI leitete später gegen den Direktor Zalman Shapiro, dem gute Kontakte zu Tel Avivs Militärkreisen nachgesagt wurden, eine Ermittlung ein, die aber wegen *"Fehlens des Tatbestandes eines Verbrechens"* eingestellt wurde. (10)
Einige Jahre später geriet die Hanauer Asmara-Chemie in die Schlagzeilen. Auf ihren Auftrag hin lief der Frachter Scheersberg im Nobember 1968 mit 200 t Natururan beladen in Richtung Genua aus, wo das Material der italienischen SAICA übergeben werden sollte. Dort ist das Material aber nie angekommen; es gilt als sicher, daß der Mossad das Schiff auf offener See kaperte und seine Ladung nach Israel umdirigierte. Die Mannschaft des Frachters blieb verschollen. Gestützt wird diese Vermutung durch die Aussage eines ehemaligen Mossad-Agenten, der in Norwegen einen palästinensischen Widerstandskämpfer umbringen sollte, bei den Vorbereitungen dazu aber von der Polizei enttarnt und verhaftet wurde. Am 9. Mai 1977 gab der norwegische Generalstaatsanwalt H. Viker bekannt, daß Dan Aerbel (der besagte Agent), *"unmittelbar an der Verschiffung von 200 t Uran nach Israel beteiligt war"*.
Für diese These des Mossad-Coups spricht desweiteren, daß Israel nach dem Sechs-Tage-Krieg einem zeitweiligen Lieferungsstopp für Uran ausgesetzt war, selbiges aber zum Betreiben des Dimona-Reaktors benötigte. (11)

Das israelische Atomzentrum Dimona
Foto Käpt'n Nuß

Die Theorie der 'Bombe im Keller'

Anläßlich des Sechs-Tage-Krieges entwickelte Moshe Dayan, damals General, später Verteidigungsminister, die Strategie der Bombe im Keller. Diese Bombe deren Existenz lange Zeit nicht eindeutig gesichert war, über die aber spekuliert wurde und über die spekuliert werden sollte, wurde zur 'Bombe im Keller'.
Eines der obersten Prinzipien israelischer Militärdoktrin ist die Aufrechterhaltung der Überlegenheit über die arabischen Staaten. Dem dient auch die Politik mit der "Kellerbombe": die Unklarheit über die Existenz israelischer Atomwaffen soll politisch ausgenutzt werden. Einerseits bezweckt diese Politik, arabische Staaten von einer existenzgefährdenden Aktion gegen Israel abzuschrecken. *"Dabei wird allerdings bewußt offengelassen, ab welchem Punkt einer militärischen Auseinandersetzung Israel seine Existenz als bedroh definiert."* (12)
Andererseits läßt sich die 'Kellerbombe' auch gegenüber NATO und USA instrumentalisieren: *"Da die USA nicht daran interessiert sein können, durch einen israelischen Atomwaffeneinsatz in eine Auseinadersetzung von eventuell atomarer Qualität mit der UdSSR hineingezogen zu werden, müssen sie darauf erpicht sein, Israel konventionell so stark zu machen und konventionelle Beistandsgarantien so großen Umgangs auszusprechen, daß sich die israelische Führung zum Überschreiten der 'nuklearen Schwelle' nicht genötigt sieht."* (13)
Der Untermalung dieser Politik dienen die vielen Hinweise israelischer Politiker auf die nuklearen Qulitäten ihres Landes. Seit dem Sechs-Tage-Krieg hieß es immer wieder, Israel habe nun das Potential, Atomwaffen zu produzieren. Tatsächlich spricht jedoch einiges dafür, daß Israel nicht nur das Potential hatte, Atomwaffen zu realisieren, sondern dies bereits praktisch anwendete und spätestens seit den frühen 70er Jahren Atomwaffen anhäufte. (14)

Die 70er Jahre

Der Yom-Kippur-Krieg von 1973 war mit einer Überraschenden Offensive Ägyptens eingeleitet worden und führte dazu, daß Israel am 8. Oktober 1973 kurz von einer militärischen Niederlage stand. Nach einer Lageerörterung der Regierung in Tel Aviv entschloß man sich, unverzüglich den Einsatz von Atombomben vorzubereiten. Phantom F-4 Kampfflugzeuge, die von den USA seit den späten 60ern erworben wurden, bestückte man mit mindestens 13 Atombomben. Einerseits warteten die Piloten stundenlag auf eine Weisung loszuschlagen; dazu kam es jedoch nicht mehr, da sich die militärische Lage zu Israels Gunsten zu wenden begann. (15)

Möglicherweise durch die Erfahrung des Yom-Kippur-Krieges bedingt, wurden die sensitiven Teile des israelischen Nuklearprogramms in den 70ern beschleunigt ausgebaut. Der in Dimona zunächst mit einer Kapazität von 24/25 MW angelaufene Natururan-Schwerwasser-Reaktor, geeignet zur Produktion von waffengrädigem Plutomium, wurde auf 75 bis 100 MW ausgebaut. Die 1969 in Betrieb gegangene WAA konnto so bis zu 40 kg des begehrten Spaltstoffs separieren. Jährlich vielen damit allein Plutoniummengen für 5 bis 8 Sprengsätze an.
Parallel zur Ausweitung der Spaltstoffproduktion wurden Anstrengungen zur Entwicklung einer atomar bestückbaren Rakete unternommen. Israel arbeitete seit damals kontinuierlich an der Realisierung eines solchen Projektes und ist im vergangener Jahr an den Endpunkt einer Enwicklung angelangt: Ergebnis ist die Atomrakete mit dem wenig originellen Namen Jericho. (16)

Israelisch-südafrikanische Kooperation

In den 70er Jahren ausgebaut wurde auch die Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Apartheidstaat. Eine ausgedehnte Kooperation auf konventionellem Gebiet besteht ohnehin: Südafrika ist der Hauptabnehmer israelischer Rüstungsgüter. Etwa ein Drittel aller Kriegsschiffexporte Israels gingen in den 70ern nach Südafrika. Das Land erhält bis heute Radar-und Überwachungsanlagen, Kampfflugzeuge, Raketen, Hubschrauber und diverse andere Rüstungsgüter.
Auf diesem Gebiet der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern ist bis heute bekannt geworden, daß
— südafrikanische Wissenschaftler im Dimona-Zentrum beschäftigt waren und sind;
— Südafrika Israel mit Uran beliefert(e), Exporte, die sich bis in das Jahr 1969 zurückverfolgen lassen;
— der 1977 in Südafrika vorbereitete Atomtest unter Teilnahme israelischer Atomexperten durchgeführt werden sollte. Es wurde sogar vermutet, hier würde ein gemeinsamer Atomtest vorbereitet. Nicht bekannt ist dagegen, ob israelische Atomtechniker an dem 1979 im Südpazifik durchgeführten Test Südafrikas beteiligt waren. (17)

Moshe Dajan, der geistige Vater der "Bombe im Keller".

Angeblich soll Israel am Bau der beiden südafrikanischen Reaktoren Safari I und II beteiligt gewesen sein. Nach der gleichen Quelle soll der als "Sowjetspion" enttarnte ehemalige Oberkommandierende der Marinebasis Simonstown, Oberst Gerhard, bis zu seiner Festnahme Material über die israelisch-südafrikanischene Nuklearkooperation gesammelt haben, das belege, daß Israel an der Durchführung der 79er Explosion beteiligt war. (18)

Israels militärische Nuklearkapazitäten

Daß Israel über Atomwaffen verfügt, war schon vor der Veröffentlichung der Fotos und Berichte Vanunus bekannt. Schon 1964 hatte der CIA-Chef Helms seinen Präsidenten wissen lassen, daß israelische Kampfflugzeuge 'loft and toss' — Übungen probten, die typischerweise beim Abwurf von Atombomben geflogen werden. Mehrere wissenschaftliche Einrichtungen haben Berichte vorgelegt, wonach Israel über Atomwaffen verfüge. Das Georgetown Iniversity Institut of Strategic Studies vermutete Israel im Besitz von 50 bis 100 Atomwaffen. Die 'Jerusalem Post' brachte einen Bericht über diese Untersuchung: ihrzufolge habe Israel sowohl angereichertes Uran erworben, als auch den Plutonium-Output der Dimona WAA verdreifacht. (19)
Der israelische Wissenschaftler Amos Perlmutter hatte schon 1982 in seinem Buch "Two Minutes over Baghdad" das israelische Atompool auf 200 Sprengköpfe geschätzt. Die 'Sunday Times' schätzt unter Bezugnahme auf verschiedene Wissenschaftler, daß das Nuklearprogramm auf 100 bis 200 Bomben bis zum Jahrhundertende projektiert sei. (20)
Wie immer die konkrete Zahl bestimmt wird: Israel besitzt ein größeres Arsenal atomarer Waffen. Und Israel besitzt modernste Trägerwaffen: nach einem Bericht des Schweitzer Fachjournal 'International Defense Review' soll im Mai 1987 *"eine zur Bestückung mit Atomsprengköpfen geeignete Rakete vom Typ Jericho über eine Strecke von 820 Kilometer geflogen (sein). In den USA werde dieser Test deshalb als wichtig empfunden, weil er bedeute, daß Israel jetzt oder sehr bald in der Lage sein werde, alle wichtigen arabischen Hauptstädte mit Raketen zu erreichen. In Kürze würden Tests über eine Distanz von 1450 Kilometern folgen."* (21)
Bestätigt wird dieser Bericht durch eine Meldung der Nachrichtenagentur Reuter aus Tel Aviv: die UdSSR habe mit politischen und militärischen Schritten gedroht, für den Fall, daß Israel seine Jericho-Raketen mit Atomsprengköpfen bestücke. Inzwischen hat die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti gemeldet, ein Test über die 1400 — km — Distanz sei von der Jericho-Rakete erfolgreich absolviert worden. (22)
Atomwaffen und Trägersysteme reichen aber offenbar nicht aus; auch zum Bau von Wasserstoffbomben gibt es Hinweise: Vanunu hat gegenüber der 'Sunday Times' erklärt, in Dimona würden u.a. Lithium und Tritium hergestellt, Grundstoffe für die Konstruktion von Wasserstoffbomben. Hinweise auf eine Neutronenbombenproduktion wurden von der FAZ ausgemacht: ein Artikel der israelischen Zeitung 'Haaretz' über eigene Neutronenbomben wurde zensiert, obgleich die israelische Militärzensur sonst mit der Berichterstattung über israelische Atomwaffen eher liebäugelt, paßt sie doch ins Konzept der Politik mit der Bombe im Kelle. (23)

"Der Tel Aviver Atomwissenschaftler Prof. Neemann, langjähriger Berater der Regierung, hat angesichts der Jericho-Debatte im israelischen Armee-Rundfunk gesagt, diese 'Politik der Vagheit' müsse auch weiterhin durchgehalten werden. Er warnte Israel davor, in der Öffentlichkeit als Atommacht aufzutreten", denn dies würde arabischen Ländern den Zugang zu Atomwaffen erleichtern. (24)
Doch Israels "Geheimnis" dürfte nach den Vanunu-Enthüllungen endgültig der Vergangenheit angehört haben: die Vanunu-Berichte haben einmal mehr bestätigt, was längst vermutet wurde.

Anmerkungen zu "Israels offenes Geheimnis"

(1) The Sunday Times, 5.10.1986 (London).
(2) Vgl. ebd.
(3) Vgl. Hassan Nasser, Israel: Atomwaffenarsenal der Nato. Von Dimona zu SDI, in Alkaramah Nr. 6/1987 (Marburg).
(4) Vgl. ebd. und Alexander Speermann, Die Bombe im Keller, in: blätter des IZ3W, Nr. 139, Febr. 1987 (Freiburg).
(5) Wie Anm. 4. Zu den Oak Ridge National Laboratories siehe bspw. Joachim Radkau, Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft, Reinbek 1983, S. 222.
(6) Vgl. FAZ vom 28.3.88:"18 Jahre Gefängnis für Vanunu"; außerdem: Fred. j. Khouri, The Arat - Israeli Dilemma, New York 1968. Nach der Verstaatlichung des Suez-Kanals durch die Nasser-Regierung griff Israel Ägypten an, um Vorwände für ein britisch-französisches Eingreifen zu liefern. Diese suchten dann tatsächlich den Kanal zu 'sichern', obgleich die ägyptische Regierung freie Schiffahrt zugesichert hatte und die (vorw. brit. und frz.) Aktionäre der Kanalgesellschaft entschädigte. Aufgrund des Drucks sowohl der USA wie der UdSSR zogen sich die trinationelen Verbände zurück, der Kanal blieb nationalisiert. Zum Nukleardeal siehe auch Speermann, a.a.O.
(7) Vgl. Speermann, a.a.O.
(8) Speermann, a.a.O. Siehe auch I. Timofejew, Israel: Offenes Geheimnis, in: Neue Zeit, Nr. 52/1986 (Moskau).
(9) Zit. n. Timofejew, a.a.O.
(10) Siehe ebd., sowie Speermann, a.a.O.
(11) Vgl. Speermann, a.a.O.
(12) Elten Olms, Dietrich Schulz-Marmeling, Militärmacht Israel, in: AIB, Oktober 1987 (Marburg).
(13) Ebd.
(14) Vgl. Speermann, a.a.O.
(15) Vgl. ebd. sowie Mediatur, Nr. 4/1987:"Der palästinensisch-israelische Konflikt".
(16) Siehe Speermann, a.a.O.; Timofejew, a.a.O. sowie Georg H. Quester, Nuclear Weapons and Israel, in: Middle East Journal, Winter 1983, S. 547 ff.
(17) Vgl. Olms/Schulze Marmeling, a.a.O.; Speermann, a.a.O.; Timofejew, a.a.O.
(18) Vgl. Nasser, a.a.O..Daß israelische Techniker am Safari I - Projekt beteiligt waren, ist nahezu auszuschliessen; Safari I wurde von den USA errichtet und ist zudem ein Leichtwasserreaktor, doch auf diesem Gebiet verfügen israelische Techniker nicht über eigenes und nicht über ausreichendes Know-how. Safari II dagegen ist ein Natururan-Schwerwasser-Reaktor, angeblich eigenes südafrikanisches Design: hier ist eine Kooperation zwischen Israel und Südafrika gut vorstellbar — leider fehlen bei Nasser die Belegstellen. Auch für die Version des "Sowjetspions" Gerhard bleibt Nasser ohne Quellenangaben, leider.
(19) Jerusalem Post vom 5.12.1984:"University in US. claims Israel has 50 - 100 A-bombs." Siehe auch Speermann, a.a.O. und Timofejew, a.a.O.
(20) The Sundy Times, 5.10.1986.
(21) Zit. n. SZ vom 23.7.1987.
(22) Vgl. FAZ vom 28.3.88.
(23) Siehe Spermann, a.a.O. und Timofejew, a.a.O. sowie FAZ vom 27.7.87:"Der Nahe Osten und die Mittelstreckenwaffen."
(24) FAZ v. 27.7.87.
Desweiteren wurden diverse Artikel aus FAZ, FR, SZ und TAZ benutzt.

Volker Brandusch

GroßforschunG

für das

AtomprogramM

Ein Bericht über das Hahn-Meitner Institut in Berlin

Im Mai 1971 erlebte Berlin seinen ersten GAU (größter anzunehmender Unfall). Der 50 kW-Forschungsreaktor BER I in Berlin-Wannsee konnte nicht mehr gekühlt werden. Durch den Ausfall des Katalysators kam es zu Störungen und Verstopfungen im Gaskreislauf, durch den der heiße Reaktorkern gekühlt wird. Knallgas konnte nicht mehr abgebaut werden und häufte sich in bedrohlichen Konzentrationen an. Ein ähnlicher Defekt hätte 1979 in Harrisburg fast zu einer Katastrophe - dem Super-GAU - geführt. Daß es beim HMI nicht dazu kam, ist wohl dem wesenmtlich kleinerem Kern zu verdanken, da er sich nicht so hoch erhitzt und dem Zufall, daß parallel nicht noch andere Defekte auftraten. Nachdem die Leistung auf 50 W gedrosselt worden ist, folgte 1972 die endgültige Stillegung.

Von der Siemenstochter Inter-Atom, die am HMI eigene Büros unterhält, wurde ein neuer Reaktor BER 2 (Schwimmbadreaktor mit 5 MW Leistung) installiert, der am 9.12.73 zum ersten mal kritsch wurde. Wegen ständiger Defekte im Wärmetauscher mußte der BER 2 1986 stillgelegt werden. Seitdem baut die Interatom an einem neuen Reaktor, der mit 10 MW die doppelte Leistung des alten bringen wird.

Damit besäße das HMI den modernsten Forschungsreaktor aller Großforschungszentren. Das entscheidende an dem Neubau ist die gleichzeitige Installation einer sog. Kalten Neutronenquelle. Diese besteht aus einem Stahlrohr in dem die Reaktorneutronen mit Wasserstoff, der auf -250 Grad C gekühlt ist,verlangsamt werden. Sie ist als ein Forschungsinstrument der 90iger Jahre gedacht und soll besonders zur Entwicklung von zukünftigen Reaktormaterialien eingesetzt werden. Gegen den Ausbau des BER 2 ist zur Zeit noch eine Klage anhängig, die wohl in der nächsten Zeit entschieden werden wird, denn das HMI drängt auf eine baldige Entscheidung, um den Reaktor fertigstellen zu können.

Das HMI ist eines der Großforschungseinrichtungen, 13 insgesamt, die unter der Regie des Forschungsministeriums betrieben werden. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Atomforschung. Nach Tschernobyl sahen die Betreiber sich genötigt, den Namen "Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung Berlin GmbH" in "Hahn-Meitner-Institut Berlin GmbH" umzuändern- eine Sprachkosmetik, die die Gefahren der Atomtechniken vergessen machen soll.

"Gewisse experimentelle Forschungsarbeiten sollten als zentrale staatliche Aufgaben anerkannt werden."

Daß ein deutscher Staat technische Forschung in eigener Regie betreibt, ist ein Vorgang, der vor genau 100 Jahren mit der Gründung der Physikalisch Technischen Reichsanstalt (1887) begann. Gewisse experimentelle Forschungsarbeiten sollten als zentrale staatlich Aufgaben anerkannt werden, regte der Industrielle Siemens in einem Brief die Reichsregierung an (1884).
Sie sollte Forschungen übernehmen, die von Dauer und Aufwand her von 'Privatpersonen' und 'Höheren Reichsanstalten' nicht beschafft werden können.Im Sitzungsprotokoll des Reichstages vom 8.1.1887 ist auch von wissenschaftlichen Arbeiten und Aufgaben die Rede, die für das industrielle und wirtschaftliche Leben der Deutschen Nation von so herausragender Bedeutung sei, daß eine Zustimmung zu dem Projekt notwendig machte. Herausgehoben wurde auch, daß es um die deutsche Industrie und die Stellung derselben auf dem Weltmarkt ginge.

Im gleichen Geiste wurde 1911 die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin ins Leben gerufen, der im Besonderen die Aufgabe zufiel, neue Institutstypen zu entwickeln und zu betreuen. Es sollte sichergestellt werden, daß Industrie und Gesellschaft einen verfügbaren und lenkbaren Forschungsapparat haben. Damals wurde damit begonnen aus Steuermitteln technologische Forschung zu betreiben, die sonst von der Industrie hätte finanziert werden müssen.

Daß es um die Industrie und die wirtschaftliche Entwicklung gehe, ist aber auch nur die halbe Wahrheit. Während der beiden Weltoberungskriege verschmolzen Staat und Industrie ihrer Bestimmung gemäß zu einer großen Militärmaschine, die überlegene Technologie forderte. Der enorme technologische Aufwand, mit dem beide Kriege geführt wurden, verdeutlichte prompt, welches Gewicht staatliche Forschungs- und Entwicklungspolitik für die Herrschaft in der Welt bekam.

Dabei spielte die Atombombe eine exponierte Rolle. Sie wurde in der ersten Großforschungsanlage der Welt in Los Alamos in den USA ent-

wickelt, die unter der Bezeichnung 'Manhattanprojekt' unter dem 'War Department Manhattandestrict' bekannt wurde (1).
Berlin ist für die Atomforschung ein historischer Ort. Ende 1938 entdeckten O. Hahn und Strassmann im Berliner Kaiser-Wilhelm-Institut die Uranspaltung. In Berlin Dahlem stand auch der erste Modellreaktor (1940), dessen Ausbau unter den Nationalsozialisten die höchste Dringlichkeitsstufe bekam (1942). Zu den Wissenschaftlern, die unter den Nationalsozialisten am Atombombenmbau arbeiteten, zählte auch Max v.d.Laue. Auch wenn er selbst kein Nazi war, gehörte er zu den führenden deutschen Wissenschaftlern. Er baute nach dem Krieg die Max-Planck-Gesellschaft mit auf und stand mit anderen für die Kontinuität der deutschen Atomforschung aus dem Faschismus. Mit 18 anderen Kernphysikern wies er zwar 1957 auf die Gefahren der Atomwaffen hin, bastelte aber gleichzeitig am bundesdeutschen Atomprogramm. Von ihm ging auch, sobald die Atomforschung in der BRD wieder offizziell erlaubt war (1955), die Initiative für ein neues Berliner Atomzentrum aus.
Nach dem Krieg war den Deutschen jede Atomforschung von den Alliierten verboten worden. 1955 wurde dann die friedliche Nutzung der Atomenergie erfunden und lediglich diese erlaubt. Man hatte aber nie aufgehört weiter zu forschen. 1946 bis 1955 war Heisenberg schon wieder Leiter des Max-Planck-Instituts in Göttingen. Von der Max-Planck-Gesellschaft wurden 1953 drei Fachkommissionen für einen bundeseigenen Forschungsreaktor gegründet, deren Aufgabe in der Beschaffung der nötigen Mittel lag. Das war nicht ganz einfach. In anderen Ländern war die Atomforschung grundsätzlich militärisch orientiert, aber die Atomreaktor- und Grundlagenforschung wurde dabei, wie z.B. in den USA gleich mitbetrieben. Da in der BRD die militärische Atomforschung verboten war - und immer noch ist - wurde hier der umgekehrte Weg eingeschlagen. Die Forschung wird seitdem 'zivil' betrieben und das Bundesministerium für Verteidigung knüpft mit Forschern und Instituten an gezielten Stellen eine *"mehr oder weniger langfristige Form der Zusammenarbeit"* (2) *"Aus allgemeinem militärischem Interesse an einer Steigerung des wissenschaftlichen Niveaus - von allen -anwendungen überdeckenden Grundlagengebieten her - stellen sich Aufgaben der Forschungsförderunf etwa bei Luft- und Raumfahrt. Festkörperphysik in Verbindung mit Werkstoffen und Halbleitern. Informationstheorie und Rechentechnik, Lasertechnik, Geophysik und Physik der oberen Atmosphäre..."* (Vgl., Forschungspalette des HMI.

Der Atomforschung wurde eine derart große Bedeutung beigemessen, daß extra ein Bundesministerium für Atomfragen eingerichtet wurde. Aus diesem eindimensional ausgerichteten Ministerium ist das spätere Bundesministerium für Forschung und Technologie hervorgegangen. Der erste Atomminister hieß F.J. Strauß. Mit ihm begann dann offiziell die praktische Erprobung auf allen Gebieten. Die ersten AKWs sollten 1970 fertiggestellt werden und dem sollte eine gigantische Forschungs- und Entwicklungstechnik vorausgehen, die vom Staat bezahlt und koordiniert, aber von der Großindustrie angewendet wird. (4)
Noch in den 50ger Jahren wurden fünf Großforschungsanlagen aufgebaut, die sich der nuklearen Forschung widmen: Kernforschungszentrum Karlsruhe, Kernforschungsanlage Jülich, Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau, Hahn-Meitner-Institut in Berlin und Deutsches Elektronen-Synchotron in Hamburg.

.....und stand mit anderen für die Kontinuität der deutschen Atomforschung aus dem Faschismus....

"Konkret wurde z.B. am Weltraumprogramm des Rüstungskonzerns Messerschmidt- Bölkow- Blohm mitgearbeitet."

Die Forschungsorganisation kann unterschiedlich gestaltet sein, während der Zugriff und die Synthese der verschiedenen Forschungsergebnisse immer zentral bleiben. Da gibt es einmal die Projektgroßforschung, bei der die Grundlagenforschung, die angewandte Forschung und die technische Entwicklung zu einem vorher festelegten Ziel führen sollen. Oder es gibt die Schwerpunktforschung, bei der es darum gehen soll, daß bestimmte Institute dafür gebraucht werden, bestimmte Themen unter verschiedenen betrachtungsweisen der einzelnen Fachsparten gemeinsam zu erarbeiten. In diese Schwerpunktprogramme wurden auch die Hochschulen mit einbezogen, um anwendungsorientierte Ergebnisse für die Industrie und das Militär zu liefern.

Seit 1969 wird am HMI für **strahlenresistente Elektronik und Elektrotechnik**geforscht. Elektrische Bauteile verändern ihr elektrisches Verhalten unter dem Einfluß von radioaktiver Strahlung. Dabei ist egal, ob es sich um die kosmische Strahlung aus dem Weltraum, die Strahlung in einem Reaktor oder die Strahlung, die bei der Explosion einer Atombombe frei wird, handelt. Überall treten Probleme bei elektrischen Steuerteilen, Sensoren, der Datenübermittlung u.ä. auf, weil Halbleiter ihre Leitfähigkeit verändern oder Isolatoren plötzlich anfangen zu Leitern zu werden. Dieser Effekt tritt auch bei der Militärelektronik auf. Beim HMI wird Elektronik strahlensicherer gemacht. Dazu werden Bauelemente auf ihre Stahlenbeständigkeit und besondere Halbleitermaterialien entwickelt, die ihre elektrischen Eigenschaften unter Strahlung nicht so stark verändern wie herkömmliche. Konkret wurde zum Beispiel am Weltraumprogramm des Rüstungskonzerns Messerschmidt-Bölkow-Blohm mitgearbeitet. MBB stellt neben Satelliten und Waffen auch die komplette zweite Stufe der europäischen Trägerrakete Ariane her. Dazu war gerade vor zwei Monaten im berliner Tagesspiegel zu lesen, das Arianespace zukünftig Aufträge für die NATO ausführen will.

Die Bundeswehr hat zur Strahlenresistenz auch eigene Forschungen an irgendeinem Ort betrieben (wie bei einer Sachverständigenanhörung im hessischen Landtag bekannt wurde, (Bericht 15.6.86) Von 1965 - 1975 wurde mit großflächigen sog. Tritiumtargets versucht herauszufinden, wie, so drückte man sich aus, Elektronik vor den schädlichen Einflüssen radioaktiver Strahlung geschützt werden könne. Die Tritiumtargets wurden damals von der NUKEM hergestellt. Das gerade Tritium für diese Versuche verwendet wurde, mag damit zusammenhängen, daß Tritium bei der Herstellung von Wasserstoff- und Neutronenbomben verwendet wird.

Von eben diesen Tritiumtargets aus der Produktion der NUKEM wurde Mitte der 60iger Jahre ebenfalls das HMI beliefert. Bekannt geworden ist inzwischen lediglich, daß das HMI versuchte, diese verdeckt wieder los zu werden. Nachdem sie für Versuche nicht mehr gebraucht werden sollten, wurden im Februar 1984 Tritiumtargets in drei Containern vom HMI in der Landessammelstelle für radioaktive Abfälle, die sich ebenfalls auf dem Gelände des HMI befindet, gelagert. Die drei Container waren mit 320 Curie belastet. In den Strahlenschutzberichten schließlich wurden sie in die Kernforschungsanlage Karlsruhe zur Zwischenlagerung transportiert (taz v. 23.1.88), womit sie fürs erste einmal aus dem berliner Blick verschwunden sind.

Seit den 60er Jahren wird am HMI Endlagerforschung betrieben.... bereits '60 wurde mit der WAA- Forschung angefangen.....

Eigentlich sollten im HMI Entsorgungsspezialisten für atomare Abfälle versammelt sein. Das ausgerechnet zwei Abfallfässer aus dem HMI im Zwischenlager Gorleben aufgerissen herumstehen, zeigt noch einmal mehr das Ausmaß des Entsorgungsdilemmas.

Die Erkundung von Rohstoffquellen hat durch die Abhängigkeit der BRD von Rohstofflieferanten und die Kriegsbereitschaft der industrialisierten Länder eine besondere Brisanz.

Seit den 60iger Jahren wird am HMI **Endlagerforschung**betrieben. Dabei geht es zum einem um die Verfestigung von flüssigen Abfällen,zum anderen um das Auslaugverhalten von Radionukliden aus Abfallkonzentraten, wobei nach einem Material gesucht wird, das einerseits Radionuklide auch nach tausenden von Jahren nicht herausläßt und ebenfalls möglichst wenig korridiert. Ein Verfahren zur Einglasung von Atommüll wurde zusammen mit der DWK am HMI entwickelt und im belgischen Molauch eine Anlage errichtet. Die Anlage arbeitet seit 1985 im heißen Betrieb und stellt derzeit täglich drei bis vier hochverstrahlte Abfallblöcke her. Der dort verarbeitete Atommüll ist von einer 1974 stillgelegten WAA übriggeblieben. Am HMI wurden ebenfalls die Sicherheitsstudie zur Entsorgung angefertigt, die immer noch als Grundlage für das ramponierte Entsorgungskonzept der Bundesregierung dient.

Unter dem Titel 'Salzschmelzen in der Kerntechnik' wurde bereits 1960 (im ersten Jahr, in dem über den Reaktorausbau hinaus die Forschung im HMI begann) mit der **WAA-Forschung**angefangen. Es ging damals um die Lösungs- bzw. Extraktionseigenschaften spezieller Kernbrennstoffe in Salzschmelzen. Ab 1970 sollten rationelle Verfahren bei der Trennung der verschiedenen Spaltprodukte in einem einzigen Prozess gewonnen werden.

1960 wurde mit der Europäischen Atomgemeinschaft EURATOM ein Vertrag ausgearbeitet, am HMI die 'Diffusion von Edelgasen in Festkörpern' zu untersuchen. Damit begann die**Forschung zu Hochleistungsreaktoren**für Materialien, die im heißen Bereich eines Reaktors verbaut werden. Zu den Hochleistungsreaktoren zählen ebenso wie der Fusionsreaktor der Hochtemperaturreaktor (HTR) und der Schnelle Brüter. Die Materialien sollen für heftiges Neutronenbombardement, für hohen Temperaturfluß und extreme Radioaktivität optimiert werden. In diesem Zusammenhang wurden z.B. Transportmechanismen von Spaltprodukten in Grapit und die Freisetzung von Strontium, Barium, Jod, Tellur und Tritium aus Brennelementen graphitmoderierter HTRen untersucht Solch ein HTR steht derzeit in Hamm-Uentrop

Ein weiterer Forschungsbereich am HMI ist die **Erkundung geologischer Lagerstätten.**Die Erkundung von Rohstoffquellen hat durch die Abhängigkeit der BRD von Rohstofflieferanten und die Kriegsbereitschaft der industrialisierten Länder um eben diese Rohstoffe eine besondere Brisanz.

Es sollen in Bezug auf Spurenelemente (die nur in geringen Konzentrationen im gesuchten Stoff enthalten aber gleichzeitig charakteristisch für ihn sind) Methoden entwickelt werden, um bei der Suche von Rohstoffvorkommen eine Aussage über die Ausbeutungsfähigkeit zu treffen. Über eine radiaktive Meßmethode sollen Auskünfte über die Verteilung von Spurenelementen in einer geologischen Formation gesammelt werden, um die Bestimmung von Zusammensetzung und Genese zu ermöglichen. Zunächst wurde mit der näheren Untersuchung von Zinn, Blei, Kupfer und Aluminium begonnen. 1980 wurden zwei Ergebnisse vorgestellt: 'Die brasilianisch-bolivianische Zinnprovinz' und die 'Deutung der Niob-Verteilung in dem Karbonatit-Syenit-Komplex von Lueske' (Zaire). Zirkonium-Niob-Legierungen zeigen gute Supraleitereigenschaften (der elektrische Widerstand ist aufgehoben) und eignen sich für hochwertige Stähle im Reaktorbau, für Düsenaggregate, Gasturbinen u.ä. .

"Ein besonderes Kapitel der HMI-Forschung ist die langjährige atomare Kooperation mit Südafrika"

Ein besonderes Kapitel der HMI-Forschung ist die langjährige atomare**Kooperation mit Südafrika**. Südafrika hat im September 1979 einen Atomsprengsatz gezündet und damit die Verfügung über Atomwaffen bewiesen. Südafrika hat für seine Atomtechnologie massive Unterstützung durch bundesdeutsche Experten und Technologie erhalten. Nicht zuletzt hat auch die bundesdeutsche Atomgemeinde massive Interessen an den Uranminen in Namibia Schon 1961 arbeitete ein Spezialist aus der Gesellschaft für Kernforschung Karlsruhe in Südafrika an der Uranerzaufarbeitung Siemens baute dort an zwei Kernreaktoren. Eine Urananreicherungsanlage wurde ebenfalls mit bundesdeutscher Hilfe installiert.

Das HMI hat in langjähriger Zusammenarbeit mit südafrikanischen Wissenschaftlern das dortige Atomprogramm gefördert. Dazu hatten südafrikanische Spezialisten die Möglichkeit, am HMI zu forschen. Wissenschaftler des HMI brachten ihr Wissen in Universitäten, in Atomzentren und Kriegsforschungseinrichtungen des Appartheitsstaates ein.

"Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke."

Militärische Forschung ist in Berlin durch die Alliierten verboten. Entsprechend ist in in HMI-Satzungen ausdürcklich formuliert: *"Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke."* Der BRD-Kapitalismus mit imperialem Anspruch macht aber gerade in der Atomforschung eine Unterscheidung von friedlich und kriegerisch unsinnig. Also wird hier auch kein Versuch unternommen, diese beiden Bereiche voneinander zu trennen. No words just facts.

Hans-Gerd Tegler
Anti-AKW-Gruppe Schöneberg II

(1)A M. Weinberg. Probleme der Großforschung. Frankfurt/M.1970. S 13
(2)Der Bundesminister fur wissenschaftliche Forschung, Bundesbericht Forschung I Bon 1965. S 63
(3)ebenda. S 62
(4)Da die Verbindung von Forschung und Industrie ein erklartes Ziel dieser Forschungspolitik ist, wurde der zentralen Leitungsinstanz im Atomministerium die 'Deutsche Atomkommission' beigeste gestellt In dieser waren die großen Atomkonzerne neben Ministerialburokratie und Wissenschaftlern vertreten Dazu zählten Vertreter der Deutschen Bank, AEG, Siemens, Esso, VW, Hoechst, Haniel, RWE und Mannesmann Die deutsche Atomkommission wurde 1971 aufgelost 1972 übernehmen Sachverständigenkreise deren Funktion beim BMFT

Die Broschüre zum HMI kann über das Berliner Anti-Atom-Büro zum Preis von DM 4,- + Porto bezogen werden.
Anti-Atom-Büro
c/o Ökodorf
Kurfürstenstr. 14
1000 Berlin 30
Konto Nr. 52254-104, BLZ 100 100 10, Postgiro Bln-W.

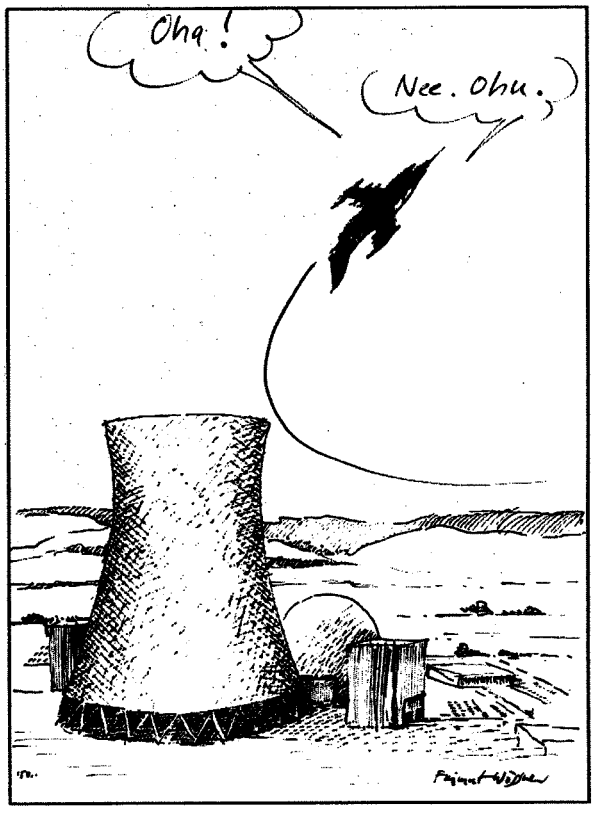
Militärjets über Atomkraftwerken

Das geltende *Luftverkehrsgesetz* sieht für "Industrieanlagen hoher Gefahrenklasse", zu denen auch Atomkraftwerke gehören, eine Schutzzone im Umkreis von 500 Metern und eine Mindestflughöhe von 300 Metern vor; allerdings gelten für Militärflugzeuge "mit hoheitlichem Auftrag" -das sind in der Praxis **alle Militärflugkörper**- Ausnahmebestimmungen. Nach der geltenden Rechtslage dürfen also Militärjets über AKW's fliegen.

Die Beteuerungen der Militärs in der Öffentlichkeit, Kernkraftwerke würden von Kampfflugzeugen nicht überflogen, sind nur die halbe Wahrheit: oberhalb des Tiefflugbandes (=450 m) ist der Überflug auch nach dem Luftverkehrsgesetz ausdrücklich erlaubt.

Bleibt die Frage, ob das Bundesverteidigungsministerium, wie es gerne behauptet, seinen Piloten *und* den NATO-Alliierten verbindlich untersagt, über AKW's hinwegzufliegen.

Das Bundesverteidigungsministerium sah sich in einer Stellungnahme nach dem Absturz bei Ohu zunächst "nicht in der Lage, Auskunft über die luftwaffeninternen Vorschriften in Bezug auf das Überfliegen von Kernkraftwerken zu geben" (*Süddeutsche Zeitung*). Wenig später erklärte das Luftwaffenamt, daß grundsätzlich die Weisung gelte, daß Militärflugzeuge Kernkraftwerke nicht überfliegen dürften. Es sei üblich, sie in ein bis drei Kilometern Abstand zu umfliegen. Und: der Mirage- Pilot habe diese Regel nicht verletzt. Der Verlauf der Schneise, die das Absturzflugzeug in den Wald zog, zeigt im übrigen genau auf die Atomanlagen hin.



Zu einer aufschlußreichen Kontroverse kam es, als das WDR- Fernsehmagazin MONITOR am 6. April den früheren Starfighter-Piloten Jörg Stock aus dem Nähkästchen plaudern ließ:

"Wir haben Kernkraftwerke als markante Orientierungspunkte sehr gerne benutzt zur Überprüfung der eigenen Flugrouten. Und wir haben versucht, möglichst im Tiefflug über diese Kernkraftwerke hinwegzufliegen, oder wir haben sie als Wendepunkte benutzt. Das heißt, wir haben über diesen Kernkraftwerken unsere Richtung geändert." Die Bundeswehrführung müsse diese übliche Praxis natürlich offiziell bestreiten.

Was diese dann auch vehement tat. Zunächst wurde im Hausblatt *bundeswehr-aktuell* vermerkt, der Ex-Pilot sei heute ein GRÜNER Kommunalpolitiker und sei seit 1975 nicht mehr im Besitz einer Fluglizenz als Einsatzflugzeugführer. "Dieser bekannte in der Sendung freimütig, er habe in früheren Zeiten Kernkraftwerke überflogen, obwohl dies durch die Flugbetriebsbestimmungen eindeutig untersagt ist. Aus dem verantwortungslosen Fehlverhalten dieses einzelnen Piloten leitete Monitor ein Pauschalurteil anderer Flugzeugführer ab."
Danach bekräftigte die Hardthöhe, daß "für Atomkraftwerke ein generelles Überflugverbot" bestehe. In einem Schreiben an den Landshuter Oberbürgermeister Deimer (CSU) -drei Wochen v o r dem Absturz bei Ohu- hatte Verteidigungsminister Wörner noch einschränkend mitgeteilt, daß es eine Weisung gebe, Kernkraftwerke nicht *im Tiefflug* zu überfliegen.

In *bundeswehr-aktuell* wurde die Vorschriftenlage aus Sicht der Hardthöhe zusammengefaßt: "Unabhängig von den Sicherheitsauflagen für den Bau von Kernkraftwerken, die nach Aussagen des Umweltministeriums eine Gefährdung der BEvölkerung in einem solchen Fall ausschließen, sind die für die Luftwaffe geltenden Vorschriften so, daß ein Zusammenstoß eines Kampfflugzeugs mit einem Kernkraftwerk weitestgehend ausgeschlossen ist. So muß schon bei der Flugplanung der Pilot Kernkraftwerke, die auf den Tiefflugkarten durch besondere Symbole kenntlich gemacht sind, aussparen. Während des Fluges muß er sie meiden. Damit stellt der Tiefflugverkehr keine besondere Gefahr für Kernkraftwerke dar."

Voller Vertrauen in die ZUverlässigkeit der Piloten schließt die Stellungnahme:" Die Besatzungen kennen die in der Nähe ihrer Flugrouten liegenden Kraftwerke. Im Zweifel können sie diese Objekte aufgrund ihrer markanten Bauweise auch im Tiefflug leicht identifizieren.

Daher besteht in Notsituationen in der Regel die Möglichkeit, das Flugzeug auf unbebautes Gebiet zu steuern. Ein anderes Verhalten...ist eine Pflichtverletzung".

Kein Wort zu der Streßsituation der Piloten, zu den rasenden Fluggeschwindigkeiten, keine Scham wegen des blanken Zynismus dieser Äußerungen (*-über eine Bestrafung derjenigen Piloten, die nach dem Schleudersitz- Absprung ihren Jet teilweise über hundert Kilometer unkontrolliert weiterrasen ließen, bevor dieser abstürzte, ist nichts bekannt-*); auch der Blick auf die **Absturzliste** in diesem Heft läßt deutlich werden, daß die Regelsituation ("unbebautes Gebiet") mit einem übergroßen Ausnahme-

Paragraphen ausgestattet ist.

Wie sieht die tatsächliche Situation in der Nähe von Atomkraftwerken aus ?

Schon am Tag des Absturzes bei Ohu donnerten wieder Militärjets über die Absturzstelle; der örtliche Betriebsleiter des AKW Ohu bestätigte, daß täglich Tiefflieger direkt an den Kraftwerksanlagen vorbeifliegen.
Ein *Südwestfunk*-Reporter in Philippsburg: "Ich habe drei Flugzeuge gesehen, die sich einen Spaß daraus gemacht haben, einen Scheinangriff auf das Kernkraftwerk zu fliegen." Ein Anwohner dazu: "Die sind schon unter den Drähten der Hochspannungsleitungen durchgeflogen".

Der Lüneburger *Regierungsdirektor Heinrich* zum AKW Stade an der Unterelbe:"Da fliegen die auch mal in 30 Metern, das ist doch bekannt."
Stade liegt mitten im Tiefstfluggebiet *Area 5*.

Als MONITOR die BMVg-Stellungnahme als "durchsichtigen Beschwichtigungsversuch" zurückwies und sich dabei auf "tausendfache Zeugenaussagen aus der Bevölkerung" stützt, zieht die Bundeswehr zurück: in der folgenden *bundeswehr-aktuell*- Ausgabe werden schlicht die -angeblichen- Vorschriften vorgestellt und betont, daß es mehrere Wochen lang an Kernkraftwerken Messungen des Radar-Systems SKY GUARD gegeben habe und dabei "kein einziger Verstoß festgestellt" worden sei (*-Zur Funktion der auf SPD-Initiative eingeführten SKY GUARDS siehe die letzten möp-rundbriefe; eine möp-Kurzstudie zum Thema SKY GUARD kann ab Mai'88 bezogen werden-*).

So weit, so schlecht, könnte man meinen: die Bundeswehr sagt ihren Piloten, sie dürfen nicht drüber fliegen, aber leider gibt's immer mal wieder schwarze Schafe, wie in der übrigen Gesellschaft auch, man kann zur Tagesordnung übergehen...

Leider nicht. Denn die Bundeswehr lügt.

Es gibt nirgendwo im Befehls- oder Anordnungswesen der Bundesluftwaffe irgendeine Stelle, die ausdrücklich ein **Verbot** eines Tiefflug- Überfluges über ein Kernkraftwerk beinhaltet. Im Gegenteil: die Piloten der Militärjets sind in ihrer Flugplangestaltung relativ frei, d.h. immer dann, wenn sie im Tiefflugbereich (75-450 m) fliegen, geschieht das nach *Sicht*flugregeln, die Radar-Leitung ist ausgeschalten. Dies ist im übrigen auch ein Zündstoff zwischen zivilen und militärischen Fluglotsen, weil Militärjets völlig unkoordiniert plötzlich in der Nähe von Verkehrsflugzeugen auftauchen und für "gefährliche Begegnungen" sorgen.

Der Tiefflug nach Sichtflugregeln fordert den Piloten auf das Äußerste heraus, wie etwa ein früherer PHANTOM-Navigator bestätigt , läßt ihm aber auch viel Freiheit zur individuellen Fluggestaltung. Und diese Freiheit wird ihm von der Luftwaffe ausdrücklich gewährt: er soll, bitteschön, etwa Kernkraftwerke "nach Möglichkeit" nicht überfliegen.

Wo das steht ? In der *VS-Nur für den Dienstgebrauch*-gekennzeichneten **Zentralen Dienstvorschrift 19/2, Besondere Anweisung für den Flugbetrieb Nr.1/77, Anlage Tiefflug DSK L2322200656,** die für jeden Bundeswehrpiloten verbindlich ist.

Die Vorsitzende der *Notaktion Fluglärm Unterelbe*, Bärbel Stechel, berichtet von merkwürdiger Sparsamkeit der Bundeswehr: während des Tiefflug-Hearings im Juni 1986 im Bundestag hätten die Militärs Tiefflugkarten vorgelegt, auf denen alle sonst aufgeführten Kernkraftwerke fehlten. Auch in den aktuellen Tiefflugkarten sind *nicht alle* AKW's eingezeichnet !

In der Öffentlichkeitsarbeit fehlt dem Verteidigungsministerium Einfühlungsvermögen -sagt der FDP-Soldat und MdB Werner Hoyer. So ist es. In der massenhaft verbreiteten Flugschrift **"FLUGLÄRM"** (Der Bundesminister der Verteidigung, Fü L II 4, Juni 1986) wird die Bevölkerung in platter Weise indoktriniert:

> **"Der Tiefflugverkehr stellt keine besondere Gefahr für Kernkraftwerke dar. Diese, auf den Tiefflugkarten durch besondere Symbole kenntlich gemachten Objekte, sind bei der Vorbereitung von Tiefflügen auszusparen und während des Fluges nach Möglichkeit zu meiden.**
> **Die Befürchtung, derartige Anlagen seien durch tiefffliegende Flugzeuge stärker gefährdet als durch hochfliegende, ist unbegründet. Da die Besatzung im Tiefflug die Kernkraftwerke in der Nähe der Flugroute kennt und wegen ihrer markanten Bauweise leicht identifizieren kann, besteht im Notfall die Möglichkeit, das Flugzeug auf unbebautes Gebiet zu steuern, bevor die Besatzung das Flugzeug mit dem Schleudersitz verläßt. Bei Abstürzen aus größerer Höhe wird der Aufschlagort dagegen weitgehend durch den Zufall bestimmt. Im übrigen sind Kernkraftwerke baulich gegenüber einem direkten Aufprall eines Flugzeuges abgesichert."**

Wer glaubt, solche Sprüche seien in der Öffentlichkeitsarbeit des Verteidigungsministeriums eher die Ausnahme, muß sich leider bei vielen anderen Themenfeldern (wie etwa beim Umweltschutz) ebenso verhohnepiepelt vorkommen.

Um beim Tiefflug zu bleiben: hätte sich die Gemeinde Forst vielleicht ein AKW in den Ort stellen sollen, um vor abstürzenden Tiefffliegern sicher zu sein ? Oder sind es nicht gerade Rauchfahnen und Kühltürme von AKW's, die bei Piloten als beliebtes Anflug- und Wendeziel gelten, weil sie so "markant" in der Gegend rumstehen ? Die Bevölkerung bei Ohu und anderswo kann ein Lied davon singen.

Wie sicher sind Atomkraftwerke ?

Alle *vor 1971 konzipierten* Kernkraftwerke sind nicht gegen Abstürze tief- und schnellfliegender Militärflugzeuge geschützt. Diese älteren Modelle haben ein sog. "Notstandssystem"; so befinden sich die Steuer- und Meßanlagen in einem Betonbunker mit bis zu 60 cm Dicke und setzen im Ernstfall ein Notkühlsystem ingang. Eine Abschaltautomatik und eine Dauerkühlung sollen für zusätzliche Sicherheit sorgen. Dazu gehören:

Philippsburg I, Obrigheim, Würgassen, Stade, Biblis A und Brunsbüttel.

Anfang der 70-er Jahre wurde im Genehmigungsverfahren für neue AKW's ein Flugzeugabsturz vorgesehen. Als Bemessungsgrundlagen für die "Mehrfachbarrieren" dienten Gewicht und Geschwindigkeit des heute ausgemusterten Starfighters F-104 mit einem maximalen Startgewicht von 14.060 kg und einer Höchstgeschwindigkeit von 1470 km/h. Über einen entsprechenden Aufprallschutz verfügen die AKW's

Hamm- Uentrop, Neckarwestheim, Ohu I, Unterweser, Biblis B und Niederaichbach (nicht mehr in Betrieb).

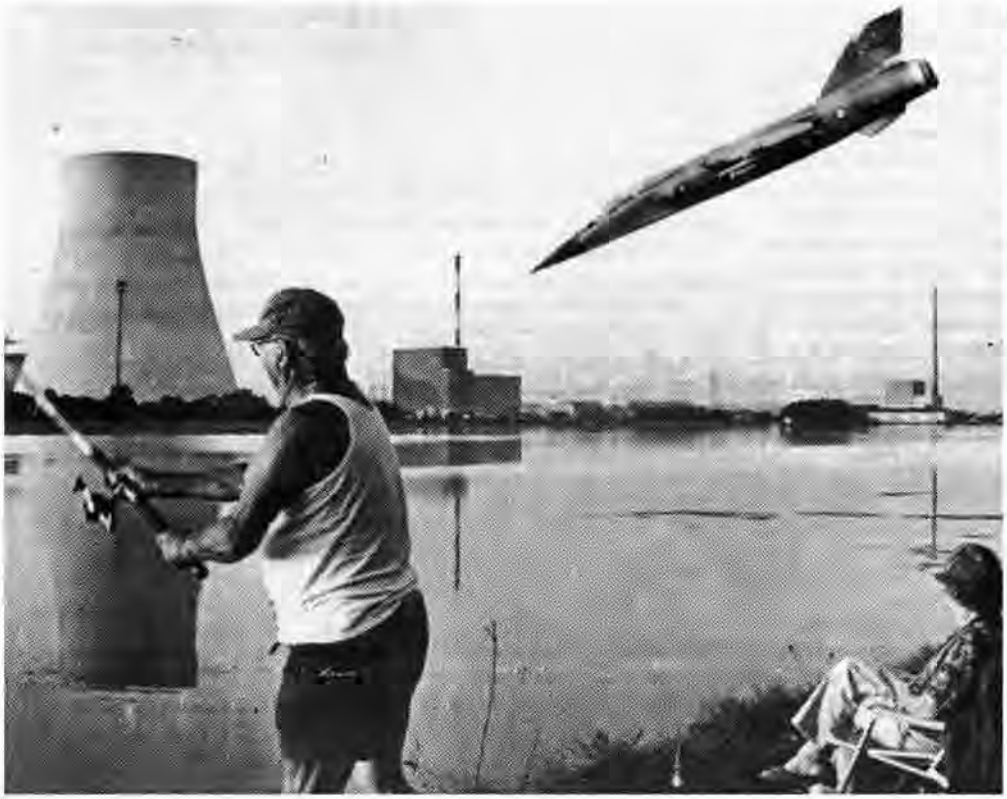
Seit den *80-er Jahren* orientieren sich die Maßnahmen für den erhöhten Aufprallschutz an der schwereren Maschine vom Typ PHANTOM und sollen einen Aufprall von 20 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von 775 km/h aushalten. Andere Berechnungen gehen davon aus, daß jede Stelle des Reaktorgebäudes eine senkrechte stoßlast von 11.000 Tonnen, verteilt auf einen Kreis von 11 Quadratmetern Fläche, aushalten können muß. Das soll denjenigen Kräften entsprechen, die von einer im Winkel von 90 Grad auftreffenden PHANTOM ausgehen.
Dabei bestehen die Mehrfachbarrieren aus einem Betonmantel um das gesamte Kraftwerksgebäude in einer Stärke zwischen 1,8 und 2 Metern. Den Reaktor selbst schützt ein zweiter Betonzylinder, wobei der radioaktive Reaktorkern in einem Stahlgefäß untergebracht ist. Zu den gegen PHANTOM geschützten Reaktoren gehören

Krümmel, Müllheim- Kärlich, Grundremmingen B und C, Grohnde, Grafenrheinfeld, Brokdorf, Philippsburg II und Kalkar.

Der letzte Beitrag wurde aus Platzgründen gekürzt. (Die Red.)

Jochen Lange

Die Artikel sind ein Vorabdruck aus dem MÖP- Rundbrief 9/88, zu bestellen bei: Arbeits- und Forschungsstelle Militär, Ökologie, Planung, Postfach 317, 4600 Dortmund 1



Wer beschützt uns vor unseren Beschützern ?

Tiefflug-Abstürze und die Folgen
Hintergrundberichte zu Landshut und Forst; Stellungnahmen; Gefährdung durch AKW's;Absturzstatistik; BRD als Schrottplatz der Allierten.

MÖP-Thema III: Abstürze
DIN A4-Broschüre, 5.- DM, 10 Stück 35.- DM, 50 Stück 150.- DM. Bezug:
MÖP e.V., Postfach 317
4600 Dortmund 1

Beinahe-GAU durch Flugzeugabsturz

Die niederbayerische Bevölkerung ist noch einmal mit dem Schrecken davongekommen und die übrige Bevölkerung war sich wohl der besonderen atomaren Gefährdung nicht bewußt: Hatte sich doch Ende März diesen Jahres ein französischer Kampfbomber vom Typ "Mirage" zum Glück nur in den Waldboden und nicht in eines der drei knapp 1.500 m bzw. 5 Flugsekunden entferten stehenden Atommeiler von Ohu und Niederaichbach gebohrt. Genau in deren Richtung verlief immerhin die etwa 100 m lange Verwüstungsschneise, die der Tiefflieger bei seinem Sturz in den Wald geschlagen hatte. Wäre die "Mirage" auf das stillgelegte und zum Abriß freigegebene Niederaichbacher Atomkraftwerk gestürzt, so hätte sich dessen langjährige und komplizierte Abriß wohl schlagartig unter entsprechender Freisetzung der dort noch vorhandenen relativ geringen Radioaktivität von selbst erledigt. Dem gegenüber hätte ein Absturz auf Ohu 1 infolge dessen unvergleichlich höheren Strahlungspotentials einen atomaren Holocoust ausgelöst, da Ohu 1 laut Genehmigungsunterlagen nur gegen den Aufprall eines Starfighters, nicht jedoch gegen die wesentlich massiver wirkenden Nachfolgeflugzeuge vom Typ Mirage, Tornado oder gar Phantom geschützt ist. Hiergegen ist zwar nach den eilfertigen Betreiberbeteuerungen der Sicherheitsbehälter des daneben stehenden erst kürzlich in Betrieb gegangenen Atommonsters Ohu 2 ausgelegt. Zumindest ungeschützt und entsprechend gefährdet durch Flugzeugabsturz sind aber auch bei derartigen neueren Atomkraftwerken deren Nebengebäude, wo z.B. die Notstromagregate untergebracht sind.
Obwohl es unmittelbar nach dem Mirage-Absturz bei Ohu und dem nur 24 Stunden späteren Absturz nahe den beiden Atomkraftwerken Phillippsburg breite Proteste gegen die militärischen Tiefflugübungen über und bei Atomkraftwerken gab, jagten bereits während der anschließenden Unfall-Absperrungen wieder Militärmaschinen im Tiefflug unmittelbar vorbei an den Atommeilern und über die verängstigten Anwohner hinweg. Die besonders hohe Tiefflugfrequenz gerade bei Ohu hängt damit zusammen, daß unmittelbar angrenzend an den dreifachen Kernkraftwerks-Standort eine NATO-Tiefflugschneise vorbeigeht, deren Verlegung bisher trotz vieler Bemühungen nicht erreicht werden konnte. Ganz offenkundig werden die Atomkraftwerke sogar als besondere Orientierungspunkte und Wendemarken nicht nur angefolgen sondern auch trotz des längst bestehenden Überflugverbots überflogen, wie Augenzeugen immer wieder berichteten und Bundeswehrpiloten inzwischen bestätigt haben.
Die beiden noch einmal glimpflich verlaufenen Flugzeugabstürze bei Ohu und Phillippsburg haben eine bisher immer verharmloste und verdrängte, besonders zusätzliche atomare Katastrophengefahr handgreiflich werden lassen. Sie haben zugleich auch bewirkt, daß inzwischen selbst von den Atombetreibern und vielen Politikern ein erweitertes Tiefflugverbot über und bei Atomanlagen gefordert wird. Doch kann dies allein zur wesentlichen Verminderung der besonderen atomaren Gefährdung durch Flugzeugabsturz keinesfalls genügen, zumal Atomanlagen infolge des enorm starken und dichten Flugverkehrs in der Bundesrepublik nicht nur von militärischen Tiefffliegern, sondern auch von höher fliegenden Militärmaschinen und zivilen Jumbos besonders gefährdet sind. Die einzige wirklich hilfreiche Forderung kann daher nur sein:**Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!**

Thomas von Taeuffenbach
Vorsitzender des Landshuter Bürgerforums gegen Atomkraftwerke

Tschernobyl-Jahrestag

An vielen Standorten und in vielen Städten kam es zum 2. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe zu Aktionen und Demonstrationen. In Würgassen versammelten sich rund eintausend AKW-GegnerInnen, vor dem Atomreaktor in Neckarwestheim lag ein 50köpfiger Leichenteppich. In Wackersdorf wurde ein Schweigemarsch zum WAA-Gelände mit Kranzniederlegung für die Opfer von Taschernobyl vom Verwaltungsgerichtshof verboten.

Die meisten örtlichen Aktionen wurden von politisch breiten Bündnissen getragen, die vom SPD-Ortsverein über Nach-Tschernobyl-Gruppen, BUND, Greenpeace oder Robin Wood bis hin zur „alten" Anti-AKW-Bewegung (manchmal auch Autonome) fast das gesamte Spektrum abdeckten.

So auch bei einer der größten Aktionen, in Göttingen. Dort rollten über 1.000 Demonstranten 70 „Atomfässer" zum Marktplatz und hörten sich dann geduldig die Reden unterschiedlicher Couleur an: vom SPD-Oberbürgermeister, der meinte, man müsse aus Windscale, Harrisburg und Tschernobyl endlich die Lehren ziehen, bis zum Sprecher des Stadtschülerrates, der forderte: „Ob gewaltfrei oder militant, Hauptsache ist der Widerstand."

Hauptredner war in Göttingen Prof. Jens Scheer. Er verlangte die sofortige Stillegung aller AKW's in der BRD und wies darauf hin, daß dies momentan technisch viel problemloser zu machen sei als in zehn Jahren, wenn die Energiekonzerne ihre bislang nur eingemotteten konventionellen Kraftwerke endgültig stillgelegt hätten. Außerdem forderte er von der Anti-AKW-Bewegung vermehrte Aufklärungsarbeiten über die gesundheitlichen Gefahren der Atomenergie, über die immer noch große Unkenntnis herrsche. Viel Beifall fand sein Appell, Solidarität mit verfolgten und eingeknasteten AKW-Gegnern zu üben. „Sie gehören zu uns, auch von wir im Einzelfall ihre Methoden vielleicht ablehnen."

Prof. Jens Scheer: Zur aktuellen wissenschaftlichen...

Ein indisches Gleichnis erzählt von den Blinden, die einen Elefanten betasteten und sich stritten: "Der Elefant ist wie eine Säule", "nein - wie eine Bürste", "nein - wie eine Schlange"... Ähnlich ist es bestellt mit dem Streit um die Wirkung radioaktiver Strahlenmengen, wo WissenschaftlerInnen sich streiten:
"Bei Belastung von 1 Million Menschen durch 1 Rem sterben 7000 an Strahlenkrebs" - "nein - 1000", "nein - 500". Ebenso wie der Streit der Blinden dadurch aufgehoben wird, daß der Gesamtelefant eben Beine, Schwanz und Rüssel hat, sich also an verschiedenen Stellen ganz verschieden anfühlt, so zeigt sich mehr und mehr, daß auch der Streit der RadiologInnEn aufgehoben werden kann, indem für verschiedene Dosisniveaus ganz verschiedene Werte gelten. Der Gesamtverlauf der Kurve ist gekrümmt, und zwar ist sie umso steiler, je niedriger die Dosis ist. 1 Rem ist - jedenfalls für gewissen Arten von Schäden - gefährlicher wenn es zu 0 addiert wird, als zu 10 oder zu 100. Lineare Extrapolation der Befunde bei niedrigen Dosen würde zu Überschätzungen im höheren Dosisbereich führen, umgekehrt würde mensch die Wirkung kleiner Dosen unterschätzen wenn mensch von den Befunden bei hohen Dosen herab extrapolierte.
Dieser Verlauf zeigt sich bereits in einer Reihe von Untersuchungen bei niedrigen Dosen, die ganz verschiedene Effekte betrafen, es könnte sein, daß sich eine allgemeine Regel abzeichnet. Neben den bereits im Strahlentelex erwähnten genetischen Untersuchungen von Waldgren seien die Befunde von Kneale u.a. genannt, die für den Krebs bei Atomarbeitern infolge chronischer Belastung eine solche gekrümmt Kurve fanden, die bei höheren Dosen in den dort schon bekannten linearen Verlauf übergeht. Ähnlich sieht es beim Tierversuch von Little u.a. aus, die Lungenkrebs bei Hamstern untersuchten. Ferner fanden Stokke u.a. einen stark ausgeprägten überlinearen Verlauf, als sie die Verringerung der Zellbildung im Knochenmark infolge Strontiumbelastung von Versuchstieren erforschten, und in neuester Zeit fanden Gould und Sternglass ebenfalls eine solche gekrümmte Kurve, als sie die Sterblichkeit in den USA in verschiedenen Regionen als Funktion des Gehalts von I-131 im Tschernobyl-Fallout auftrugen.
Eine wichtige Rolle spielt bei allen diesen Phänomenen wohl die Möglichkeit, daß eine chronische Belastung bei gewissen Schäden effektiver sein kann, als wenn dieselbe Gesamtstrahlenmenge in kurzer Zeit verabreicht wurde.
Der vielfach in diesem Zusammenhang zitierte Petkau fand in einem Modellsystem - eine Zellmembran in einem homogenen flüssigen Medium - in der Tat, daß die Strahlenmenge, die zu einer bestimmten Schädigung der Membran erforderlich war, immer größer wurde, je verteilter die Strahlen gegeben wurden, und zwar über fünf Größenordnungen bis herab in den Bereich der natürlichen Strahlenbelastung. Richtig ist, daß Membranschäden zu verschiedenen Gesundheitsschäden führen können, richtig ist auch, daß die von Petkau durch die Strahlung erzeugten chemischen Radikale sich gegenseitig "entwaffnen", wenn sie bei der Diffusion durch die Flüssigkeit sich gegenseitig nehe kommen, bevor sie die Membran erreichten, um an dieser das Zerstörungswerk auszulösen. Doch sind in nach Zellen organisiertem Gewebe die Verhältnisse komplizierter und die Chance, in derselben Zelle ein weiteres Radikal zu erzeugen relativ gering. Insofern mag die Ursache für die beobachtete Abhängigkeit des Schadensausmaßes von der Dosisrate nicht buchstäblich durch den Petkau-Effekt erklärbar sein. Wohl aber kann mensch sich vorstellen, daß noch kompliziertere biochemische Prozesse ablaufen, die mit dem eigentlichen Petkau-Effekt gemeinsam haben, daß zuviel strahlenerzeugte Substanz den Schaden durch einen Kurzschlußprozeß verringert, so daß die Substanz wirksamer ist, wenn sie chronisch mit geringer Rate erzeugt wird.
Die Möglichkeit solcher Effekte macht plausibel, daß die Verringerung der weißen Blutkörperchen und verschiedene damit zusammenhängende Gesundheitsschäden durch spezifische Wirkung radioaktiver Niedrigstrahlung bewirkt werden können. Dies wiederum würde Befunde von Mehring verständlich machen, der etwa parallel mit dem zweimaligen Auf und Ab der Umweltradioaktivität durch den Atombombenfallout einen entsprechenden Verlauf der Leukozytenverringerung sowie verschiedener Krankheitserscheinungen an großen Kollektiven in der BRD festgestellt hat (Wehrpflichtige, Polizisten, Krankenkassenpatienten). Ebenso würden dadurch die Korrelationen verständlich, die Lave und Mitarbeiter in den USA für denselben Zeitraum festgestellt haben: Auf eine Million Menschen, in deren Nahrung 1 Bq Sr-90/kg ist, sterben pro Jahr 400 Menschen zusätzlich. Sofern 1 Bq Cs-137/kg als Maß der Belastung verwendet wird, sterben auf 1 Million Menschen 60 zusätzlich pro Jahr.
Schließlich würden dadurch auch die genannten Befunde von Gould und Sternglass in den USA nach Tschernobyl verständlich. Hiergegen ist eingewandt worden, das könne nicht sein, weil lineare Extrapolation bis zu dem Bereich der I-131-Belastung, die wir in Europa erlitten haben, dazu führen würde, daß hierzulande "die Toten reihenweise auf den Straßen rumlägen", wie Wendhausen schreibt. Dies scheinbar einleuchtende Argument verkennt jedoch den logarythmischen Charakter der behaupteten Korrelation. Die genaue Form der Kurve läßt sich aus den wenigen Daten zwar nicht bestimmen, wohl aber der wesentliche Zug, daß die Kurve für solche komplexen Strahlenschäden als Funktion der Dosis mit wachsender Dosis immer flacher wird. Das würde etwa heißen, daß derselbe zusätzliche Schaden, der bei Erhöhung der Dosis von 1 auf 10 Rem auftritt, im höheren Bereich etwa einen Erhöhung von 10 auf 100 Rem erfordern würde, oder im noch höheren Bereich von 100 auf 1000 Rem. Mit anderen Worten, daß die höhere Dosis, die wir hier empfangen haben, jedenfalls was den hier diskutierten Effekt angeht, glücklicherweise relativ weniger wirksam war als die niedrigere Dosis, die die Amerikaner erlitten haben (Absolut gesehen steigt die Kurve natürlich ständig, so daß mensch hieraus keine Argumente in Hinsicht Hormesis oder günstiger Strahlenwirkung saugen kann.) Damit entfällt der grundsätzliche Einwand von Wendhausen.
Zu einigen weiteren Einwänden gegen die Thesen von Gould und Sternglass: Die Autoren stellen für verschiedene Gesundheitsschäden einen über die Jahrzehnte anhaltenden Abfall fest, der mit allgemeiner Verbesserung der Hygiene etc. zu tun hat, typischerweise durch Kriege unterbrochen. Schon früh hat Sternglass etwa vermutet, daß der davon abweichende Stillstand der Säuglingssterblichkeit in den 60er Jahren durch den Atombombenfallout bewirkt sei. Damals konnte ihm zu recht entgegengehalten werden, daß eventuell der "natürliche

...Debatte um die Wirkungen des Tschernobyl-Fall-Out

Foto: M. Langer. Robin-Wood Strommastbesetzung AKW Würgassen, 15.5.86

Endstand" erreicht sei, der auch durch Verbesserung von Hygiene, Behandlungsmethoden etc. nicht zu unterschreiten sei.
Jedoch zeigte sich mit einigen Jahren Verzögerung, daß dieser Stillstand endete und die Kurve sich wieder dem langfristigen Trend annäherte und in den 70er Jahren auch erreicht hat. Das heißt natürlich nicht, daß bei linearer Extrapolation eines Tages die Todesrate Null erreicht wird, wohl aber, daß Mensch sich hüten muß, zu früh die Erreichung eines unveränderlichen Endniveaus anzunehmen. Das gilt jedenfalls für die Regionen der USA, die nur durch den Fallout der großen Explosion in der Atmosphäre belastet wurden und danach nicht mehr. In den Gegenden, die entweder an die Orte der Untergrundexplosionen angrenzten oder die durch zivile Atomanlagen belastet waren, trat dieser Rückgang auf den langjährigen Trend nicht auf. Da auch andere Autoren wie Bertell und Pisello in Einzelstudien ähnliches gefunden haben, ist der Schluß immerhin nicht von der Hand zu weisen, daß diese zusätzlichen Belastungen dafür verantwortlich sind.
Was die von Sternglass und Gould im einzelnen herangezogenen Daten angeht, behaupten sie aus den Todesstatistiken der USA einen Anstieg 1986 gegenüber dem Durchschnitt der drei vorangegangenen Jahre. Dies ist besonders auffällig für die Todesfälle in den Sommermonaten, und darunter für Lungenentzündung und die sogenannten opportunistischen Infektionen. Mensch kann natürlich gezielt Daten streichen, um ein anderes Bild zu erhalten. Streicht man etwa den Wert für Lungenentzündung im Sommer 1985, dann kann man durch die Werte von 1983, '84 und '86 ein Gerade legen und sagen: Hier ist ein linearer Anstieg und Sommer 1985 waren besonders günstige Bedingungen, so daß da weniger Menschen an Lungenentzündung starben als der Trend angibt.
Dies zeigt schon, daß durch gezielte Auswahl von Daten die verschiedensten Thesen begründet werden können. Andererseits sind die Gesamtbefunde meiner Ansicht nach, vor allem im Lichte des diskutierten möglichen gekrümmten Verlaufs, nicht unplausibel durch einen tatsächlichen Einfluß des Tschernobyl-Fallouts zu erklären. Diese Hypothese schreit natürlich danach, durch europäische Daten überprüft zu werden. Eine allererste vorläufige Auswertung hier vorliegender Daten scheint in der Tat einen ähnlichen Trend anzudeuten. So setzte etwa die Säuglingssterblichkeit im Jahr 1986 im Norden der BRD den seit 1982 festgestellten Trend fort, während sie im Süden, der ja vom Fallout der Katastrophe stärker getroffen wurde, im Jahr 1986 anstieg.
Auch die jährlichen prozentualen Krankheitsfälle schwanken von 1976 bis 1985 um einen mittleren Trendverlauf, von dem der Wert für 1986 deutlich noch oben abweicht. Noch auffälliger bei den allergischen Erkrankungen: sie pendeln von 1980 bis 1985 um Werte von 1,42%-1,46%, und springen 1986 auf 1,56% der betrachteten Population.

Prof. Dr. J. Scheer, FB 1 - Physik/Elektrotechnik, Universität Bremen, Postfach, 2800 Bremen 33

Ergänzung des Atomprogramms

Als am 4.Februar 1985 die DWK ihre Entscheidung für Wackersdorf als WAA-Standort bekanntgab, ließ sie gleichzeitig verlauten, im Landkreis Lüchow-Dannenberg eine Konditionierungsanlage bauen zu wollen. Als voraussichtlicher Standort wurde Gorleben benannt — obwohl, wie ein DWK-Vertreter meinte, natürlich auch andere Gemeinden einen Anspruch darauf hätten.
Anfang Mai 1986, wenige Tage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, wurde dann beim nieders. Umweltministerium der Antrag nach § 7 Atomgesetz auf Bau und Betrieb einer sog. Pilot-Konditionierungsanlage mit einem Jahresdurchsatz von 35 t Schwermetall gestellt. Der Standort liegt sinnigerweise in direkter Nachbarschaft zum Zwischenlager Gorleben, an der Straße gegenüber dem geplanten Endlager (Bild 1).
Bis zum 17. März 1988 lag der Sicherheitsbericht aus: etwa 12.000 Einwendungen wurden erhoben. Jede/r EinwenderIn hat das Recht, am Erörterungstermin teilzunehmen — einer Show-Veranstaltung, die nach bekanntem Muster abläuft und eher aus politischen Gründen besucht werden sollte. Die Genehmigungsbehörde veranstaltet den Erörterungstermin am 25. Mai 1988 in Gartow, im Haus des Gastes; mit einer Genehmigung ist angeblich noch in diesem Jahr zu rechnen.

Aufgaben der Pilot-Konditionierungsanlage

Angesichts der Aufgaben, die die geplante Pilot-Konditionierungsanlage (im Akü-Deutsch: PKA) erfüllen soll, wird deutlich — falls man es bisher noch nicht wußte — daß die Anlage keine Alternative zur WAA darstellt, sondern im Gegenteil dringend von der Atomindustrie zur Komplettierung ihres Programms gebraucht wird. In dieser "Mehrzweckanlage" sollen nähmlich alle möglichen Arten radioaktiver Abfälle so konditioniert (= behandelt + verpackt) werden, daß sie anschließend lange Zeit zwischengelagert bzw. irgendwann einmal endgelagert werden können.

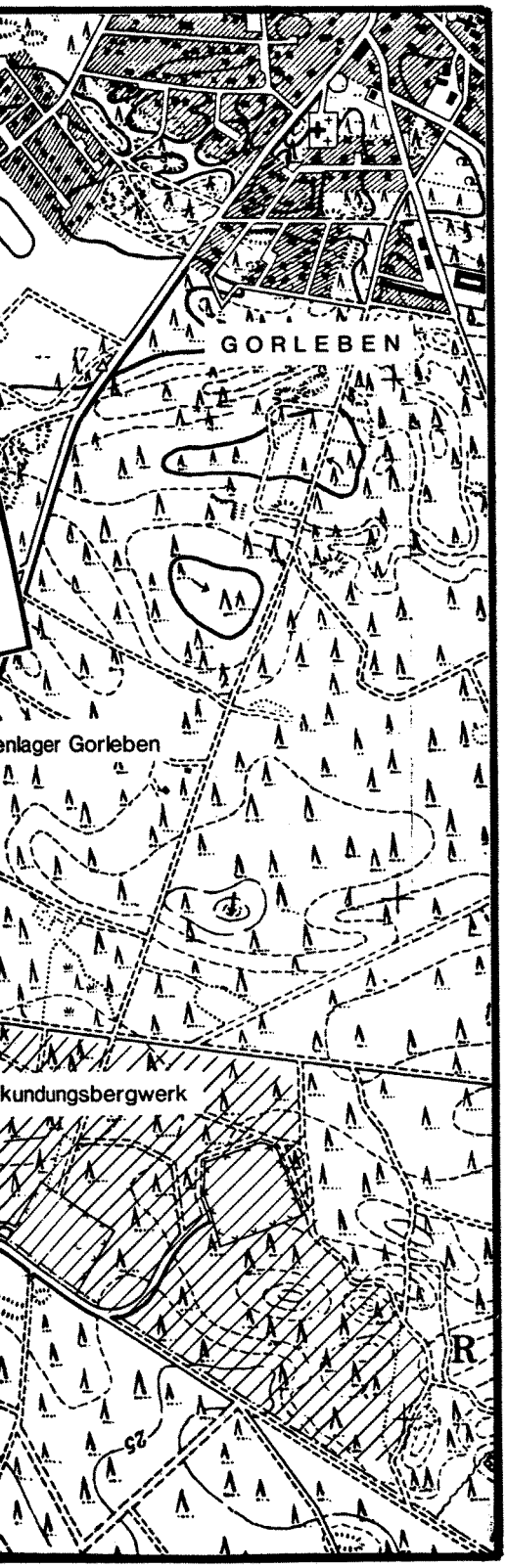
Zu den Aufgaben gehört

— die **Konditionierung von abgebrannten Brennelementen**, deren Wiederaufarbeitung zu teuer oder technisch (noch) nicht möglich ist. Das sind z.B. LWR-Brennelemente mit hohem Abbrand, also langer Standzeit im Reaktor, Brennelemente mit wiederaufgearbeiteten Uran (WAU), mit Plutonium-Uran-Mischoxid (MOX) oder mit defekten Brennstäben. Die LWR-Brennelemente werden "behandelt": sie werden entweder — nach Abtrennen des Kopfstückes — in die einzelnen Brennstäbe zerlegt und dann in Pollux-Behälter gebracht, **oder**nach der Zerlegung in etwa 1 m lange Brennstab-Stücke geschnitten und dann in Pollux-Kokillen verpackt. Die Behälter sind angeblich auch für eine Zwischenlagerung geeignet, so daß die Möglichkeit besteht, sie wieder zu öffnen und den Inhalt wiederaufzuarbeiten.

In der PKA sollen weiterhin Brennelemente des Hochtemperaturreaktors (Entsorgungsnachweis für den HTR in Hamm!) sowie Brenn- und Brutelemente des Schnellen Brüters als sog. Sonderelemente (SEB) konditioniert werden. Letztere sollen wiederaufgearbeitet und nur "in Ausnahmefällen", z.B. wenn sie defekt sind, in die Anlage gelangen;

— das **"Umladen" von Abfällen** aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen aus deutschen AKW's in Frankreich (La Hague) oder England (Sellafield). So sollen z.B. Glaskokillen mit zementierten Müll in Transportbehälter angeliefert und in der Pilot-Konditionierungsanlage in Transport- und Lagerbehälter umgeladen werden; ein Vorgang, dessen Sinnhaftigkeit nicht sehr einleuchtend ist.

Es handelt sich bei diesen Abfällen aus dem Ausland übrigens um große Mengen. Laut "Entsorgungsbericht" der Bundesregierung vom 13. Januar 1988 sind allein bis zum Jahr



2000 zurückzunehmen:
— etwa 3.000 HAW-Glasblöcke (mit je 150 l Nettovolumen)
— etwa 3.200 Kubikmeter konditionierte Hülsen und Strukturteile (beides wärmeentwickelnder Müll)
— ca. 38.300 Kubikmeter sonstige konditionierte radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung.
Über das Jahr 2000 hinausgehende Angaben werden im "Entsorgungsbericht" nicht gemacht;

— die **"Behandlung" von Abfällen**, z.B. Eindampfen von Flüssigkeit;

— **Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten** an Behältern und defekten Abfallgebinden (z.B. Reinigen und Reparieren von defekten Castor-Behältern; "Nachbessern" von Bläh-Fässern und HAW-Glaskokillen?).

Kenndaten der Anlage

Die Obergrenze der Verarbeitungskapazität wird bei der Konditionierung von LWR-Brennelementen **durch den Schwermetalldurchsatz** (maximal 35 t/Jahr) bestimmt; technisch könnten also größere Mengen verarbeitet werden. Für alle anderen Arbeiten (sonstige Brennelemente, Abfallkonditionierung usw.) bestimmt die **Verarbeitungskapazität** der Anlage die jeweiligen maximalen Jahresmengen.

Laut Angabe des Sicherheitsberichtes besteht die primäre Aufgabe der Anlage in der Erprobung und Demonstration von Konditionierungsverfahren für abgebrannte Brennelemente. Angesichts der aus dem Ausland zurückzunehmenden Mengen von Abfällen stellt sich allerdings die Frage, ob es sich hier nicht um einen großen Etikettenschwindel handelt: Wenn nämlich der gesamte oben genannte wärmeentwickelnder Müll in der PKA verarbeitet werden sollte, dann wäre die Anlage damit etwa 6 bis 10 Jahre überwiegend ausgelastet.

Nukleare Kenndaten		
– DWR-Brennelemente		
• Anfangsanreicherung (DWR-Uran-BE)	Auslegung	4,0% U-235
• Spaltstoffanteil (DWR-Mox-BE)	Auslegung	3,4% Pu_{fiss}
• Abbrand	Auslegung	50 GWd/tSM
maximaler Abbrand für einzelne BE		55 GWd/tSM
• Standzeit im Reaktor in Vollasttagen bei 50 GWd/tSM		1.333 d[1)]
• Mindestabklingzeit für die Konditionierung		3 a[1)]
– SWR-Brennelemente		
• Anfangsanreicherung (SWR-Uran-BE)	Auslegung	4,0% U-235
• Spaltstoffanteil (SWR-Mox-BE)	Auslegung	3,4% Pu_{fiss}
• Abbrand	Auslegung	40 GWd/tSM
• Standzeit im Reaktor in Vollasttagen bei 40 GWd/tSM		1.667 d[1)]
• Mindestabklingzeit für die Konditionierung		3 a[1)]
– HTR-Brennelemente		
• Anfangsanreicherung des Urans		bis ca. 93%
• Abbrand		80–160 GWd/tSM
• Standzeit im Reaktor in Vollasttagen		1.068 d
• Mindestabklingzeit für die Konditionierung		1 a
– Sonderelemente der Brutreaktoren (SEB)		
• mittlerer Abbrand		70–100 GWd/tSM
• Mindestabklingzeit für die Konditionierung		6 Monate

1):
Die Konditionierung von Brennelementen mit kürzeren Abklingzeiten und/oder anderen Standzeiten im Reaktor ist in Ausnahmefällen möglich, wenn die Nachzerfallswärme der Brennelemente die zulässige Wärmeleistung für die Endlagerbehälter nicht überschreitet.

Tab. 1: Hauptkenndaten der Pilot-Konditionierungsanlage

Die "nuklearen Kenndaten" sind in Tabelle 1 aufgeführt. Allerdings ist dort von einem **maximalen**Abbrand von 55 GWd/tSM die Rede, während es im Sicherheitsbericht noch eine Seite vorher hieß: *"Entsprechend dem Pilotcharakter der Anlage besteht die Möglichkeit, auch Brennelemente zu konditionieren, deren nukleare Kenndaten von den in der Tabelle genannten Werten abweichen. Als Beispiele seien genannt: DWR-Brennelemente mit... einem Abbrand bis 50 GWd/tSM."* Irreführung, Schlamperei bei der Abfassung des Sicherheitsberichtes oder insgesamt kennzeichnent für die Fähigkeit der Firma, Anlagen zu planen?
Hinsichtlich der Mindestabklingzeit für die Konditionierung (3 Jahre) fällt auf, daß in einer früheren Version des Sicherheitsberichts (März 1987) von 10 Jahren für den Fall des Zerschneidens von Brennelementen ausgegangen wurde.

Radioaktive Abgaben im Normalbetrieb

Bei den Arbeiten in der PKA, insbesondere bei der Behandlung der LWR-Brennelemente, werden radioaktive Stoffe freigesetzt und über unzureichende Rückhalteeinrichtungen in die Luft oder in die Elbe geleitet; darunter sind Tritium, Krypton-85, Jod-129, Strontium-90, Cs-137 und Plutonium-239.
Wie hoch die radioaktiven Emissionen sein sollen, zeigt ein Vergleich mit der "Referenz-Konditionierungsanlage" KA 700, die seinerseits (1984) dem sog. Systemvergleich (Vergleich Wiederaufarbeitung — Direkte Endlagerung: Projekt Andere Entsorgungstechniken) zugrundelag:
Wie Tabelle 2 zeigt, sollen aus der "kleinen" PKA mit einem 20fach geringeren Durchsatz pro Jahr etwa 3mal mehr Tritium, 16 mal mehr Krypton-85, 83 mal mehr Jod-129, 260 mal mehr sonstige beta- und gamma-Strahler und 335 mal mehr alpha-Strahler in die Luft abgeleitet werden als der aus der "großen" KA 700 mit einem Durchsatz von 700 t Schwermetall/Jahr. Neben der schlichten Tatsache, daß Papier geduldig ist — die Angaben für die KA 700 wurden übrigens von NUKEM/DWK zusammengestellt — zeigt sich hier deutlich der Einfluß von Kosten-Nutzen-Überlegungen: beim "Projekt Andere Entsorgungstechniken" wurde das Konditionieren ganzer intakter Brennelemente unterstellt; in der Pilot-Konditionierungsanlage sollen hingegen aus wirtschaftlichen Gründen — man benötigt weniger Behälter und hat damit geringere Behälter- und Lagerkosten — die Brennelemente zerlegt oder zerschnitten werden. Die Folge ist, daß erheblich mehr Radioaktivität in die Umwelt abgegeben wird.

Nuklid	PKA (35 jato)	KA 700 (700 jato)	Faktor
Tritium	7,4 E11	2,6 E11	2,8
Krypton-85	1,5 E15	9,3 E13	16
Jod-129	8,1 E7	9,8 E5	83
sonstige			
-Strahler	4,4 E9	1,7 E7	259
-Strahler	6,7 E7	2 E5	335

(Anm. zuerst beta und gamma-Strahler u. dann alpha-Strahler)

Tabelle 2: Abgaben von Radionukliden mit der Abluft: Vergleich der Antragswerte der PKA mit den Mengen aus der "Konditionierungsanlage 700" (Projekt Andere Entsorgungstechniken); Bq/Jahr

Die **Strahlenbelastung** durch die abgegebenen radioaktiven Stoffe liegt nach DWK-Berechnungen — wen wollte es wundern — weit unterhalb der zulässigen Dosisgrenzwerte nach Strahlenschutzverordnung, z.B. 3,5 mrem/Jahr Schilddrüsendosis (gegenüber 90 mrem/Jahr) oder 0,6 mrem Ganzkörperdosis (gegenüber 30 mrem/Jahr). Beim genaueren Hinsehen erhärtet sich der Verdacht, daß hier schöngerechnet worden ist; das betrifft z.B. die chemische Form des abgeleiteten Jods, Wetterdaten und die verwendeten Transfaktoren.

Störfälle

Die DWK betrachtet vier Störfallszenarien, nämlich Absturz eines Brennelementes, Leckage eines Verdampfers, Brand von Zirkaloy-Spänen (beim Zerschneiden der Brennstäbe) und Erdbeben. Selbst nach Störfällen sind jedoch laut Sicherheitsbericht nur äußerst geringe Strahlenbelastungen zu erwarten, nämlich Bruchteile eines Milirem bis höchstens 30 mrem Knochendosis (nach einem Erdbeben; gegenüber 30 rem Störfallgrenzwert). Allerdings sind die Angaben im Sicherheitsbericht so dürftig und ungenügend, daß mit ihrer Hilfe allein keine Nachprüfung dieses erstaunlichen Ergebnisses möglich ist. So ist z.B. nicht zu beurteilen, ob sämtliche in der Anlage möglichen Störfälle abgedeckt sind, und wegen fehlender detaillierter Angaben bei den betrachteten Störfällen lassen sich keine gesicherten Aussagen treffen. Weiterhin fällt auf, daß die DWK sehr optimistische Annahmen hinsichtlich der Rückhaltewirkung der Filter und damit der freigesetzten Mengen zugrundelegt.

Transporte

Der Betrieb der PKA wird zu zahlreichen Atomtransporten führen. Über Aufkommen und Strecken schweigt sich jedoch der Sicherheitsbericht ebenso aus wie über das genaue Inventar und die Qualität der Behälter. Hinsichtlich der Anzahl von Transporten läßt sich grob abschätzen, daß etwa 24 Transporte pro Jahr mit abgebrannten Brennelementen stattfinden werden — wenn die Anlage ausschließlich LWR-Brennelemente verarbeitet. Eine erheblich größere Anzahl ist jedoch zu erwarten, wenn praktisch ausschließlich Abfälle aus der Wiederaufarbeitung im Ausland "umgepackt" werden: etwa 340 Eisenbahnwaggon- oder LKW-Ladungen mit wärmeentwickelndem Atommüll, daneben noch einige Ladungen nichtwärmeentwickelnden Atommülls.

Wohin mit dem Müll?

Falls die DWK Überlegungen angestellt haben sollte, was mit dem radioaktiven Müll aus der Anlage (oder den wiederverwertbaren "Reststoffen", zumindest im Fall der abgebrannten Brennelementen?) anschließend geschehen soll, so ist davon im vorliegenden Sicherheitsbericht kaum etwas zu merken. Die DWK setzt zwar als selbstverständlich voraus, daß die Endlager Konrad und Gorleben geeignet sind; aber einmal davon abgesehen von dieser grundsätzlichen Problematik: ein Zwischenlager für konditionierte zerlegte oder zerschnittene Brennelemente existiert ebenso wenig wie ein Zwischenlager für verglaste hochaktive Abfälle. Befürchtungen, daß die Lagerhallen des Zwischenlagers Gorleben dazu herhalten sollen, sind sicherlich nicht unbegründet.

Alles paletti ?

Der Sicherheitsbericht versucht zumindest den Eindruck zu erwecken, die DWK habe alles im Griff. Äußerungen der Industrie sind da schon direkter. So heißt es in einer Anzeige der Firma Noell Rüterbau aus Würzburg (einem Unternehmen der Salzgitter-Gruppe) in der Zeitschrift "Atomwirtschaft Atomtechnik" vom März 1988: *"Im Auftrag der DWK erarbeitet ein Firmen-Konsortium unter Federführung von Rüterbau gegenwärtig die Entwurfsplanung für die Pilot-Konditionierungsanlage Gorleben (PKA)... Einzelne Verfahrensschritte werden schon jetzt bei Rüterbau im kalten Versuch erprobt..."*

Ulrike Fink, Gruppe Ökologie Hannover

!!!!! Am 25. Mai findet die im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens vorgeschriebene, öffentliche Anhörung zur Pilotkonditionierungsanlage um 10 Uhr in Gartow, Haus des Gastes, statt. In diesem Etablissement finden etwa 250 Leute Platz. Sehr Viele sollen kommen, damit wir der Atommafia zeigen, was eine solche Veranstaltung wert ist! !!!!!

!!!!! Flugblätter gegen die PKA können ab sofort bei der BI Lüchow-Dannenberg bestellt werden. !!!!!

Ein Transportbehälter mit erfrischenden Brennelementen für die landwirtschaftliche Reproduktion im Wendland, BRD, wird in Gorleben verladen.
Foto Kirsten

Welt, d. 13. 4. 1988

Atomgesellschaft mahnt Einsatz von Gorleben an

WELT-Gespräch mit dem DWK-Vorsitzenden Straßburg

MICHAEL JACH, Hannover

Mit wachsender Ungeduld wartet die in Hannover ansässige Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) auf „grünes Licht" für die Einlagerung von Hochsicherheitsbehältern mit verbrauchten Reaktor-Brennelementen im Zwischenlager Gorleben. Die Anlage für 1500 Tonnen Brennstäbe ist seit 1983 fertiggestellt. Für DWK-Vorstandsmitglied Otto-Wolfgang Straßburg ist es, wie er im Gespräch mit der WELT erklärte, „politisch nicht mehr nachvollziehbar", warum die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig die Anordnung des Sofortvollzugs ihrer im September 1983 erteilten Aufbewahrungsgenehmigung noch hinauszögert.

Aus der Sicht der DWK gibt es dafür „politisch" kein Hindernis mehr, seit das Bundesverfassungsgericht Anfang Februar Beschwerden gegen die Baugenehmigung des Lagers abgewiesen hat. Andere Verfahren in gleicher Sache beim Verwaltungsgericht Stade aber sind, weil mit Blick nach Karlsruhe jahrelang ausgesetzt, noch unentschieden. Nach Straßburgs Angaben bestand vor einem halben Jahr „Einvernehmen" mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer und der PTB über den Beginn der Einlagerung nach dem Karlsruher Urteil. Die Anordnung des Sofortvollzugs könnte die Aufschub-Wirkung der in Stade anhängigen Klagen brechen, hat aber einen Haken: Als Voraussetzung ist nach bestehender Atomrechtslage ein „akuter Entsorgungsnotstand" nachzuweisen.

Eben dies aber, das räumt auch DWK-Vorstand Straßburg ein, fällt schwer, solange deutsche Brennelemente vor ihrer derzeit noch in Frankreich (La Hague) oder England (Sellafield) vorgenommenen Wiederaufbereitung dort auch zwischengelagert werden können. „Eng" wird es erst gegen Mitte der 90er Jahre, wenn die bestehenden Verträge mit den Nachbarländern auslaufen.

Die DWK – gemeinsame Tochter der elf deutschen Stromversorger, die Kernkraftwerke betreiben – betrachtet die juristische Koppelung des Sofortvollzugs an einen „Notstand" als Durchsetzungshindernis für entsorgungspolitische Entscheidungen, dessen Konsequenzen über das Zwischenlager Gorleben weit hinausreichen. Mit diesem Hebel, argumentiert Straßburg, könne der Betrieb prinzipiell jeder Entsorgungseinrichtung immer weiter hinausgezögert werden, solange überhaupt Ausweichmöglichkeiten für Zwischenlagerung und Wiederaufarbeitung bestünden. So entschieden der Bundesumweltminister die straffe Neuordnung der deutschen Kernkraft-Entsorgung betreibe, so „sinnlos" sei es dann, bereits vorhandene nationale Kapazitäten „jahrelang ungenutzt zu lassen".

Hinter dem Drängen der DWK steht die Sorge, die „Hängepartie" beim Zwischenlager Gorleben werde sich wiederholen, wenn in zwei Jahren ihr zweites Zwischenlager in Ahaus fertiggestellt ist. Nach der Aufhebung des Baustopps durch das Oberverwaltungsgericht Münster werden dort die Bauarbeiten seit zehn Tagen fortgesetzt. Vollends prekär wäre es für das Unternehmen, wenn „dieses Spiel" sich eines Tages in Wackersdorf an der Wiederaufarbeitungsanlage wiederholte. Der DWK-Vorstand fordert es nicht gerade heraus, doch Straßburg stimmt der einzig möglichen Schlußfolgerung zu: Mit seiner Kritik am juristischen Gelenk zwischen Sofortvollzug und „Notstand" zielt das Entsorgungsunternehmen auf Änderungen beim Bau- und Atomrecht.

Ein Transportbehälter mit abgebrannten Brennelementen für die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, Frankreich, wird in Cherbourg verladen.
Foto Gleizes, Greenpeace

Anonyme Schlaffsäcke

Neue Selbsthilfegruppe im Wendland

Gorleben/Gedelitz.
Die Ersten kommen, als es dämmrig wird — die Autokennzeichen vorsorglich mit Schlamm unkenntlich gemacht. Einige parken hinter dem Haus, andere in unauffälliger Entfernung im Dorf. Was sich da so klammheimlich vollzieht, ist nicht die Neueröffnung eines ländlichen Etablissements, sondern das erste Treffen der neugegründeten Wendlandischen Selbsthilfegruppe, der **»Anonymen Schlafffsäcke e.V.«**.

Der alte Tanzsaal, jedem von unzähligen Treffs und Aktionen bekannt, bietet ein gespentisches Bild: Um im Kreis der ehemaligen Mitstreiter unerkannt zu bleiben, haben sich die Anwesenden Kapuzen aus abgelegten Demo-Fahnen über den Kopf gezogen oder Spitztüten aus gefalteten Protestplakaten übergestülpt. Die eingeschnittenen Löcher lassen nur die traurigen Augen erkennen, die nun im Schein der Fackeln voller Argwohn in die Runde blinzeln. Es dauert lange, bis einer das Wort ergreift: Er räuspert sich, setzt an — redet sich auch schon fest. Zu tief sitzt die Scham, über das zu sprechen, was jeden hier im Saal belastet.

Jemand kommt ihm zur Hilfe: Schlaffsein ist eine Krankheit. Wir alle sind betroffen, deshalb sind wir hier; wenn wir uns gegenseitig stützen, gibt es vielleicht einen Ausweg!

Der Sprecher macht einen neuen Ansatz. Man muß gut hinhören, um die geflüsterten Worten zu verstehen: Warum ist er damals ausgestiegen? Nunja, der Umbau, die angeknackste Beziehung, die Querelen um den Büchertisch — ein ganzes Bündel von Gründen. Mann kennt das ja — oder? Dieses »oder« ist bittend in den Raum gestellt, ein Appel. Andere Kapuzen und Spitztüten nicken. Bei allen war es ähnlich. Schuldlos sind sie da reingerutscht: die Umschulung, der wochenlange Keuchhusten der Lütten, die Lamm-Zeit, der Dauerzoff in der WG, die Abzahlung für die Kawa. das schwule Coming Out, die Mithilfe beim Schiegervater, die verdammte Quecke im Garten, der Aufbau der Bauchtanz-Gruppe. Und dann natürlich der allgemeine Frust. Der Widerstand sei doch zwischendurch völlig am Arsch gewesen, habe sich doch mit 1004 selbst beerdigt. Das ewige Hick-Hack auf den Trebel-Treffen und dann allmählich das Gefühl der Ohnmacht, der Hilflosigkeit. Irgendwann hätten sie sich halt ausgeklinkt, seien weggeblieben.

Und — hatten sie nie ein schlechtes Gewissen? Einer mit einer Jutetasche über dem Kopf fängt an zu schluchzen. Er steht von Beginn an in der äussersten Raumecke, mit dem Rücken zum Saal. Oft! bekennt er leise. Als die Gorleben-Mauern weiter und weiter wuchsen, als die ersten Fässer eingelagert waren — spätestens mit Tschernobyl sei das schlechte Gewissen gekommen, die Scham und der Ekel vor ihm selbst.

Und, was weiter? Die Jutetasche zuckt mit den Schultern. Jemand öffnet den alten Kanonenofen, läßt den Kasten mit Asche herumgehen.

Eine Loden-Kapuze verweigert sich. Wer mache die Umkehr dann so schwer? Doch wohl die ewig-standhaften Super-Fritzen, die nie-frustrierten Dauer-Aktiven, die selbst auf dem Waschlappen im Bad noch eine Anti-AKW-Sonne haben!

Ein langer Dünner mit einer Kapuze aus einem zerknitterten ALBRECHT-WIR-KOMMEN-Plakat nickt seine Zustimmung so heftig, daß ihm die Tarn-Pappe fast vom Kopf fällt. Da werde immer von Solidarität gefaselt, aber kaum habe er sich nach längerer Abwesenheit mal wieder bei einem Treffen blicken lassen (wer lange nicht da war, *komme* ja nicht, sondern er *lasse sich blicken*!), da sei die Häme auch schon voll losgegangen: Keine Zeit? Ha-ha! Das Haus? Lächerlich! Daß die Welt inzwischen zum Teufel ginge, das interessierte wohl nicht. Dabei ist so ein Umbau nun wirklich keine Kleinigkeit, zumal in der Freizeit und in Lehmbauweise! Er habe schon mit dem Gedanken gespielt, zur CDU zu gehen: konsequent die Seite wechseln, einfach um Ruhe zu haben. Die Albrecht-Tüte fängt an zu weinen. Betroffenheit macht sich breit. Eine Stoffkapuze aus der Freien Republik setzt sich neben sie, streichelt ihr sanft das zerknitterte Papier, findet instinktiv die richtigen Worte. Sie selbst kenne diese Situation nur zu gut: die Angst vor den Vorwürfen, der dauernde Zwang, sich zu entschuldigen. Sie sei am Ende richtig menschenscheu geworden, habe sich total eingeigelt. Ein Typ in Lederhosen mit der Turmbeflagung von 1004 über dem Kopf schaltet sich ein. Als es bei ihm nicht mehr weitergegangen sei, habe er notgedrungen das Umfeld gewechselt, sich gezielt eine andere Identität aufgebaut; neues Outfit, schrille Kneipen, Sekt Sowieso, Tempo-Abo, Swatch, Zeitgeist. Reine Selbsterhaltung, sowas! Alles habe er sein wollen, nur kein »öko«! Kein lächerliches Gliedchen in einer lächerlichen Menschenkette, kein Mutlangen-Nachsitzer und erst recht keiner von diesen Bi-Laden-Hütern! Eine Kapuze in Gelb und Rot, die Augenlöcher genau in die lachende Nein-Danke-Sonne geschnitten, schnipst erregt mit den Fingern: das sei doch nichts als eine selbstverpaßte Vollnarkose! Die Zerstörung ringsrum gehe doch unvermindert weiter. Trotz Zeitgeist, oder gerade deswegen!

Was denkst Du, warum ich hier bin? fetzt die Lederhose. Was denkst Du, warum ich nachts schreiend wach werde?

Eine Elbe-Jeetzel-Zeitung, offenbar erst in letzter Sekunde zurechtgedreht, fährt dazwischen. Auch wenn der Leidensdruck kaum noch auszuhalten sei — sie habe einfach Schwierigkeiten, sich wieder einzubringen. Es sei wie früher ihre Angst vor dem Gefressenwerden, die Angst, gleich beim ersten Treffen vereinnahmt zu werden, die Lübeck-Aktion, der Plakat-Entwurf, die Strecken-Konferenz, der Posten als

Kassenwart — womöglich noch irgendeine illegale Klebeaktion. Die ganze Hand könne sie eben nicht geben, und dem kleine Finger sei leider nicht gerade mutig.

Die Runde der Vermummten schweigt. Ein paar kleine Finger ergeben keine Faust, und was sich da mal wieder ballt, ist die Resignation. Die Krankheit im fortgeschrittenen Stadium — ein Krebsgeschwür, das sich selbst den Nährboden bereitet.

Das war's dann wohl! Die ersten machen sich gerade zum Gehen bereit, da bittet der Typ mit der Jutetasche auf dem Kopf noch um eine Gefälligkeit. Er möchte von jedem einen Tritt. Irgendwie spüren, daß man nicht allein ist — wenigstens so! Die eingesunkenen Kapuzen zucken zusammen, protestieren: Wenn einer einen Tritt braucht, dann sind sie es doch! Plötzlich ist wieder eine ungeheure Nähe unter diesen Unglücklichen zu spüren. Man ahnt den starken Wunsch, die Kapuzen herunterzureißen und sich das zentnerschwere schlechte Gewissen aus dem Leib herauszuschreien, das lange einsame Leiden in heftigen Umarmungen tränenreich und warm zu ersticken.

Aber in dieser Nacht bleibt die versprochene Anonymität gewahrt. Wenn ich sicher wäre, sagt einer, daß ich keine Vorwürfe bekäme... Wenn ich einfach zurückgehen könnte — ohne Rechenschaft zu geben... Die Umstehenden nicken. Im Moment komme ja doch eine ganze Menge in Bewegung, sagt eine Frau. Lübeck, Hanau, die Zwischenlagerblockade der Bauern, die satte Großdemo neulich...

Und wenn demnächst der CASTOR mit Atommüll kommt?

Der wird sich wundern! In Meuchefitz treffen sie sich jeden Montag! Sogar Dannenberg hat wieder eine Ortsgruppe...

Das nächstliche Zusammentreffen, das kurz zuvor noch auf seinen Tiefpunkt zuzusteuern schien, nimmt plötzlich eine Wendung. Was so zögernd begann, entwickelt sich in kürzester Zeit zu einem rauschartigen Austausch von Daten, Terminen und Ideen. Als sich am frühen Morgen der letzte der ANONYMEN SCHLAFFSÄCKE auf den Weg in sein Dorf macht, bleibt ein Termin merkwürdigerweise offen: Wann sich die ANONYMEN wiedertreffen werden. Nur ein Versäumnis oder die heitere Unterlassungssünde von Genesenden?

Die nächsten Ortsgruppentreffen, die Montagsrunde in Meuchefitz und die CASTOR-Transporte werden es zeigen!

Peter Bauhaus

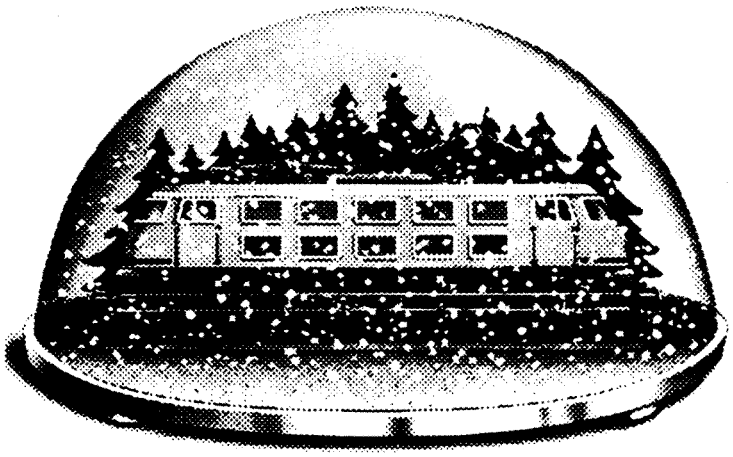
IZB
IHR ZUG-BEGLEITER

im verhängnisvollen Jahr .....

A 1988

Karlsruhe — Phillipsburg — Biblis — Hanau — Würgassen — Grohnde — Dannenberg — Gorleben

EINE WETTERLAGE ZUM SCHÜTTELN.



Zum Glück gibt's ja die Bahn. Da sind Sie bei jeder politischen Wetterlage gut aufgehoben. Selbst für den Verteidigungs- oder Spannungsfall haben wir vorgesorgt. Die Bahn transportiert alles: Bomben, Giftgase und Munition.
Wenn Sie mit uns Konflikte vorbereiten oder heute schon beeinflussen wollen, dann fragen Sie uns, wir unterstützen Sie gerne. Fühlen Sie sich bombensicher.

DB Die Bahn

VON HAUS ZU HAUS - ATOMMÜLLZÜGE VORAUS

Von uns abgeholt — von uns zugestellt. Atommüllservice an vielen Orten. Sachdienliche Hinweise erhalten Sie auf den folgenden Seiten.

DB

Liebe Leute !

Auf dem letzten Castor-Treffen im Wendland am 9. April ist deutlich geworden, daß es noch vollkommen unklar ist, ob und wann tatsächlich mit dem ersten Castor-Transport ins Zwischenlager zu rechnen ist. Dagegen gibt es offensichtlich konkrete Informationen über geplante Atomtransporte in anderen Städten, so daß vereinbart wurde, die Castor-Treffen (quasi als Nachfolgerin der Streckenkonferenz zu den MOX-Transporten) grundsätzlich auf alle Atomtransporte auszudehnen. Einer solchen"**AG Atomtransporte**" könnte nach unserer Einschätzung in den nächsten Jahren eine zentrale Bedeutung innerhalb der Anti-AKW-Bewegung zukommen. Dies gilt um so mehr, da wir erst am Anfang der Transportproblematik stehen und in den nächsten Jahren mit einer erheblichen Zunahme der Transporte rechnen können.

Darüber hinaus schafft nach unserer Ansicht eine solche "AG Atomtransporte" erst die Basis für ein bundesweit arbeitendes Transportbüro, beide stellen die Voraussetzung für eine erfolgreiche, langfristige Kampagne gegen die Atomtransporte dar, die nicht nur reginale Bedeutung besitzt. Wir meinen, daß es erforderlich ist, über die vorhandenen strukturellen Ansätze, sowie die verschiedenen Vorstellungen zu diesem Aspekt auf dem nächsten Treffen, welches am 14. Mai im Rahmen der Atommüllkonferenz am 14. Mai stattfindet, weiter zu diskutieren. Als Tagesordnung schlagen wir vor:
1. Finanzbericht / AG Atomtransporte / Transportbüro
2. Gorleben / langfristige Kampagne zu den Transporten.

zu1.: Wir halten es - wie schon gesagt - für sinnvoll zu diskutieren, welche Funktion den Treffen bzw. einer " AG -Atomtransporte" überhaupt zukommen und in welchem Rahmen diese Treffen stattfinden sollen. So bestände die Möglichkeit, daß diese Treffen "nur" im Rahmen von Atommüllkonferenzen oder aber unabhängig von diesen erfolgen und damit eine eigene Struktur für den Transportbereich geschaffen werden müßte. Weiterhin sollte gewährleistet sein, daß solche Treffen in Zukunft besser vorbereitet werden. Hierzu schlagen wir vor, daß die Vorbereitung im Wechsel von den einzelnen Regionaltreffen erfolgt.

Für das Transportbüro wäre es sinnvoll, nochmals über dessen Aufgaben zu sprechen und wie die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, daß es diese auch wahrnehmen kann. Auf den Streckenkonferenzen in Bremen und Braunschweig sind folgende Aufgaben für ein solches Büro genannt worden:
— Archiv für Atomtransporte
— Infostelle für Inis, die sich mit Transporten beschäftigen wollen
— Anlaufstelle für Öffentlichkeit/Medien
— Vermittlung von Kontakten sowie Koordinationsaufgaben.

Daraus ergibt sich für uns neben der Frage nach der Finanzierung allein dieser Aufgaben die Frage, wie ein solches Büro noch ehrenamtlich diese Anforderungen erfüllen kann und inwieweit es nicht einer Gruppe (z.B. einer Region) als Träger bedarf.

zu2.: Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sich nicht für zuständig zu erklären, schien der Weg für die ersten Castor-Transporte frei. Dennoch besteht bei den meisten AKWs kein sog. Entsorgungsnotstand, der die PTB gezwungen hätte, umgehend den sofortigen Vollzug einer Einlagerung von Castor-Behältern ins Zwischenlager anzuordnen. In einigen AKWs sind die Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente im Laufe dieses Jah-

Autokino in

Was tun, wenn der CASTOR kommt ?

Am 1. Mai 1988 fand in Gedelitz der erste 'RATSCHLAG' der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg statt — ein vierteljährliches Plenum, das sich vorgenommen hat, die BI wieder ein bißchen gelenkiger zu machen. Ein neuer Begriff, ein neuer Termin — und als Ergebnis gleich ein weiteres Novum:
Die Bürgerinitiative wird offen zu einer Blockade der kommenden CASTOR-Transporte aufrufen. Bei früheren Aktionen hatte sie stets den Repräsentanten der FREIEN REPUBLIK den Vortritt gelassen. Die BI wird das in Gedelitz vorgestellte Konzept in der Öffentlichkeit vertreten, sie sieht es allerdings nicht in Konkurrenz zu anderen Aktionsformen.

Das 300-Leute-Konzept:

Wir wollen eine Blockade-Aktion mit mindestens 300 Leuten durchführen. Die Aktion soll mehr als ein symbolischer Protest sein, aber trotzdem das Risiko für den Einzelnen so niedrig wie möglich halten. Durch gründliche Planung und eine breite öffentliche Diskussion soll erreicht werden, daß jede/rTeilnehmer/in genau weiß, auf was er/sie sich einläßt. Auch die Gegenseite soll wissen, was wir wollen — sie soll aber auch wissen, was wir nicht wollen.

VORAUSSETZUNGEN:

Diese Aktion richtet sich **nicht** unbedingt gegen den ersten CASTOR. Sie soll dann stattfinden, wenn wir rechtzeitig von einem Transport wissen und genügend Zeit zur Alarmierung haben. Die Aktion kann nur Erfolg haben, wenn sich mindestens 300 Leute daran beteiligen und ihre "Mittäterschaft' schon vorher schriftlich zusagen.

Wendland

ABLAUF:

Nach Bekanntwerden eines bevorstehenden Transportes lösen wir über Alarmlisten den Alarm aus und geben Ort und Uhrzeit der Aktion bekannt.
Die Teilnemer/innen fahren mit ihren PKW/LKW zum vereinbarten Treffpunkt. Allein ihr gleichzeitiges Zusammentreffen führt bereits zu einer vorläufigen Blockade.
Über eine ausgeschilderte Strecke, die für den CASTOR nicht passierbar ist, wird der normale Verkehr umgeleitet. Darüber, wie die eigentliche Blockade aussehen wird (Sitz- oder Autoblockade, Menschenteppich oder -Kette o.a.) und wie konsequent bzw. flexibel an dem gewählten Konzept festgehalten wird — darüber haben sich die Teilnehmer/innen vorher verständigt. Auf Plakaten und Transparenten und mit Flugblättern wird auf den Anlaß der Blockaden hingewiesen. Parallel erfolgt die Öffentlichkeitsarbeit über die Medien.
Das kann ja gemütlich werden: alle Teilnehmer/innen haben Sitzgelegenheiten (Klappstühle, Sperrmüll-Sessel, Strohballen usw.), Decken, Schlafsäcke, Regenplanen, Musikinstrumente und reichlich Verpflegung mitgebracht. Wenn es dunkel wird, gibt es das erste Lüchow-Dannenberger 'Auto-Kino'.
Die Blockade hat zeitlich so weit vor dem eigentlichen Transport begonnen, daß jede/r Teilnehmer/in zum vereinbarten Treffpunkt gelangen kann, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden.
Der Charakter der Aktion, besonders aber die vorangegangene öffentliche Diskussion lassen ein 'unkontrolliertes' Vorgehen der Polizei unwahrscheinlich erscheinen. Selbst wenn die Blockade schon vor dem Eintreffen des CASTOR-Transportes abgeräumt wird, setzt sie ein Signal: sie schafft Öffentlichkeit für den CASTOR-Transport und wird auch überregional Leute dazu bewegen, sich auf den Weg zu machen und sich weiteren Aktionen anzuschließen.

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

res zwar erschöpft, doch besteht aufgrund der mit dem Ausland abgeschlossenen Verträge die Möglichkeit, diese zunächst dorthin zu transportieren. Eine Einlagerung im Zwischenlager ist z. Zt. für die Betreiber nicht zwingend erforderlich. Wir müssen aber davon ausgehen, daß eine politische Entscheidung zugunsten der Einlagerung in "nächster Zeit" erfolgen wird.

Allerdings glauben wir, daß das Planfeststellungsverfahren (ist nicht das atomrechtliche Genehmigungsverfahren gemeint? d.S.) für die Konditionierungsanlage abgewartet wird, genauso wie der Abschluß der "Umstrukturierung" der Atomindustrie, speziell des Transportsektors. Die Konditionierungsanlage spielt nach Angaben aus Bonn deswegen eine Rolle, weil ohne die Aussicht einer "heißen Zelle" in unmittelbarer Nähe zum Zwischenlager die Möglichkeit für einen gerichtlichen Einlagerungsstopp als sehr günstig angesehen wird.

Da ein Be- oder Entladen eines Castors im Zwischenlager nicht möglich ist, könnte die BLG zwar einen zusätzlichen Deckel auf einen defekten Castor schweißen, dürfte aber sonst keine Arbeiten an bzw. mit ihm ausführen.

Dieses Argument würde aber weitestgehend wegfallen, wenn die Konditionierungsanlage in "absehbarer Zeit" zur Verfügung stünde, da in der "heißen Zelle" ein defekter Castor ohne weiteres umgeladen werden kann. Daraus ergibt sich für uns, das ein Wendland-Konzept langfristig angelegt sein muß. Aber auch unsere Erfahrungem mit dem Tag X sprechen für eine langfristige Vorgehensweise. So halten wir es für politisch falsch, sich wieder nur auf einen Tag (y + 6) zu konzentrieren und damit den Eindruck zu erwecken, an diesem Tag könnten über 400 geplante Transporte verhindert werden. Dagegen kann deutlich gemacht werden, daß es notwendig und möglich ist, den politischen Preis für diese Transporte hochzuschrauben. Dies setzt aber voraus, daß die Bedeutung der ersten Transporte von uns nicht zu hoch angesetzt wird und ein breites Spektrum gegen die Transporte mobilisiert werden kann. Deswegen halten wir eine breit angelegte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, in die die Konditionierungsanlage genauso wie das Endlager einbezogen wird, für sinnvoll.

Beide bilden die Voraussetzung für weitere Transporte in diese Region. Die Bedeutung des Standortes Gorleben für das bundesdeutsche Atomprogramm gilt es genauso deutlich zu machen, wie die Funktion der Transporte für die laufenden Anlagen. Wir halten es weiterhin für erstrebenswert, Aktionen gegen die Transporte nicht erst im Wendland durchzuführen, sondern wenn möglich schon am Ausgangspunkt des jeweiligen Transports. Außerdem sehen wir nicht die Notwendigkeit einer Fixierung auf die Transporte ins Wendland, da Aktionen gegen andere Transporte a) den politischen Preis insgesamt in die Höhe treiben und b) die Unsicherheit für Polizei und Betreiber zunimmt.

Wie bisher deutlich geworden ist, halten wir eine langfristige überregionale Kampagne zu Atomtransporten für erforderlich. Neben dem Ansatz der Entsorgung sehen wir die Umstrukturierung der Atomindustrie für den Transportbereich als Themen von überregionaler Bedeutung an. So können wir uns eine Kampagne zum Thema "Deutsche Bundesbahn" vorstellen, während der mit Hilfe von Aufklebern und "Zugbegleitern" auf ihre Rolle im Transportunwesen hingewiesen wird. Wesentlich erscheint uns aber auch, eine regionale Ebene dieser Aktion durchzuführen. Mit ihr wäre deutlich zu machen, daß grundsätzlich alle Regionen von Atomtransporten betroffen sind. Hier wäre der örtliche/regionale Bezug verstärkt herauszuarbeiten, was am Beispiel der MOX-Transporte gut möglich scheint. Der Protest und Widerstand muß sich praktisch vor Ort formieren und in der jeweiligen Region verankern. Dazu ist eine wesentliche Verbreiterung in unsern Augen unumgänglich.

Mit atomfeindlichen Grüßen

Heidegruppe

Nieder-Rhein

Protokoll

22.4.88, Treffen von 25 NiederrheinerInnen gegen den Brüter

Infoaustausch

Außer dem Kalkar-Hearing im November '87, dem Sonntagsspaziergang am 28.2.88 und der Landeskonferenz der Anti-AKW-Inis/NRW waren eigentlich keine öffentlichen Aktivitäten da. Als einziges Infoforum steht die "ATOMWOLKE" da, die Pressenotizen über den Brüter sammelt und veröffentlicht. Die beiden BIs sind mehr oder weniger nur planerisch intern aktiv.

Aktuelle Situation

Töpfer will Anweisung zur Inbetriebnahme erteilen. NRW-Jochimsen lehnt aber (noch) ab. Holländische AKW-GegnerInnen befürchten jedoch die baldige Inbetriebnahme des Brüters. Sie sind in Besitz eines internen Papiers der INTERATOM (Unterfirma von KWU) gelangt, welches vom 18.2.88 datiert. Darin wird die beantragte 17. Teilerrichtungsgenehmigung von Sept. '87 als genialer Schachzug gefeiert. Diese Aktion, die vom Bundesforschungsminister ausgeht, sieht eine Genehmigung der baulichen Veränderungen bis Sommer '88 vor. Die "heiße Ware" erwarte man dann im Okt. '88. Es wird offensichtlich auf einen CDU-Wahlsieg in NRW spekuliert. Angeblich sei der Brüter auf dem neuesten Stand der Technik und natürlich viel ausgereifter als der franz. Superphönix. Technisch sei der Brüter sofort einsatzfertig. Es fehlen nur noch 3 Teilerrichtungsgenehmigungen:
Einlagerung der Brennelemente
leichte Inbetriebnahme/Probelauf
volle Belastung (mit anschl. Detonation!!)
Die HolländerInnen machten einen Aktionsvorschlag: **Letter-Power!** Das heißt, wir sollen alle einen holländischen Parlamentarier "adoptieren" und ihn/sie schriftlich und gewissenhaft zum Ausstieg aus dem Brütergeschäft bewegen. Nach dem Motto: "Es kann dein letzter Brief sein" sollen die Antworten bei der ATOMWOLKE gesammelt werden.
Die BRD übt gerade oder eigentlich schon die ganze Zeit politischen Druck auf die niederl. Regierung aus wg. Regreßansprüche bei evtl. Nichtinbetriebnahme. Es besteht in diesem Sommer wieder ein Finanzierungsengpaß und auch die Strommafiagesellschaften gehen auf Distanz. Forschungspolitisch und ökonomisch ist der Brüter sinnlos und gefährlich, das sagen nun auch positiv eingestellte Atomprofessoren. Er hat nur noch eine politische Bedeutung dahingehend, daß die korrupten Politiker ihr Gesicht nicht mehr verlieren und eine Niederlage gegen die AKW-GegnerInnen eingestehen wollen. Der Brüter hat in sich eine Eigendynamik entwickelt und findet seinen Platz nur noch in der militärischen Logik für einen Atomwaffenstaat BRD. Die Rolle der SPD kann man nur als Augenwischerei beschreiben, schließlich haben sie uns den ganzen atomaren Mist überlassen. Wenn man bedenkt, mit welch polizeistaatähnlichen Mitteln der Widerstand gegen den Brüter (und AKWs überhaupt) niedergeknüppelt worden ist und tragische Schicksale (z.B. Bauer Maas) auf das Konto der SPD-Landesregierung gehen, ist das derzeitige Verhalten nur "wählerstimmenpolitisch" zu erklären. Eine Pro-Brüter-Haltung der SPD würde sie zum jetzigen Zeitpunkt locker 10-15% der Stimmen kosten.

Mobile Meßstation

Leute aus der BI und um Kleve rum haben einen Verein gegründet mit dem Namen "Gesellschaft gegen atomare Verseuchung". Sie haben aus Privatbesitz wertvolle Meßgeräte für radioaktive Bestrahlung erhalten und diese durch den Erwerb eines Ford Transit in eine unabhängige Mobile Meßstation verwandelt. Vorstellung ist am 2. Jahrestag nach Tschernobyl. Die Meßstation soll als Druckmittel verstanden werden, um die Info-Blockade der radioaktiven Verseuchung zu durchbrechen. Angeblich hat sich behördlicherseits schon Ärger angekündigt.

Tschernobylaktionen

Ansonsten Fehlanzeige

CDU-Demo gegen den Brüter

Sie findet wohl weiterhin statt (sofern Kohl nicht sein Amt als Kanzler dagegenstellt - kann mir nur recht sein!), und zwar am 4.6.88 in Kalkar mit Franz Alt und anderen rechten Promis.

Privates am Rande

Ganz subjektiv will ich nun mal meinen Frust loswerden ob der Widerstandsperspektive gegen den Schnellen Brüter. Meines Erachtens wird viel zu sehr auf die rechtliche Ebene gestarrt. Auch die Aussage, daß die Bevölkerung im Kreis Kleve keine Grundlage für weitere Aktionen (wie z.B. Sonntagsspaziergänge o.ä.) biete, läßt in mir den Verdacht keimen, daß gewisse Kreise einfach nicht an einer (Neu)Weiterentwicklung des Widerstandes gegen das atomare Programm interessiert sind. Ohne jetzt die derzeitigen Aktivitäten schmälern zu wollen, vermisse ich den an anderen Orten dieser Republik öffentlichkeitswirksamen Widerstand (Hamm, Gronau, Lingen, Ahaus in NRW). Kalkar ist nicht mehr wie Gorleben und Wackersdorf einer der Schwerpunkte des AKW-Widerstandes, aber das Vertrauen auf eine Bauruine allein kann doch nicht alles sein??? Wieso in Ohnmacht versinken??? Ist nach 10-15 Jahren Widerstandsarbeit der Geist tatsächlich soweit ausgelaugt, daß da keine Perspektiven mehr sind? Oder vertraut mensch nur noch der "St.-Florians-Hoffnung", daß der atomare Kelch noch mal bei uns vorbeigegangen ist? Was ist, wenn die an WAAhnsinn grenzende CDU-Macht tatsächlich den Schnellen Brüter in Betriebnahme zwingt??? Finden sich dann erst die "einsamen RuferInnen" am Niederrhein zusammen, um wenigstens ein bißchen Sand im Getriebe der Atommafia zu sein??? Ich finde es falsch und traurig, nur auf die Reste einer früheren antiatomaren Kultur am Niederrhein zu seufzen, statt eine Wiederbelebung anzustreben. Vielleicht gibt es ja doch noch Leute, die keinen Bock auf den Brüter haben, bis zu 50 Kilometer drumherum wohnen und trotzdem was machen wollen. Wir "Auswärtigen" haben nur keine Lust, bei den BIs vor Ort auf Gleichgültigkeit oder gar Ablehnung zu stoßen! Vielleicht macht ihr Kreis-KleverInnen euch mal Gedanken darüber - denn nur gemeinsam sind wir stark genug! Hoffentlich bis bald! *Ulli Krauße*

Hamm-Uentrop

II. Sommercamp 88: Vom 10 – 17. Juli 1988 findet zum zweiten Male das Widerstandscamp gegen den THTR Hamm-Uentrop unter dem Motto "Abschalten und Entspannen" statt.
Wir werden wieder eine Wiese in der Nähe des Hochtemperaturreaktors bekommen. Das erste Camp entstand aus dem Bedürfnis, sich besser kennen zu lernen und eine Struktur in der Widerstandsbewegung zu schaffen. Und weil

die meisten von uns so gut auf diese 7-Tage-Zusammenleben abgefahren sind, machen wir ein Zweites.
Ideen für Veranstaltungen, Aktionen, Filme, Musik etc. werden natürlich von Euch erwartet und können zum Restrisiko, Südenmauer 11, 4730 Ahlen geschickt werden.
Wer letztes Mal nicht dabei war, kann sich im Umweltzentrum Münster die Dokumentation zum 87er Camp für DM 3,– bestellen.
Wie immer wird jede Menge Knete benötigt, die Ihr ja auch alle in Unmengen gebunkert habt und nur noch auf das Konto 489 40 468, BLZ 440 100 46, Postgiroamt Dortmund, Th. Pälmke, Verwendungszweck: Spengstoff für den THTR, zu überweisen braucht.

Das THTR Sommercamp findet vom 10.-17. Juli statt. Der Zeltplatz steht mittlerweile auch fest. Für das Sommercamp wird ein Programm erstellt, indem die einzelnen Veranstaltungen angegeben sind. Beziehen kann mensch das Programm beim Restrisiko Ahlen, Südenmauer 11 in 4730 Ahlen oder beim Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57 in 4400 Münster.
Der nächste Anti-AKW-Kalender wird vom Umweltzentrum Münster erstellt. Der Kalender soll die Anti-AKW-Bewegung stärken und wird deshalb inhaltlich ganz anders gestaltet werden. Im Kalender werden verbindliche Kontaktadressen für überregionale und regionale Konferenzen (AMK, LaKo's, usw.) und Rundbriefe (EuKo-Info, BEgA-Rundbrief usw.) angegeben. Außerdem werden regelmäßig stattfindende Widerstandsaktionen wie Sonntagsspaziergänge mit Ort und Zeit im Kalender enthalten sein.
Der Sorgenbericht (Gegenstück zum Entsorgungsbericht der Bundesregierung) ist fast fertig, hat ungefähr 60 Seiten und wird voraussichtlich 4,00 DM kosten. Bei der Atommüllkonferenz (13.-15.5. in Trebel) wird er vorliegen. Vorbestellungen können ab jetzt gemacht werden beim Umweltzentrum Münster. Am besten wäre per Vorkasse.

Lingen: Die Stadt Lingen finanziert das Gutachten für die Bürgergemeinschaft gegen Strahlenmolke. Es wird ungefähr 20.000,– DM kosten. Die Bremer Professorin Inge Schmitz-Feuerhake wird das Gutachten zur geplanten Pilotanlage und zu den radiologischen Aspekten des sogenannten Roiner-Verfahrens erstellen. Rechtlichen Einfluß wird dieses Gutachten nicht haben, da der Lingener Stadtrat (absolute CDU-Mehrheit) nur die Baugenehmigung erteilt und alles andere vom Umweltministerium genehmigt wird. Politisch ist es sehr relevant, da die CDU die Bürgergemeinschaft damit politisch vorführt und sie in der Öffentlichkeit lächerlich macht. Selbst schuld!
Das niedersächsische Umweltministerium hat am Gründonnerstag die 4. TEG (nukleare Betriebsgenehmigung) erteilt. Der Bremer Porfessor Gerd Winter hat Ostern Einspruch für beide Kläger (Coen Hamars, Herbert Masslau) beim OVG Lüneburg eingereicht, und um Aufschub für die Klagen bis zum 14.4. gebeten. Am Dienstag, den 12.4., wurden die Einsprüche abgelehnt. Am Mittwoch, den 13.4., wurden beiden Klagen eingereicht. Am Donnerstag, den 15.4., erfolgte um 18.58 Uhr die erste Kernspaltung. Die Reaktorleistung soll in der ersten Woche stufenweise auf bis zu 30% erhöht werden. In weiteren Schritten soll es darin auf 80 und schließlich 100% "hochgefahren" werden. Ab 30% Reaktorleistung erfolgt die Einspeisung des Stromes in das öffentliche Netz. Kritisiert wurde, daß keine Aktivitäten zur Inbetriebnahme des AKWs stattgefunden haben!!!
Offensichtlich soll die Grüne Klage eingereicht worden sein. Genaueres weiß aber keiner, da keine Pressearbeit und Information von den Lingener Grünen (Kläger) geleistet wird.
Auf der nächsten Ratssitzung soll eine Resolution (von der CDU eingerichtet) vom Lingener Stadtrat verabschiedet werden. Sie umfaßt auch die Schließung des NATO-Bobenabwurfplatzes Nordhorn-Range.

Gronau: Der AKU-Gronau beantragt, daß die nächste Euregio-Konferenz in Gronau stattfindet, zwecks Campvorbereitung (11.-14.8.). Internationale Beteiligung (England, Holland, BRD) für das Widerstandscamp wird erwartet. Der AKU hat einen Bürgerantrag gegen den Ausbau der UAA gestellt. Dieser Antrag wurde im Stadtrat mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP abgelehnt. Der SPD-Ortsverband Gronau spricht sich aber öffentlich gegen den weiteren Ausbau der UAA aus!!! Die Uranit setzt weiter den Gronauer Stadtrat unter Druck. Arbeitsplatz-Argument.

Borken: Die BI Borken unterstützt die Veranstaltung der Euregio-Konferenz am 26.4. in Rheine. Weitere Aktivitäten sind in Planung.

BUND/GfbU: 1 Hopi und 2 Cree-Indianer + Dolmetscher kommen am 26.4. um 17.39 im Hbf Rheine an. Von 17.45-18.00 Uhr Empfang beim Bürgermeister. Ab 19.30 Uhr findet die Pressekonferenz statt. Teilnehmen werden unsere Gäste und Jutta + Udo für die Euregio-Konferenz. Ab 20.00 Uhr findet dann die Talkshow statt und endlich haben wir auch Talkmaster gefunden: nämlich Jutta + Andreas!!! Am Samstag, den 23.4., wird ein Büchertisch in Rheine gemacht; alle Standorte sollten dann vertreten sein. Spendenmäßig kommen wir wohl mit plus minus null davon.

BUKO-Info: Die Lingener und Ahauser sollen endlich Presseberichte etc. herüberschicken.

Nächste EuKo: 28. Mai, Gronau, 15 Uhr, Gaststätte Concordia; Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 4432 Gronau (hier gibts auch zum Selbstkostenpreis das Euregioinfo im Abo).

Euregio

Protokoll der Euregio-Konferenz vom 16.4. in Lingen
Anwesende: BEgA, AKU Gronau, BI-Rheine, BI-Borken, Umweltzentrum Münster, Hamm Gruppe Münster

Standortberichte:

Münster: Am 15.4. fand ein Atomtransport mit 8 unbestrahlten Brennelementen von Hanau (RBU) über Kassel, Hannover nach Hamburg statt. Sie sind für ein schwedisches AKW bestimmt und wurden im Hamburger Hafen umgeladen. Die Brennelemente wurden auf einem grünen LKW mit oranger Plane transportiert. Die Spedition kommt aus Schleswig-Holstein.

Gronau

Sonnenbrand und Widerstand

Erstmals soll 1988 an der Gronauer Urananreicherungsanlage UAA ein Sommercamp stattfinden. Bei diesem Camp, das zur Zeit vom Arbeitskreis Umwelt Gronau vorbereitet wird, soll eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen im Euregio-Grenzgebiet, und auch darüber hinaus, geschaffen werden. Es soll über neue Widerstandsformen in Gronau, Ahaus, Almelo, Lingen und anderswo diskutiert werden; optimal wäre es, wenn neue Aktionen beschlossen werden könnten. Es sollen Konzepte erarbeit und diskutiert werden; es sollte überlegt werden, wie man spontane Aktionen u.a. schnellstmöglich vorbereitet und durchführt. Man denke da z.Z. an das Atommüllager (BEZ) in Ahaus, an Flugzeugabstürze, an den Mondul-HTR (Lingen)? an den geplanten UAA-Ausbau in Gronau und anderswo mehr.
Das Sommercamp in Gronau soll:
— gemeinsam von Auswärtigen und Einheimischen getragen werden
— Zeit für Diskussionen und Auseinandersetzungen bieten, damit man sich besser kennenlernt
— zum regen Informationsaustausch und zur Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden
— Gespräche über die Perspektiven des weiteren Widerstandes speziell in Gronau

und in der Euregio ermöglichen
— die Bereitschaft jeder/s Einzelnen fördern, auch weitergehende persönliche Konsequenzen in Kauf zu nehmen
— das Bewußtsein stärken, daß wir nicht von Aktionen distanzieren, nur weil sie den Herrschenden unangenehm sind.

Das Sommercamp an der UAA soll vom 11.-14. August stattfinden. Es wird somit genau drei Jahre nach der Inbetriebnahme der UAA stattfinden (15.08.85). Angesichts des drohenden Ausbaus der UAA wird das Sommercamp damit zum Symbol des UAA-Widerstandes, der nicht kleinzukriegen ist. Unser Motto lautet weiterhin: **Wir sagen niemals Ja zur UAA!**

Wenn wir entschlossen sind und erkennen, daß wir gemeinsam die UAA be- bzw. sogar verhindern können, können wir uns gegenseitig Mut machen, der sich auch in unseren konkreten Aktionen in Gronau, aber auch in der Euregio und anderswo, ausdrücken wird.

Soweit für den Anfang. Diskutiert diese Vorschläge bitte in euren Gruppen und kommt zur Euregio-Konferenz am 28.05. in Gronau oder schickt Eure Ergebnisse an die Kontaktadresse: **AKU-Sommercamp, · Werner ·, Viktoriastr. 4, 4432 Gronau**

Spendenkonto: 110 551 700, BLZ: 401 640 24 Volksbank Gronau

Ahaus

AHAUS, 5. April (dpa). Nach einer Zwangspause von zwei Jahren und neun Monaten sind am Dienstag die Bauarbeiten am Brennelement-Zwischenlager im westfälischen Ahaus wiederaufgenommen worden. Mit einem am Dienstag veröffentlichten Schreiben vom 31. März hatte die Stadtverwaltung die sofortige Vollziehung der Baugenehmigung vom Oktober 1983 angeordnet. Dabei stützte sie sich auf das Berufungsurteil des Oberverwaltungsgerichts Münster vom Oktober 1987, mit dem die Baugenehmigung für rechtmäßig erklärt wurde, sowie auf einen Beschluß des gleichen Gerichts vom Februar 1988, mit dem ein Baustopp aufgehoben worden war. Nach Angaben der Betreibergesellschaft kann die Anlage in etwa zwei Jahren in Betrieb gehen. Verzögert werden könnten die Bauarbeiten noch durch einen Landwirt, der gegen die Baugenehmigung geklagt hatte und die Anordnung des Sofortvollzuges beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin angefochten hat. Die Stadt Ahaus teilte am Dienstag mit, sie habe keine Veranlassung mehr gesehen, die Bauarbeiten ruhen zu lassen. In den fast fertiggestellten Rohbau des Zwischenlagers seien bislang über 25 Millionen Mark investiert worden. Die durch die Stillegung verursachten Unterbrechungskosten hätten ebenfalls rund 25 Millionen Mark betragen. Ein weiterer Baustillstand würde in einem Jahr sieben Millionen Mark kosten. Die Einlagerung von Brennelementen hängt auch nach Fertigstellung der Gebäude davon ab, ob die im April 1984 von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig erteilte atomrechtliche Genehmigung rechtskräftig wird. Gegen diese Genehmigung ist Widerspruch eingelegt worden.

Leese

Am Ostersonntag schlängelte sich ein Zug von etwa 250 DemonstrantInnen vom Ortskern der Gemeinde Leese (Landkreis Nienburg) zum nahegelegenen Uranlager der Transnuklear, um ihrer Forderung nach Schließung dieses Depots Ausdruck zu verleihen.

1980 stellte TN den Antrag, innerhalb der Bundeswehrkaserne Leese ein Lager für abgereichertes UF6 (Menge: 2550 t) und/oder Urankonzentrat (Menge: 5809 t) einrichten zu dürfen. Im Sommer 1983 kamen die ersten Lieferungen Urankonzentrat.

Die PTB erteilte 1986 erwartungsgemäß die Erweiterungsgenehmigung und setzte sie am 8. April 1987 in Kraft, also genau einen Tag nach der "Selbstanzeige" der TN und drei Tage nach der Hessenwahl. Sofort rollten Kernbrennstofftransporte an, nun allerdings mit UF6 – natürlicher Isotopenzusammensetzung. Nach der neuen Genehmigung sind davon ebenfalls 2550 t erlaubt. Darüberhinaus darf TN auch 1093 t bis auf 5 % Uran 235 angereichertes UF6 einlagern. Die alte Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung bleibt unberührt.

Als Spediteur fungierte, wie auch in den Jahren zuvor, die Leeser Spedition "Hockemeyer GmbH". Am 14. April 87 wurde sie für 400000 DM eine 100 %ige Tochter der TN, behielt allerdings ihren Namen, als hätte man sich bereits im April auf den Konzessionsverlust, der erst im Dezember eintrat, vorbereitet.

Das Uranlager Leese dürfte jetzt über 8000 Fässer Urankonzentrat und 45 UF6-Container vom Typ 48Y beherbergen. Am 22. Januar kam eine Lieferung Namibia-Uran in Leese an. Gleichzeitig wurde nach Marcoule in Frankreich zur militärischen Verwendung ausgelagert.

Leese fungiert darüberhinaus für die von Euratom geduldeten "Swaps". Dieser Flaggentausch wird durch den Umstand erleichtert, daß für das Uranlager immer noch kein anlagenspezifisches Kontrollabkommen existiert, wie es die Internationale Atomaufsichtsbehörde (IAEO) zur Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags seit Jahren fordert.

In Leese wird durch TN Völkerrechtsbruch in mehrfacher Hinsicht betrieben.

Ellweiler

Mit Ellweiler gibt es einen Ort mehr auf der Deutschlandkarte, um den herum die Quote der krebskranken Menschen deutlich über dem statistischen Bundesdurchschnitt zu liegen scheint. Der Landrat des Kreises Birkenfeld Theilen bestätigt eine auffallend hohe Anzahl von Leukämiefällen bei Kindern und Jugendlichen in den letzten zwei Jahren in seinem Landkreis. Zwei Jugendliche starben bereits an Blutkrebs.

Verwunderlich ist diese Tatsache nicht, wenn mensch sich die Existenz gleich zweier Nuklearbetriebe in diesem Städtchen im Hunsrück vor Augen führt. Einerseits ist Ellweiler Standort für eine Landessammelstelle für schwach- und mittelaktiven Atommüll, andererseits befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft eine Uranaufbereitungsanlage, die bereits seit Ende der 50er Jahre von der Privatfirma "Gewerkschaft Brunhilde" betrieben wird.

Dort wird aus Uranerz Uranoxid gewonnen. Das aufbereitete Uranoxid (Yellow Cake) wird dann weiterverarbeitet zu dem hochgiftigen Gas Uranhexafluorid, das anschließend in der Urananreicherungsanlage in Gronau zu 3- bis 5-prozentigem Uran 235 angereichert wird. Da Ellweiler das einzige bundesdeutsche Werk seiner Art ist, kommt ihm für die Atomindustrie neben Gronau eine ähnliche Bedeutug zu wie den Hanauer Atombetrieben.

Der Abraum des Uranerzes, sogenannte "tailings" wurde bis in die 80er Jahre unter freiem Himmel ohne jegliche Abdeckung nach unten und oben gelagert. In diesen "tailings" finden sich hochradioaktive Zerfallsprodukte, unter an-

derem Radon und Radium 226. Radon erzeugt Lungenkrebs, Radium 226 kann zu Leukämie führen. Seit Jahrzehnten gaste in Ellweiler Radon aus. Erst in den letzten Jahren wurde der Abraum provisorisch mit Erdereich abgedeckt.
Gegen radioaktive Sickerwässer besteht nach wie vor kein Schutz. Radionukleide können so möglicherweise in den Steinaubach und ins Grundwasser gelangen. Schon 1980 hatte der Arbeitskreis Strahlenschutz aus Göttingen eine die normalen Werte um das 1400-fache übersteigende radioaktive Belastung gemessen.
Heute werden an der Grundstücksgrenze des Betriebs Werte bis zu 748 mrem/Jahr Ganzkörperbelastung gemessen, also weitaus mehr als die bundesweit gültige Grenze von 30mrem/Jahr. Dennoch mag der baden-württembergische Umweltminister von einer Schließung der Anlage nichts hören und spielt mit Hilfe abenteuerlicher Interpretationen der Strahlenschutzverordnung das Gefahrenpotential des Werkes systematisch herunter.
Mittlerweile hat sich in Ellweiler eine Initiative gegründet, in der sich zahlreiche Bürger, v.a. die Eltern krebserkrankter Kinder, zusammengeschlossen haben, um für die Schließung des Betriebes zu kämpfen. Der örtliche Kreisverband der Grünen hat darüberhinaus Strafantrag gegen den Geschäftsführer der Gewerkschaft Brunhilde gestellt.
Doch nicht nur in dieser Sache ermittelt inzwischen die Staatsanwaltschaft. Im Zuge des sogenannten Transnuklear-Skandals wurde auch in Ellweiler ein 15 kg-Faß der Nukem entdeckt,das vermutlich aus dem belgischen Mol stammt. Es wird derzeit auf seinen Plutoniumgehalt überprüft. Originellerweise geschieht das im Kernforschungszentrum Karlsruhe, da angeblich keine unabhängige Prüfstelle zur Verfügung stehe.

Everywhere

und nirgends schlug die Gruppe "Hau weg den Scheiss" wieder zu. In Ihrer Erklärung heißt es:
In der Nacht vom 14. zum 15.1.88 sollte das AKW Krümmel durch Sprengen eines Strommastes (Geesthacht / B404) abgeschaltet werden. Dieses Ziel wurde im Gegensatz zu unserer Aktion Jan. 85 nicht erreicht. Aufgrund eines technischen Defekts entstand diesmal nur ein Schaden in Höhe von 150000 DM.

Damals wie heute
sofortige Abschaltung
aller AKW

Der Kampf geht weiter

Neckarwestheim

Obwohl das AKW Neckarwestheim I bereits seit zwölf Jahren formal im Probebetrieb läuft, hat die Staatsanwaltschaft Stuttgart ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die Betreiber und das baden-württembergische Wirtschaftsministerium eingestellt. Dem Rechtsverständnis der Staatsanwaltschaft zu Folge werde das AKW zwar seit zwölf Jahren ohne atomrechtliche Vollgenehmigung betrieben, dennoch werde Neckarwestheim I nicht ohne eine erforderliche Genehmigung betrieben, da die im Rahmen eines gestuften atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens erteilten Teilgenehmigungen insgesamt einer Vollgenehmigung gleichstehen könnten. Nun soll das Problem des Dauerbetriebs "mit roten Nummernschildern" vor dem Verwaltungsgericht gelöst werden.
Derweil nutzte eine Gruppe von Tübinger StudentInnen einen Besuch in dem im Bau befindlichen zweiten Block des AKWs zu einer Kranbesetzung, um damit gegen die vermutliche Inbetriebnahme dieses Reaktors im Sommer zu protestieren.

Hoch-Rhein

Im grenznahen Raum am Hoch-Rhein konzentrieren sich geballt die atomaren Anlagen der Schweiz. Vier von fünf Schweizer Atomreaktoren und das Atomforschungszentrum in Würenlingen beunruhigen die Bevölkerung auf beiden Seiten des Rheines. Zu diesen Beunruhigungen kommen jetzt noch die Schweizer Pläne für ein Endlager für hochradioaktive Stoffe, wenige Kilometer von der deutschen Grenze entfernt.
Die bereits durchgeführten Probebohrungen bei und die in Kürze anstehende Erkundungsbohrung in Siblingen bei Schaffhausen war der Hintergrund einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten Teubner und Wollny an die Bundesregierung. Die absolut unzureichende, verharmlosende und nichtssagende Antwort der Bundesregierung war Anlaß, eine entsprechende Anfrage an den Schweizer Bundesrat zu stellen. Auch in diesem Fall sind viele Aussagen in der Antwort des schweizer Bundesamtes für Energiewirtschaft ausweichend und verharmlosend. Nicht beantwortet werden die Fragen nach dem Zwischenlager in Würlingen. Der regionalen Presse jedoch ist zu entnehmen, daß dort in Kürze 7 kg Plutonium aus Mol entreffen werden.
Nicht beantwortet werden die Fragen nach den problematischen Ergebnissen der bisherigen Bohrungen. Nicht beantwortet werden die Fragen nach den Sicherheitsbelangen der grenznahen bundesdeutschen Bevölkerung. Die Wenigen beantworteten Fragen geben Anlaß zur Sorge.
So besteht tatsächlich die Gefahr, wie aus Unterlagen der NAGRA (der nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz), daß hochgiftige, extrem strahlende Brennelemente direkt eingelagert werden und daß damit das Gefahrenpotential immens gesteigert würde. Den Schweizer Ausführungen zu Folge muß in Kürze mit Probebohrungen in Siblingen gerechnet werden. Für die regionalen Anti-AKW-Gruppen, die der Schweizer Aussage nicht glauben mögen, daß es keine konkreten Endlagerpläne gibt, ist der Bohrbeginn gleichbedeutend mit dem Baubeginn des atomaren Endlagers.

Das Schweizer Atomprogramm ist voraussichtlich auch Thema bei den diesjährigen Pfingstaktionen im Dreyeckland. Am 22. Mai 88 findet wie in jedem Jahr ein großes Treffen der Umwelt-, Friedens- und Dritte Welt-Gruppen statt. Treffpunkt ist in diesem Jahr die NATO-Rampe bei Hartheim. Gegenüber vom Schrottreaktor Fessenheim, in direkter Nähe zu Kriegsflughafen Bremgarten am chemisch gereinigten Rhein soll diskutiert, sollen Erfahrungen ausgetauscht und trotz aller Bedrohungen auch gefeiert werden. Ab 11 Uhr finden Foren und Diskussionsrunden statt. Umrahmt wird das Ganze von einem vielfältigen Kulturprogramm.

Volksentscheid gegen WAA?!

750.000 mal bekam es die bayerische Landesregierung schriftlich: Eine Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz ist unerwünscht. Diese Rekordzahl von Einwendungen gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung konnten die Bürgerinitiativen am 22. April dem Umweltministerium präsentieren. Zuvor hatten die Optimisten unter den WAA-GegnerInnen bestenfalls mit 200.000 Einwendungen gerechnet. 1983, beim ersten atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, waren es 53.000 gewesen. Nachdem die erste Teilerrichtungsgenehmigung im April 87 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden war, war ein neues Gesamtverfahren mit neuem Sicherheitsbericht notwendig geworden. Allein aus Österreich kamen dazu 260.000 Einwendungen, darunter von sechs der neun österreichischen Bundesländer. In Salzburg unterschrieben 40 Prozent der Wahlberechtigten. Auch in Bayern kam es dann zur Einspruchslawine: 470.000 Einwendungen wurden von den Oberpfälzer Bürgerinitiativen direkt übergeben, ein noch unbekannte Anzahl wurde direkt an das zuständige Umweltministerium geschickt.
Unter den vielen Kommunen, die sich per Einwand gegen die WAA wenden (z.B. 31 Gemeinden aus der Oberpfalz und die Landkreise Regensburg, Cham und Schwandorf), befand sich überraschenderweise auch die Standortgemeinde Wackersdorf, die bislang voll auf Atomkurs war. Sie bemängelte immerhin mangelnde Sicherheitsvorkehrungen an der geplanten Atomanlage.

Unter anderem beanstandet die Gemeinde Wackersdorf, daß die WAA keine Einrichtung zur Rückhaltung des radioaktiven Edelgases Krypton 85 habe. Der BUND vertieft diese Kritik. Er liest aus den Betreiberangaben heraus, daß die WAA jährlich
- 160 Billiarden Becquerel (Bq) Kryton 85, aber auch
- 7,9 Milliarden Bq Strontium 90
- 1,85 Milliarden Bq Jod 129
- 1,5 Milliarden Bq Tritium abgeben wird.

Im Sicherheitsbericht, der im Rahmen des Genehmigungsverfahrens auslag, die die Jod-Emission dennoch um das Dreifache niedriger angegeben als im Verfahren 1983. Nach Kritikermeinung eine reine optische Täuschung, mit der implizit zugegeben werde, daß die alten Werte viel zu hoch waren. Wie die DWK die neuen Wert errechnet hat, geht aus dem Sicherheitsbericht nicht hervor.

Auch sonst wurde gegenüber der 83er Planung viel verändert. Nahezu alle Teilbereiche der WAA sind in der Planung überarbeitet worden. Vorherrschende Tendenz dabei: Die Anlage hat (nach Meinung des Darmstädter Öko-Instituts) jetzt mit 700 Tonnen die doppelte Kapazität zur Verarbeitung von Schwermetall wie ursprünglich geplant.

Im Bereich Sicherheit bleibt dagegen alles beim alten. Trotz einschlägiger Erfahrungen soll radioaktiver Abfall der WAA nach dem gleichen Verfahren behandelt werden wie der in den „Bläh-Fässern". Wohin der Abfall dann soll, ist sowieso noch unklar.
Trotz neuer Erkenntnisse wurde auch dem Trinkwasserschutz nicht mehr Aufmerksamkeit gewidmet als im ersten Bericht. Das gleiche gilt für die Tatsache, daß die Anlage nach wie vor nur für die Erdbebenzone null ausgelegt ist, obwohl Experten mindestens eine Absicherung für Zone zwei bis drei verlangten.

Kommentar des Öko-Institutes Darmstadt: „Der Antrag zur 2. Teilerrichtungsgenehmigung ist eine Kriegserklärung an die Bevölkerung."

Text der Einwendungen

Der folgende Einspruchstext der Oberpfälzer Bürgerinitiativen wurde von den meisten Einwendern unterschrieben:

Gegen das Vorhaben der DWK, in Wackersdorf im Landkreis Schwandorf eine atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) mit Mischoxid-Brennelementefabrik zu errichten und zu betreiben (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen) vom 09.02.1988 Nr. 9241-72-6853) erhebe ich folgende Einwendungen:
Eine WAA ist weder zum Betrieb noch zur Entsorgung von Atomkraftwerken notwendig. Eine solche Anlage gefährdet mein Leben, meine Gesundheit und mein Eigentum. Die im sog. Sicherheitsbericht angeführten Angaben reichen nicht aus, meine Bedenken zu zerstreuen. Ich beantrage gleichzeitig, daß die mündliche Erörterung meiner Einsprüche gem. § 8 AtVfV an Wochenendterminen stattfindet, damit ich zur Teilnahme und damit zur Wahrnehmung meiner Interessen nicht mehrere Tage Urlaub nehmen muß.
Im folgenden sind einige meiner Gründe genauer ausgeführt. Diese Liste meiner Einwendungen ist allerdings nicht vollständig.

1) Oberirdische Atomwaffenversuche, der Unfall von Tschernobyl und der bisherige Betrieb von Atomanlagen haben im Lebensraum der Menschheit das Inventar an manchen radioaktiven Stoffen teilweise um mehr als das Milliardenfache erhöht. Die zusätzlichen und unvermeidbaren Emissionen radioaktiver Stoffe aus einer WAA im Normalbetrieb, noch mehr die unkontrollierten Freisetzungen bei einem der möglichen Unfälle gefährden deshalb Leben, Gesundheit und Eigentum in unzumutbarer Weise, nicht nur für die jetzt lebenden, sondern auch für die nächsten Generationen.
Neure Forschungsergebnisse erhärten ältere Studien, daß selbst sehr kleine, zusätzliche Strahlendosen über längere Zeit hinweg Wirkungen hervorbringen können, die die zumutbare Belastung weit überschreiten.
Die Emissionen der WAA beeinträchtigen den Wert von landwirtschaftlichen Produkten, von Gartenerzeugnissen, Waldfrüchten und Pilzen sowie Honig, von allen Erzeugnissen der Vieh- und Teichwirtschaft sowie der Jagd; sie wirken sich negativ auf den Fremdenverkehr und auf den Freizeit- und Erholungswert der Region aus.

2) In der WAA können Unfälle passieren, die zu weitreichender radioaktiver Verseuchung führen.
Die Erfahrungen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl haben gelehrt, daß auch große Entfernungen keinen Schutz vor hohen Strahlenbelastungen bieten. Wackersdorf liegt meinem Wohnort viel näher als Tschernobyl.
Das Verhalten der Behörden nach Tschernobyl hat gezeigt, daß für den Not- und Katastrophenfall nicht ausreichend vorgesorgt ist. Der Sicherheitsbericht läßt auch für die WAA keine ausreichende Katastrophenplanung erkennen.
Weitreichende radioaktive Verseuchungen sind beispielsweise möglich, wenn durch Explosionen, Brände, Kritikalitätsunfälle etc. Anlagenteile soweit zerstört werden, daß große Mengen radioaktiver Stoffe in die Umgebung gelangen.
Unfälle können auch durch Sabotageakte oder kriegerische Ereignisse ausgelöst werden.
Eine weitere Gefährdung besteht durch Einwirkungen von außen, beispielsweise durch Erdbeben. Im Umkreis von 50 km um den Standort hat es wiederholt (z.B. in den Jahren 1062 und 1915) schwere Erdbeben (Intensität VIII und VII) gegeben. Die geplante WAA ist gegen Erdbeben dieser Stärke nicht geschützt.

3) Durch die WAA würde das Grundwasser der Bodenwöhrer Senke, welches überregionale Bedeutung hat, in seiner Qualität unzulässig gemindert und zum Teil völlig unbrauchbar.
Radioaktive Stoffe können sowohl über Normalbetriebsabgaben, durch länger andauernde Leckagen als auch durch Unfälle in das Grundwasser gelangen.

4) Die beim Betrieb einer WAA notwendigen Transporte hochradioaktiver Materialien (z.B. abgebrannte Brennelemente, Plutonium, hochaktive Abfälle etc.) auf Straßen oder Schienen von und zur WAA bergen eine unzumutbare Gefährdung.

5) Die Gewinnung von Plutonium in der geplanten WAA schafft die Voraussetzung für eine Atomwaffenproduktion. Nach einer Veröffentlichung aus der Bayerischen Staatskanzlei aus dem Jahre 1977 wird jedes Land, das eine komplette Kernenergieanlage besitzt, "gewissermaßen nebenbei zum Atomwaffenstaat". Die Plutoniumqualität, wie sie in Wackersdorf gewonnen würde, ist zur Herstellung von Atomwaffen geeignet. Auch deswegen ist die WAA ein potentielles Ziel für kriegerische Angriffe.

6) Die Erfahrungen und Sorgen von Schwangeren, stillenden Müttern und Müttern mit Kleinkindern nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl haben gezeigt, daß der Wunsch nach Kindern durch eine WAA stark beeinflußt werden könnte. Dies zählt umso stärker, als auch nach einer schriftlichen Äußerung von Rechtsanwälten der DWK "die Gruppe der Säuglinge und Ungeborenen in den einschlägigen Berechnungsgrundlagen des Bundesministeriums des Inneren zu § 45 der Strahlenschutzverordnung nicht als zu betrachtende Personengruppe ausgewiesen ist."

7) Die aus der Atomwirtschaft bisher bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten (Meldung einer Verseuchung durch Americium erst ein halbes Jahr nach Abschluß der Arbeiten, unzureichende Inventare, Bestechung, Irreführung, Nichteinhaltung von Vorschriften etc.) beweisen, daß eine Überprüfung der Zuverlässigkeit der Betreiber unzureichend ist und dadurch ein unkalkulierbares Risiko durch menschliches Fehlverhalten begründet wird.

8) Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle aus der WAA ist nicht gesichert. Dies ergibt sich insbesondere aus zwei Gründen:
a) Die hochaktiven Abfälle sind nicht endlagerfähig verpackbar. Auch der schwach- und mittelaktive Atommüll aus der WAA kann nicht endlagerfähig konditioniert werden, wie die aufgeblähten, zum Teil aufgerissenen Fässer in den Zwischenlagern der deutschen Atomkraftwerke beweisen.
b) Es sind funktionsfähige und sichere Endlager für diesen radioaktiven Müll weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorhanden. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die WAA mit ihren vielen Lagereinrichtungen zum Endlager wird.

Abgabe der Unterschriften am 22.4. im bayerischen Umweltministerium

Am 22.2.88 wurden die Pläne für die 2. TEG öffentlich ausgelegt. Innerhalb 2 Monate kann per Unterschrift "Einwand gegen den Bau der WAA" eingelegt werden. Dafür gibts Sammeleinwendungen (Unterschriftenlisten) die verschiedenste Bereiche abdecken: Gartenbauer, Imker, Fischzüchter, GrundwasserbenützerInnen usw. Es ist auch möglich, eine Einzeleinwendung für die persönlichen Belange zu formulieren. Die Listen und Einzeleinwendungen werden von der BI ausgezählt und in einer medienwirksamen Aktion am 22.4. dem Umweltministerium in München übergeben. Dieses hat dann zu prüfen, ob die Einwände berechtigt sind oder nicht.
Die demokratischen Spielregeln erlauben uns "Einwand gegen ..." zu erheben. Gleichzeitig hat sich die Demokratie dahingehend abgesichert, daß Einwände ihren Vorhaben nicht in den Weg kammen können. Dazu gibt es genügend Beispiele: bei jedem Genehmigungsverfahren zu Atomanlagen wurden Einwendungen gesammelt und Gerichtsprozesse dagegen angestrengt, doch noch nie wurde ein Projekt aufgrund der Gefährlichkeit juristisch gestoppt.
Wir denken nicht, daß grundsätzlich auf die juristische Linie verzichtet werden soll. Nur denken wird, es sollte damit offener und ehrlicher umgegangen werden. Wir denken, es ist falsch, diesem Weg den alleinigen Erfolg beizumessen.
Warum und wieso, das wollen wir in folgenden anhand der Reaktionen um und zu dem letzten **VGH-Urteil** verdeutlichen.
Nach dem Richterspruch das bay. Verwaltungsgerichtshofes (VGH), der den bestehenden Bebauungsplan für rechtswidrig erklärte, brach ungeheure Euphorie aus. Bei der Spontandemo in Schwandorf wurden von BI-Machern erklärt, dies Urteil sei ein Schlag ins Gesicht der DWK, wir geben der DWK ein Jahr Zeit um aus der Opf. zu verschwinden, usw.
Die Stimmung wurde suggeriert, es gibt doch Richter, die endlich die Gefährlichkeit der WAA anerkennen. Der Glaube an die demokratischen Spielregeln, bzw. deren Möglichkeiten, lebte wieder auf. Kurz und gut: das Urteil wurde als Riesenerfolg (über-)bewertet. Trotzdem kein Baustopp verhängt wurde. Trotzdem die betroffenen Stellen (von DWK bis bay. Staatsregierung) in keinster Weise sich davon berührt sehen, wie sie es in zahlreichen Medienpublikationen zum Besten gaben. Dazu die DWK "wir brauchen keinen Bebauungsplan, alle AKWs in der BRD wurden ohne diesen Bebauungsplan gebaut." (Baugenehmigungen können trotzdem auf der Grundlage des 1987 geänderten Bundesbaugesetz erteilt werden, weil Atomanlagen nach diesem § als privilegierte Bauvorhaben gelten). Das Innenministerium spricht von einer "reinen Formalentscheidung". Baustopp wurde und wird zwar gefordert, aber bis jetzt wurde dem noch nicht stattgegeben.

Der Erfolg der Gegenseite

Wir denken so über das Urteil: sie haben uns diesmal vor Gericht quasi "gewinnen lassen", wo es ihnen nichts ausmacht. Bauen tun sie trotzdem weiter und wir haben so quasi "unseren Erfolg". Und damit wird es ein Erfolg für sie; denn Menschen hoffen wieder auf die Gerichte. Damit wird das fast verlorene Vertrauen an die Demokratie wieder hergestellt und die Menschen stürzen sich in ihrem Widerstand auf die rechtliche Schiene. Es wird nur noch vor den Gerichten gekämpft, und draußen am WAA-Gelände in aller Ruhe vor sich hin gebaut.

Ein Erfolg nur für die Gegenseite?

Nein. Es gibt Teile in der BI, die offen und/oder verdeckt genau diese Art von Widerstand haben wollen. Die sich nur auf die rechtliche (demokratische) Schiene in handeln und vor allem mit ihren Gedanken beschränken. Die die mit "die da oben müssen doch endlich einsehen, daß die WAA so gefährlich ist" argumentieren. Die, die nicht wollen, daß es Leute gibt, die aus ihren eigenen Erfahrungen im WAA-Widerstand andere Schlüsse ziehen und sich schon deshalb nicht mehr auf Gerichte verlassen wollen und können. Die, die den Widerstand gegen die WAA ohne weitergehende Folgerungen und Aktionen, ohne Auswärtige haben wollen, die sehen sich in ihrer Linie durch den Urteilsspruch des VGHs voll bestätigt.
Sie sind selbst mit Einwendungen usw. beschäftigt und wollen alle damit beschäftigen, daß für andere Gedanken und Ideen kein Platz mehr bleiben soll (siehe Verhalten zur 5.3.-Demo: sie sollte von vornherein verhindert werden, mit dem Argument "Wir haben wegen der Einwendungen keine Zeit, die Demo kann deshalb nicht stattfinden.", und dann, als die doch stattfand, **wurden nicht mal gezielt bzw. aktiv Einwendungen gesammelt!).**
Anmerkung: Wenn wir von "Teilen der BI" und "die" reden, ist das nicht gegen die Leute gerichtet, die z.B. Einwendungen sammeln, sondern die "Macher" im Hinter- und Vordergrund sind damit gemeint.

Unser Fazit:

Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchten wir nochmal sagen, daß es uns nicht drum geht, jegliche Art der rechtlichen Schiene in Grund und Boden zu verdammen, genausowenig haben wir ein Bild im Kopf von "richtiger Widerstand heißt, andauernd mit Steinen in der Tasche rumzulaufen". O.k.?!

Wir denken halt, daß es falsch ist, den Widerstand gegen die WAA auf Gerichte und Apelle zu konzentrieren. Weil:

1. Es wird viel Kraft, Arbeit und Hoffnung in die folgenden Entscheidungen zur 2. TEG gesetzt. Eine "negative" Entscheidung kann den Effekt haben, daß die Euphorie, mit der an die Sache rangegangen wird, zusammensackt um dann in Resignation zu verfallen ("die machen doch was sie wollen").
2. In der BRD wurde noch keine technische Großanlage nur auf dem gerichtlichen Weg gestoppt. Bei einem starken, kraftvollen Widerstand ist eine evtl. positive gerichtliche Entscheidung ein eleganter Weg für die bay. Staatsregierung sich ohne Gesichtsverlust aus der Affäre zu ziehen (z.B. Whyl).
3. (ähnelt 2.): Auf so eine Art und Weise sich zu wehren heißt: "Wieder den anderen die Entscheidung zu überlassen". Wir denken, wir müssen, wenn wir was erreichen wollen, unsere Kraft mehr kennenlernen und darauf bauen.
4. Dadurch auch (fast) automatisch 'ne Ausgrenzungsschiene läuft. Andere Formen und Leute, die ein anderes Verständnis haben, werden nicht (mehr) akzeptiert. Dadurch wird der Widerstand gegen die WAA begrenzt und für die Herrschenden berechenbar.

Wir wollen niemandem eine Art von Widerstand aufdrücken. JedeR soll den Widerstand machen, wie sie/er es vertreten kann. Nur, und das ist das Wichtigste, darf es keine Ausgrenzungen und Diffamierungen geben. Ein Versuch von uns, die verschiedenen Seiten wieder zusammenzuführen, war die 5.3.-Demo. Es gab Redebeiträge zu Kriminalisierung genauso wie zu den Themen VGH-Urteil und Einwendungen. Insbesondere (das ist uns in diesem Zusammenhang sehr wichtig) haben wir bei den Vorbereitungs- und sonstigen Treffen immer auf die gute Möglichkeit dort Einwendungen zu sammeln, hingewiesen. Nur hat es uns verwundert, daß keineR, die diese Einwendungen so wichtig finden, bereit war, dies bei der Demo zu machen. In dieser Hinsicht war die Demo ein Flopp. Die Bereitschaft von uns, sich auf beide Strömungen einzulassen und somit wieder die gemeinsame Stärke zu zeigen wurde nicht angenommen (wieder meinen wir die Macher).

aus der: Oberpfälzer Zeitung des Info-Büros Altenschwand

Wackersdorfer Kriminalisierungs-Chronik Feb./März 88

4.2.88:
Greenpeace verwarnt

Mit Verwarnungen endeten mehrere Prozesse gegten Greenpeace-Mitglieder. Sie hatten im November 1986 ein Tor zum WAA-Baugelände mit LKW's versperrt und waren wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung angeklagt worden. Das Gericht gab sich versöhnlich und ließ es bei geringen Geldbußen und einer Verwarnung. Zugleich setzte es eine Bewährungszeit von zwei Jahren fest.

5.2.88:

Weil er sich bei einem Polizeieinsatz an die Nazi-Zeit erinnert fühlte und das auch sagte, wurde ein 47jähriger Mann zu einer Geldstrafe von 1.750 DM verurteilt. Während der Blockadetage 1986 hatte er einen Knüppeleinsatz hessischer Bereitschaftspolizisten beobachtet und fotografiert. Daraufhin fielen die Beamten über ihn her und entrissen ihm den Fotoapparat (obwohl er sie auf eine kürzliche Bandscheibenoperation und seine Pressetätigkeit aufmerksam machte). Er wurde dabei zu Boden gestoßen. In diesem Zusammenhang fielen die Worte „Die SS kann nicht schlimmer gewesen sein" (Aussage des Angeklagten) bzw. „Nazis" und „SS-Methoden" (so die Polizeizeugen, die sich allerdings höchst unterschiedlich erinnerten. Dem Gericht war's egal. So oder so, das sei Beleidigung.

6.2.:
Schlappe für Sonderkommission

Fast zwei Jahre brauchte eine Sonderkommission des Landeskriminalamtes, um einen 47jährigen aus Altenschwand vor Gericht zu kriegen. Auf ihren Videos wolalten sie ihn als Steinewerfer identifiziert haben („aus einer Menschenmenge heraus"), und zwar im April 86 am WAA-Baugelände.
Das Gericht allerdings konnte auf den Videos beim besten Willen nichts erkennen. Die Aussage eines einzigen Polizeibeamten, die weder von seinen Kollegen noch von anderen Zeugen bestätigt wurde, reichte dem Gericht nicht. Der 47jährige wurde freigesprochen. (Die Staatsanwaltschaft hatte trotz allem sechs Monate Haft gefordert!)

Februar 88:
Mehrere Disziplinarverfahren

Die Befriedung der Region Oberpfalz durch die Bayerische Staatsregierung umfaßt auch diverse Disziplinarverfahren gegen Beamte. So vor allem gegen Landrat Schuierer, der – als WAA-Gegner – seine „Pflicht zur neutralen Amtsführung" verletzt habe. Seit zwei Jahren läuft deshalb ein Diszi-Verfahren und kommt nicht von der Stelle, weil es offenbar an Belegen mangelt.
In der jüngsten Zeit sind weitere Verfahren hinzugekommen:
- gegen den Pfarrer und Religionslehrer Leo Feichtmeier, der einige Male den ökumenischen Gottesdienst am „Franziskus-Marterl" abgehalten und dabei die WAA-Pläne kritisiert hatte
- gegen den Amberger Richter Helmut Wilhelm, auch Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichts (auf Vorschlag der Grünen). Er soll die „gebotene Zurückhaltung" dadurch verletzt haben, daß er sich öffentlich gegen „Kriminalisierung und Bespitzelung von Umwelt- und Friedensinitiativen" wandte. Der Beleg für das Zitat ist ein Tonbandprotokoll, das die Polizei bei der Veranstaltung mitlaufen ließ – quasi als Beweis für Wilhelms These.
- gegen vier Lehrer aus Grund- und Hauptschulen. Einer der vier war presserechtlich verantwortlich für eine Anzeige, in der über 200 LehrerInnen der Oberpfalz gegen Pressionen durch die CSU-Regierung protestiert hatten.

27.2.88:
Anti-WAA-Büros durchsucht

Das Anti-WAA-Büro in Schwandorf sowie das Info-Büro in Altenschwand wurden von der Polizei durchsucht. Vorwand waren Aufkleber der „Oberpfälzer Sägefische", die seit Jahren vertrieben werden. Wie auch der Aufkleber „Widerstand braucht Phantasie" sei das Aufforderung zu Straftaten nach § 111 StGB. Die Beamten nahmen außer den Aufklebern noch stapelweise andere Materialien, Adressenkarteien und Büroordner mit.
Übrigens: die besagten Aufkleber lagen auch schon bei der Durchsuchung im Oktober 86 im Büro. Damals blieben sie unbeanstandet.

24.3.88:
6 Monate – wofür?

Zu sechs Monaten auf Bewährung wurde in Nürnberg ein WAA-Gegner verurteilt. Grund: In seinem Auto hatte die Polizei in Erlangen bei einer Kontrolle Nitroverdünner, Muttern, eine Feinstaubmaske und eine Zwille gefunden. Da am nächsten Tag eine Demo in Wackersdorf stattfinden sollte, kombinierten die Beamten haarscharf: Das Auto ist auf dem Weg dorthin. Und die Insassen haben Schlimmes vor. Außerdem war der Fahrer als Anti-WAA-Aktivist bekannt. Das reichte für eine Anklage (wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz), in erster Instanz aber nicht zu einer Verurteilung. Unter anderem deshalb, weil der Weg von Nürnberg nach Erlangen (den der Angeklagte befuhr) Wackersdorf genau entgegengesetzt liegt. Das Landgericht gab sich loyaler. Es verhängte die sechs Monate, von denen Ralf J. ein Drittel bereits in U-Haft abgesessen hat.

Abschreckungsurteile
- Aber kein Musterprozeß -

Das Landgericht München hat in den ersten Monaten dieses Jahres neue Maßstäbe gesetzt. Im Prozeß gegen 5 junge Menschen wegen diverser Anschlagsaktionen sprach das Gericht Strafen in Höhe von 14 Monaten (auf Bewährung) bis hin zu 9 Jahren Knast aus.

Nachdem in Bayern im Frühjahr 1987 insgesamt 11 junge Menschen kurz nacheinander wg. Beteiligung an verschiedenen Anschlagsaktionen festgenommen worden waren (Gauweiler feierte sie damals als »bundesweit erste Ermittlungserfolge gegen die Bahnattentäter«) bzw. sich selber stellten und Geständnisse ablegten (s. atom Nr. 18/19) wurden in den letzten Monaten in München die Prozesse gegen die bis dahin in U-Haft Sitzenden geführt.
Im November 1987 machte das Oberste Bayerische Landesgericht in München den Anfang. Wegen eines Anschlags auf das Gebäude der Bezirksregierung in Augsburg vom 13. April 1987 und wegen angeblicher (von den Angeklagten bestrittener) Unterstützung der RAF wurde der 25-jährige Michael F. zu 6 Jahren Gefängnis und die 20-jährige Justina L. wegen Beihilfe zu 1 Jahr Jugendstrafe (auf 3 Jahre Bewährung) verurteilt. (siehe atom Nr. 20)
Der nächste Komplex wurde im Februar und März vor dem Landgericht München verhandelt. Im sog. »Strommastensägerprozeß« (taz) gegen fünf Personen war die Anklage gesplittet worden. Das Verfahren gegen zwei 20-jährige wurde abgetrennt, da sie »nur« an einem Anschlag (Umsägen eines Strommastes bei Starnberg im Oktober 1986), und dabei auch nur als "Mitläufer" beteiligt gewesen waren. Sie wurden am 18. Februar zu 21 bzw. 15 Monaten Jugendstrafe auf drei Jahre Bewährung verurteilt.
In der zweiten Runde gegen die Hauptangeklagten (ihnen wurden 10 Anschläge von September 1986 bis März 1987 vorgeworfen) wurden vom selben Richter andere Dimensionen eingeschlagen. Wegen Störung öffentlicher Betriebe, Eingriffe in den Bahnverkehr, Brandstiftung und fahrlässiger Herbeiführung einer Explosion wurden der 25-jährige Rudolf G. zu 9 Jahren Knast und der 20-jährige Matthias Z. zu 6 1/2 Jahren Jugendknast verurteilt. Die 23-jährige Daniela N. wurde wegen Beteiligung in einem Fall und Beihilfe in zwei weiteren Fällen zu 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Forderung der Staatsanwaltschaft nach 12 Jahren Knast wegen versuchten Mordes (eine S-Bahn war entgleist) machte sich das Gericht noch nicht einmal zu eigen.

Damit wurden zum erstenmal Urteile wegen Anschlägen auf Strommasten ausgesprochen. Inwieweit der Strafrahmen tatsächlich Maßstäbe setzt, ist abzuwarten. Tatsache ist, daß dieses Verfahren wohl kaum mit anderen Prozessen wegen Anschlagsdelikten verglichen werden kann.

Der Prozeß wurde von Seiten der Angeklagten völlig "unpolitisch" geführt. Sie stellten sich in keinerlei politischen Zusammenhang, gestanden alle Tatvorwürfe, erwiesen sich vor Gericht als "kooperativ", argumentierten vor Gericht mit persönlicher Frustration nach Tschernobyl und Drogen- und Familienproblemen, die ihnen über den Kopf gestiegen waren. Dem folgte das Gericht gerne: "Nicht politische Terroristen oder sogenannte Radikale hätten hier zugeschlagen. Zwar habe eine - eher diffuse - politische Motivation am Rande eine Rolle gespielt, sei aber nicht erster Beweggrund gewesen" (taz, 2.4.88) und würdigte ausführlich strafmildernde Gründe. Selbst die Verteidigung sprach sich für "überschaubare" Strafen von höchstens 8 Jahren für Rudolf und maximal 5 Jahren für Matthias aus.

Trotzdem konnte sich das Gericht in diesem von der Verteidigerseite völlig unpolitisch und defensiv geführten Prozeß der Diktion von ganz oben nicht widersetzen. Nicht nur "die immer stärker gewachsene Bedenkenlosigkeit" der Täter wirkte sich strafverschärfend aus; auch die Tasache, daß die Anschläge auf Strommasten sich gehäuft hätten, und dieser Entwicklung Einhalt geboten werden müsse, wirkte sich strafverschärfend aus. Deshalb müsse im Urteil gegen Rudolf "der generalpräventive Gesichtspunkt berücksichtigt werden" (taz, 2.4.88).
So absurd es klingen mag, aber das in dieser Höhe horrormäßig ausgefallene Urteil ist wohl immer noch als eher milde anzusehen. Wie soll ein Gericht urteilen, wenn selbst die Verteidigung 8 Jahre Knast als "überschaubare Strafe" ansieht und wenn die Angeklagten alles gestehen. Das Gericht folgte nicht einmal der von Bayern ausgegangenen Gesetzesverschärfung des § 129a, nach dem alle nach dem 1.1.87 angefallenen Taten eigentlich in den "terroristischen Bereich" einzuordnen sind. Da ist das Strafmaß alleine wegen Mitgliedschaft in einer solchen Vereinigung mit bis zu 10 Jahren Strafe belegt.
Dieser Prozeß ist nicht "der Musterprozeß" wegen Anschlagsaktionen auf Strommasten gewesen. Hier gab es keine Angeklagten, die in das Bild der "Terroristen und sogenannten Radikalen" paßten.
Und hier gab es auch keine Bewegung, die das Verfahren gegen die Angeklagten zu ihrem eigenen gemacht hätte, und auf die sich die Angeklagten hätten stützen können.
Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wie das Gericht bei anderer Prozeßführung entschieden hätte und wie der gesamte Apparat dabei reagiert hätte. Tatsache ist, daß hier ein Urteil in einer absolut abschreckenden Höhe ausgesprochen werden konnte, ohne daß die Justiz und der bayerische Staat hier das Gesicht verloren haben.
Bleibt von hieraus nur zu hoffen, daß es Menschen gibt, die sich um die Gefangenen kümmern und sie jetzt erst recht betreuen und sie nicht einfach im Knast vergessen werden.

Foto: Joker. Eisenbahnblockade Mai 86 auf der Bahnlinie Schwandorf/Regensburg

Atommülltransporte: Durchsuchung in Heidelberg und Albstadt

Am Dienstag, dem 22.März 1988 gegen 6 Uhr 30, wurden die Räume des Anti-AKW-Büro u. Friedensladen in der Bergheimerstr.125 sowie Privatwohnungen von 4 AKW-GegnerInnen in Heidelberg von Polizei und Staatsanwaltschaft durchsucht. 'Irrtümlicherweise' (?) wurden dabei auch noch die Räumlichkeiten von zwei anderen Initiativen 'inspiziert'. Parallel zu den Heidelberger Durchsuchungen gab es auch zwei Hausdurchsuchungen in Albstadt (Schwarzwald). Begründet wurden diese Polizeiaktionen mit dem Verdacht der Teilnahme bzw. Koordinierung der Blockade des Atommülltransports am 11.Januar 1988 in Heidelberg, Nähe Karlstor. Beabsichtigt war laut Durchsuchungsbeschluß das Auffinden von Beweismaterial wie Lagepläne, Sprechfunkcodes etc. Die Polizei beschlagnahmte mehrere persönliche Adresskarteien, Tagebücher, Notizzettel, Computerdisketten und Aktenordner sowie einen Dia-Vortrag über Wiederaufarbeitung und mehrere Informationstafeln zu Atomtransporten. Mehrere Personen wurden auf dem Polizeirevier einer erkennungsdienstlichen Behandlung (Fingerabdrücke, Fotos, ...) unterzogen.

Bereits vor 4 Wochen hatte die Heidelberger Staatsanwaltschaft zwei Wohnungen in Mannheim durchsuchen lassen, um an Adressmaterial des Anti-Atom-Bündnisses zu kommen.
Vom 11.-13.Januar dieses Jahres hatte das Bündnis, ein Zusammenschluß von gewaltfreien AKW-GegnerInnen, zum wiederholten Male einen Atommülltransport der Bundesbahn beobachtet und seine Route zwischen dem Atomkraftwerk Obrigheim über Heilbronn, Heidelberg, Mannheim ... bis nach Lübeck genau registriert.
Am Bahnhof Heidelberg-Karlstor war es von Leuten, die nicht zu den BeobachterInnen zählten, zu einer kurzfristigen Blockade des Transports gekommen.
Den BlockiererInnen, deren Namen den Ermittlungsbehörden nicht bekannt sind, wird jetzt gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr vorgeworfen. Sie hatten mit einer roten Signallaterne den Zug zum Anhalten gebracht und anschließend kurzzeitig mit einem Transparent die Schienen besetzt. Der entstandene Schaden wegen Fahrplanänderung beträgt nach Auskunft der Bahn 47.80 DM.
Wir sehen in den Hausdurchsuchungen einen erneuten Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuch von gewaltfreien Atomkraft-GegnerInnen und vermuten als Motiv das Interesse der Polizei, ihre AKW-GegnerInnen Kartei zu vervollständigen. Wir werden uns durch diese Maßnahmen von unserem legitimen Widerstand gegen die menschenverachtende Atomindustrie nicht abhalten lassen.
Sofortiger Stop aller Atomtransporte!
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen!
Keine Kriminalisierung von AKW-GegnerInnen und von Menschen aus dem Widerstand gegen menschenverachtende Industrieprojekte!

Weitere Informationen zu den Kriminalisierungsversuchen und zu Atommülltransporten sind erhältlich über:

Anti-AKW-Büro
c/o FORUM
Bergheimerstraße 125
69 Heidelberg
Telefon 06221/12861

Spenden für Rechtsanwalts- und Gerichtskosten erbitten wir auf folgendes Konto:
Rechtshilfefond Heidelberg Nr.1082853300 bei BFG Heidelberg BLZ 67210111 unter dem Stichwort: 'Hausdurchsuchungen'

Foto: Dirk Wildt. Blockade Atomtransport 13.1.88, Lübeck-Nordlandkai

BBA-Laden durchsucht

Am 14.1.88 gegen 8 Uhr waren sie mal wieder da, die Herren des Morgen-Grauens. 10 "ehrenwerte" Herren in Zivil durchwühlten und durchschnüffelten den Info- und Buchladen der Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen auf Beschluß des Oberlandesgerichts Hamburg.

Es ging, wie schon einmal, gegen die "unbekannten" Hersteller, Verfasser und Erstverbreiter des Info Nr. 12 wegen Verdacht auf Verstoß gegen § 129a STGB. Im Info 12, der Zeitung undogmatischer Gruppen aus Bremen, sond, so stehts im Beschluß des OLG, die Tatbestände der Werbung für eine terroristische Vereinigung durch Abdruck der Erklärung der Roten Zora und der RZ zu Korbmacher und Adler erfüllt. Unter den 30 anderen Zeitungen und periodischen Heften, die im BBA-Laden verkauft werden, fanden die Grauen herren auch Infos, die sichergestellt wurden. Der Briefkasten der Infoleute, einer von 40 im Laden, wurde geöffnet. All das hatten wir schonmal, zuletzt bei Info Nr. 6 wegen Abdruck v+n Zünder-Bauanleitungen. Neu an dieser erneuten Heimsuchung durch Staats"schützer" ist allerdings, daß die Graumännleins sich nicht damit begnügten. Diesmal klauten sie auch noch 2 Telefon/Adreßbücher, 1 Adressenordner und den Protokollordner der Ladengruppe, also alles Dinge, die mit dem Info absolut in keinem Zusammenhang stehen.

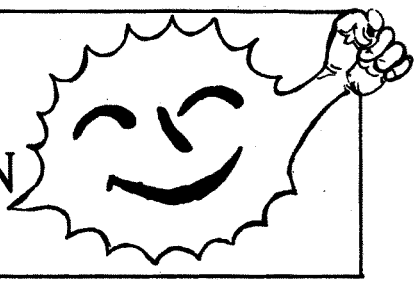
Wir müssen also annehmen, daß die Gelegenheit der Durchsuchung wegen Info auch gleich mitgenutzt wurde, um mal hinter die Kulissen der BBA-Strukturen zu schauen, ein schwerer Schlag für die BBA. Abgesehen vom materiellen Schaden (die Bullen haben zwei spezielle Schlösser zu Schrott gemacht). Nun werden wohl hunderte von Namen in den diversen Staatsschutzdatenbanken verschwinden und gespeichert werden.

Überhaupt scheint die BBA wieder verstärkt in das Feld ihres Interesses gerückt zu sein. Schon am Abend vor den Aktionen gegen die MOX-Transporte im Lübecker Hafen hatten wir die unverdiente Ehre verstärkter Streifen- und Zivilüberwachung. Wir machen uns nicht mehr die Illusion, daß mit dieser Durchsuchung nur das Info getroffen werden sollte, auch die Strukturen des Anti-AKW-Widerstandes in Bremen und umzu waren gemeint. Uns muß das nun eine Lehre sein. Als Bürgerinitiative gegen Atomanlagen können wir nicht mehr weiter sorglos vor uns hinwursteln und müssen also nun Maßnahmen treffen die weitere,. unerwünschte Übergriffe des Staatsschutzes auf unsere Karteien und Strukturen verhindern. Andere Gruppen ähnlicher politischer Zielrichtung seien hiermit gewarnt allzu achtlos mit Adressenkarteien umzugehen!

BBA-Info-Laden e.V., St.-Pauli-Str. 10/12, 2800 Bremen 1

St.-Pauli-Straße 10/12
2800 Bremen 1
Telefon 0421/700144

BBA –
BREMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ATOMANLAGEN · info-laden e.V.



Atom Müll Transporte

Atommülltransporte
hier: Transportgenehmigungen für TN, veröffentlicht in atom, Nr. 20, S. 17 ff

Liebe Leute,
die abgedruckte Liste enthält unserer Meinung nach einen Wiedergabefehler und den gleich viermal.
Schaut doch noch mal selber nach und korrigiert das dann, wenn nötig, in der nächsten atom.
Also: statt HTR muß es unserer Meinung nach heißen MTR. Vgl. Genehmigungs-Nr. 2961, 3282, 3400 und 3402. (MTR könnte bedeuten "Materials Testing Reactor": Reaktor zur Materialuntersuchung mit hoher Neutronenflußdichte.)

Anti Atom Büro, Am Oelpfad 25, DO-Hörde

Foto: Jürgen Siegmann. 5.3.88,Anti-AKW-Demo in Essen

Sonntagsspaziergänge unter Druck

Trotz Apells des Bundesumweltministers, daß **jeder** dazu aufgefordert ist, der weiteren Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Einhalt zu gebieten, trotz Gesprächsangeboten der Polizei und trotz 'Gewalt - nein danke' von Seiten der Atomgegner, erlaubt sich die Polizei immer wieder Übergriffe gegenüber Demonstrationsteilnehmern.
Am AKW Mülheim-Kärlich, dem einzigen Atomkraftwerk in Rheinland-Pfalz, ist es vor allem die Bahnpolizei, die sich durch Agressivität ganz besonders hervortut:
- Sperrung des ursprünglichen Sonntagsspazierganges, der über ein Jahr lang benutzt wurde, durch rießige Nato-Stacheldrahtrollen - uns allen ja mittlerweile bestens bekannt ; damit schützt man in der Bundesrepublik ja fast alles menschenzerstörerische!
- beleidigende Bemerkungen gegenüber Teilnehmern am Sonntagsspaziergang,
- harte Stöße gegen Leute, die nach Bahnpolizeidarstellung Bahngelände betreten,
- Aufhetzen und Anspringenlassen der Polizeihunde (vorher werden ihnen häufig die Maulkörbe ausgezogen) gegen Sonntagsspaziergänger, selbst wenn dieses sich **nicht** auf Bahngelände befinden.

Beim Sonntagsspaziergang am 7.Februar dieses Jahres kam es denn auch zur Eskalation: ein Teilnehmer wurde von einem Bahnpolizisten so gestoßen, daß er zu Fall kam. Bei dem anschließenden Gerangel zwischen Sonntagsspaziergängern und Polizisten wurde der zuerst Gestoßene durch Faustschläge eines Bahnpolizisten so ins Genick getroffen, daß er mit einem Krankenwagen, den die Polizei nur sehr zögernd zu rufen bereit war, zur ärztlichen Behandlung gebracht werden mußte.
Gar nicht bereit war die Polizei, Namen und Dienstnummer der stoßenden und schlagenden Bahnpolizisten bekanntzugeben.
Während der betroffene Atomgegner noch seine nächsten Schritte wegen dieses Vorfalls überlegte, flatterte ihm bereits eine Strafanzeige wegen Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung und Sachbeschädigung ins Haus.
Bestimmt wird ihm der Prozeß in der in solchen Fällen üblichen Form gemacht werden.

Und genauso bestimmt wird es dann einen verantwortungsbewußten Menschen mehr geben, dem der Glaube an die Gerechtigkeit der bundesdeutschen Justiz und die Ehrlichkeit der Politiker genommen ist.
Die zunehmende Härte der Polizeikräfte am Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich ist wohl im Zusammenhang mit der Diskriminierungskampagne gegen ARGUS zu sehen, während der im Sommer vergangenen Jahres in aller Heimlichkeit Wohnungen von Mitgliedern durchsucht wurden.
Wie ja bekannt ist, überwacht ARGUS Koblenz mit eigenen Meßgeräten unabhängig vom Betreiber RWE und unabhängig vom Minsterium das AKW. Zuletzt wurde durch eine der automatischen Meßstellen der ARGUS am 2. und 4.Februar dieses Jahres erheblich erhöhte Radioaktivität gemessen.

Wer hat am Sonntagsspaziergang am 7.Februar dieses Jahres (nach der Standorte- und Atommüll-Konferenz in Neuwied) teilgenommen und kann eventuell Beweisfotos zur Verfügung stellen???
Kontakt: A.Ries, Hauptstr.43, 5413 Bendorf

Foto: M. Langer, Bielefeld

Autonomie –

Im letzten halben Jahr ist ja viel von und über die "Autonomen" geschrieben worden. Vor allem nach den Schüssen an der Startbahn versuchten sich ne Menge Schreiberlinge darin, die Politik der Autonomen zu definieren. Dabei ist uns aufgefallen, daß es um das (Selbst-)BILD der Autonomen schlecht bestellt ist.
Die Begriffe "Autonome", "Autonomie" und "autonom" werden sinnentleert benutzt. Sie werden in diesen Publikationen und leider auch in den politischen Bewegungen im wesentlichen über reine Äußerlichkeiten wie die Kleidung (Lederjacke und Haßkappe) und die Vorgehensweise auf Demonstrationen bestimmt. Dies stimmt unserer Meinung nach sowohl für das Bild in der veröffentlicheten Meinung (Stern, Spiegel etc.) als auch für das Bild innerhalb eines Teils unserer politischen Zusammenhänge.
Dies hängt u.a. damit zusammen, daß wir nicht genug in die Offensive gehen und klären was Autonomie ist und somit das Bild stehenlassen. Andererseits ist es das Manko vieler Menschen die Propaganda der Medien bezüglich Autonomer widerstands- und kritiklos zu übernehmen.
Noch mehr als über das Auftreten solcher Leute, die sich diesen Begriff "autonom" angeeignet haben, ärgern wir uns über die Leute, die von ihrer politischen Praxis und von ihrer politischen Organisation eindeutig Autonome sind, sich davon aber in der politischen Diskussion immer wieder abgrenzen. So gibt es Gruppen/Projekte, die von ihrer Organisationsstruktur und ihren Inhalten her klare autonome Gruppen/Projekte sind, deren Mitglieder sich in diversen politischen Diskussionen jedoch von den Autonomen abgrenzen, statt als Autonome zur klaren Definition autonomer Politik beizutragen. Es gibt dazu viele Beispiele, die uns als Anti-AKW-Bewegten immer wieder auffallen. Da wir nicht wollen, daß dieser politisch sehr wichtige Begriff der Autonomie uns genommen wird, wollen wir hier mal was zur politischen Begriffserklärung beitragen. Wir hoffen auf den Abdruck in den diversen Publikationen der autonomen Bewegung.

Autonomie steht für eine Organisationsform

In den herrschenden Systemen sind die menschen in patriarchalen Hierarchien organisiert, z.B. Familie, Unternehmen, Kirche, Partei, Heer, Staat, usw. und werden dort von ihren jeweiligen Führern (Familienvorstand, Unternehmensführer, Kirchenführer, Parteivorstand, Heeresführung, Staatschef) geleitet.
In diesen patriarchalen Organisationsformen gibt es also eine innere Hierarchie; des weiteren stehen diese Organisationen in einer äußeren Hierarchie (Hierarchien zwischen den verschiedenen Organisationen z.B. innerhalb eines Staatenbundes wie der Nato oder Warschauer Pakt). In diesen inneren und äußeren Hierarchien sind die einzelnen Menschen im wesentlichen durch die Machtkämpfe um die Führung bestimmt. Das gilt sowohl für Männer, die innerhalb dieser Organisationen um die Führung konkurrieren, als auch für das Verhalten der längst unterdrückten Masse an Menschen, die längst resigniert haben, nur noch das tun, was ihnen gesagt wird und ansonsten ihre Kreativität mit Alkohol und anderen Drogen bekämpfen oder sie in ungefährliche Freiräume lenken.
Die Machtkämpfe werden häufig mit Gewalt ausgetragen. In sogenannten "demokratischen" Organisationen werden die Kämpfe um die Führung im wesentlichen auf psychologischem Weg und als Schönheitskonkurrenz ausgetragen. Wir wollen hier aber nicht über die uns allen bekannten und verhaßten Systeme reden, sondern wir wollten kurz die Organisationsstruktur der herrschenden Systeme darstellen.
Autonomie ist dagegen eine andere Art der Organisation des menschlichen Zusammenlebens. Wie sich unschwer dem Fremdwörterlexikon entnehmen läßt, bedeutet Autonomie Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Als Organisationsform unter Menschen ist Autonomie Selbstbestimmung und Selbstverwaltung sowohl der/des einzelnen als auch der Gruppe.

Innerhalb autonomer Gruppen gibt (oder besser gesagt: sollte) es keine innere wie äußere Hierarchie geben. Die Art der Entscheidungsfindung unterscheidet sich grundsätzlich von der in patriarchalen Gruppen praktizierten. In den patriarchalen Gruppen werden die Entscheidungen vom Führer getroffen, dann den Mitgliedern befohlen und von diesen dan mehr oder weniger begeistert ausgeführt. In den autonomen Gruppen sollten die Entscheidungen von der ganzen Gruppe, also kollektiv, getroffen werden und dann von dieser auch ausgeführt werden. Für die Praxis einer autonomen Gruppe sind also die Verhaltensweisen im inneren sowie nach außen entscheidend. Innerhalb dieser Gruppen sind bei allen Menschen, da wir ja dieser patriarchalen Gesellschaft entstammen, Verhaltensweisen aus dieser patriarchalen Gesellschaft vorhanden. Diese Verhaltenweisen (z.B. Obermackertum, Duckmäusertum etc.) machen es uns oft schwer, Autonomie zu leben, sowohl als Einzelpersonen wie auch als gruppe. Hier müssen wir noch viel lernen, sowohl die, die meinen, eine Gruppe dominieren zu müssen, als auch die, die sich in solchen Gruppen viel zu oft unterbuttern lassen. Nach außerhalb der Gruppe ist eine Zusammenarbeit mit andern Gruppen nur auf der Basis der Selbständigkeit der Gruppen und auf ihrer freiwilligen Zusammenarbeit. Auch hier haben Verhaltensweisen wie Machtpolitik, Geheimdiplomatie oder die Gegner/innen niederstimmen nichts zu suchen.

Noch einmal und mit aller Deutlichkeit wollen wir hier sagen, daß Gruppen, die sich nicht nach innen und außen um autonome, antipatriarchalische Verhaltensweisen bemühen, keine Autonomen sind, mögen sie sich auch so nennen und auf Demos gerne mit Lederjacken und Haßmasken äußerst militant handeln.

Autonomie als politischer Kampfbegriff

Autonomie als politischer Kampfbegriff ist für uns als autonome Bewegung sehr wertvoll, um hier dem herrschenden System einen Begriff von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung entgegenzusetzen. Damit können wir allen Menschen deutlich machen, daß wir gegen Fremdbestimmung und Machtpolitik, egal ob sie nun kapitalistischer oder marxistisch-leninistischer Prägung ist, und für Selbstbestimmung und Kollektivität sind. Damit wir dann auch glaubwürdig sind, müssen wir unseren Widerstand dann auch so organisieren.

Autonome Politik und Widerstand

Autonomer Widerstand ist in der BRD in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens vorhanden. Selbstorganisierte Bürger- und Standortinitiativen in der Anti-AKW und Ökologiebewegung, die zahllosen Fraueninitiativen, Häuserkämpfe, Strahlenschutzgruppen, Elterninitiativen, Schwulengruppen, Lesbengruppen, Patient/inn/enkollektive, Betriebskämpfe, Altengruppen, Antimilitaristische Gruppen, Männergruppen, Antiimperialistische Gruppen, Soli-Gruppen mit ausgebeuteten Völkern, Kindergruppen, etc. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll nur das außerordentlich weite Spektrum deutlich machen, wo überall autonome Gruppen am Werke sind. Zum Teil waren und sind diese Gruppen und Bewegungen sehr stark und versuchten Machtfragen an das System zu stellen.

Die autonomen Projekte

Wesentlich für unseren Erfolg auf Dauer sind die autonomen Projekte, da, wo die Autonomie auch materiell wird.
In ihnen lernen wir, kontinuierliche autonome Politik zu machen, diese ökonomisch erfolgreich zu machen, immer wieder die internen Strukturen zu hinterfragen etc. Nach außen können wir mit ihnen deutlich machen, was wir (als Autonome) z.B. unter Freiheit der Informationen (in Infoläden, Archiven und Zeitungen) unter Solidarität (Frau-

enhäuser, Volksküchen, etc.) verstehen.
Auch hier ist das Spektrum der Aktivitäten wieder sehr weit:
Die Zentrumsgruppen: Frauenzentren, Frauenhäuser, Autonome Zentren, die autonomen Infoläden, autonome Jugendzentren, autonome Gesundheitsläden + Zentren, Schwulen + Lesben Zentren, etc. An diese können sich die Menschen mit ihren spezifischen Problemen dran wenden und kommen so in Kontakt mit den autonomen Bewegungen, erhalten Infos usw.
Die Zeitungsgruppen: ato, radiaktiv, radikal, unzertrennlich, Dr. med. Mabuse, Blätter des iz3w, Wildcat, Schwarzer Faden, aktion, sabot, halbwertzeit-Informationen, graswurzelrevolution, schamlos, atommüllkonferenz-rundbrief und und und die zahllosen autonomen Frauenzeitungen, die verbliebenen autonomen Stadt(teil)zeitungen, die zahllosen Rundbriefe der autonomen Initiativen und Zusammenschlüsse usw. Diese Zeitungen sind sowohl innerhalb der Bewegungen zum Verbreiten von Informationen und Meinungen, als auch nach außen, als Propaganda, wichtig.

Die Medienprojekte: Vidiogruppen und freie Radios erfüllen für uns ähnlich wichtige Zwecke wie die Zeitungen.
Die bewaffneten Gruppen: Revolutionäre Zellen/Rote Zora, Hau weg den Scheiß, Revolutionäre Heimwerker/innen und die vielen anderen militanten Gruppen, die bei Demos und bei Nacht und Nebel der These "Macht kaputt was euch kaputt macht" den nötigen praktischen Nachdruck verleihen, konkrete (antiimerialistische) Solidarität üben und so wesentlich zur Autonomie der Gesamtbewegung beitragen. Als weitere Funktion tragen diese Gruppen einen Großteil des Kampfes gegen den Staat, so daß dadurch der Freiraum für die legalen Gruppen größer wird.
Produktionsgruppen: Hier gibts noch viel zu wenige, autonome Druckereien, Volksküchen und Gruppen, die sich im Produktionsbereich organisieren (Jobberinis und autonome Gewerkschaftsansätze). In diesen Bereichen hängen wir noch sehr stark am System.
Dienstleistungsgruppen: Autonome Sanität, Strahlenmeßgruppen, Kradmelder/innen, etc. Diese Gruppen sind deswegen so wichtig, damit wir unsere Bedürfnisse nach Verletztenversorgung, unbelasteter Nahrung, etc. nicht an den Staat delegiert werden muß.
Auch hier haben wir natürlich nicht alles angesprochen, was es da bereits gibt, aber wir hoffen, daß es deutlich wird, worum's uns geht:

aber wie!?

Foto: M. Langer, Bielefeld

Für eine revolutionäre Perspektive

Uns gehts darum, die Gemeinsamkeiten zwischen den autonomen Gruppen und Projekten deutlich zu machen; Autonomie als Organisationsform und nicht als Lederjacke und Haßkappe. Die Gemeinsamkeiten erkennen, sich entlang dieser Gemeinsamkeiten gegenseitig zu stützen, weiterzuentwickeln und immer weitergehende Bereiche der Gesellschaft autonom zu organisieren, und daraus eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln. (Revolutionär ist nicht nur der bewaffnete Kampf gegen das Scheinsystem, sondern wenn immer mehr Menschen ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten nicht von den Patriarchen organisieren lassen, sondern sich autonom organisieren. Dieses macht auch den Kampf gegen den Staat notwendig.) Autonomie als Ziel, Zweck und Mittel ist die Methode. Die Projekte sind der materielle Ausdruck unserer Autonomie, weg mit dem Sektierertum ("Unser Infoladen ist nur für die autonome Szene" oder "mit den Lederjacken und Haßmasken wollen wir nix zu tun haben") und dem unsinnigen Gerede von den Einpunktbewegungen. Alle autonomen Projekte und Gruppen sind wichtig. Dazwischen müssen nur die Zusammenhänge hergestellt werden. Ziel für uns Autonome ist die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Menschen, um so die Auflösung der patriarchalen, hierarchischen Gesellschaft zu erreichen.

Autonome aus dem Münsterland

Kritik usw. an: Autonome Gruppen, i.H. Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster

Atomkraft? Nein! Kalender '89

Den Anti-AKW-Taschenkalender gibt es seit dem Jahre 1978. Zehnmal wurde er aus den Zusammenhängen des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie zusammengestellt, produziert und vertrieben, im letzten jahr von der atom-Redaktion (siehe auch entsprechende Artikel in der vorletzten atom bzw. im 88er kalender). Nun scheint es so, als würde ein neues Kapitel in der turbulenten Kalendergeschichte aufgeschlagen: Das Umweltzentrum Münster - eng verbunden mit der Rundbrief-Redaktion der Atommüllkonferenz und den Münsterlander Anti-AKW-BI's, hat sich des Kalenders angenommen. Kurz vor Ostern gab es in Göttingen ein Treffen von letztjähriger Kalenderredaktion und der Münsteraner Kalendergruppe, auf dem die Übergabe klar gemacht wurde. Für uns von der Redaktion war klar, daß wir den Kalender sofort wieder abgeben, wenn entsprechende Gruppen/Leute die Sache übernehmen wollen. Da sich der Vertrieb des Göttinger Arbeitskreises im Sommer ohnehin auflösen wird (siehe auch Meldung dazu), ist das Engagement der Münsteraner in unseren Augen ein echter Glücksfall, denn ihre Anbindung an Atommüllkonferenz und Umweltzentrum dürfte sicherstellen, daß der Kalender auch weiterhin aus der Bewegung für die Bewegung gemacht wird.

Wir möchten alle Gruppen und Menschen auffordern, die Münsteraner bei der Erstellung und dem Verkauf des 89er Anti-AKW-Taschenkalenders intensiv zu unterstützen. Der Kalender wird vorraussichtlich sehr viel früher als sonst, so Mitte September diesen Jahres lieferbar sein.

Auch für nächstes Jahr soll wieder ein Anti-AKW-Kalender erscheinen. Dieses Jahr wird er von einer ganz neuen Gruppe produziert werden. Anti-AKW-Gruppen aus dem Münsterland haben sich entschlossen, diese Struktur der Anti-AKW-Bewegung nicht sterben zu lassen, sondern es wird ein Neuanfang gemacht werden. Wir halten den Kalender, die Möglichkeiten, die er für den bundesweiten Zusammenschluß der Anti-AKW-Bewegung bietet, für sehr wichtig. Kalender und organisatorischen Zusammenhalt der Bewegung. Damit tragen sie wesentlich zur Autonomie der Bewegung bei. Diese muß für uns weiter gegeben sein, wollen wir auch in Zukunft Entscheidungen über unseren Widerstand selber treffen und nicht an den Gegner oder andere Gruppen/Parteien deligieren. Daher werden wir versuchen, mit anderen BIs und Gruppen ein Vertriebsnetz aufzubauen, welches den Vertrieb der Kalender, und eventuell anderer Materialien für die nächsten Jahre garantieren kann. Dieses ist bisher dankenswerterweise viele Jahre von Göttingen aus organisiert worden, was denen auch hoch angerechnet werden muß. Als zweites gehört natürlich das Inhaltliche geändert. Im da nicht zuviel Kontinuität reinkommen zu lassen, würden wir es gerne sehen, (das ist als Aufforderung gemeint!), wenn der Kalender jedes Jahr von anderen Gruppen inhaltlich gemacht werden würde. Dadurch würde die Verankerung in der Bewegung verbessert werden und eben frischer Wind in den in den letzten Jahren doch sehr festgefahrenen Kalender kommen. Drittens ist uns noch ein Punkt wichtig: Es muß mehr als bisher (s.o.) auf den organisatorischen Zusammenhalt der Anti-AKW-Bewegung geachtet werden. Wie sollen neugegründete BIs und andere Gruppen Kontakte knüpfen und sich in die regionalen, landesweiten und bundesweiten Strukturen hineinfinden, wenn es sowas wie den Kalender nicht gibt? Daher werden wir diesen Serviceteil des Kalenders auch stark verändern. Nicht mehr nur die Kontaktadressen einzelner Gruppen sollen vertreten sein, sondern auch die organisatorischen Strukturen, soweit sie veröffentlichungsfähig sind, sollen dafür offengelegt werden. Das wird zwar etlichen nicht schmecken, die sich schon daran gewöhnt haben, immer im gleichen Kreise die Diskussionen zu führen, aber wir denken, daß die Anti-AKW-Bewegung ohne den Zustrom von neuen Menschen und Gruppen zu schwach wird um noch etwas zu bewegen in dieser Gesellschaft. Bereits jetzt ist es ja leider so, daß mehr die Parteien, ihre Tarnorganisationen (BUND, BBU etc.) und sonstige Gruppen (Greenpeace, Robin Wood etc.) mit Anti-AKW-Inhalten in der Öffentlichkeit sind, als die Anti-AKW-Bewegung. Da müssen wir als Bewegung wieder echt mehr machen!!! Dazu unseren organisatorischen Zusammenhang zu stärken, kann der Kalender beitragen, der "Rest" muß dann schon von der Bewegung gemacht werden.

So, um unsere guten Vorsätze in die Praxis umsetzen zu können, brauchen wir dafür noch etliches an Material von den Anti-AKW-Gruppen (hiermit sind natürlich **alle** Gruppen und Initiativen der Bewegung gemeint!):

1. Artikel zu den Themen Atomtransporte, Neue Betreiber-Strategien (HTR-Modul etc.), Atomexporte und IWF, Niedrigstrahlung, Entsorgung, Kriminalisierung, Militärische Nutzung, und was euch sonst noch so einfällt.
2. Um den regionalen und bundesweiten Zusammenhang in der Bewegung zu stärken, brauchen wir die Kontaktadressen der regelmäßigen Treffen und sonstigen Konferenzen der Bewegung (also LaKos, Widerstandstreffen, bundesweite Treffen etc.), damit auch neue Gruppen die Möglichkeiten haben, sich in die Strukturen der Bewegung einzubringen.
3. Aus gleichem Grunde hätten wir gerne alle Adressen der Rundbriefe und Zeitungen der Anti-AKW-Bewegung.
4. Gleiches gilt wiederum für die anderen festen Strukturen der Bewegung wie Anti-AKW-Büros, Kontakttelefone etc.
5. Medien- und Videogruppen u.ä. mögen uns doch bitte Filmlisten von Anti-AKW-Filmen mit Preisen und Bestelladressen schicken.
6. Als weiteres brauchen wir noch die Orte und Termine von regelmäßigen Widerstandsaktionen (z.B. von den Sonntagsspaziergängen).

Also Leute, schickt reichlich, damit der Kalender (wieder) ein brauchbarer und nützlicher Artikel vür den weiteren Widerstand gegen alle Atomanlagen wird!

Das Material muß spätestens zum 15.6.88 bei uns eingegangen sein!

Der Kalender wird ab Mitte September fertig sein, und an die Gruppen ausgeliefert werden können. Der Preis wird 8,50 DM betragen, Wiederverkäufer/innen erhalten ihn für 5,70 DM. Großabnehmer/innen (ab 100) erhalten 50% Rabatt. Damit ist euch hoffentlich klar: Wir suchen dringend Wiederverkäufer/innen, der Kalender soll möglichst nicht nur von der Bewegung hergestellt werden, sondern auch von ihr vertrieben werden. Das läßt euch auch die Möglichkeit, für eure politische Arbeit durch den Verkauf des Kalender etwas zu verdienen. Also, Bestellungen werden ab jetzt entgegengenommen.

Kontaktadresse: Kalendergruppe, i.H. Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, Tel.: 0251/521112, donnerstags 13.00-18.30 Uhr

Foto: Dirk Wildt. Hier handelt es sich im übrigen nicht um das Büro des Arbeitskreises, sondern um das der Preussen-Elektra in Lübeck.

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie löst Vertrieb und Büro im Sommer auf

Nach langem Hin- und Her hat der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie nun endgültig beschlossen, den Vertrieb von Aufklebern, Broschüren, Büchern usw. im Sommer einzustellen und das Büro in der Rheinhäuser Landstraße aufzugeben. Damit geht eine fast 12 jährige Ära zu Ende. In diesem Zeitraum war der Göttinger Arbeitskreis immer wieder eine der wichtigsten Anlauf- und Bestelladressen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und darüber hinaus. Daneben wurden immer wieder wichtige politische Akzente für Diskussionen und Aktionen gesetzt. Nachdem die letzten 'Alten' aus den Anfangsjahren des Vertriebes und des Arbeitskreises aufgehört haben bzw. weggezogen sind, sich die Atom-Redaktion immer stärker auf die eigentliche Zeitungsarbeit konzentrierte und sich zeigte, daß sich auf Dauer keine neue Gruppe fand, die den Vertrieb verantwortlich übernehmen wollte, war klar, daß das Büro in der bisherigen Form nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Das ist sicher sehr schade, auf der anderen Seite kann niemand erwarten, daß solche Strukturen, dazu noch rein ehrenamtlich organisiert, ewig halten und alle Krisenzeiten und Gruppendiskussionen überstehen. Eher sollte man die Ausdauer anerkennen, die dazu gehört hat, den Vertrieb und das Büro solange aufrechtzuerhalten.
Der Göttinger Arbeitskreis als Anti-AKW-Gruppe und politischer Zusammenhang bleibt bestehen. Für die atom-Redaktion hat die Auflösung des Büros kaum Auswirkungen. Die Postfachadresse (Postfach 1945) wird in jedem Fall beibehalten werden. **Bitte schmeißt uns aus keinem Verteiler raus!** Ob es zu einem späteren Zeitpunkt wieder ein kleineres Büro oder Büroanschluß mit Telefon gegen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.
Um eines möchten wir Euch ganz dringend bitten: Bezahlt noch ausstehende Rechnungen möglichst bald, damit wir ohne große Schulden aufhören können und bestellt bis zum Sommer noch jeder Menge Material, eventuell zu Sonderpreisen! In den nächsten Monaten werden wir versuchen, noch so viel wie möglich zu verschicken. Infos und Materiallisten können angefordert werden.
Wendet Euch möglichst schriftlich an:

Göttinger AK gegen Atomenergie
Postfach 1945
3400 Göttingen

Eventuell folgt in der nächsten Nummer noch ein ausführlicherer Beitrag vom Arbeitskreis.

Schwarzes Brett

Studie zu Leukämieerkrankungen am AKW Würgassen

Ein Kinderarzt aus Kassel hat im Februar eine Studie über „Leukämiemorbidität bei Kindern und Jugendlichen in der Umgebung des Kernkraftwerkes Würgassen" vorgelegt. Würgassen ist das AKW mit der höchsten Strahlenbelastung aller bundesdeutschen AKW's. Der Arzt stellte als Folge einen signifikanten Anstieg der Leukämiefälle fest. Die meisten Fälle treten im 20 km-Radius um das AKW Würgassen auf. In diesem Radius ist bei Kindern bis 15 Jahren eine um 60% erhöhte Leukämieerkrankung aufgetreten, bei Jugendlichen von 15 – 20 um über 80%.
Der statistische Durchschnitt im Bundesgebiet liegt bei 3-4 Fällen auf 100.000 Kindern. Demnach hätten innerhalb des 20 km-Radius' 6,22 Leukämiefälle auftreten können (bei Kindern unter 15). Tatsächlich waren es aber zehn.
Die Studie wird über die Stattzeitung Kassel, Elfbuchenweg 18, 3500 Kassel vertrieben. Bestellung gegen Vorauskasse (keine Briefmarken!): 3,50 pro Einzelheft, ab 10 Exemplaren 3 DM.

★★★

Materialien der AGÖF

Die „Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinsötitute e.V." (AGÖF) verschickt Materialblätter mit ihren Forschungsergebnissen. Dazu gehören beispielsweise Untersuchungen zu:
- Radioaktive Belastung in der BRD 1983
- Tscherbobyl - Folgen für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
- Tscherboyl - Folgen bei Schwangeren und Neugeborenen
- Zeitliche Abnahme des Tschernobyl-Cäsiums in den Nahrungsmitteln

Bestellungen über: AGÖF Radioaktivität, Horner Str. 28, 2800 Bremen.

★★★

Dokumentation zum Windscale-Unfall

Die Grünen in Bonn haben eine Dokumentation zum Unfall in der britischen Atomanlage Windscale (Oktober 1957) erstellt. Darin ist auch der Bericht des Untersuchungsausschusses über den Unfall enthalten, außerdem eine Reihe interessanter Presse-Artikel und Presseerklärungen.
Die Dokumentation ist erhältlich über Die Grünen im Bundestag, Dr. Wolfgang Daniels, 5300 Bonn-Bundeshaus, Tel. 0228/169367 (Kostenlos)

Neue soziale Bewegungen

So heißt ein „Forschungsjournal", das künftig vierteljährlich erscheinen soll. Im Beirat des Projekts sitzen u.a. Antje Vollmer, Peter von Oertzen, Andreas Buro und Robert Jungk. Das gerade erschienene Heft 2 befaßt sich u.a. mit „Polizei, Protest und Eskalation", der fehlenden Arbeitslosenbewegung und der vorhandenen Wackersdorf-Bewegung.
Bestellung: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegung, c/o Thomas Leif, Taunusstr. 66, 62 Wiesbaden.
Einzelheft 6 DM, Abo 20 DM.

★★★

Bundeskongreß Soziale Verteidigung

Vom 17. bis 19. Juni findet in der Stadthalle in Minden/Westfalen ein Bundeskongreß „Wege zur Sozialen Verteidigung" statt. Der Kongreß wird getragen von einem breiten Spektrum verschiedener Organisationen aus der Friedensbewegung, den Grünen und einigen SPD-Ortsvereinen. Erwartet werden 1.000 Teilnehmer.
Zu den Referenten/Diskutanten gehören Theodor Ebert, Roland Vogt, Petra Kelly, Andreas von Bülow, Gert Bastian, Robert Jungk und eine Menge Leute, die ich nicht kenne.
Kontakt über Kongreßbüro der Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V., Alte Kirchstr. 1a, 495 Minden.

★★★

WAA-Schlagzeilen 1987

Alljährlich erscheinen die WAA-Schlagzeilen, eine dicke Dokumentation zur Presseberichten rund um das WAA-Geschehen (500 Seiten). Bezug über die BI Schwandorf oder das Anti-WAA-Büro Schwandorf.
Die gleiche Mühe monatlich macht sich das Info-Büro Altenschwand mit seiner „Oberpfälzer Rückblende". Stückpreis: 6 DM.
(Info-Büro Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr)

★★★

Staats-Doku zu Herbstaktionen

Das Bayerische Innenministerium hat eine Dokumentation zu den Herbstaktionen erstellt. Interessant zu lesen, allerdings sehr ungenau. 55 S., 5,50 DM über Info-Büro Altenschwand erhältlich (s.o.)

★★★

Doku zu Startbahn-Schüssen

Wem die atom-Sondernummer zu den Schüssen an der Startbahn-West (erschienen Anfang 88) nicht reicht, der/die kann jetzt ein umfangreicheres Werk erstehen: 300 Seiten A4 für 25 DM. Herausgegeben vom ID Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte. Bezug über Info-Büro Altenschwand (s.o.)

Urangate

Ein umfangreiche Broschüre ist jetzt zum „Verschiebe- und Bestechungsskandal in der Atomindustrie" erschienen. Sie beleuchtet die Hintergründe des Skandals, die Atom-Connections zwischen BRD und Staaten der Dritten Welt, die weltweiten Uran-Schiebereien und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages.
Dazu Hintergrundberichte und Interviews u.a. mit Klaus Traube, Robert Jungk, Joschka Fischer, Jens Scheer, Armin Weiß.
Für 7,80 bei: Ökologie- und Friedensbüchertisch, Jungstr. 11, 6000 Frankfurt 90

DIE MYTHEN KNACKEN

MATERIALIEN WIDER EIN TABU

NEUE LINKE
RAF
DEUTSCHER HERBST
AMNESTIE

Hrsg. LINKE LISTE

400 Seiten, DIN A4, 25,— DM

Der Versuch der Linken Liste Ffm. mit der vorliegenden Textsammlung, den Konstitutions- und Zerfallsprozeß einer westdeutschen Linken im Spannungsfeld zwischen RAF und »Bewegung« zu dokumentieren. Und dies in doppelter Absicht: als Aneignung linker Theorie und für eine neue Amnestiekampagne, jenseits von Harmonie und Versöhnung.

Texte aus den Jahren 1967 bis 1987 u.a.v.:
Ernst Bloch, Peter Brückner, Heinz Brandt, Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer, Ulrike Meinhof, Peter Mosler, Herbert Marcuse, Moishe Postone, Rote Armee Fraktion, Erich Fried, Hans Jürgen Krahl, Karl Heinz Roth, Elmar Altvater, Mathias Beltz, Frank Wolff, Wolfgang Kraushaar, Klaus Jünschke, Gert Schneider, Wolfgang Pohrt ...

Die Materialsammlung umfaßt Beiträge zu folgenden Komplexen: ● Bewegung und RAF vor 1977 ● Die Rote Armee aufbauen ● Organisation, Theorie und Praxis revolutionärer Politik ● Ein deutscher Herbst ● Nationalsozialismus/ Nationalismus ● Linke, Alternative und neue soziale Bewegung ● AMNESTIE.

Direktbezug über: Linke Liste c/o Pupille e.V., Jügelstr. 1, 6000 Ffm. 1, gegen Vorüberweisung (oder Verrechnungsscheck) von DM 25,— + 3,— DM Porto auf Kontro: Linke Liste c/o Pupille e.V., Commerzbank Frankfurt, BLZ 500 40000, Konto Nr.: 640 728 200.
Und in gutsortierten Buchläden.

Startbahn 18 West

Es gibt noch BI-Infos (DIN A 3, vierseitig): »Der 2.11.1987 und seine Folgen.«
Zu beziehen bei: BI gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt/M.
c/o Helga Arnold, Wilhelm-Leuschner-Straße 50 a, 6082 Mörfelden
Gegen Rückporto oder Spende auf das Konto der BI: Volksbank Mörfelden, BLZ 508 636 12, Kontonr. 53 00 69.

Schreibt an Andreas Eichler, Rainer Hübner - beide JVA Frankfurt-Preungesheim,
Andreas Semisch, JVA Frankenthal,
Mark Steinbrück, JVA Gießen
über den Ermittlungsrichter am BGH, Herrenstraße 45 a, 7500 Karlsruhe.

Spendenkonto für Haftbetreuung: Frankfurter Sparkasse von 1822, BLZ 500 50 201, Kontonr. 307 028 755, Ralf Stutzke.
Rechtshilfekonto: Postgirokonto Frankfurt, BLZ 500 100 60, Kontonr. 160 72 603, Volker Luley, Bunte Hilfe, Frankfurt.
Langfristig wird viel Geld gebraucht, also spendet !

Schreibt an Frank Hoffmann:
Huis van Bevarning, Helperlinie Nr. 2, 9722 AZ Groningen, Niederlande.
Besuche sind möglich jede Woche eine Stunde (bis zu drei Leuten). Brieflich direkt mit Frank abklären. Dann muß man sich nur noch bei der Anstaltsleitung am vereinbarten Besuchstag melden.
In Amsterdam gibt es eine Knastgruppe:
Arrestantengroep, Pb. 10 184 in Amsterdam, Tel. 003120/25 32 43

Hallo Andreas E., Rainer, Andreas S., Mark !
Von den SonntagsspaziergängerInnen liebe Grüße und viel Kraft für Euch - Helga

Zur Startbahn-Serie der taz

Leserbrief an die taz

Betr.: taz vom 6.4.88, Startbahn

Wir finden, Ihr hängt Euch mit "Euren Recherchen" ziemlich weit raus. Eure Mittwochs-Serie zur Startbahn sehen wir als die nahtlose Fortsetzung Eurer Counter-Berichterstattung vom November '87. Besonders mies finden wir die Begründung dazu, daß die Szene im Rhein-Main-Gebiet zu geschwächt wäre, um eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Daran habt Ihr schließlich mitgewirkt.
Was soll denn Eure Konstruktion der Zufallstreffer? Was soll denn Eure Darstellung, irgend'ne Pappnase wäre am 2.11. mal eben mit ner geraubten Waffe zur Demo gegangen und hätte in der Luft herumgeballert? Wollt Ihr damit Euer Bild vom Autonomen, das Ihr ewig breittretet, nämlich das des pathologisch Entgleisten, endgültig zementieren?
Damit wäre dann wohl auch der erste Schritt getan, diesen Rechts-Staat selbst für die kritischsten Geister erneut ins freiheitlich-demokratische Licht zu stellen. Übrig bliebe zuguterletzt Eure Feststellung, "Scharfmacher hätten zwar überzogen hart und am Rande der gesetzlichen Möglichkeiten reagiert, aber die hier mögliche freie Presse hätte es ermöglicht, dem demokratischen Anspruch dieses Landes zur Geltung zu verhelfen".
Übrig blieben aber auch: 2x tote Bullen, 3x Iso-Folter, für viele Leute jahrelangen Knast, etliche zerbrochene Menschen, 1x aufgerollter Widerstand, 1x beruhigtes Gewissen für taz und grün-alternative Bourgeoisie, 1x zufriedene Gesichter bei den Schweinen. *einige Autonome aus Köln*

Als Absicherung geht dieser Text an weitere Adressen.
Stellungnahme zur Berichterstattung der taz in Sachen Startbahn-West.

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

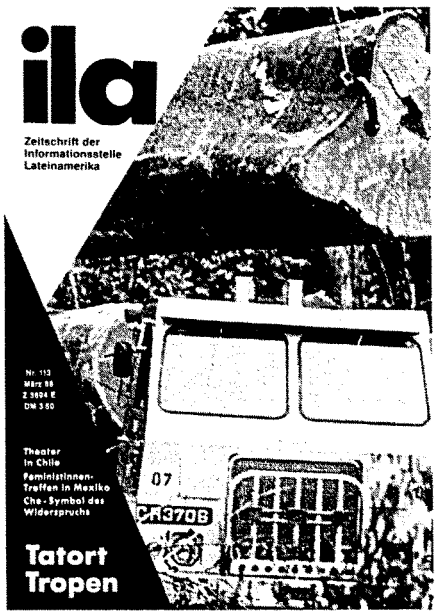
○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei



ila 112 - Brennpunkt Meer

Cornel Neuhaus
Der Run auf die Eistorte?
Die drohende Ausplünderung der Antarktis

Gernot Wirth
Chiles Fische für unsere Schweine
Gespräch mit zwei Mitarbeitern der chilenischen Umweltorganisation CODEFF

Wilfried Liehr
Der Kampf der Fischer
Probleme und Erfolge der Fischerbewegung in Brasilien

ila 113 - Tatort Regenwald

Tun Welter
Wer hat dich du schöner Wald ...?
Die Zerstörung der tropischen Regenwälder

Klaus Rummenhöller
„Lebende Grenzen" und Agrobusiness
Amazonaserschließung im Dreiländereck Brasilien-Peru-Bolivien

Cornel Neuhaus
Wald zerstört Wald
Pinienplantagen in Chile

Barbara Unmüßig
Die Geburt des grünen Giganten
Das Interesse der Weltbank an Umweltproblemen in der 3.Welt

Einzelpreis DM 3,50
Jahresabo DM 35,-

Informationsstelle Lateinamerika
Heerstr. 205, 5300 Bonn 1
(Oscar-Romero-Haus)
Tel.: 0228-65 86 13

links

Sozialistische Zeitung

Karl Marx kann

uns auch nicht alles beantworten. Aber deshalb die Utopie einer anderen Gesellschaft auf den Müllhaufen der Geschichte werfen? Nur noch strömungsgünstig auf den Wellen der ideologischen Moden mitschwimmen?

„links"
bewahrt als „Fossil der Neuen Linken" den Versuch einer eigenständigen sozialistischen Position.

„links"
steht für wichtige Informationen, kritische Analysen und theoretische Diskussionen aus und in der unabhängigen Linken.

„links" im April:

● Alberto Asor Rosa und Peter Erwin Jansen auf der Spur von '68 ● Aids als ideologische Krankheit ● John Gomomo und Wellington Nonyukela (ANC, COSATU, NUMSA) zur aktuellen Lage in Südafrika ● Detlev Claussen und Georg Krämer zu deutschen Reaktionen auf Israel

„links"
kostet 5,— DM und kann im linken Buchhandel gekauft oder direkt beim Verlag bezogen werden.

Verlag 2000
Postfach 102 062
6050 Offenbach/Main
Tel. 069/88 50 06

Im AIB 3/88
REBELLION in PALÄSTINA
Hintergründe der Aktionen in den besetzten Gebieten + Dokumente des Widerstands + Rolle der moslemischen Kräfte + Komitees gegen den Landraub + Israels Atombombe +

Außerdem Berichte über Südafrika, Nicaragua, Kuba, Simbabwe und die Verschuldung Lateinamerikas

Erhältlich in linken und alternativen Buchläden oder direkt beim AIB-LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Ich bestelle:

☐ _____ Ex. AIB 3/88 à 3 DM zzgl. 0,70 DM Porto
☐ 1 kostenloses Probeheft

Name

Straße, PLZ, Ort

Ort, Datum Unterschrift

---

antimilitarismus information

THEORIEN ZUR RÜSTUNGS DYNAMIK

Diskussion mit:

ULRICH ALBRECHT
EKKEHART KRIPPENDORFF
DIETRICH SCHULZE-MARMELING
ARNO GOTTSCHALK
ERWIN MÜLLER

über:

kritische Erklärungsansätze zu den Ursachen des Wettrüstens, den Nutzen des Militarismus-Begriffs, das Theorem des Militär-Industrie-Komplexes, Staat und Krieg, Militärstrategien u.a.

Das a m i -Themenheft enthält ferner:

Einleitungsartikel zum theoriegeschichtlichen Hintergrund kritischer Erklärungsversuche von Wettrüsten und Rüstungsdynamik und einen Literaturteil.

58 Seiten, DM 4,50 (plus Porto/ab 10 Expl. 30% Rabatt).

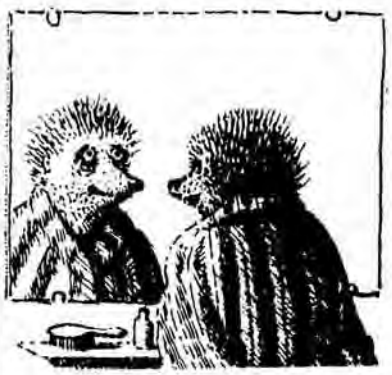
Übrigens: Die a m i ist ein seit über 15 Jahren erscheinender friedenspolitischer Informationsdienst und kostet im Jahr (inkl. 3 Themenhefte) DM 32,25.

Kostenlose Probehefte und Themenheftbestellungen bei:

a m i (Redaktion und Vertrieb), Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/2151035

STACHLIGE ARGUMENTE

Zeitschrift der Alternativen Liste



Der SPIEGEL der IGEL

Die STACHLIGEN ARGUMENTE erscheinen alle 2 Monate
Einzelpreis 3.50 DM
Abo für 10 Ausgaben:
35.- DM (In Berlin)
40.- DM (Außerhalb)

Erhältlich über:
Alternative Liste Berlin
Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31

Ich abonniere die STACHLIGEN ARGUMENTE für 10 Ausgaben

Den Betrag von
DM 35.- O (in Berlin)
DM 40.- O (Außerhalb)
habe ich auf das Postscheckkonto Berlin West Nr. 524 66 - 103 überwiesen.

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Kriegkstr. 38 6000 Frankfurt

Die AKTION versteht sich als bundesweites Diskussionsforum von anarchistischen und antiautoritären Gruppen und Einzelpersonen. Viel Wert legen wir auf die internationalen Berichte, um über die dortigen Kämpfe zu informieren und libertäre Positionen dazu herauszubilden. In Bezug auf unsere eigene Situation geht es um eine kontinuierliche Fortentwicklung der Kämpfe von sozialen Bewegungen hin zu einer sozialrevolutionären Perspektive.

Die AKTION erscheint ca. alle 6 Wochen und kostet 3.- DM. Wer sie druckfrisch haben möchte, soll 15.- DM für 5 Ausgaben bzw. 30.- DM für 10 Ausgaben auf folgendes Konto überweisen:
W. Zoubek
Postgirokonto 490930 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Gegen Einsendung von 3.- DM + 0,70 DM Porto in Briefmarken senden wir gerne ein Probeexemplar zu.

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016